



Landtag von Baden-Württemberg

89. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 28. Juni 2000 • Haus des Landtags

Beginn: 10:05 Uhr

Schluss: 18:42 Uhr

INHALT

- Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten 7033
- Eintritt der Abg. Marianne Jäger 7033
- Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen 7033
1. Aktuelle Debatte – **Zukunft der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg – Konsequenzen der rot-grünen Ausstiegsbeschlüsse für Arbeitsplätze und Energiewirtschaft im Land** – beantragt von der Fraktion der CDU 7033
- Abg. Oettinger CDU 7033, 7046
- Abg. Drexler SPD 7035, 7047
- Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen 7036, 7049, 7063
- Abg. Pfister FDP/DVP 7037, 7050
- Abg. Dr. Schlierer REP 7039, 7052, 7069
- Minister Ulrich Müller 7040
- Ministerpräsident Teufel 7053
- Abg. Maurer SPD 7059
- Minister Dr. Döring 7067
2. Aktuelle Debatte – **Versagt die Landesregierung beim Schutz vor Kampfhunden?** – beantragt von der Fraktion der SPD 7070
- Abg. Dr. Caroli SPD 7070, 7076
- Abg. Rech CDU 7071, 7076
- Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen 7073, 7080
- Abg. Dr. Glück FDP/DVP 7074, 7077
- Abg. Wilhelm REP 7075, 7077
- Minister Dr. Schäuble 7077
3. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Einstieg ins Solarzeitalter; hier: Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010** – Drucksache 12/4971 7080
- Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen .. 7080, 7088
- Abg. Dr. Carmina Brenner CDU 7082
- Abg. Schmiedel SPD 7083
- Abg. Beate Fauser FDP/DVP 7085
- Abg. Krisch REP 7086
- Staatssekretär Dr. Mehrländer 7087
- Beschluss 7089
4. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – **Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes** – Drucksache 12/5186 7089
- Beschluss 7089
5. a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Baden-Württemberg** – Drucksache 12/5236
- b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – **Eckpunkte zur Reform des Gymnasiums und der gymnasialen Oberstufe** – Drucksache 12/5221

c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Praxisgerechte Reform der gymnasialen Oberstufe – Drucksache 12/4962	7089	Abg. Drautz FDP/DVP	7114
		Abg. Deuschle REP	7115
		Beschluss	7116
Ministerin Dr. Annette Schavan	7089, 7101	8. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung und zur Änderung anderer Gesetze – Drucksache 12/5033	
Abg. Zeller SPD	7091, 7104	Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 12/5266	7116
Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen . .	7093	Minister Dr. Ulrich Goll	7116
Abg. Christa Vosserschulte CDU	7094	Beschluss	7116
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	7097	9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 19. April 2000 – Entwurf einer Rechtsverordnung über die Schultypen des Gymnasiums – Drucksachen 12/5141, 12/5216 . .	7117
Abg. König REP	7099	Beschluss	7117
Beschluss	7105	Nächste Sitzung	7117
6. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes – Drucksache 12/5237	7105	Anlage 1	
Ministerin Dr. Annette Schavan	7105	Vorschlag der Fraktion der SPD – Umbesetzungen in der Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“	7118
Abg. Ursula Lazarus CDU	7106	Anlage 2	
Abg. Christine Rudolf SPD	7107	Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen	7118
Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen . .	7108		
Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP	7109		
Abg. König REP	7110		
Beschluss	7110		
7. Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 12/5282	7110		
Abg. Hauk CDU	7110		
Abg. Birzele SPD	7112		
Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen	7113		

Protokoll

über die 89. Sitzung vom 28. Juni 2000

Beginn: 10:05 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 89. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich den Herren Abg. Haasis, Kretschmann, Mayer-Vorfelder, Moser, Dr. Puchta und Schaufler erteilt.

Krank sind die Herren Abg. Brinkmann und Heinz Goll.

Dienstlich verhindert sind Herr Sozialminister Dr. Repnik und Herr Staatssekretär Stächele.

Meine Damen und Herren, der Herr Landeswahlleiter hat mir mit Schreiben vom 19. Mai dieses Jahres mitgeteilt, dass das Mandat des zum 15. Mai dieses Jahres ausgeschiedenen Kollegen Reinhard Hackl auf Frau Marianne Jäger, Sindelfingen, übergegangen ist. Frau Jäger hat am 19. Mai 2000 die Wahl angenommen und damit von diesem Tag an die rechtliche Stellung einer Abgeordneten des 12. Landtags von Baden-Württemberg erworben.

Frau Kollegin Jäger, ich begrüße Sie sehr herzlich und wünsche Ihnen als Abgeordnete Glück und Erfolg.

(Beifall im ganzen Haus)

Eine Liste der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu. Sie ermächtigen gleichzeitig den Ständigen Ausschuss, bei Bedarf zu dem Bericht über die Europapolitik Stellungnahmen anderer Fachausschüsse einzuholen.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung der Landesregierung vom 5. April 2000 – Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkanal vom 19. November 1991 (GBl. S. 745); hier: Berichte des Südwestrundfunks, des Zweiten Deutschen Fernsehens und des DeutschlandRadios über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 1998 bis 2001 – Drucksache 12/5222

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

2. Mitteilung der Landesregierung vom 24. Mai 2000 – Bericht über die Europapolitik der Landesregierung im Jahre 1999/2000 – Drucksache 12/5223

Überweisung an den Ständigen Ausschuss mit der Ermächtigung, bei Bedarf hierzu Stellungnahmen anderer Fachausschüsse einzuholen

3. Mitteilung des Finanzministeriums – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, Drucksache 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, Drucksache 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das 1. Quartal 2000 – Drucksache 12/5220

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

*

Auf Ihren Tischen finden Sie ferner Vorschläge der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen. (*Anlagen 1 und 2*) – Ich stelle fest, dass Sie den vorgeschlagenen Umbesetzungen zustimmen.

Wir treten in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Zukunft der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg – Konsequenzen der rot-grünen Ausstiegsbeschlüsse für Arbeitsplätze und Energiewirtschaft im Land – beantragt von der Fraktion der CDU

Das Präsidium hat die üblichen Redezeiten festgelegt: 50 Minuten Gesamtdauer ohne Anrechnung der Redezeit der Regierung. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt eine Redezeit von jeweils fünf Minuten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Auf der Grundlage einer Vereinbarung bereitet die rot-grüne Bundesregierung derzeit eine Novelle des Atomgesetzes vor, die zwei zentrale Wirkungen auf den Standort Deutschland und zulasten von Baden-Württemberg hat, zwei negative Entwicklungen, auf die es heute hinzuweisen und vor denen es heute zu warnen gilt.

Um vorweg Klarheit zu schaffen: Wir sind nicht für ein unkritisches Gelübde für die Kernkraft. Wir stehen für den Energiemix. Aber zu dem gehört Kernkraft, gerade auch in Baden-Württemberg, und die CDU im Landtag von Baden-Württemberg hat immer dafür Sorge getragen, dass jede Art der Energieproduktion, dass jede Art der Stromgewinnung auf ihre Sicherheit geprüft und ansonsten liberal ermöglicht wird. Deswegen warnen wir davor, dass erstmals in der deutschen Politik und einmalig in Europa blanke Ideologie

(Abg. Weimer SPD: Stimmt gar nicht!)

(Oettinger)

den Technikstandort Deutschland benachteiligt, Arbeitsplätze gefährdet und im Grunde genommen dem Land Baden-Württemberg Schaden zufügen kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen:
Die Ideologen hocken woanders!)

Überall in der Welt wird mit großer Intensität nach der besten Art der Stromgewinnung geforscht. Dazu gehört die regenerative Energie.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Dazu gehört Kohlekraft mit möglichst wenig CO₂-Ausstoß. Aber dazu gehört auch die optimale Nutzung der Kernkraft. Der Anteil der Kernkraft an der Stromproduktion beträgt in Deutschland derzeit 30 %, und in Baden-Württemberg macht die Kernkraft mit fünf Kernkraftwerken Tag für Tag gar 60 % unserer Stromgewinnung aus. Deswegen besteht unsere Forderung darin: Erhalten wir die Option. Erhalten wir die Chance, die in der Kernkraft besteht. Bitte, sorgen Sie dafür, dass nicht Ideologie und blankes und pures Parteiprogramm einer Technik, aus der Arbeitsplätze und Wertschöpfung entstehen,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch alles schon erledigt! So ein Mist!)

in Deutschland keine Chance mehr geben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen:
Ach, so ein dummes Geschwätz!)

Dabei geht es in besonderem Maße um Baden-Württemberg. Baden-Württemberg hängt weit mehr als jede andere deutsche Region in der Gewinnung von Strom, im Erhalt von Arbeitsplätzen, bei den Steuereinnahmen, bei all den positiven Wirkungen von den sicheren Kernkraftwerken unseres Landes ab. Deswegen macht die rot-grüne Bundesregierung in besonderem Maße Politik gegen Baden-Württemberg.

Deswegen frage ich Sie: Wie sieht denn Ihre Option nach dem Ausstieg aus?

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Wie wollen Sie 60 % des Stroms ersetzen, der in Baden-Württemberg derzeit von Bürgern und Wirtschaft benötigt wird?

(Zuruf des Abg. Krisch REP)

Was sind denn eigentlich die Gründe, die aus Ihrer Sicht den Ausstieg erzwingen? Was spricht denn dafür?

(Abg. Wacker CDU: Ideologie! – Zuruf des Abg.
Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Ist es erstens, Kollege Salomon, der Umweltschutz? Ich frage Sie nachdrücklich: Wie wollen Sie es schaffen, dass mit mehr Braunkohle und mehr Schwarzkohle unser Ziel, die Minderung von Treibhausgasen, erreicht werden kann?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Völliger Quatsch! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Prognose ist: Der CO₂-Anstieg kommt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben die letzten 25 Jahre nicht zugehört!)

Zweitens: Mit keinem Wort haben Sie das Thema Sicherheit erwähnt. Sind die Kernkraftwerke jetzt unsicher, oder haben wir in Deutschland Sicherheit? Wenn Sie behaupten, sie seien unsicher, dann bitte Ausstieg jetzt. Wer aber sagt, sie seien sicher, hat keinen Grund dafür, dass die Laufzeit durch Ideologie begrenzt werden soll.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Im Grunde genommen haben Sie mit nackter Erpressung die Abhängigkeit von vier Energiekonzernen in Deutschland ausgenutzt.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD –
Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich brauche ein Taschentuch, mir kommen die Tränen!)

Dabei ist ein Punkt von Ihnen besonders delikat: Obrigheim 2002.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Biblis diesen Sommer!)

Unwiderrspochen wird behauptet, dass Obrigheim länger als bis zum Jahre 2002 laufen könne. In der Vereinbarung steht aber, dass Betriebszeiten nur von kleinen auf größere, von alten auf neuere Kraftwerke ummünzbar sind.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen, Kollege Maurer und Kollege Salomon, fordere ich Sie auf, heute für Klarheit zu sorgen,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Kein Problem!)

und zwar in folgender Frage, die für die Struktur Baden-Württembergs wichtig ist:

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich fordere Sie auf, sich zu informieren!)

Wir wollen, dass Obrigheim länger am Netz bleiben kann. Wir setzen uns für eine Betriebszeit für Obrigheim über das Jahr 2002 hinaus und für eine lange Laufzeit dieses sicheren Kraftwerks ein.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Und warum? Das muss sich doch rechnen!)

Und Sie wähen sich am Ziel; denn Obrigheim war immer Ihr Skalp.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nein, nein, nein!)

(Oettinger)

Bei Obrigheim ist die ganze Generation von Hasenclever, von Schlauch und von Kuhn mit dem Kopf durch die Wand gerannt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ach was! Da müssen Sie einmal die Protokolle lesen!)

Und jetzt hoffen Sie erstmals, dass Obrigheim abgeschaltet wird. Aber der Vorstandsvorsitzende der Energie Baden-Württemberg sagt: Die Laufzeit kann länger sein. Deswegen stellen wir die Frage an die Sozialdemokratie:

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja, wer lügt hier eigentlich?)

Stimmt es denn, dass Schröder in einer Zusatzvereinbarung mündlich zugesagt hat, dass Obrigheim auch beliebig länger laufen kann? Und, wenn ja, was sagen die Grünen dazu?

(Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

Wir fordern für Obrigheim Klarheit ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen nochmals: Mit dieser Vereinbarung ist dem Standort Deutschland nicht gedient. Mit dieser Vereinbarung fügen Sie dem Land Baden-Württemberg besonderen Schaden zu. In der Vereinbarung steht kein Wort darüber, wie die Stromproduktion in Zukunft umweltverträglich aussehen soll.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da steht kein Wort, das Sie reingeschrieben haben, und das ärgert Sie!)

Und zu Obrigheim gibt es keine Klarheit. Die muss aber von Ihnen geschaffen werden.

Die CDU-Fraktion hat diese Debatte beantragt, weil gegen das Interesse unseres Landes, gegen das Interesse der Arbeitsplätze in Philippsburg, Neckarwestheim und Obrigheim und gegen das Interesse der Wirtschaft Baden-Württembergs diesem Land mit dieser Vereinbarung besonderer Schaden zugefügt werden soll.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

(Oh-Rufe von der CDU – Abg. Pfister FDP/DVP: Der Kampfhund!)

Abg. Drexler SPD: Das kommt im Tagesordnungspunkt 2.

Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mit einem Zitat beginnen:

Zwei Positionen, meine Damen und Herren, erscheinen mir nach Tschernobyl unvertretbar.

Die erste: Wir stellen alle Kernkraftwerke bei uns ab und steigen aus der Kernenergie sofort aus.

Die zweite: Wir machen so weiter wie bisher und bauen jährlich ein neues Kernkraftwerk.

Beide Positionen – ich sage es noch einmal – halte ich für unvertretbar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Schlierer REP: Sehr gut!)

Das sagte 1986 der jetzige Ministerpräsident, Herr Teufel, in diesem Landtag.

(Abg. Weimer SPD: Hoppla!)

Da hat er nachgedacht. Das war eine gute Geschichte.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Genau das machen wir jetzt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kollege Oettinger, für mich ist es völlig unverständlich, dass die CDU eine solche Debatte für heute beantragt hat. Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung wollen die Atomenergie nicht. Nach einer neuesten Umfrage tragen 30 % den Kompromiss, der jetzt ausgehandelt wurde; 36 % wollen sogar schneller aussteigen. Mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung wollen den Ausstieg.

(Zurufe von der CDU – Zuruf: Suggestivumfragen!)

Wir haben noch kein einziges Endlager für den Atommüll, und Sie plädieren für ein „Weiter so!“ bei der Kernenergie! Sie in der CDU müssen sich auch einmal einigen. Sie sagen: eine Kapitalvernichtung gigantischen Ausmaßes.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Die CSU hat gestern erklärt, es sei ein Begünstigungsprogramm für Stromkonzerne. Was ist es denn jetzt,

(Heiterkeit bei der SPD)

eine Kapitalvernichtung oder ein Begünstigungsprogramm? Sie sollten sich da schon einmal einig werden.

Ich sage Ihnen: Die CDU in Baden-Württemberg samt dem Ministerpräsidenten sollte raus aus der Verweigerungshaltung, raus aus dieser Ecke, immer „Nein, nein, nein“ zu sagen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

und die Chancen für Baden-Württemberg durch diesen Kompromiss wahren. Der Wirtschaftsminister hat die Kurve vor zwei Tagen schon gekriegt. Er hat gesagt: „Man muss nicht auf neue Mehrheiten warten. Man muss jetzt von dem ausgehen, was vereinbart ist, und da hat Baden-Württemberg Chancen.“ So sehen wir das auch.

Wir sind ein innovatives Land. Wir haben die besten Köpfe in der Forschung.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

(Drexler)

Alle Menschen, die sich mit Kernkraft beschäftigt haben, haben gesagt, 10 Jahre bis 20 Jahre könne es dauern. Genau diese Zeit haben wir jetzt vor uns. Warum gehen Sie nicht raus aus der Ecke und machen mit uns einen Wettbewerb dazu, wie wir als innovatives Land mit dem Ausstieg am besten fertig werden?

Deshalb wollen wir von der Landesregierung jetzt Antworten – sie muss arbeiten –: Erstens: Wann wird welches Kernkraftwerk abgeschaltet?

(Unruhe bei der CDU)

– Ja, natürlich! Das ist eine Aufgabe der Landesregierung für das Land.

Zweitens: Was wollen die Energiekonzerne anschließend an dem Standort machen?

(Abg. Dr. Birk CDU: Erst beschließen, und dann keine Verantwortung tragen wollen!)

Drittens: Es gibt Gutachten – die liegen auch Ihnen vor –, die sagen: Energiesparen ist das größte Potenzial, das wir haben. Wenn wir jedes Jahr 3 % Energie sparen, dann sind wir in 20 Jahren bei einer Energieeinsparung von fast 40 % bis 50 %. Jedes Gutachten sagt Ihnen, dass das mit modernster Technik möglich ist. Warum soll Baden-Württemberg da nicht führend sein?

(Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Viertens: Energieeffizienz. Wir haben in den letzten 30 Jahren die Arbeitsproduktivität verdreifacht. Die Energieeffizienz haben wir nur um ein Drittel erhöht. Wir haben riesige Energieeffizienzpotenziale. Wenn wir in den nächsten 20 Jahren die Energieeffizienz nur um den Faktor 2 erhöhen, in den nächsten 40 Jahren um den Faktor 4 erhöhen,

(Abg. Wieser CDU: Brauchen wir gar keine Kraftwerke mehr!)

erzielen wir damit Einsparungen, die riesengroß sind. Die Japaner sind da vor uns. Genau auf diesem Sektor muss Baden-Württemberg führend werden. Wir haben eine riesige Chance in diesem Land, glaube ich, Herr Oettinger, für Baden-Württemberg eine umweltfreundliche nachhaltige Energieversorgung aufzubauen. Das ist auch eine Chance für Deutschland. Es ist im Übrigen eine Chance für die Welt; denn nur zwei Drittel haben eine Energieversorgung; ein Drittel der Menschen, zwei Milliarden, hat überhaupt noch keinen Zugang zu Energie.

(Abg. Wieser CDU: Das schaffen Sie für Deutschland auch noch!)

Auch daran müssen wir denken. Deswegen sind die Volkswirtschaften, die das machen, was ich gerade gesagt habe, auf dem Weltmarkt führend und können überall mit ihren Energiesparmaßnahmen Energie einsparen und Energieeffizienz verkaufen. Das ist die Chance für Baden-Württemberg. Denken Sie nur einmal nach: Die Sonne sendet innerhalb eines Jahres das 15 000fache dessen an Energie auf die Erde, was die Menschheit im gleichen Zeitraum ver-

braucht. Das ist die Chance im neuen Jahrhundert, im neuen Jahrtausend, auch für Baden-Württemberg.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf: Wenn die Sonne lacht, dann hat es die CDU gemacht!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Drexler hat aus einer Rede zitiert, die vor 14 Jahren just an diesem Pult gehalten worden ist. Da hat Herr Teufel noch anderes gesagt.

(Ministerpräsident Teufel: Jeder Satz ist richtig!)

– Jeder Satz ist richtig?

(Lachen bei der SPD)

Dann konfrontiere ich Sie mit einem weiteren. Sie haben damals gesagt:

Die Weichen für Alternativen zur Kernkraft müssen heute gestellt werden und nicht erst nach dem Jahr 2000.

(Lachen und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jetzt muss erforscht werden und entwickelt werden, was später in Serie genutzt werden soll. Die Zukunft gehört nicht der Kernkraft,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

weil kein Mensch mit so großen Risiken leben will, wenn . . . es risikoärmere oder gefahrlosere Arten der Energieerzeugung gibt.

Das haben Sie gesagt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Herr Oettinger war damals noch nicht im Landtag.

(Zurufe von der SPD)

Er weiß also nicht, wie die Argumentation der letzten 25 Jahre war.

(Zurufe von der SPD)

– Er war noch radikaler? Dann muss ich auch einmal eine Rede von ihm herausziehen.

Jetzt frage ich Sie, was man hier gegen den Ausstieg aus der Kernkraft hat. Herr Ministerpräsident, ich sage es deutlich: Sie haben damals fast eine seherische Rede gehalten, weil Sie genau das Jahr 2000 angepeilt haben. Wir sind im Jahr 2000, und wir haben jetzt eine Bundesregierung, die genau das macht, was Sie einklagen.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

(Dr. Salomon)

Man hat nämlich den Ausstieg aus der Kernkraft vereinbart. Das ist doch der entscheidende Punkt.

(Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Der Unterschied ist ja nur, dass die Diskrepanz zwischen Ihrem Reden und Ihrem Handeln so gigantisch ist, weil Sie die Umsetzung all dessen, was Sie ankündigen – man hätte die Alternativen schon in den Achtzigerjahren erforschen und zur Marktreife führen können –, sträflich vernachlässigt haben.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Was sind eigentlich die fünf Punkte, die in diesem Kompromiss, in diesem Konsens stehen? Sie sagen, die Konzerne seien von diesem Konsens geknebelt worden. Das ist ja völliger Unsinn. Bei den Vorständen der Konzerne handelt es sich im Gegensatz zu Ihnen nicht um Ideologen. Es handelt sich vielmehr um Kaufleute, und Kaufleute müssen rechnen. Kaufleuten kommt es darauf an, unter dem Strich kein Minus, sondern möglichst ein Plus zu machen.

(Abg. Wieser CDU: Und wer bezahlt es?)

Von daher ist all das, was Sie jetzt hier machen, dieses Nachtarocken, lächerlich. Sie bellen den Mond an, weil Sie bei diesen Verhandlungen nicht zugegen waren, weil Sie nur am Katzentisch saßen, weil Sie anscheinend nicht einmal den Wortlaut kennen, und berufen sich jetzt auf irgendwelche Gespräche zwischen Herrn Goll und Herrn Schröder.

(Abg. Dr. Birk CDU: Ja, das ist entscheidend! Genau das ist der Punkt!)

Das ist alles lächerlich. Die Wirklichkeit ist eine andere.

(Abg. Dr. Birk CDU: Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers wird interessant!)

Das Thema Obrigheim spielt doch überhaupt keine Rolle.

(Abg. Dr. Birk CDU: Die Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers wollen wir sehen!)

Haben Sie gelesen, dass diesen Sommer Biblis A abgeschaltet werden soll? Es ist nicht mehr die Frage, ob Obrigheim das erste Kernkraftwerk ist. Aber ich prophezeie Ihnen eines: Sie haben Obrigheim aus ideologischen Gründen zum Symbol erklärt.

(Lachen des Abg. Wieser CDU – Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Sie machen doch Druck auf Herrn Goll. Wenn es nach wirtschaftlichen Kriterien ginge, müsste er das Kraftwerk morgen abschalten. Ich prophezeie hier eines: Wenn sich nach der Landtagswahl der Rauch verzogen hat, wird Obrigheim vom Netz gehen. Da brauchen wir nicht bis Dezember 2002 zu warten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich will nur noch einmal eines sagen. Über den Atomkonsens ist in den letzten Tagen viel geschrieben worden. Da-

rauf will ich nicht eingehen. Aber ich will noch einmal auf die Diskrepanz zwischen Reden und Handeln bei Herrn Teufel eingehen.

Was haben Sie denn alles nicht getan, was andere Bundesländer getan haben? Sie haben hier zwar die Grundlagenforschung bei den Fraunhofer-Instituten in Stuttgart, in Freiburg und anderswo. Aber Sie haben die Förderung der regenerativen Energien, der Markteinführung überall zusammengestrichen. Das rot-grüne Nordrhein-Westfalen gibt dafür jährlich 100 Millionen DM aus. Jetzt können Sie natürlich sagen: „Ja, Rot-Grün, das ist alles ideologisch.“ Die CSU in Bayern gibt 70 Millionen DM dafür aus, Sie dagegen geben magere 6 Millionen DM aus. Sie haben die Förderung sozusagen auf null zusammengestrichen.

Zur Windkraft. Das ist der zweite Punkt. Hierbei haben wir natürlich nicht Bedingungen, wie sie an der Küste bestehen. Das möchte ich hier sagen. Ich will auch nicht, dass im Schwarzwald alles zugenagelt wird.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU – Weitere Zurufe von der CDU und den Republikanern)

– Jetzt einmal ganz ruhig, Herr Birk. – Aber können Sie mir erklären, warum das Land Hessen, das sehr viel kleiner ist als Baden-Württemberg, siebenmal so viel Windkraft installiert hat wie Baden-Württemberg?

(Abg. Dr. Birk CDU: Das wollen wir nicht!)

Können Sie mir das erklären? Das können Sie nicht.

(Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Dr. Birk)

– Vorsicht, kein Praecox hier. Wissen Sie eigentlich, Herr Birk, dass in Deutschland im Bereich der Windenergie mittlerweile mehr Arbeitsplätze existieren als im Bereich der Kernkraft? Sie wissen es wahrscheinlich, aber Sie schweigen lieber.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD)

Sie haben drittens die Förderung von kommunalen Energiekonzepten zusammengestrichen – im Gegensatz zu Hessen und zu Nordrhein-Westfalen. Sie haben die Förderung auf Eis gelegt und auf null gefahren. Da reden Sie 1986 davon, man dürfe sich nicht erst nach dem Jahr 2000, sondern müsse sich jetzt – 1986 – Gedanken machen, wie es weitergehe, wenn man aus der Kernkraft aussteige. Da kann ich nur sagen: Bellen Sie weiter den Mond an. Sie haben die letzten 14 Jahre versagt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich spreche mich auch für die Zukunft für einen Energiemix aus, der die Option auf Kernkraft erhält. Zugleich soll aber auch alles getan werden – darauf komme ich noch zurück –, um den Anteil der regenerativen Energien innerhalb dieses Energiemix in der Zu-

(Pfister)

kunft zu erhöhen. Aber gerade deshalb halte ich die Absprache über den Ausstieg aus der Kernenergie für falsch. Ich halte sie für falsch, weil sie ein Verstoß gegen die Klimaschutzziele ist, für die wir uns ausgesprochen haben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Mein Gott!)

Ich halte sie für schädlich, weil Volksvermögen verschleudert wird. Ich halte sie für fantasielos, weil Ihnen bei der Entsorgungsfrage nichts anderes einfällt, als die Abfälle vor der Haustür der Länder und Gemeinden abzukippen.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Aber was haben Sie gemacht? – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Jetzt geht die Biggi Bender raus! Jetzt fürchtet sie sich!)

Ich halte sie für unklug, weil Sie überhaupt nicht den Versuch gemacht haben, gemeinsam mit der Opposition und den Ländern einen Energiekonsens auf den Weg zu bringen. Deshalb sage ich Ihnen voraus: Die Restlaufzeit dieser Vereinbarung wird genau bis zur nächsten Bundestagswahl reichen und damit kürzer sein als die Restlaufzeit des Kernkraftwerks in Obrigheim.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Die 18 % lassen grüßen!)

Mein Vorwurf richtet sich an Rot-Grün – ich wiederhole meinen Vorwurf –, aber ausdrücklich auch an die EVUs. Die EVUs haben einen bequemen Weg gewählt, und dieser bequeme Weg war der falsche Weg.

Ich glaube, dass diese Vereinbarung falsch ist, insbesondere auch aus ökologischen Gründen. Sie haben in Ihrem Papier keine Aussagen darüber, wie eine Energiepolitik in der Zukunft auszusehen hat, und insbesondere darüber, wie eine künftige Energiepolitik die Klimaschutzziele erreichen soll, zu deren Einhaltung wir uns verpflichtet haben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben sich doch mit dem Thema noch nie beschäftigt!)

– Herr Kollege Salomon, was geschieht eigentlich – diese Frage haben Sie nicht beantwortet, aber ich muss sie stellen –,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe ja nur fünf Minuten! Ich komme noch mal dran!)

wenn wir die Kraftwerke vom Netz nehmen?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wir haben Überkapazitäten, dass es kracht!)

Dann haben wir zwei Möglichkeiten, die gleichermaßen unbefriedigend sind. Die erste Möglichkeit: Wir bauen neue Kraftwerke,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ach was!)

zum Beispiel effiziente Gas- und Dampfturbinenkraftwerke. Das ist eine Möglichkeit.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Billiger und besser!)

Ich muss aber darauf hinweisen: Selbst wenn wir dies täten und Kernkraftwerke flächendeckend durch Dampfturbinenkraftwerke ersetzen würden,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie denken doch statisch!)

würde das bedeuten, dass die CO₂-Belastung in der Zukunft eben nicht abnehmen, sondern deutlich zunehmen würde.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: So ist es!)

Wenn der Bundeskanzler kürzlich in Lippendorf bei der Einweihung eines Kohlekraftwerks – wie ich gelesen habe – ein Hohelied auf die Kohle gesungen hat und geradezu die Renaissance der Kohle angepriesen hat, dann kann ich nur sagen: Damit haben Sie sich endgültig vom Ziel des Klimaschutzes verabschiedet. Diesen Vorwurf muss ich Ihnen machen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie hatten das Ziel ja gar nicht!)

Dann bleibt die zweite Möglichkeit, Herr Salomon: Sie importieren Strom. Das können Sie natürlich auch machen, zum Beispiel aus osteuropäischen Kernkraftwerken, die mit Sicherheit einen geringeren Sicherheitsstandard haben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das macht der Goll heute schon! – Zuruf von der CDU: So wird es ja kommen!)

Meine Damen und Herren, was ist das für eine grüne Scheinheiligkeit! Die gleichen Grünen, die in Deutschland die Kernkraft vom Netz nehmen wollen, gehen her und fördern Kernkraftwerke in China durch die Übernahme von Hermesbürgschaften. Das ist nicht nur ideologisch scheinheilig, sondern schizophren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Kommen Sie doch nicht mit diesem Käse daher! – Abg. Brechtken SPD: Die Vertragsverpflichtungen sind von der vergangenen Bundesregierung übernommen! Das ist unglaublich!)

Dann ist ein Drittes zu nennen: Ich halte diese Vereinbarung in der Entsorgungsfrage für geradezu abenteuerlich. Abenteuerlich deshalb, weil Sie auf der einen Seite ein Moratorium für Gorleben planen, das heißt, bis zu zehn Jahre lang soll in Gorleben als zukünftigem Endlager nichts mehr geschehen. Das ist übrigens ein glatter Verstoß gegen das, was Ihr ehemaliger Bundeskanzler Schmidt 1979 als gemeinsames Ziel in der Entsorgungsfrage formuliert hat.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da gab es aber noch Pläne für ein Endlager in Bayern!)

(Pfister)

Das heißt, Sie sind drauf und dran, durch die Schaffung von Zwischenlagern zu erreichen, dass in Zukunft die Zwischenlager Endlager sein werden.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ein Blödsinn!)

Es kommt aber noch schlimmer, Herr Kollege Salomon. Sie müssen sich einmal folgenden Satz auf der Zunge zergehen lassen, der in Ihrer Vereinbarung steht – ich darf zitieren –; da heißt es:

Es wird . . . nach Möglichkeiten gesucht, vorläufige Lagermöglichkeiten an den Standorten vor Inbetriebnahme der Zwischenlager zu schaffen.

Was heißt dieser Satz? Soll das bedeuten, dass in der Zukunft – weil Sie ja wissen, dass Sie diese Zwischenlager innerhalb von fünf Jahren nicht schaffen können – dieses Zeug auf dem Hof oder in der Kantine abgelagert wird? Die Entsorgungspolitik, die Sie hier betreiben, ist doch abenteuerlich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb kann ich nur zu dem Ergebnis kommen – ich komme in der zweiten Runde noch zu den zukünftigen Alternativen –: Dieser so genannte Konsens ist natürlich kein Konsens, sondern er ist ein durch und durch ideologisches Papier, das Sie auf den Weg gebracht haben. Jahrzehntlang war in der Energiepolitik der Bundesrepublik Deutschland Konsens, dass eine Energieversorgung sicher, umweltverträglich und wirtschaftlich sein muss.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Und genau so etwas machen wir!)

Ich stelle fest, dass Sie mit Ihrem Papier gegen alle drei Ziele diametral verstoßen haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kluck FDP/DVP: Bravo!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Diese heutige Debatte ist in der Tat bemerkenswert, weil diejenigen, die diesen Atomausstieg zu verantworten haben, bis heute keine Antwort auf die Fragen gegeben haben, auch nicht in dieser Debatte, die mit diesem Atomausstieg aufgeworfen werden. Sie vertrösten sich offensichtlich in die Zukunft nach dem Motto „Die Sonne heilt dann alle Probleme“.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Quatsch!)

Ich kann bloß hoffen, dass den Roten irgendwann einmal überhaupt ein Licht aufgeht, mit oder ohne Sonne.

(Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut!)

Das Entscheidende ist in der Tat das, was der Kollege Pfister vorhin zutreffend als schizophren bezeichnet hat, dass nämlich dieselben Leute, die sich hier jahrelang zu den

Gralshütern des Umweltschutzes aufgeschwungen haben, jetzt eine Maßnahme verantworten müssen, die genau das Gegenteil von dem erzeugen wird, was sie sich selbst auf die Fahnen geschrieben haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich will nur daran erinnern: Wenn sich die Bundesrepublik international dazu verpflichtet hat, ihren Ausstoß an CO₂ bis zum Jahr 2010 um 21 % und national bis zum Jahr 2005 gar um 25 % zu reduzieren, dann geht das mit diesem Atomausstieg nicht zusammen.

(Abg. Drexler SPD: Doch!)

Jetzt frage ich Sie: Wie wollen Sie diese Ziele zusammenbringen? Bis heute Fehlanzeige bei Ihnen, keine Silbe, nichts!

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Sie glauben doch nicht im Ernst, dass Sie das nur mit dem Sonnenschein erledigen können.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben gar nicht zugehört!)

– Doch, Herr Drexler, gerade bei Ihnen habe ich zugehört. Ich habe mir vorhin den ganzen Unsinn angehört. Wenn Sie glauben, dass Sie bis zum Jahr 2010 mit Sonnenschein die Probleme lösen,

(Abg. Drexler SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

dann sind Sie wirklich hinterm Mond, nichts anderes.

(Beifall bei den Republikanern)

Zweiter Punkt: Meine Damen und Herren, was in der Debatte völlig weggelassen wird, ist doch die schizophrene Situation, die in dem Moment entsteht, in dem man mit dem nationalen energiewirtschaftlichen Instrumentarium der Siebzigerjahre im Jahr 2000 versucht, seine ideologischen Ziele zu verwirklichen. Sie von Rot-Grün haben der Liberalisierung des Strommarkts innerhalb Europas zugestimmt,

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

und jetzt müssen Sie sich daran festhalten lassen. Die Folge ist nämlich, dass Sie mit dem Abschalten der Kernkraftwerke in Deutschland allenfalls eines bewirken werden: den Import von billigem Atomstrom aus West und Ost.

(Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen: Ausländischer Strom!)

Ich darf Ihnen einmal aus einer AP-Meldung vom 16. Juni dieses Jahres zitieren – mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten –:

(Abg. Deuschle REP: Auch ohne!)

Dass Deutschland den Ausstieg aus der Atomenergie beschlossen hat, wurde in Frankreich mit großem Interesse registriert.

(Abg. Krisch REP: Hört, hört!)

(Dr. Schlierer)

Dann heißt es weiter:

Die Entscheidung könnte eine gute Gelegenheit für Frankreich sein, ein bisschen mehr Strom nach Deutschland zu verkaufen, sagte der für Industrie zuständige Staatssekretär Christian Pierret.

So ist es.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Mein Gott!)

Dazu kommt kein Wort von Ihnen, Herr Salomon.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da warten Sie mal ab, Sie Schwätzer!)

Das erinnert mich auch daran, dass wir im letzten Herbst darüber debattiert haben, welche Auswirkungen der Einstieg der EdF bei EnBW haben wird. Da ist der entscheidende Punkt: Das war die Toröffnung. Jetzt schalten Sie in Deutschland ab und eröffnen gewissermaßen den Franzosen die Möglichkeit, ihren billigen Atomstrom hierher zu importieren.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Was hat das mit Ihren hehren Zielen zu tun? Gar nichts!

(Beifall bei den Republikanern)

Ich will Ihnen nur eines sagen, Herr Salomon: Glauben Sie doch bitte nicht, dass Sie da noch eine Sicherheitsdiskussion führen können. Das Kernkraftwerk, das in Frankreich einen Störfall hat, betrifft uns dann genau so wie das Kernkraftwerk bei uns vor der Haustür.

(Abg. Deuschle REP: Jetzt schon!)

Das wissen Sie, und Sie werden jetzt nur eines befördern: dass nämlich in dem Maße, in dem wir den Markt zum Osten hin öffnen, in der Tat der billige Kernkraftstrom aus den östlichen, sehr unsicheren Kernkraftwerken zu uns importiert werden wird. Da sage ich nur eines: Es ist schizophren, auf der einen Seite die Internationalisierung dieses Marktes zu befördern – das war ja auch Ihr Votum – und jetzt sich hier hinzustellen und zu glauben, Sie könnten mit dem nationalen Alleingang irgendetwas ändern.

(Abg. Krisch REP: Nationale Grüne! – Abg. Deuschle REP: Nationale Sozialisten!)

Sie werden gar nichts ändern!

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, das einzige, was Sie schaffen werden, ist – und da kommt ein nächster Punkt, der auch unter die Rubrik Schizophrenie fällt –, dass Sie nämlich auch jene Alternativen, die Sie im Energiemix durchaus verstärken könnten, jetzt noch verteuern.

Zum Beispiel Lippendorf, das vorhin kam, kann man noch etwas dazusagen: Das Modell Lippendorf funktioniert doch nur, weil Sie dazu noch eine Art Absatzgarantie in Mitteldeutschland geschaffen haben, indem Sie dort bestimmte Abnehmer verpflichten, den Strom aus diesen Kraftwerken

zu beziehen, was übrigens normalerweise mit den Marktgesetzen überhaupt nicht in Übereinstimmung zu bringen ist.

Ich kann Ihnen nur eines sagen: Sie werden nicht einmal in der Lage sein, diese alternativen Energien so preiswert anzubieten, dass sie mit dem Import-AKW-Strom aus anderen Ländern konkurrieren können.

(Beifall bei den Republikanern)

Auch diese Chance versäumen Sie, und deswegen ist das, was Sie hier machen, nicht nur falsch, sondern schlicht und einfach verantwortungslos.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Umwelt- und Verkehrsminister Müller.

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben zurzeit weltweit 415 Kernkraftwerke. In dem Moment, in dem in Deutschland die Entscheidung gefallen ist, dass 19 abgeschaltet werden sollen, werden weltweit 46 gebaut.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber nicht in Europa!)

– 46 gebaut.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber nicht in Europa!)

– Das spielt jetzt überhaupt keine Rolle,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wieso? Das ist interessant!)

weil wir uns einer Verantwortung zu stellen haben, Herr Salomon, und die Verantwortung heißt, dass wir den Weltenergiebedarf zu lösen haben,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sind Sie Weltenergieminister?)

dass wir die Weltklimakatastrophe zu verantworten haben

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

und dass wir einem Wort von Carl-Christian von Weizsäcker, der bekanntlich kein Anhänger der Union ist,

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

vielleicht auch Rechnung tragen sollten, der sagt, wir hätten im Interesse des Sicherheitsniveaus auf der Welt eine Verpflichtung, in der Kernkraft zu bleiben. Das, was Sie als Gemälde immer an die Wand malen, dass wir nämlich die letzten Mohikaner seien, dass wir in einer sterbenden Technologie verbleiben wollten, ist falsch. Es ist genau umgekehrt. Sie steigen aus einer Zukunftstechnologie aus, in der wir führend waren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Oje! – Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Fünfzigerjahre-Technologie!)

(Minister Ulrich Müller)

Der Trend arbeitet nicht für die Politik, die Sie hier beschlossen haben, sondern der Trend arbeitet genau dagegen.

Zweiter Punkt, meine Damen und Herren: Wir haben in der Bundesrepublik, wie gesagt, 19 Kernkraftwerke. Wir haben um die Bundesrepublik herum in einem Umkreis von 2 000 Kilometern insgesamt 150 Kernkraftwerke. Es ist im Blick auf einen liberalisierten Strommarkt ein Tatbestand: Während es vor einiger Zeit noch die Strommonopole gegeben hat und wir deswegen unsere Märkte abschotten konnten, haben wir heute die Situation, dass wir im internationalen Wettbewerb stehen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ach nee! Das ist ja völlig neu!)

Dies bedeutet, dass der Ausstieg aus der deutschen Kernkraft der Einstieg der ausländischen Kernkraft sein wird –

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

nicht mit der technischen Sicherheit, wie wir sie bei uns haben –, mit der Folge der Technologieverschwendung, mit der Folge des Arbeitsplatzexports und mit der Folge, dass wir in Zukunft Strom nicht nur importieren können – das können wir im liberalisierten Markt immer –, sondern Strom importieren müssen, und das wird die Preise verderben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja was denn jetzt? Europäischer Markt oder Autarkie? Was wollen Sie eigentlich?)

Ein einziger Pfennig Preiserhöhung für eine Kilowattstunde kostet die deutsche Volkswirtschaft 12 Milliarden DM. Worin liegt der Sinn, unsere Kernkraftwerke abzuschalten und andere zu betreiben und von ihnen teureren Strom zu beziehen als den, den wir im eigenen Land herstellen könnten?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich will zum Dritten den Umweltminister Trittin zitieren, der zur Beruhigung seiner eigenen Basis in der „taz“ am 16. Juni, also nachdem die Vereinbarung unterzeichnet worden ist, Folgendes geschrieben hat:

Dieser Ausstieg ist im internationalen Vergleich ohne Beispiel.

In der Tat.

In den USA werden die Betriebsgenehmigungen gerade von 40 auf 60 Jahre verlängert.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: In der Tat!)

In Schweden zahlt man für die Befristung auf 40 Jahre eine Entschädigung.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: In der Tat!)

In Belgien macht man 40 Jahre ohne Entschädigung und in der Bundesrepublik 32 Jahre ohne Entschädigung.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: In der Tat!)

Das ist der Triumph, den Sie glauben feiern zu müssen, aber es ist eine Versündigung an den Interessen des Landes, was damit deutlich wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ach du heiliger Strohsack!)

Sie wussten, was Sie tun, meine Damen und Herren, und deswegen ist das, was Sie tun, unverzeihlich.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie wissen nicht, wovon Sie reden! Das ist der Unterschied!)

Im März dieses Jahres haben Sie Hermesbürgschaften für die Nachrüstung von Kernkraftwerken in anderen Ländern gewährt,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Zwei genehmigt und elf verhindert! Sagen Sie es doch deutlich!)

unter anderem in Litauen und in der Ukraine. Wir werden mit Steuergeld aus diesem Land die Nachrüstung von Kernkraftwerken fördern, von denen wir später Strom aus Kernkraft beziehen. Welche Absurdität! Welch gespenstische Politik!

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja, aber dann gucken Sie sich das Ding in Tschernobyl doch mal an! Es ist eine Frechheit, was Sie hier erzählen!)

Jetzt zu der Frage, warum Sie aussteigen, meine Damen und Herren. Sie haben jahrelang gesagt, es sei ein Sicherheitsproblem. Jetzt sehen wir uns aber einmal die Vereinbarung an. Was steht in ihr zu dem Thema Sicherheit? Das zweite Argument, das Sie gebracht haben, war, dass die Entsorgungsfrage ungelöst sei.

Zunächst zur Sicherheit. In der Vereinbarung selbst – nicht in irgendeiner Formulierung, sondern in der Vereinbarung selbst – steht, dass die deutschen Kernkraftwerke sicher sind und dass es keine Notwendigkeit und keine Veranlassung gibt, am Sicherheitsniveau etwas zu ändern. So mussten Sie argumentieren, weil Sie andernfalls nicht eine Gesamtlaufzeit von 32 Jahren pro Kernkraftwerk hätten akzeptieren können. Damit haben Sie natürlich zu gleicher Zeit auch etwas anderes signalisiert, nämlich dass Sie nicht manipulativ an der Sicherheitsschraube drehen wollen, wie Sie das ursprünglich vorgehabt haben. Sie räumen jetzt ein, dass es weder möglich noch nötig, noch angezeigt, noch notwendig ist, am bisherigen Sicherheitsstandard etwas zu ändern.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ihr Problem ist, dass Sie nicht mit am Tisch saßen! Das ist doch deutlich, oder? – Gegenruf des Abg. Drautz FDP/DVP: Sie auch nicht!)

(Minister Ulrich Müller)

Wenn es kein Sicherheitsargument gibt, müssen Sie die Frage beantworten, warum Sie es trotzdem tun. Sie haben die Frage auch beantwortet – es steht in der Vereinbarung selbst –: wegen der gesellschaftspolitischen Diskussion. Das ist eine verdammt schwache Begründung für den Schaden, den Sie der deutschen Volkswirtschaft und dem Land Baden-Württemberg zufügen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wenn man die Rede von Teufel von 1986 hört, muss man fast sagen: Es ist schon lange nichts mehr passiert!)

Ich zitiere die Vereinbarung, die Sie selbst unterschrieben haben.

Jetzt kommt als Zweites die Entsorgungsfrage. Sie könnten ja sagen: Es gibt eine ungelöste Frage bezüglich der Endlagerung. Das ist richtig. Aber was tun Sie? Sie verschärfen das Problem, Sie lösen es nicht, obwohl das Problem so oder so zu lösen ist. Sie haben die Entsorgungsfrage, was Gorleben anbelangt, schlicht mit einem Moratorium versehen, und Sie wissen nicht, wohin die Reise gehen wird. Sie verschlechtern und Sie verschleppen die Situation.

Sie haben keinen Sofortvollzug beim Schacht Konrad vorgesehen, sondern Sie schließen ihn ausdrücklich aus. Das wird für das Land Baden-Württemberg, wo 60 % aller schwach- und mittlerradioaktiven Abfälle liegen, bedeuten, dass wir dort, wo diese Abfälle liegen, nämlich in Karlsruhe, ein Entsorgungsproblem bekommen und umkonditionieren müssen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das kostet uns 30 Millionen DM im Jahr! Das ist fünfmal so viel, wie Sie für die regenerativen Energien ausgeben!)

Dort wird faktisch das Zwischenlager errichtet, das beim Schacht Konrad nicht vorhanden ist. – Seien Sie einmal ruhig, Herr Salomon, und hören sich das an, auch wenn es wehtut.

(Beifall bei der CDU – Abg. Weiser CDU: Er will doch gar nicht! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das tut nicht weh, das tut im Kopf weh!)

Ihre Vereinbarung führt zu Zwischenlösungen, zu regionalen Zwischenlagern und zu Krückenlösungen, und Sie wissen heute noch nicht, wie Sie das schaffen wollen. Sie werden sich auch der Transportfrage noch einmal zu stellen haben.

Das heißt, das, was Sie als Begründung nehmen, nämlich die Sicherheit, schließen Sie selbst aus, und das, was Sie als zweite Begründung nehmen, nämlich die Entsorgung, verschlechtern Sie. Das ist die Situation.

Jetzt frage ich mich umgekehrt: Warum unterzeichnet denn die andere Seite, die Energieversorgungsunternehmen?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das müssen Sie sich einmal fragen!)

Da wollen wir uns jetzt gar nicht in Spekulationen ergehen, sondern ich will schlicht zitieren, was die EVUs selber ge-

sagt haben, was sich in der Vereinbarung als Aussage der EVUs findet und was im Übrigen auch der Bundesverband der Deutschen Industrie dazu gesagt hat.

Die Energieversorgungsunternehmen stellen fest, dass sie an der Kernkraft festhalten wollen und dass sie nicht aus Überzeugung handeln. Sie stellen auch fest, dass der Ausstieg nicht ihren Interessen entspricht.

Es wird ja immer wieder das Argument gebracht, die Kernkraft sei eine Technologie, bei der die EVUs froh wären, wenn sie sie endlich los wären. Meine Güte, wenn die EVUs die Kernkraft loswerden wollten, würden sie die Kernkraftwerke doch sofort abschalten. Wieso verhandeln sie denn eineinhalb Jahre über die Länge der Laufzeit, wenn sie froh wären, wenn sie sie endlich los wären? Das ist doch keine Logik, kann ja keine Logik sein.

(Beifall des Abg. Göbel CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Beileibe nicht!)

Die Situation war ganz anders, und das steht in der Vereinbarung selbst. Die EVUs wollten nämlich den ungestörten Betrieb. Man muss sich diesen Ausdruck einmal auf der Zunge zergehen lassen. Er bedeutet nichts anderes, als dass der Staat Störer ist und dass die EVUs klar vorausgesehen haben, dass sie sich gegen diese Störung rechtlich nahezu nicht wehren können. Genau das ist eine Erpressungssituation. Das nenne ich den größten Verfassungsverstoß in Bezug auf Artikel 14 des Grundgesetzes in der Geschichte der Bundesrepublik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ja die jenseitigste Rede, die hier seit langem gehalten wurde, also ehrlich!)

Wissen Sie, was in Artikel 14 steht? Wenn in Eigentum eingegriffen wird, bedarf es des Nachweises der Erforderlichkeit aus Gründen des öffentlichen Wohls. Es bedarf zum Zweiten der Entschädigung. Zum Dritten ist die Möglichkeit der rechtlichen Überprüfung gegeben.

Nichts davon ist durch diese Politik gewährleistet. Der Staat zwingt den Bürger – Industrieunternehmen, übrigens weithin in öffentlichem Eigentum; das ist unser Unternehmen, das ist unser Eigentum, nur nebenbei gesagt –, erstens etwas gegen seine Überzeugung zu tun, zweitens etwas gegen seine Interessen zu tun, drittens ohne Entschädigung und viertens ohne rechtliche Überprüfung. Das ist das Ergebnis der Erpressungspolitik, die Sie gemacht haben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie bellen den Mond an! Sie bellen den Mond an!)

– Herr Salomon, das ist die Arroganz der Macht! Sie haben das Argument überhaupt nicht verstanden.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn ich Ihnen eine verfassungsrechtliche Argumentation bringe, lehnen Sie sich zurück und rufen: „Sie bellen den Mond an!“

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen – Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Wer schreit, hat Unrecht!)

(Minister Ulrich Müller)

So kann nur derjenige argumentieren, der im Besitz der Macht ist und von ihr hemmungslos Gebrauch macht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt etwas zu den Folgen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Noch nie war er so stark wie heute! Das ist echt Klasse! – Weitere lebhaftere Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Jetzt noch etwas zu den Folgen: Sie versündigen sich an drei zentralen – –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Leute, ihr müsst den zurückziehen! Der ist peinlich! – Weitere lebhaftere Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Ich darf um Ruhe bitten.

(Anhaltende Zurufe vom Bündnis 90/Die Grünen)

Minister für Umwelt und Verkehr Ulrich Müller: Sie versündigen sich an drei zentralen Belangen:

(Abg. Göbel CDU: Das tut denen da drüben weh!)

den Arbeitsplatzbelangen, den Umweltbelangen und den Sicherheitsbelangen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Guter Mann am Schreibtisch, aber nicht, wenn er etwas sagen soll!)

Zunächst einmal ganz simpel etwas zu den Arbeitsplatzbelangen. In Baden-Württemberg sind unmittelbar 6 000 Arbeitsplätze betroffen, in der Bundesrepublik entsprechend mehr, ungefähr das Vierfache. Mittelbar sind natürlich sehr viel mehr Arbeitsplätze betroffen. Das sind zum Beispiel auch Plätze in der Forschung.

Übrigens gibt es auch einen technischen Fortschritt, was die Entwicklung der Kernkraft anbelangt, von dem wir uns in Zukunft natürlich aufgrund des Ausstiegsgesetzes abschneiden.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Dann haben Sie doch die Vereinbarung nicht gelesen! Das ist ja völliger Blödsinn!)

– Zum Thema Forschung steht nur eines drin: dass die Forschung frei ist. Aber Sie kürzen natürlich die Forschungsmittel auf null. Sie haben ja ein Ausstiegsgesetz vor, nach dem es neue Kernkraftwerke gar nicht mehr geben soll.

Zweitens: Wir haben eine nachhaltige wirtschaftliche Belastung insofern, als wir natürlich eine Stromverteuerung bekommen und weil für eine alternative, für eine andere – ich meine nicht unbedingt regenerative – Stromversorgung neue Kapazitäten aufgebaut werden müssen. Der LVI schätzt,

(Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

dass dadurch allein in Baden-Württemberg eine Belastung von rund 20 Milliarden DM entsteht. Entsprechend hoch wird die Belastung insgesamt in der Bundesrepublik sein. Es gibt dazu ja Zahlen, die in den dreistelligen Milliardenbereich gehen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Der LVI in Baden-Württemberg ist senil! Das sage ich Ihnen!)

Das waren ja genau die Gründe – weil Sie gewusst haben, wie hoch die Entschädigungszahlungen wären; das zeigt logischerweise die Höhe des Schadens –, weshalb Sie nach einer anderen Lösung gesucht und sie mit der Erpressungsstrategie durchgesetzt haben. Das ist der Schaden, den Sie vorsätzlich anrichten.

Was die Umwelt anbelangt, kann man ganz einfach feststellen: Das Ziel der Bundesrepublik heißt „minus 20 %“, und der Effekt dieser Politik heißt „plus 20 %“. Das ist eine deutliche Abweichung, das ist eine deutliche Verfehlung.

Jetzt verweisen Sie auf die regenerativen Energien. Meine Damen und Herren, wir sind sehr für die regenerativen Energien; das ist wohl wahr.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber nicht, solange es Geld kostet! Jetzt wollen Sie die Kraft-Wärme-Kopplung! – Weitere Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Aber wir wollen die regenerativen Energien an die Stelle der fossilen setzen. Das ist die logische Konsequenz: Kernkraft und regenerative Energien.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vorhin ist Bundeskanzler Schröder schon zitiert worden. Ich will dies hier noch einmal ausdrücklich tun. Beim Gewerkschaftskongress am 4. Mai dieses Jahres – in dieser Phase wusste er, was er sagte – sprach er nicht von den regenerativen Energien, sondern davon, dass Braun- und Steinkohle ebenso wie Erdgas – drei fossile Energien – in Zukunft wieder vermehrte Absatzchancen hätten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist der Punkt!)

Das ist die Realität. Dazu passt die Pro-Kohle-Politik der SPD mit 10 Milliarden DM Subventionen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Herr Drexler, wenn Sie davon sprechen, dass der Energiezufluss der Sonne das 15 000fache dessen ausmache, was die Kernkraft ausmacht, kann ich nur Folgendes sagen: Die Photovoltaik macht heute 0,01 % aus.

(Lebhafte Zurufe, u. a. Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die Photovoltaik! Dann nehmen Sie doch einmal Wind und Biomasse!)

Verhundertfachen Sie es, dann sind wir bei einem Prozent. – Schön, dann nehmen wir alle regenerativen Energien zusammen. Wir sind sehr dafür. Wenn wir die Verdoppelung schaffen, ist es ganz toll, aber damit haben wir lediglich ein

(Minister Ulrich Müller)

Sechstel des Problems bundesweit und ein Zwölftel des Problems in Baden-Württemberg gelöst.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die Windenergie macht mittlerweile ein Drittel der Atomkraft aus! Wir haben ihren Anteil in den letzten Jahren verdoppelt!)

Wir wollen im Übrigen den Anteil der regenerativen Energien so oder so verdoppeln. Wir wollen sie nicht deswegen verdoppeln, weil wir eine Lücke haben, sondern deswegen, weil wir einen Ersatz für die fossilen Energien brauchen. Das ist die eigentliche Philosophie, die wir bräuchten.

Zum Dritten zum Thema Sicherheit: Sie haben nicht nur sicherheitsmäßig nicht argumentieren können und das auch nicht getan, sondern Sie verstoßen gegen Sicherheitsbelange. Sie tun das absichtlich und unabsichtlich – zwangsläufig. Sie tun es absichtlich; ich erinnere nur an die Diskussion um die Nachrüstung oder die Nichtnachrüstung von Biblis. Ich erinnere an das, was ich an dieser Stelle hier im Landtag von Baden-Württemberg vor einigen Monaten gesagt habe, als es um die Frage der Zwischenlagermöglichkeiten gegangen ist. Damals habe ich offen gelegt, was Herr Trittin vorgehabt hat: nämlich, weil er wusste, dass die Zwischenlager so schnell nicht zur Verfügung stehen, dass die Notfallauslagerungsreserve als Zwischenlager missbraucht wird. Das ist ein Verstoß gegen Sicherheitsinteressen.

Ich erinnere auch daran, dass beispielsweise der Materialprüfungsanstalt in Stuttgart, wo bislang 20 Mannjahre an Manpower in die Alterungsforschung der Kernkraftwerke gesteckt werden, finanziell schlicht der Hahn abgedreht wird, weil Sie daran kein Interesse mehr haben. Ich erinnere an die Sicherheitsprobleme und die Entsorgungsprobleme, die wir im Forschungszentrum Karlsruhe haben. So könnte man weitermachen.

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

Natürlich ist es eine logische Konsequenz, dass in dem Maße, in dem ich Kraftwerke nicht mehr betreibe, in dem ich nicht mehr in eine bestimmte Technologie investiere bzw. nicht mehr investieren darf, im Laufe der Zeit auch das Sicherheitsniveau und die Sicherheitskompetenz sinken müssen. Das heißt, Sie erreichen nicht nur nicht Ihr Ziel, sondern Sie erreichen gerade das Gegenteil dessen, was Sie als Argumentation gebracht haben.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss zu der Frage: Was sind die Konsequenzen? Was wird die Landesregierung von Baden-Württemberg denn jetzt in dieser Situation tun, die sie vorfindet – die sie ablehnt, die sie kritisiert, die sie aber vorfindet? Deswegen stellt sich die Frage: Was tun wir?

Zunächst einmal muss sichergestellt sein, was eigentlich in Bezug auf Obrigheim gilt. Das ist eine Schlüsselfrage.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Dann müssen Sie halt einen Antrag stellen!)

In dem Vertrag gibt es drei Passagen. Die erste Passage heißt: 2002. Die zweite Passage heißt: Wenn Verlängerung,

dann nur von den kleinen auf die großen und von den alten auf die neuen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Richtig!)

Und die dritte Aussage ist, dass wir in Bezug auf Obrigheim noch 8,7 Terawattstunden haben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Richtig!)

Das sind zunächst einmal schon drei Erklärungen, die sich im Vertrag selber widersprechen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Stimmt überhaupt nicht! – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Nun gibt es aber offensichtlich die Äußerung des Bundeskanzlers gegenüber Herrn Goll. Herr Goll hat gesagt, dass für ihn die Voraussetzung zur Unterschrift ist, dass in Bezug auf Obrigheim – wenn das von der EnBW gewünscht wird – über das Jahr 2002 hinaus verlängert werden kann.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist aber eine politische und keine wirtschaftliche Vorgabe!)

Genau die Frage interessiert uns: Was ist das Wort eines deutschen Bundeskanzlers wert? Diese Frage interessiert uns.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Gilt es, oder gilt es nicht? Wenn es nicht gilt, ist die Unterschrift durch Täuschung erreicht worden.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn das Wort des Bundeskanzlers gilt – bis zum Beweis des Gegenteils gehe ich einmal davon aus, dass auch ein Bundeskanzler, der von Ihnen gestellt wird, immerhin noch ein Wort zu vergeben hat –,

(Lebhafte Unruhe bei der SPD)

werden Sie hier im Landtag von Baden-Württemberg

(Lebhafte Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Heiler: Das ist tolldreist!)

ein Problem bekommen. – Ich habe Ihnen gerade gesagt: Noch gilt für mich das Wort des Bundeskanzlers. Wenn Sie sich darüber erregen, wundert mich das.

(Abg. Heiler SPD: Ehrenwort!)

Zweitens: Wir werden natürlich rechtlich überprüfen, welche Möglichkeiten wir im Blick auf die Atomgesetznovelle haben. Es geht um die Zuständigkeit des Bundesrats, und es wird auch darum gehen, dass wir verfassungsrechtlich unsere Rechte als Land Baden-Württemberg in dem entsprechenden Gesetzgebungsverfahren – –

(Minister Ulrich Müller)

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie wissen, dass Sie da nichts zu sagen haben! Das hätten Sie schon lange prüfen können!)

– Herr Salomon, ich verstehe ja, dass Sie kein Jurist sind. Das muss auch nicht der größte Schaden sein. Aber versuchen Sie dann bitte nicht, auf diesem Feld irgendetwas zu tun.

(Vereinzelt Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Gut, dass die keine solchen Juristen wie Sie haben!)

Wenn wir keinen Gesetzentwurf haben, können wir ihn logischerweise auch nicht überprüfen. Das ist ja wohl klar. Stellen Sie sich einmal vor, wir würden sagen, etwas, was wir noch gar nicht kennen, sei verfassungswidrig.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Wir stellen nur fest: In dem Moment, in dem wir eine Atomgesetznovelle auf dem Tisch haben werden, wird sie unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten überprüft, und wir werden unsere Interessen wahrnehmen. Wir machen das nicht frühzeitig, aber wir machen es rechtzeitig.

Drittens: Wir werden an den Entsorgungsfragen mitwirken, weil hier die Interessen des Landes Baden-Württemberg unmittelbar berührt sind und weil es im Übrigen in Bezug auf die Entsorgung eine Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gibt, die bislang nicht gekündigt worden ist. Diese Vereinbarung zeigt, dass hier die Interessen des Bundes und die Interessen der Länder berührt sind. Wir gehen nicht so hopplahopp darüber hinweg, dass eine Vereinbarung, die mit uns geschlossen ist, schlicht nicht mehr gelten soll. Wir werden hierauf achten, und wir werden auch verfassungsrechtlich prüfen lassen, zunächst einmal in Form eines Gutachtens, wie das in Bezug auf das ist, was ich einen erpresserischen Tatbestand genannt habe. Das ist ein Verfassungsverstoß, den Sie hier begangen haben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie haben keine Ahnung, wie Opposition ist! Das ist das Problem!)

Ich will im Übrigen ganz konkret zu dem Thema Zwischenlager sagen: Bei den Zwischenlagern haben Sie sich ein gewaltiges Problem eingehandelt, weil Sie Zwischenlager sehr viel schneller zur Verfügung stellen müssten, als sie zur Verfügung stehen werden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Nun sind die Zwischenlager vor Ort alles andere als populär. Gehen Sie bitte davon aus, dass wir uns nicht im Weg der Rechtsaufsicht an die Stelle von allfälligen kommunalen Beschlüssen, die sich dem verweigern sollten, setzen werden. Wir werden das nicht tun, weil wir darin keine rechtliche Notwendigkeit sehen und weil wir uns nicht an die Stelle derer setzen wollen, die vor Ort das Bauplanungsrecht in der Hand haben. Wir reichen dazu die Hand nicht.

(Abg. Drexler SPD: Verweigerung!)

Wenn Sie sagen, dass das vielleicht zu einer zusätzlichen Verzögerung in der Entsorgungsfrage führt, kann ich nur sagen: Es würde so oder so dazu kommen, denn entweder würden die EVUs gerichtlich dagegen vorgehen, oder es würden umgekehrt die Kommunen dies gegenüber der Auflage tun. Insofern haben Sie ein Problem. Ich kann Ihnen auch sagen, was sonstige Krückenlösungen anbelangt: Wir werden dazu die Hand nicht reichen.

Schließlich: Wir erwarten Transporte; wir erwarten Transporte so, wie das in der Vereinbarung drinsteht. Jetzt bin ich einmal gespannt, ob es wirklich zu diesen Transporten kommt. Sie müssen die Entsorgung der Kernkraftwerke sicherstellen. Sie haben das in dieser Vereinbarung versprochen.

Zum Schluss, meine Damen und Herren, eine Bemerkung zu den Verantwortlichkeiten. Zunächst einmal war ja das Ziel, einen so genannten unumkehrbaren Ausstieg zustande zu bringen. Welche Arroganz spricht daraus: unumkehrbar, sozusagen Politik mit Ewigkeitswert. Sie haben gemerkt, dass das nicht geht. Das ist gut so. Ich kann Ihnen nur sagen: In dem Moment, in dem wir die Möglichkeit haben, zusammen mit den EVUs – und die EVUs warten darauf – die Dinge wieder anders zu machen, werden wir das tun.

(Abg. Drexler SPD: Machen Sie dies im Bundestagswahlkampf! Das finde ich schön! – Abg. Weimer SPD: Das ist ein gutes Thema im Bundestagswahlkampf! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist Ihr gutes Recht!)

Das ist eine Frage, die sich in der Zukunft stellt, und wir halten diese Option offen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch wir wissen, dass Kernkraft nicht populär ist. Aber der Ausstieg aus der Kernkraft ist es auch nicht.

(Zuruf von der SPD: Was?)

Im Übrigen geht es nicht um die Frage der Popularität, sondern um die Verantwortung gegenüber dem Land.

(Abg. Drexler SPD: Es geht um die Akzeptanz!)

Die zweite Frage bezieht sich auch auf die Verantwortung. Wenn Sie aussteigen, müssen Sie die Fragen, die Sie verursacht haben, selbst beantworten. Das sind die Fragen: Was tritt an die Stelle der Kernkraft? Was ist mit den Arbeitsplätzen? Was ist mit dem Energiepreisniveau? Was ist mit dem Klimaschutz? Was ist mit der wirtschaftlichen Situation der Bundesrepublik insgesamt? Und was ist vor allem auch mit der Situation an den jeweiligen Kraftwerksstandorten? Wenn Sie glauben, das Spiel „Wir steigen aus, und die Landesregierung von Baden-Württemberg soll jetzt einmal den Krusch aufräumen, den wir hinterlassen“ spielen zu können, dann täuschen Sie sich.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Sie machen ja gar nichts!)

Wenn Sie das jetzt als Chance für das Land ausdrücken, kann ich nur sagen: Das ist keine Chance für das Land, sondern eine Zwangslage, in die Sie uns gebracht haben

(Minister Ulrich Müller)

und bei der diejenigen, die diese Zwangslage verursacht haben, auch die Lösung bringen müssen.

Meine Damen und Herren, summa summarum: Ich stelle fest, es handelt sich hier nicht um einen Energiekonsens, sondern um einen Energienonsens.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Oettinger.

Abg. Oettinger CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Lieber Kollege Salomon, vorweg ein Wort persönlich zu Ihnen: Zwischenrufe gehören zum Parlament wie das Salz zur Suppe, aber Lärm stört.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Danke, Herr Oberlehrer!)

Meine bescheidene Bitte ist: Bedenken Sie Folgendes: Mit Ihrem Lärm schaden Sie dem Ansehen des Landtags und auch Ihrem eigenen Ansehen.

(Lachen des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Deswegen kann ich zu Ihnen nur sagen: Hochmut kommt vor dem Fall.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Abwarten!)

In der Sache selbst hat, glaube ich, der Umweltminister die wesentlichen Fragen eingebracht. Und wir können schon erwarten, dass eine rote und eine grüne Landtagsfraktion auch Antworten darauf geben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja, warten Sie ab!)

Die erste Frage noch einmal ganz konkret: Was trifft nun für Obrigheim zu? Kollege Maurer, ist Ihnen aus dem Parteivorstand, dem Sie angehören, bekannt, dass Schröder eine mündliche Zusage zu einer längeren Betriebszeit für Obrigheim, nämlich über 2002 hinaus, gegeben hat, ja oder nein?

Zweitens, Kollege Salomon: Was sagen Sie dazu, wenn dies zutrifft?

(Abg. Bebber SPD: Sie sind der Oberlehrer!)

Fühlen Sie sich dann vom Bundeskanzler getäuscht, ja oder nein?

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist mir völlig Wurscht!)

Ich erwarte hier, dass die Entscheidung über die Laufzeit von Obrigheim den Arbeitnehmern und den Bürgern dieser Region vor der Landtagswahl offen gelegt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir erwarten Klarheit für 600 Arbeitsplätze und für eine ganze Region, die ansonsten strukturschwach bleibt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Mein Gott!)

Dritte Frage: Der Markt des Stroms ist sowohl liberal als auch offen und nicht mehr national, und es gibt kein Monopol.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja! Das merken Sie aber nicht!)

Das heißt, wir haben eine Strombörse, und wir haben einen Durchleitungsprozess, bei dem es nicht mehr allein auf die nationale Politik ankommen kann.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig!)

Aber Sie machen nationale Politik, als sei die Europäische Union nicht da.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wir sind die Lokomotive!)

Wir kaufen den Strom jeden Tag aus West, aus Ost, aus europäischen Produktionsländern zu. Deswegen bleibt Ihre nationale Politik für die Energiewirtschaft Europas ohne Gewicht. 15 Länder –

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– Schon wieder lärmt er hier herum.

(Vereinzelt Heiterkeit bei der CDU)

Wenn sich alle 150 Kollegen hier im Saal so benähmen wie Sie, dann ginge der Landtag mit Sicherheit schief.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

15 Länder hat die Europäische Union. 12 davon werden sozialistisch regiert. Aber in elf Ländern denkt weder Jospin noch ein anderer Regierungschef daran, es Ihnen gleichzutun.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Die anderen halten am Energiemix mit Kernkraft fest.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Bringen Sie doch einmal ein Argument!)

Die anderen verkaufen den Strom an uns, und Sie machen nationale dickschädliche Politik.

(Abg. Wieser CDU: Heiße Luft!)

Ein weiterer Punkt kommt hinzu. Natürlich bauen wir Alternativen für Obrigheim, für Neckarwestheim und für Philippsburg auf.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aha! Wo denn?)

Aber die Arbeitsteilung, die hier eingebracht wurde, ist abenteuerlich. Sie schalten in Berlin ab und werfen der Re-

(Oettinger)

gierung im Lande Nichtstun vor. Nein! Wer in Berlin abschaltet, der muss eine Antwort auf die Frage wissen, wie Arbeitsplätze und Stromgewinnung in Zukunft aussehen sollen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Sie arbeiten allein nach dem Prinzip Hoffnung

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

und tun nichts für das, was Ihre Hausaufgabe und was bis zum September 2002 Ihre Regierungsverantwortung ist.

Noch ein letzter Punkt. Sie haben ein Szenario bis 2020 entworfen. Glauben Sie im Ernst, dass Sie bis zu diesem Jahr im Land Verantwortung tragen?

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Ich glaube es nicht. Deswegen ist meine Antwort auf diese Vereinbarung: Die Christlich-Demokratische Union wird demokratisch und parlamentarisch alles in ihrer Kraft Befindliche tun,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Mit
Zwischenrufen!)

damit uns diese Vereinbarung mit ihren negativen Folgen für Baden-Württemberg und Deutschland erspart bleiben kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Kei-
ne Argumente!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drexler.

Abg. Drexler SPD: Herr Minister Müller, ich bin von Ihrer Rede deswegen enttäuscht,

(Abg. Behringer CDU: Herr Drexler, wir haben
nichts anderes erwartet!)

weil ich von einem Umweltminister eigentlich schon erwartet hätte, dass er auch die Alternativen aufzeigt und auf die Alternativen eingeht. Das haben Sie überhaupt nicht getan. Sie haben in 95 % Ihrer Redezeit ausschließlich über Kernkraft geredet. Auch Herr Oettinger hat das gemacht.

(Abg. Wieser CDU: Das ist doch das Thema! –
Abg. Wacker CDU: Gucken Sie sich doch das
Thema an! – Weitere Zurufe von der CDU – Abg.
Dr. Schlierer REP: Die haben zu viel Sonne abge-
kriegt! – Unruhe)

Die Auswirkungen für das Land beruhen doch auf den Konsequenzen, die wir aus diesem Beschluss ziehen. Sie wollen diesen Beschluss rückgängig machen. Wir wollen den Einstieg in eine nachhaltige, energieeffizienzorientierte Energiepolitik vornehmen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Birk CDU: Zu viel
Sonne abbekommen! – Abg. Wieser CDU: Wir ha-
ben einen Abschaltkonsens!)

Da, muss ich sagen, enttäuscht mich die CDU. Sie stellt sich wieder in die Ecke. Sie sagt: „Nein, nein, nein. Wir klagen. Wir untersuchen den Eigentumsbegriff.“ Das ist überhaupt keine zukunftsorientierte Politik.

(Abg. Wieser CDU: Wo ist denn Ihr Konzept?)

Glauben Sie, dass Sie bei einer Bevölkerung, die zu zwei Dritteln der Auffassung ist, man müsse aus der Atomenergie aussteigen, langfristig eine Energiepolitik vertreten können, mit der Sie die Atompolitik forcieren, wie Sie das wollen?

(Abg. Wieser CDU: Sagen Sie doch einmal Ihr
Konzept!)

Sie wollen überhaupt nicht den Energiemix. Sie wollen ausschließlich Atompolitik machen.

(Minister Dr. Döring und Abg. Pfister FDP/DVP:
So ein Quatsch!)

– Natürlich! Das ist die Rede. – Herr Pfister, jetzt lassen Sie mich doch einmal fortfahren. Jetzt rede ich einmal mit Ihnen, nachdem Sie so eine Atompolitik betrieben haben.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das kann man nicht ernst
nehmen, was Sie sagen!)

Ich erinnere an 1986, Enderlein. Wer heute ungerührt verkündet, Jahr für Jahr müsse ein weiterer Reaktorblock gebaut werden, der hat nicht nur nicht gedacht, sondern er hat auch nichts begriffen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wer will denn Reaktoren
bauen?)

Denn nach Tschernobyl müsste sich nicht nur die Einstellung zur Kernkraft und nicht nur die Energiepolitik in diesem Land ändern.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

1986 hat Ihr Vorgänger auch etwas gedacht. Er sagte nämlich:

(Abg. Dr. Birk CDU: Lesen Sie Protokolle nach!)

Wir müssen uns vielmehr eine klare politische Zielvorgabe geben, und die heißt für mich, für meine Fraktion und für meine Partei: Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um einen Verzicht auf die Nutzung der Kernenergie möglich zu machen.

FDP/DVP-Politik 1986!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die
Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Haben Sie Alternativen?)

Entweder gilt das, was der Ministerpräsident und Ihr Vorgänger 1986 gesagt haben – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Haben Sie die Alternativen? Jetzt sagen Sie mal was zur Alternative!)

(Drexler)

– Entweder gilt das, was der Herr Oettinger zu Herrn Kollegen Salomon gesagt hat, oder Sie lassen mich jetzt einfach ausreden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie stören hier. Sie können das machen, aber irgendwo – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Weiser?

Abg. Drexler SPD: Sehr gern.

Präsident Straub: Bitte schön, Herr Abg. Weiser.

Abg. Weiser CDU: Herr Abg. Drexler, trifft es zu, dass die SPD auf ihrem Parteitag 1986 in Nürnberg beschlossen hat, innerhalb von zehn Jahren aus der Kernenergie auszusteigen? Und könnten Sie jetzt einmal erläutern, was die SPD-regierten Länder getan haben, um alternative Energien zu entwickeln.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da muss man erst an der Regierung sein! – Unruhe)

Abg. Drexler SPD: Herr Kollege Weiser, das kann man eigentlich erst dann, wenn man an der Regierung ist. Jetzt sind wir an der Regierung.

(Unruhe bei der CDU)

– Ja, natürlich! – Nachdem der entschädigungslose Ausstieg das Wichtigste für die SPD war, hat sich das jetzt – ich sage einmal – von 10 Jahren auf 20 Jahre verlängert. Sonst hätten wir Entschädigungszahlungen leisten müssen. Aber wir lernen auch, und das ist gar nicht schlimm. Meine Bitte ist nur, dass Sie auch lernen im Hinblick auf Ihr Beharren auf der Kernenergie. Das ist doch die zentrale Frage.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Weiser CDU)

Herr Kollege Müller, noch einmal zu Ihnen. Ich habe eigentlich immer gedacht, dass Sie ein sehr nachdenklicher Politiker sind. Wenn ein christdemokratischer Politiker keinerlei Gedanken darauf verschwendet, dass wir jedes Jahr Hunderte und Tausende von Tonnen Atommüll produzieren und nicht wissen, wo wir die sicher in einem Endlager unterbringen, dann frage ich Sie, was Sie denn zur Behandlung der Schöpfung und zu der Frage sagen, wie wir diese Erde hinterlassen. Sie wollen uns doch nicht erzählen, dass Sie die gesamten Energieprobleme der Welt jetzt mit Kernkraft lösen wollen? Welchen Müll produzieren Sie dann? Wohin gehen Sie dann mit dem Müll? Jeder, der hier in Baden-Württemberg ein WC baut, braucht eine Entsorgungsanlage, und Sie sprechen davon, dass Sie noch 40 Jahre lang Atomkraftwerke bauen wollen. Das ist doch ein Unsinn.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

In ganz Europa wird kein Atomkraftwerk mehr gebaut, Herr Kollege Müller. In Amerika wird kein Atomkraftwerk mehr neu gebaut. Warum denn? Weil dort genau diese Debatte geführt wird.

(Zuruf: Quatsch!)

Wenn wir als Industrienation nicht aus der Atomenergie aussteigen, werden andere genau die Kernenergiepolitik nachvollziehen, die wir gemacht haben und die wir jetzt für falsch halten. Denken Sie einmal darüber nach, was Sie mit dem Atommüll machen. Reden Sie einmal mit all den Menschen, die Angst davor haben, dass irgendwo Todeszonen entstehen, in die niemand mehr gehen kann.

(Unruhe)

Was machen Sie denn mit den Atommeilern, wenn sie am Ende sind? Sie haben kein Endlager. Auch darüber denken Sie offensichtlich nicht nach.

(Unruhe)

Genau das sagen zwei Drittel der Menschen in der Bundesrepublik.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, will ich Ihnen nur noch einmal etwas vorlesen, damit Sie sehen, dass es eine Menge Gutachten gibt, auch von der Energiewirtschaft, die deutlich machen, dass der Atomausstieg möglich ist. Es gibt ein Gutachten des Bremer Energieinstituts für die Energiewirtschaft aus dem Jahr 1998. Damals wurde von der Energiewirtschaft gefragt: Kann man in fünf Jahren aussteigen?

(Abg. Wieser CDU: Welches Gutachten?)

– Das Gutachten des Bremer Energieinstituts von 1998, das die Energiewirtschaft in Auftrag gegeben hat. Darin heißt es – diesem Argument will ich gar nicht widersprechen –:

Es ist nur unmöglich, damit in nur fünf Jahren erfolgreich zu sein. Dazu braucht man mehr Zeit. Auf 10 bis 20 Jahre gestreckt, kann das funktionieren. Mit Energieeinsparen, effizienter Kraft-Wärme-Kopplung und erneuerbaren Energien kann das geleistet werden.

Dieses Gutachten können Sie von allen Energieversorgungsunternehmen erhalten. Es ist Ihnen vielleicht auch zugeschickt worden, aber wie immer haben Sie es wohl nicht gelesen, Herr Kollege Weiser.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

– Na, sehen Sie! Dann lesen Sie es.

Zum Schluss, Herr Kollege Ministerpräsident, will ich Ihnen nur noch etwas sagen.

(Abg. Wieser CDU: Der ist Ministerpräsident! – Weitere Zurufe von der CDU – Unruhe)

Nach den Zitaten aus der Rede – –

(Anhaltende Unruhe)

– Ist er Abgeordneterkollege oder nicht? – Nach den Zitaten von Herrn Ministerpräsidenten Teufel und nach seiner

(Drexler)

Rede, die er 1986 gehalten hat, kann ich nur sagen, dass der Ministerpräsident die Zukunft hinter sich hat.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

(Zuruf: Nicht lärmern!)

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: „Nicht lärmern!“: Ich bin ganz leise.

(Abg. Wacker CDU: Keine Zwischenrufe, Herr Salomon!)

Wenn man von Energiewirtschaft redet, hat das Ganze ja etwas mit Ökonomie zu tun. Von Ökonomie habe ich hier überhaupt noch nichts gehört. Im Gegenteil, die so genannte Mondanbellerfraktion macht Obrigheim ideologisch zum Symbol.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

Um Obrigheim geht es überhaupt nicht. Obrigheim ist der kleinste und der älteste Meiler. Meinetwegen könnten Sie ruhig Strommengen von einem neuen, wirtschaftlichen Kraftwerk auf den alten Meiler Obrigheim übertragen. Aber ich frage mich, wer so schwachsinnig sein sollte, einen solchen Antrag zu stellen, und wer so schwachsinnig sein sollte, diesen Antrag dann auch noch anzunehmen. Das ist doch eine völlig hirnrissige Diskussion, die Sie hier führen, was Herr Goll mit Herrn Schröder morgens um zwei beim Rotwein bespricht. Das können Sie einpacken. Das ist völliger Quatsch.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Vielen Dank für die Aussage!)

Was heißt denn Ökonomie, was heißt denn Liberalisierung? Warum sind denn die Preise auf dem Strommarkt verfallen? Denken Sie doch einmal scharf nach. Wir haben regionale Monopole gehabt. Das war Planwirtschaft, hatte mit Kosten überhaupt nichts zu tun. Wir haben auf dem europäischen Strommarkt Überkapazitäten – Überkapazitäten! – von 30 000 Megawatt. Die 19 deutschen Kernkraftwerke bringen vielleicht eine Leistung von 20 000 Megawatt im Jahr zustande. Das heißt, die anderthalbfache Menge der Produktion der deutschen Kernkraftwerke ist Überproduktion in Europa. Das heißt, Sie könnten, technisch gesehen, die Kraftwerke morgen abschalten. Dann würde überhaupt nichts passieren. Die Lichter wären genauso an wie heute. Das ist doch die Begründung dafür, dass die Strompreise zusammengefallen sind.

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

Sie tun immer so, als sei Obrigheim der Nabel der Welt. Wir haben eben einen europäischen Strommarkt. Das heißt, dass es ohnehin nicht mehr um Obrigheim geht. Spätestens dann, wenn die EdF die Finger darauf hat, wird das Kraftwerk Obrigheim ohnehin abgeschaltet.

Weil Sie uns Grünen immer unterstellen, wir seien Ideologen und wir würden davon nichts verstehen, zitiere ich einmal die Deutsche Bank Research, die letztes Jahr ein Gutachten erstellt hat.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

– Der Deutschen Bank werden Sie ja nicht unterstellen, sie sei die Spitze der Anti-AKW-Bewegung. So weit sind wir doch noch einig, Herr Kollege Scheuermann, oder?

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dann hören Sie einmal zu. Die Deutsche Bank Research schreibt:

Neben der verminderten gesellschaftlichen Akzeptanz sprechen derzeit auch ökonomische Gründe für einen Ausstieg aus der Kernenergieerzeugung.

Sie schreibt weiter:

Per saldo ist aufgrund gegenläufiger Preiseinflussfaktoren keineswegs ausgeschlossen, dass die Strompreise trotz geordnetem Ausstieg aus der Kernenergieerzeugung mittelfristig sogar sinken werden.

Hören Sie: „sinken werden“.

Eines will ich in dieser ganzen Debatte auch noch sagen. Sie müssen sich jetzt schon einmal auf einen schlüssigen, konsequenten Argumentationsstrang berufen. Entweder sagen Sie: „Wenn wir aussteigen, kommt der billige Importstrom. Was wollt ihr Grünen eigentlich? Ihr steigt da gar nicht aus. Der Importstrom bleibt ja.“ Dann können Sie andererseits aber nicht sagen: „Dann kommt die Klimakatastrophe, weil die Kernkraft am umweltfreundlichsten ist.“ Das ist völlig widersprüchlich.

Ich sage: Beide Argumente sind falsch, weil Deutschland als Vorreiter, als industrielle Spitzennation innerhalb der Europäischen Union durch den Ausstieg und die Beendigung der Plutoniumwirtschaft, durch den Ausstieg aus der Wiederaufbereitung die anderen Länder zum Nachziehen zwingen wird. Tatsächlich wird in ganz Europa – weder in Frankreich noch sonst wo – kein neues Kernkraftwerk geplant und keines gebaut. In Zeiten der Monopole hat man riesige Überkapazitäten aufgebaut. Diese werden allmählich schrumpfen. Deshalb wird sich das Ganze in Richtung Markt orientieren.

Zum Thema „Osteuropa und billiger Importstrom“ will ich Ihnen nur Folgendes sagen: Die eigentliche Sauerei ist doch – – Was heißt Sauerei?

(Abg. Dr. Birk CDU: Ökonomie!)

Im Gegensatz zu Ihnen, die Sie ideologisch sind, sind die Kraftwerksbetreiber Kaufleute, und diese haben keinerlei Hemmungen,

(Abg. Dr. Birk CDU: Eben!)

billigen Strom aus osteuropäischen Ländern einzukaufen, aus Ländern mit niedrigen Sicherheitsstandards, mit niedri-

(Dr. Salomon)

gen Umweltstandards. Sie müssten doch eigentlich etwas tun,

(Zurufe von der CDU)

damit die Kraftwerksbetreiber eine Selbstverpflichtung abschließen und die Standards bei den Importen einhalten müssen. Das ist doch der eigentliche Punkt.

(Zurufe von der CDU)

Jetzt beklagen Sie, dass die Bundesregierung versucht, den Sarkophag in Tschernobyl so weit zu sanieren, dass das Kraftwerk dann auch abgestellt wird. Das beklagen Sie. Das ist Ihre Schizophrenie.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

Ich will Sie einmal an etwas anderes erinnern. Man hat ja das Gefühl, Sie hätten hier eine Amnesie, Sie wüssten überhaupt nicht mehr, was Sie noch vor einem Jahr gesagt haben. Die CDU-Fraktion selbst hat vor einem Jahr eine Große Anfrage gestellt, auf die die von der eigenen Fraktion mitgetragene Landesregierung zur Antwort gibt – zur Zukunft der Kernenergie; das ist ja hochinteressant, was Sie damals, vor einem Jahr, geschrieben haben –:

In einem dynamischen Wettbewerb nach Liberalisierung des europäischen Strommarkts, der den Stromerzeugern ein hohes Maß an Flexibilität abverlangt, sind diese bestrebt, ihr Kapital möglichst kurzfristig zu binden.

Logisch.

Sie werden daher bevorzugt in Gaskraftwerke investieren, die die kürzeste Kapitalrücklaufzeit und die geringsten Erzeugungskosten aufweisen.

Ich will nur zwei Zahlen nennen: In einem Atomkraftwerk erfordert jede erzeugte Kilowattstunde Investitionskosten von 4 300 DM, in einem modernen GuD-Kraftwerk sind es 650 DM. Da ist es doch logisch, wohin die Reise geht.

Ein zweites Zitat:

Kernenergiestrom kann mit dem Strom aus Gas- und Kohlekraftwerken mit Sicherheit konkurrieren, wenn er in ganz oder teilweise abgeschriebenen Anlagen erzeugt wird.

Das war das einzige Thema zwischen den Kraftwerksbetreibern und der Bundesregierung: Es ging einfach um die Frage, wie viel man noch verdienen darf. Sie schreiben selbst, bei der Vollkostenkalkulation – das ist der eigentliche Punkt – seien diese Kraftwerke bei den heutigen Preisen für fossile Brennstoffe wohl nicht wettbewerbsfähig.

Der dritte Punkt – ebenfalls ein Zitat der Landesregierung von Baden-Württemberg –:

Aus den genannten Gründen wäre unbeschadet der Diskussion um die Zukunft der Kernenergie in absehbarer Zeit kaum mit Aufträgen für Kraftwerksneubauten aus dem Binnenmarkt zu rechnen. Ausländische Aufträge liegen momentan nicht vor und sind in absehbarer Zeit auch unwahrscheinlich.

Das ist die ökonomische Debatte, die wir führen müssen. Dazu habe ich weder von Herrn Oettinger noch von Herrn Pfister etwas gehört, schon gar nicht vom Herrn Großökonom und Juristen Umweltminister Müller. Ich dachte immer, „Umweltminister“ hätte etwas mit Umwelt zu tun. Wenn ich Ihnen zuhöre, Herr Minister Müller, habe ich eher das Gefühl, die Betonung liegt auf „Weltminister“. Sie als kleiner baden-württembergischer Umweltminister wollen hier die Weltprobleme lösen

(Abg. Oettinger CDU: Eine Arroganz ohnegleichen!)

und nehmen nicht zur Kenntnis, dass weder in Europa noch in Nordamerika ein neues Kernkraftwerk genehmigt, geschweige denn gebaut wird.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Birk CDU: Eine Schnöseligkeit! Eine arrogante Schnöseligkeit, die nicht zu überbieten ist!)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Pfister.

Abg. Pfister FDP/DVP: Herr Kollege Salomon, ich muss Ihnen sagen: Ich bin von Ihrer Rede sehr enttäuscht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja, das freut mich! – Abg. Bebbler SPD: Das ist das höchste Lob, das wir kriegen können!)

Ich bin sehr enttäuscht, weil Sie hier zwar wieder ein riesiges Wortgeklänge veranstaltet, sich aber um die entscheidende Frage gedrückt haben. Auch Herr Kollege Drexler hat das übrigens getan.

Die entscheidende Frage ist doch nicht, ob man aus der Atomenergie aussteigen kann. Natürlich können Sie jederzeit aus der Atomenergie aussteigen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Sie können morgen, übermorgen oder in 20 Jahren aussteigen. Das ist doch nicht die entscheidende Frage. Die entscheidende Frage heißt doch: Um welchen Preis und zu welchen Bedingungen steige ich aus der Atomenergie aus? Es geht letzten Endes darum, was hinterher geschieht. Es geht um die Frage, wie die Strukturen einer zukünftigen Energiepolitik in Deutschland und in Europa aussehen sollen.

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

Diese Fragen sind wiederholt vom Kollegen Oettinger, vom Kollegen Verkehrsminister und Umweltminister und auch von mir gestellt worden. Ich wiederhole es noch einmal: Die Fragen sind gestellt. Die Tatsache, dass Sie bis zur Stunde nicht den Hauch einer Antwort auf diese Fragen gegeben haben, beweist, dass Sie auf dem falschen Weg sind. Das ist der entscheidende Punkt.

(Pfister)

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD:
Lesen Sie mal die Rede nach!)

Jetzt möchte ich Herrn Kollegen Salomon – –

(Abg. Drexler SPD meldet sich zu einer Zwischen-
frage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister, gestatten Sie eine
Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, im Augenblick nicht. Ich
will mich jetzt mit dem Kollegen Salomon auseinander set-
zen.

Herr Kollege Salomon, wir können einen sportlichen Wett-
kampf veranstalten, wer von uns Nummer 3 und Nummer 4
ist.

(Zuruf von der SPD: Bei was?)

Einverstanden. Bei der nächsten Wahl gibt es einen sportli-
chen Wettkampf, den ich gerne aufnehme. Aber in einer
Frage trete ich nicht mit Ihnen in Wettstreit: wer von uns
beiden schizophoren ist – nicht persönlich, meine ich jetzt,
sondern welche Partei. Diesen Wettkampf haben Sie heute
schon gewonnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. List CDU)

Das will ich Ihnen schon noch einmal sagen: Sie liegen
völlig neben der Kasse, wenn Sie als Grüner zum einen
mit Vehemenz die Abschaltung der Kernkraftwerke in Ba-
den-Württemberg und in der Bundesrepublik Deutschland
fordern und zum anderen zugleich Kernkraftwerke in an-
deren Teilen der Welt finanziell fördern, zum Beispiel in der
Ukraine und in China. Meine Damen und Herren, ich sage
es noch einmal: Das ist nicht nur ideologisch, sondern es
ist eindeutig auch schizophren.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ein
Schwachsinn!)

Deshalb haben Sie den Schizophrenie-Preis verdient.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg.
Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen meldet sich
zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Abg. Pfister – –

Abg. Pfister FDP/DVP: Im Augenblick nicht. Jetzt will ich
mich mit dem Kollegen Drexler – –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das
ist aber nicht sportlich, Herr Kollege! Unsportlich!
– Unruhe)

– Sie können nachher noch einmal herauskommen. Ich will
mich jetzt mit dem Kollegen Drexler auseinander setzen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wo
bleibt denn da der Sportsgeist?)

– Wenn Sie ein bisschen leiser sind, kann auch ich etwas
leiser sprechen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie
haben doch ein Mikro! Ich habe keins!)

Herr Kollege Drexler, noch einmal zu dem Punkt, um den
es geht. Es geht um die zukünftigen Strukturen der Ener-
giepolitik, die aus Ihren Vorschlägen resultiert. Jetzt will
ich einmal in aller Ruhe versuchen, theoretisch aufzuzei-
gen – Sie haben es ja nicht getan –, was denn möglich ist.

(Abg. Drexler SPD: Doch!)

Also: Wenn Sie aussteigen, wie Sie es vorgeschlagen ha-
ben, bleibt als erste Möglichkeit, auf fossile Energieträger
zu setzen. Ich behaupte jetzt einmal: Dies wollen Sie nicht.
Denn wenn Sie es täten, dann würden Sie tatsächlich das
Klimaschutzziel endgültig verlassen. Deshalb ärgert mich
auch die Bemerkung des Bundeskanzlers sehr, der kürzlich
die Renaissance der Kohle beschworen hat.

(Minister Dr. Döring: Unglaublich!)

Das ist die eine Möglichkeit. Wenn Sie das tun, dann kön-
nen Sie die Lücke natürlich füllen, aber Sie verletzen die
Klimaschutzziele. Auf diese Art und Weise kann dies je-
denfalls für uns keine Alternative sein.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Zweite Möglichkeit: Sie können die Lücke selbstverständ-
lich durch Importe schließen. Sie können hergehen und sa-
gen: „Null Produktion durch Kernkraft in Baden-Württem-
berg, in Deutschland. Warum sollen wir das auch tun? Es
gibt um uns herum genügend Staaten, die uns diese Impor-
te geben können.“ Das können Sie natürlich machen. Aber
wenn Sie dies tun, dann verschleudern Sie Volksvermögen,
und dann verzichten Sie auf jegliche Wertschöpfung im
Strombereich, im Energiebereich, geben ohne Not eine
Hochtechnologie auf und begeben sich in eine Situation
der Abhängigkeit. Deshalb kann auch dies meines Erach-
tens nicht der richtige Weg sein.

Bleibt als dritte Möglichkeit – und diese finde ich ganz in-
teressant, da können Sie mit mir alles veranstalten – die
Frage, wie regenerative Energien in der Zukunft in diese
Lücke stoßen können.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wieso
habt ihr denn nichts gemacht?)

– Langsam, Herr Kollege Salomon.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Ihr habt
doch die Förderprogramme eingestellt!)

Tatsache ist, dass derzeit 5 % des Stroms durch regenera-
tive Energieträger erzeugt werden.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das
liegt aber nicht an Baden-Württemberg!)

Jetzt sage ich: Wir müssen alles tun – und da können Sie
auf die FDP setzen;

(Lachen beim Bündnis 90/Die Grünen)

so habe ich übrigens auch die Pressemitteilung des Koll-
egen Döring kürzlich verstanden –, um diesen Anteil von im

(Pfister)

Augenblick 5 % in den nächsten Jahren, spätestens bis zum Jahr 2010, auf 10 % zu erhöhen.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Was tun Sie denn dafür? – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Totengräber der Solarförderung!)

Aber wenn Sie das tun, dann steht parallel dazu die Tatsache, dass wir im Jahr 2010, wenn wir 10 % Strom aus regenerativen Energien haben, durch Ihre Politik eine Stromlücke in der Größenordnung von 25 % haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Das ist der Punkt, um den es geht.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Hören Sie jetzt auf mit Ihren ideologischen Fragen. Die interessieren mich im Augenblick überhaupt nicht.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Darf ich eine Nachfrage stellen? – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Unsportlichkeit!)

Ich möchte nur auf das hinweisen, worauf es ankommt: Wenn wir den Anteil der regenerativen Energien erhöhen wollen, dann müssen wir in der Tat – dazu stehe ich – noch wesentlich mehr tun als in der Vergangenheit. Das stimmt.

(Beifall des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Was tut ihr denn?)

Ja, völlig richtig. Dann müssen wir zum Beispiel im Forschungsbereich noch zusätzliche Anstrengungen unternehmen. Dann muss ein regelrechter Technologieschub kommen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Oh!)

Dann muss das noch dazukommen, was jetzt bei Würth Solar beispielhaft eingerichtet worden ist, worauf wir sehr stolz sind und wovon wir glauben, dass dies ein Modell für die Zukunft sein kann, wie der Anteil der regenerativen Energieträger in der Zukunft gesteigert werden kann. Dies ist die Aufgabe der Energiepolitik für die nächsten Jahre.

Das bedeutet aber nicht, meine Damen und Herren, dass wir damit auf einen Energiemix verzichten. In dem Umfang, in dem es uns gelingt, diesen regenerativen Bereich zu erhöhen, ist es natürlich möglich, auch die Bedeutung der Kernkraft zurückzuführen. Das ist richtig. Aber dies muss natürlich in einem sauberen Verfahren zeitlich abgestuft werden. Sie haben einen Crashkurs in der Energiepolitik gemacht.

(Abg. Drexler SPD: Nein! 20 Jahre!)

Ihr Crashkurs in der Energiepolitik bedeutet eben, dass von Ihnen eine unverantwortliche Energiepolitik betrieben wird. Deshalb sage ich: Der Vorschlag, den Sie jetzt auf den Tisch gelegt haben, ist inhaltlich falsch und schädlich für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Schlierer.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Ich halte zunächst einmal fest: Von Rot-Grün keine Antworten auf die gestellten Fragen, eine Reihe von Widersprüchen und außerdem noch Falschdarstellungen.

Herr Kollege Salomon, Sie haben vorhin davon gesprochen, dass in den USA keine neuen Kernkraftwerke gebaut würden. Sie haben aber nicht erwähnt, dass die Amerikaner jetzt bei der ersten Verlängerung die Entscheidung getroffen haben, eine weitere Laufzeit von 60 Jahren zugrunde zu legen.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Dann braucht man auch nichts Neues zu bauen!)

Das ist eine ganz andere Situation, und deswegen sind solche Vergleiche schlichtweg unzulässig.

(Beifall bei den Republikanern)

Sie haben dann, Herr Salomon, davon gesprochen, dass die Strompreise ja mittelfristig sinken könnten, wie es in der Studie der Deutschen Bank prognostiziert wurde. Bloß müssten Sie dann dazusagen, was das zur Folge hat. Das bedeutet mit Sicherheit, dass es bei den Energieversorgungsunternehmen niemanden geben wird, der dann das Geld haben wird, um in Zukunft in die neuen Anlagen zu investieren und um die neuen Technologien marktreif zu machen, auf die Sie bei Ihrer Energiepolitik setzen. Auch deswegen ist das, was Sie hier argumentativ vortragen, falsch.

(Beifall bei den Republikanern)

Herr Salomon verlässt auch schon den Saal; wahrscheinlich merkt er, dass er mit seinen Aussagen nicht Recht hat.

Ich will noch einen Punkt aufgreifen. Es ist ja schon irrwitzig, hier zu fordern, die Energieversorgungsunternehmen sollten bitte schön dafür sorgen, dass künftig nur noch sicherer Atomstrom nach Deutschland importiert wird. Also, wer so einen Schwachsinn erzählt, der hat noch nicht begriffen, was er mit der von ihm selbst geforderten Liberalisierung des Strommarkts eigentlich für einen Zustand herbeigeführt hat. Genau das geht eben nicht. Da kann man eben nicht hingehen und sagen: Die eine Kilowattstunde nehme ich, die kommt ja vielleicht aus einem sicheren französischen Kraftwerk, aber die aus Litauen nehme ich nicht.

Deswegen kann ich sagen: Die ganze Argumentation, wie sie hier von Rot-Grün vorgetragen wurde, ist einfach unsinnig.

(Beifall bei den Republikanern)

Soweit, meine Damen und Herren, nun immer im Raum steht, was wir über regenerative Energien machen können, möchte ich nur auf eines hinweisen: In dem Memorandum der 600 Wissenschaftler, die sich zur Neubewertung der

(Dr. Schlierer)

Kernkraft geäußert haben, steht interessanterweise folgender Satz:

Ein Ausstieg aus der Kernenergie eröffnet aber erst dann neue Chancen für regenerative Energien, wenn sie die Wirtschaftlichkeitsschwelle erreicht haben.

Genau das ist heute noch nicht der Fall. Es ist auch noch gar nicht genau abzusehen, wann die Wirtschaftlichkeitsschwelle erreicht sein wird.

Deswegen kann ich sagen: Die Hoffnung in den Raum zu stellen, wir könnten damit das Energiedefizit ausgleichen, ist schlichtweg falsch. Sie ist ebenfalls nur ein Stück Täuschung, wie vieles bei Rot-Grün. Dazu gehört übrigens auch das Argument, wir machten das mit Gas- und Dampfturbinenkraftwerken.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mehr CO₂!)

Ich will in diesem Zusammenhang auf zwei Punkte hinweisen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Mehr CO₂!)

Selbstverständlich können wir diese GuD-Kraftwerke, Herr Pfister, hier in größerem Umfang bauen. Es gibt ja auch schon die Tendenzen bei den Energieversorgungsunternehmen, aber zwei Punkte sollte man dann auch deutlich sagen: Erstens ist es ein fossiler Energieträger – also mehr CO₂ –, und zweitens wächst die Abhängigkeit vom Erdgaspreis. Dieses Erdgas gibt es eben nicht unbegrenzt, und das werden wir immer importieren müssen. In diesem Zusammenhang sollte man sich mal an das Jahr 1973 erinnern, als hier die Gaspreise blitzartig angestiegen sind. Auch das ist dann ein Stück Unsicherheitsfaktor für unsere Energieversorgung.

(Beifall bei den Republikanern)

Zu dem, was wir nachher, meine Damen und Herren, noch beim Tagesordnungspunkt 3 zu debattieren haben – die große Lösung der Grünen: Wind und Biomasse –, will ich nur eines sagen: Erstens sind da auch strenge Grenzen gesetzt, und zweitens ist Deutschland wahrscheinlich gerade für diese Technologien denkbar ungeeignet – gerade bei der Biomasse; das werden wir nachher noch hören –; wir sind weder klimatisch dafür geeignet noch von unseren Flächen her, die wir dafür nutzen müssten, noch haben wir das entsprechende Wasser.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Dummes Geschwätz!)

Da kann ich nur eines sagen: Sie setzen hier auf Illusionen, aber treffen gleichzeitig Entscheidungen, die für dieses Land schlecht und verderblich sind.

(Beifall bei den Republikanern)

Jetzt noch ein Satz zur Entsorgung: Bei Ihnen fehlt ein klares Konzept darüber, was Sie mit den 80 Tonnen Plutonium machen wollen, die dann hier irgendwo einmal einzulagern sind. Da gibt es kein Sicherheitskonzept, und vor allem gibt es keine Möglichkeit mehr, dieses Plutonium mit anderen Technologien zu entschärfen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

Ich sage Ihnen für meine Fraktion: Wir Republikaner setzen auf einen Energiemix, in dem mindestens noch über eine erhebliche Zeit hinweg die Kernkraft enthalten sein muss. Wir setzen deshalb darauf, weil wir auch neue Technologien nutzen wollen, beispielsweise die Thoriumtechnologie, die uns vielleicht dann die Möglichkeit bietet, das Plutonium wesentlich schonender und für uns weniger unsicher zu entsorgen. Wir setzen auf die Fusionsenergie, bei der allerdings noch ein erheblicher Forschungsaufwand erforderlich ist, und wir würden es begrüßen, wenn man beispielsweise die Geothermie besser erforschen und vielleicht auch mit mehr Investitionen versehen würde, um auf diese Weise neue Energien zu gewinnen.

Der entscheidende Unterschied, meine Damen und Herren, zu Rot-Grün ist der: Sie setzen nicht auf die physikalisch möglichen Technologien, die für uns, was die Umwelt angeht, wesentlich besser und wesentlich schonender wären und die als einzige in ein Konzept hineinpassen, mit dem die selbst gesetzten Ziele in Bezug auf die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes vereinbar sind.

Deswegen sage ich Ihnen: Sie sind von gestern,

(Widerspruch bei der SPD)

Sie exekutieren jetzt Ihre Beschlüsse aus den Siebzigerjahren. Sie bedenken nicht, dass wir jetzt im Jahr 2000 sind. Sie bedenken nicht, was sich bei der Kernkraft entwickelt hat, und Sie bedenken nicht, was sich an neuen Technologien bereits im Energiesektor abzeichnet. Deswegen sind Sie von gestern und diejenigen, die auf eine vernünftige Lösung setzen, von morgen.

(Beifall bei den Republikanern)

Präsident Straub: Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

Ministerpräsident Teufel: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Mindeste, was man heute von der SPD-Fraktion und von der Fraktion der Grünen hätte erwarten können, wären eine Begründung für die Vereinbarung der vorletzten Woche, eine Beantwortung der Fragen, die in der Debatte hier mehrfach gestellt worden sind, und ein Aufzeigen von Alternativen gewesen.

(Abg. Bebber SPD: Sind Ihnen die Gründe nicht bekannt? Ist das völlig an Ihnen vorbeigelaufen?)

Denn der Hauptvorwurf – auf ihn gehen Sie nicht ein – ist Folgender: Die rot-grüne Bundesregierung steigt aus der Kernenergie aus, ohne ein Einstiegskonzept zu haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das wäre allenfalls dann vertretbar, wenn die Kernenergie an der Stromerzeugung einen Anteil von 5 oder 10 % hätte. Dann wäre es ganz sicher möglich, in einem solchen Zeitraum einen Ausgleich zu schaffen. Nun hat aber die Kernenergie in unserem Land einen Anteil von 60 %. Also müssen Sie doch die Frage beantworten,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was kommt!)

wie diese 60 % ersetzt werden sollen.

(Ministerpräsident Teufel)

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP)

Sie lassen diese Frage offen und setzen auf das Prinzip Hoffnung und auf den Import von Strom.

Es ist wahr, Herr Kollege Salomon, dass im Augenblick Strom auf dem europäischen Markt zu bekommen ist. Aber Sie selbst haben vorher – wie ich meine, zu Recht – hier gesagt: „Wie kann unser Land Strom aus Kernenergie etwa aus der Ukraine und aus Russland importieren?“ Ja, meine Damen und Herren, Sie zwingen doch mit dem Ausstieg die Energieversorgungsunternehmen unseres Landes, Strom dort zu kaufen, wo sie ihn auf dem Markt bekommen können.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/
DVP)

Sie setzen die Ursachen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Straub: Herr Ministerpräsident – –

Ministerpräsident Teufel: Nein, ich möchte jetzt argumentieren.

Nach unserer Vorstellung wollen wir nicht nur Strom verbrauchen und Strom verkaufen, sondern wollen wir auch Wertschöpfung

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

und Arbeitsplätze in der Stromerzeugung in unserem eigenen Land.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/
DVP)

Man muss sich einmal vorstellen: Nach der Vollendung des Europäischen Binnenmarkts, nach der Vollendung des europäischen Strommarkts und nach einer vollen Liberalisierung betreibt Deutschland, das größte Land der Europäischen Union, eine singuläre, von allen anderen Ländern abweichende, autarke Strom- und Energiepolitik.

(Abg. Bebbler SPD: Unsinn! – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist doch nicht wahr! – Abg. Bebbler SPD: Barer Unsinn! – Abg. Oettinger CDU: Eine autistische!)

Das ist doch im eigenen Land und darüber hinaus ganz und gar unverständlich: Der drittgrößte Industriestaat der Erde ist künftig nicht nur bei Öl und Gas vom Ausland abhängig, sondern macht sich selbst auch beim Strom vom Ausland abhängig.

Die Bundesregierung gefährdet mit dem Atomausstieg zudem das Erreichen der Klimaschutzziele von Kyoto. Für das Klima ist die Kernenergie die sauberste Energieform überhaupt, und wenn Sie umsteigen wollen, müssen Sie die Frage beantworten, wie Sie die Klimaschutzziele, die Ihre Regierung unterschrieben hat, und wie Sie internationale Verpflichtungen einhalten wollen.

Die Bundesregierung verzichtet auf Arbeitsplätze und auf wissenschaftliche Kompetenz in einem wichtigen Hoch-

technologiefeld. Meine Damen und Herren, es ist eben wahr, dass dadurch für unser Land großer Schaden entsteht. Seriöse Institute haben ihn bereits quantifiziert. Das Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung der Universität Stuttgart sagt, die Erreichung der klimaschutzpolitischen Ziele im Fall des Atomausstiegs würde die Verbraucher und die Industrie in den kommenden drei Jahrzehnten mit zusätzlichen Kosten von 80 Milliarden DM belasten. Der LVI berechnet die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten des Ausstiegs und des Aufbaus von Ersatzkapazitäten in Baden-Württemberg auf zusätzlich 21 Milliarden DM.

Meine Damen und Herren, der nächste Punkt: Der Ausstiegsbeschluss ist nicht europatauglich. Nach der Liberalisierung des Energiemarkts in Europa können nationale Regierungen heute nicht mehr entscheiden, welcher Strom aus welchen Quellen in die inländischen Netze kommt. Da frage ich mich schon, was denn das für eine moralische Position ist, sichere Kernkraftwerke in unserem Land abzuschalten

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ach, die sind sicher?)

und dann aus Kernkraftwerken der Nachbarländer, die uns genauso tangieren, Strom hierher zu importieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: So wie nach dem EnBW-Verkauf!)

Das Dritte: Wer Gorleben aussetzt, erzwingt Zwischenlager vor Ort mit offener Dauer.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und Vorzwischenlager!)

Die rot-grüne Bundesregierung hat den Entsorgungskonsens mit allen deutschen Ländern einseitig aufgekündigt,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, so ist es!)

ohne sie auch nur zu beteiligen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! – Zuruf der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

Der Kollege Drexler hat sich hier hingestellt und gefragt: Was ist das für eine Politik gegen die Schöpfung,

(Abg. Drexler SPD: Ja!)

die so mit der Entsorgung umgeht?

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Das Entsorgungskonzept, verehrter Herr Kollege, von 1978 trägt die Unterschrift des SPD-Bundeskanzlers Helmut Schmidt und die Unterschriften aller sozialdemokratischen Ministerpräsidenten der deutschen Länder.

(Abg. Drexler SPD: Es gibt Weiterentwicklungen!)

Sie müssen sich doch auch die Frage stellen, warum Sie sich von dieser Einsicht und von diesem Konzept verabschieden

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Weil es kein Wackersdorf mehr gibt!)

(Ministerpräsident Teufel)

und im Übrigen in die Vereinbarung von vor 14 Tagen hineinschreiben, Gorleben sei als Standort geeignet. Das ist nach den erfolgten Untersuchungen ausdrücklich von Rot-Grün bestätigt worden.

Meine Damen und Herren, damit zwingen Sie zu Zwischenlagern, und auch dazu sollten Sie einmal nachlesen, wie oft die Grünen hier an diesem Pult in den letzten Jahren den Bau von Zwischenlagern abgelehnt und die Landesregierung davor gewarnt haben, Zwischenlager in diesem Land zu errichten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Beachten Sie auch, wie sehr heute vor Ort rote und grüne Kommunalpolitiker und Mitglieder Ihrer Parteien dabei sind, Zwischenlager zu bekämpfen, die Sie jetzt in diesem Papier als einzige Möglichkeit anbieten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was ist das für eine widersprüchliche Politik! Ich habe jetzt schon mindestens 10 Fragen gestellt, vorher sind 10 oder 15 Fragen gestellt worden, aber nicht eine einzige ist von Ihnen beantwortet worden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Nicht der Hauch einer Antwort!)

Die Bundesregierung ist zudem den Beweis schuldig, dass Atommüll dezentral auf lange Sicht mindestens genauso sicher gelagert werden kann wie in dem geplanten Endlager in Gorleben bzw. im Schacht Konrad in Salzgitter. Die jetzt geplanten Zwischenlager, für die wir keine Verantwortung übernehmen, tragen politisch die Namen Trittin und Schröder.

Viertens: Meine Damen und Herren, der so genannte Energiekonsens ist kein Konsens, sondern er wurde der Energiewirtschaft aufgezwungen.

(Zuruf: Diktat!)

Mit ihrer Unterschrift unter den Ausstiegsbeschluss handelt die Energiewirtschaft – so hat sie es selbst in der Pressekonferenz erklärt, in der das Papier vorgestellt worden ist – gegen ihren eigenen Willen und gegen ihre eigene Überzeugung. Sie hat im Verlaufe der Gespräche vielfach öffentlich deutlich gemacht, dass sie den Ausstieg aus der Kernenergie für ökologisch, für energiepolitisch, für volkswirtschaftlich und für betriebswirtschaftlich falsch hält. BDI-Präsident Henkel hat sogar von Nötigung gesprochen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich sage noch einmal, meine Damen und Herren – fünftens –: Wir wollen in Zukunft nicht nur Stromhändler sein, sondern auch Stromproduzenten. Denn es geht auch um die Arbeitsplätze in Baden-Württemberg und in Deutschland.

Der Atomausstieg vernichtet Tausende von Arbeitsplätzen in der Stromproduktion. Die betroffenen Arbeitnehmer werden von der Bundesregierung mit wohlfeilen Erklärungen abgespeist, ihnen werden aber keine Alternativen aufgezeigt. Diese Bundesregierung ist mit dem Ziel angetre-

ten, eine arbeitnehmerfreundliche Politik zu machen. Die Wahrheit ist: Sie lässt die Arbeitnehmer im Stich.

(Zuruf von der SPD: Oje!)

Das Sechste: Der Atomausstieg ist gleichbedeutend mit der Vernichtung von technologischem Know-how. Überall in der Welt ist deutsche Sicherheitstechnik gefragt. Wir können einen großen Beitrag dazu leisten, die Kernkraftwerke in anderen Ländern sicherer zu machen. Wenn wir aber unsere eigenen Kernkraftwerke abschalten, werden wir über kurz oder lang auch das Expertenwissen verlieren, das notwendig ist, um Sicherheit exportieren zu können. Wir bringen uns als wohl erstes Industrieland der Welt um eine Technik, in der wir absolut führend sind.

(Abg. Drexler SPD: 86er Rede! – Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist historisch ohne Beispiel.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, es ist ein Aberwitz: In Deutschland und im Umkreis von 1 000 km um Deutschland stehen mehr als 100 Kernkraftwerke. Die 19 sichersten davon werden abgeschaltet. Damit wird die Sicherheitslage Deutschlands nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die Spitze ist wirklich, dass gleichzeitig mit diesem Ausstiegsbeschluss – in der gleichen Woche – zusätzliche Hermesbürgschaften für Kernkraftwerke in anderen Ländern gegeben werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mehrfach und konkret und im Detail ist die Frage nach der Zukunft von Obrigheim gestellt worden. Darüber kann man nicht so hinweggehen, wie Sie das getan haben. Beim Kernkraftwerk Obrigheim handelt es sich um ein sicheres, ein nachgerüstetes Kernkraftwerk, übrigens um das einzige in unserem Land, das ein Zwischenlager hat. In Obrigheim geht es direkt um 350 Arbeitsplätze. Hinzu kommen bei regelmäßig stattfindenden Revisionen 600 bis 1 500 Fremdbeschäftigte. Mittelbar wird allein in Obrigheim mit 500 bis 1 000 Arbeitsplätzen gerechnet.

Meine Damen und Herren, Sie müssen schon etwas sagen, wenn der Vorstandsvorsitzende der EnBW erklärt, dass er im Kreis der gesamten Verhandlungsdelegation – – Ich zitiere nur; das ist nicht meine Aussage. Aber Leute von der SPD und von den Grünen sind dabei gewesen. Er hat gesagt, dass der Bundeskanzler erklärt habe – entgegen der Aussage in der Vereinbarung, dass nur von alt zu neu und von klein zu groß umgeschichtet werden darf –, dass eine Umschichtung zu Obrigheim möglich und durch eine solche Umschichtung ein Weiterbetrieb über Ende 2002 hinaus möglich ist. Er sagt weiter, der Bundeskanzler habe sein Wort mit dem Hinweis auf seine Richtlinienkompetenz gegeben.

(Abg. Wieser CDU: Das Wort hat er schon oft gegeben!)

Wenn Sie sagen, davon hätten Sie nichts gehört – Sie haben es als Witz bezeichnet –, darf ich aus einem Brief vom

(Ministerpräsident Teufel)

26. Juni zitieren, den der Vorstandsvorsitzende der EnBW an den Bundeskanzler geschrieben hat:

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

mit diesem Schreiben möchte ich an die Runde, die unter Ihrem Vorsitz am 14./15. Juni 2000 zur Vereinbarung über die bestehenden Kernkraftwerke geführt hat, anknüpfen. Wenngleich wir nicht alle unsere Vorstellungen haben erreichen können, so ist doch unter Ihrer Leitung ein Kompromiss zwischen den divergierenden Positionen zustande gekommen.

(Zuruf von der SPD: Also!)

– Jetzt kommt es aber.

Wie Sie wissen – –

(Unruhe bei der SPD – Zuruf: Vernebelung!)

– Sie freuen sich wirklich über ein Strohhälmle. Das muss man schon sagen.

(Beifall bei der CDU)

Ich gönne Ihnen die Freude. Aber es wäre gut, Sie würden sich einmal mit Argumenten auseinander setzen. So billig, wie Sie es sich heute Morgen bei Ihren Debattenbeiträgen gemacht haben, kommen Sie nicht davon.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Bebbler SPD: Sie wissen, was mit den Selbstgerechten passiert!)

Ich zitiere wörtlich weiter:

Wie Sie wissen, habe ich dabei für mein Unternehmen der Vereinbarung nur deswegen zustimmen können, weil Sie mit Ihrer Richtlinienkompetenz mir Ihr Wort als Bundeskanzler gegeben haben,

(Abg. Oettinger CDU: Hört, hört!)

dass die Übertragung von Strommengen von anderen Kernkraftwerken der EnBW auf das Kernkraftwerk Obrigheim möglich ist und bereits jetzt dem Grunde nach zugesagt wird.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört! – Abg. Pfister FDP/DVP: Wie heißt der Bundeskanzler?)

Ich gehe daher davon aus, dass ich bei weiteren Interpretationen der Vereinbarung in den anstehenden Gremiensitzungen der EnBW auf diese Ihre Zusage in geeigneter Form verweisen kann.

Meine Damen und Herren, wir vonseiten der Landesregierung sagen: Nach Obrigheim müssen Strommengen in solchem Maße umgeschichtet werden, dass der Betrieb dieses sicheren Kernkraftwerks so lange weitergeführt werden kann, wie es sich betriebswirtschaftlich für das Unternehmen rechnet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Jetzt kommen Sie zu regenerativen Energien. Mehrfach hat der Kollege Kuhn bei Haushaltsberatungen hier in diesem

Land an die Adresse der Landesregierung gesagt, es sei wahr, dass wir für die Erforschung alternativer Energiearten außerordentlich viel tun würden.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Aber nicht für die Produktion im Land!)

– Eines nach dem anderen. – Ich möchte Ihnen einmal sagen, dass zwischen 1991 und 1997 alle Länder Deutschlands zusammen 185 Millionen DM für die Erforschung alternativer Energiearten ausgegeben haben; 110 Millionen DM dieser 185 Millionen DM wurden in Baden-Württemberg ausgegeben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Birk CDU: Sehr gut! Alle Achtung! – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Betretenes Schweigen bei der Opposition!)

60 % in Baden-Württemberg, zusammen 40 % in den übrigen 15 deutschen Ländern.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Es geht um die Markteinführung!)

Sie wissen auch – Sie haben wider besseres Wissen das Gegenteil behauptet –, dass wir hier im Land über den Haushalt des Wirtschaftsministeriums Jahr für Jahr auch Einführungen von alternativen Energiearten in Sonderprogrammen fördern. Sie wissen auch, dass wir der neuen Solarpilotfabrik in Marbach, in der auf der Basis von Sonnen- und Wasserstoffforschung mit der neuen Dünnschichttechnik neuartige Solarzellen hergestellt werden sollen, neben der Bundesregierung eine namhafte Millionenförderung gegeben haben.

Meine Damen und Herren, Sie kommen aber auch nicht an der Tatsache vorbei, dass sämtliche regenerative Energiequellen im Jahr 1997 in Deutschland 5,1 % zur Stromerzeugung beigetragen haben.

(Abg. Drexler SPD: Woran liegt das?)

In Baden-Württemberg waren es 6 %, und die Landesregierung hat am 20. September 1999 beschlossen, dass wir in den zehn Jahren, auf die Herr Kollege Pfister auch hingewiesen hat, diesen Anteil verdoppeln wollen. Wenn wir das schaffen – wir liegen auch hier vor anderen Ländern –, haben wir von den 60 %, die fehlen, 10 % ausgeglichen. 10 %! Es bleibt deshalb die Frage, zu der Sie überhaupt nichts gesagt haben,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Lücke!)

wie Sie eigentlich den Ausfall der Kernenergie decken werden.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Ein paar Windrädchen! – Unruhe – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

– Ja, ich komme schon noch auf den Punkt zurück.

In diesem Zusammenhang ist der Bundeskanzler zu Recht zitiert worden. Er hat vor einigen Tagen die Katze aus dem Sack gelassen.

Ich möchte aber zunächst einmal zu Kioto sagen: Der Beitrag Deutschlands zu dem 8-prozentigen Reduktionsziel

(Ministerpräsident Teufel)

beträgt laut Beschluss des EU-Ministerrats vom 17. Juni 1998 21 % Reduktion bis zum Zeitraum 2008, 2012. Die Bundesregierung hat bislang überhaupt keinen realistischen Weg aufgezeigt, wie sie dieses Kioto-Ziel überhaupt und mit einer zusätzlichen Reduzierung der Kernkraftwerksleistung erreichen will.

Meine Damen und Herren, auf einer Energiekonferenz der IG Bergbau, Chemie und Energie sagte der Bundeskanzler am 4. Mai dieses Jahres: Davon – nämlich vom Ausstiegsbeschluss – werden Braunkohle und Steinkohle ebenso profitieren wie Erdgas. Der Bundeskanzler hat damit die Katze aus dem Sack gelassen. Die hoch subventionierte deutsche Kohle ist für ihn mittelfristig die Alternative zur Kernenergie. Mit einer solchen Politik aber sind die Ziele des Klimaschutzes nie und nimmer zu erreichen. Wer den Bau von Großkraftwerken für die CO₂-Schleudern Steinkohle und Braunkohle ankündigt, verabschiedet sich von der Klimaschutzpolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Eine Studie der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg kommt zu folgendem Ergebnis: Bei dem von der Bundesregierung gewollten Abschalten des letzten deutschen Kernkraftwerks liegen die CO₂-Emissionen in Baden-Württemberg um rund 30 % oder mehr als 20 Millionen Tonnen pro Jahr höher als im Jahr 1990. Das ist Ihre zukunftsgerichtete Politik: dass wir im Jahr 2010 oder 2020 im CO₂-Ausstoß höher liegen als im Jahr 1990.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Immer noch Zitat der Akademie für Technikfolgenabschätzung Baden-Württemberg:

Über die Jahre zusammengerechnet belastet der Ausstieg die Umwelt im Ausstiegszeitraum mit ca. 200 Millionen Tonnen zusätzlich.

Ja, meine Damen und Herren: Grüne, die angeblich für den Umweltschutz und für den Klimaschutz sind, müssen doch die Frage beantworten,

(Abg. Pfister FDP/DVP: So ist es! Jetzt muss die Frage beantwortet werden!)

was sie mit ihrer Politik auf diesem Gebiet bewirken. Diese Frage müssen sie beantworten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen setzt die Landesregierung nicht etwa, wie auch behauptet worden ist,

(Zurufe von der SPD)

ausschließlich auf Kernenergie, sondern auf einen Energiemix, bei dem aber die Kernenergie auf absehbare Zeit einen bedeutenden Anteil hat.

Nun, meine Damen und Herren, noch zu einem Punkt. Zwei- oder dreimal ist meine Rede, die ich 1986 nach Tschernobyl als Fraktionsvorsitzender für die CDU-Fraktion hier gehalten habe, zitiert worden, aber immer nur in zwei Sätzen, die ich gleich zusammen mit den Anschlussätzen zitiere.

Ich möchte zunächst einmal sagen – das kann man anhand des Protokolls, das ich hier habe, auch heute noch nachweisen –: Bei meiner Rede damals, 1986, haben Sie keineswegs zugestimmt – so, wie Sie heute mit einer Phasenverzögerung von 14 Jahren offenbar zustimmen –,

(Lachen des Abg. Rech CDU – Abg. Wieser CDU:
Das ist das Timelag!)

sondern Sie haben sich genauso aufgeführt, wie Sie sich vorhin bei der Rede von Verkehrs- und Umweltminister Müller aufgeführt haben.

(Zuruf der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Genau so ist es zugegangen. Gegen Ihren erbitterten Widerstand und gegen Dutzende und Aberdutzende von Zwischenrufen habe ich meine Rede gehalten.

(Zurufe von der SPD: Was? – Unruhe)

Jetzt müssen Sie aus dem, was ich jetzt zitiere, einmal sehen, welche Fälschung entsteht und was hier in den Raum gestellt wird, wenn man nur zwei Sätze aus einer solchen Rede zitiert. Wenn ich das Ganze zitiere – und ich zitiere jetzt das Ganze,

(Unruhe)

weil ich mich nicht dem Vorwurf aussetze, ich würde meinerseits etwas weglassen und auch nur mir genehme Sätze zitieren –,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

dann werden Sie sehen, dass ich nach 14 Jahren noch zu jedem einzelnen Satz stehen kann. Jetzt zitiere ich, was Sie zitiert haben, und direkt danach die Anschlussätze:

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Zwei Positionen, meine Damen und Herren, erscheinen mir nach Tschernobyl unvertretbar.

Die erste: Wir stellen alle Kernkraftwerke bei uns ab und steigen aus der Kernenergie sofort aus.

(Beifall des Abg. Braun SPD)

Die zweite: Wir machen so weiter wie bisher und bauen jährlich ein neues Kernkraftwerk.

Beide Positionen . . . halte ich für unvertretbar.

Das haben Sie vorhin zitiert. Und jetzt zitiere ich weiter:

Beide Positionen haben den Vorteil, dass sie sehr klar sind und ihren Anhängern feste Ziele weisen. Wer aber verantwortlich argumentiert, hat keine einfachen Formeln anzubieten, sondern muss differenzieren. Er muss die Chancen und Risiken der Kernenergie gegenüber den Chancen und Risiken der alternativen Energiegewinnung abwägen. Er muss von dem ausgehen, was ist, und darf Realitäten nicht durch Wunschdenken ersetzen. Er muss die Sicherung der Arbeitsplätze bei

(Ministerpräsident Teufel)

uns ebenso im Auge haben wie die Schonung der Ressourcen in den Entwicklungsländern.

(Zuruf von der SPD: Für was sind Sie denn jetzt?)

Ich denke, da ist jeder Satz auch heute noch richtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Demonstrativer Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Das ist das Problem!)

Es geht weiter:

Ein sofortiger oder ein kurzfristiger Ausstieg aus der Kernenergie ist nicht möglich ohne größte Risiken und Gefahren.

Sie haben vorhin den Eindruck erweckt, als ob ich für einen Ausstieg wäre. Er ist nicht möglich ohne größte Risiken und Gefahren.

(Abg. Heiler SPD: 1986!)

Es mag eine ökonomische und ökologische Nische geben für einige Tausend Alternative in unserem Land; es gibt sie nicht für 61 Millionen, und es gibt sie nicht für 5 Milliarden Menschen auf der Welt.

(Beifall des Abg. Rech CDU – Zurufe von der SPD)

Wer den baldigen Ausstieg aus der Kernenergie fordert, schlägt als Alternative den Bau einer ganzen Reihe zusätzlicher Kohlekraftwerke vor. Haben diese Politiker die Diskussionen zur Luftreinhaltung vergessen, vergessen die Auseinandersetzungen um das Waldsterben, die Entschwefelung und Entstickung von Kohlekraftwerken, die Diskussionen um den Katalysator und ein Tempolimit? Der Treibhauseffekt des Kohlendioxids, das große ökologische Risiko der Kohleverfeuerung trotz aller Rauchgasreinigung könnten zu einer schleichenden Katastrophe noch schlimmeren Ausmaßes führen als Tschernobyl.

Meine Damen und Herren, wie wollen die Befürworter weiterer Kohlekraftwerke den Verbrauch nicht regenerierbarer Rohstoffe in wenigen Jahrzehnten zulasten kommender Generationen rechtfertigen? . . .

Wer das Abschalten unserer Kernkraftwerke fordert, muss sich auch fragen lassen,

(Abg. Bebbler SPD: Nur nicht ermüden beim Vorlesen!)

was er für die Sicherheit der Bürger in der Bundesrepublik Deutschland gewinnt. Österreich ist aus der Kernkraft ausgestiegen und lässt eine Investition von 2 Milliarden DM ungenutzt liegen. Ist die österreichische Bevölkerung durch die Strahlenbelastung von Tschernobyl weniger belastet und betroffen gewesen als die deutsche Bevölkerung? Gefährden die Kernkraftwerke in der Tschechoslowakei wenige Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt die österreichischen Bürger weniger, als eigene Kraftwerke sie gefährden würden?

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

– Das ist aber die Situation auch heute. Das ist doch der Punkt, meine Damen und Herren.

(Anhaltende Unruhe)

– Jetzt sieht es ein bisschen anders aus als bei dem, was Sie zitiert haben.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Maurer SPD: Nein, nein! – Weitere Zurufe)

So macht man es in der Hoffnung, dass man nicht mehr an das Protokoll herankommen kann.

(Zurufe von der SPD)

– Sie müssen sich das anhören. Sonst sagen Sie, ich hätte auch nur das zitiert, was mir passt.

Entlang der deutschen Grenze stehen Kernkraftwerke in Frankreich, in Belgien, in Holland, in der Tschechoslowakei, in der Schweiz.

(Abg. Dr. Birk CDU: Die Wahrheit ist unbequem! – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

– Ich habe Zeit.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich habe leider auch Zeit!)

Ist das Risiko für unsere Bevölkerung durch diese Kernkraftwerke geringer als durch deutsche Kraftwerke? Ehrlich gesagt: Mir sind Kernkraftwerke in Deutschland, für die unsere Reaktorsicherheitskommission und unsere Genehmigungsbehörden die Sicherheitsstandards festlegen, akzeptabler als Kernkraftwerke sowjetischen Bautyps wenige Kilometer von uns entfernt . . .

Dieses Beispiel zeigt doch: Für die Sicherheit unserer Bürger wäre nichts gewonnen, wenn das Land aussteigen würde, das die höchsten Sicherheitsstandards hat . . .

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Da hält er die ganze Rede noch einmal!)

Die Kernfusion und die Nutzung der Sonnenenergie sind Zukunftsperspektiven. Wer sie für eine nahe Zukunft prognostiziert oder sie bereits heute pauschal in seine Bedarfsdeckungen einplant, weckt aber Hoffnungen, die er nicht erfüllen kann, und handelt deshalb unredlich. Auf lange Sicht wird es Alternativen für die Kernkraft geben, die risikoärmer und umweltfreundlicher sind.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich kann aber redlicherweise die Ablösung der Kernkraft nicht für einen konkreten Zeitpunkt propagieren, zu dem ich noch keine realisierbare und ausreichende Alternative habe.

(Ministerpräsident Teufel)

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Machen Sie doch ein Buch daraus! Verkauft sich bestimmt glänzend!)

Meine Damen und Herren, dann sage ich:

Jetzt muss erforscht und entwickelt werden, was später in Serie genutzt werden soll; denn die Zukunft gehört nicht der Kernkraft.

(Demonstrativer Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen: Aha! – Abg. Bebbler SPD: Endlich eine klare Aussage!)

Genau danach hat die CDU-Landtagsfraktion gehandelt, genau danach!

(Anhaltende Unruhe)

– Es ist geradezu naiv. Sie freuen sich über einen Strohhalm. – Ich sage: Es wird der Tag kommen, an dem es serienreife Alternativen gibt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich sage euch: Der Tag wird kommen!)

Wir warten den Tag nicht ab, sondern wir handeln aktiv. Die CDU-Fraktion hat seinerzeit eine Delegation an sämtliche Forschungsstandorte in Baden-Württemberg geschickt. Dann haben wir Folgerungen für den Haushalt gezogen.

(Unruhe)

Nicht ohne Grund geben wir 60 % der gesamten Forschungsausgaben aller 16 deutschen Länder auf diesem Gebiet aus. Nicht ohne Grund, sondern deshalb, weil wir Folgerungen aus dieser Rede und aus den Ereignissen von Tschernobyl gezogen haben.

Meine Damen und Herren, aber unsere Politik war damals und ist heute – diesen Satz zitiere ich noch –:

Das stufenweise Herauskommen aus der Kernspaltung und das Hineinwachsen in gefahrlosere Energiearten

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– für mich ist das der entscheidende Satz, meine Damen und Herren; es war damals der entscheidende Satz, und es ist heute der entscheidende Satz –

ist nur nach vorne und durch neue Alternativen wie etwa Kernfusion und Solarenergie und nicht rückwärts zu . . . neuen, zusätzlichen Kohlekraftwerken oder Ölkraftwerken möglich.

Das ist unsere Position.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Das heißt, so lange Kohle die Alternative ist, so lange der Bezug von Strom aus Kernkraftwerken in der Ukraine, in Kiew und in Russland sowie in Frankreich die Alternative ist und es nicht alternative Energiearten sind, die zur Serienreife entwickelt werden können, solange handelt derje-

nige unverantwortlich, der zu einem solchen Zeitpunkt bei uns aus der Kernenergie aussteigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, das war unsere Position, und das ist unsere Position auch heute.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Das Wort nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abg. Maurer.

Abg. Maurer SPD: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind gefragt worden, warum wir die Entscheidung getroffen haben, in einem sehr verantwortbaren, sehr abgewogenen, sehr behutsamen Prozess langfristig aus der Atomenergie auszusteigen. Ich gebe Ihnen die Antwort: Wir steigen langfristig aus dieser Technologie aus, weil wir sie für ökonomisch nicht zukunftsfähig halten und weil wir sie langfristig für ethisch und ökologisch nicht verantwortbar halten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben vorhin gesagt – ich fand es nett, dass Sie uns Arroganz der Macht vorgeworfen haben; das war auch eine ganz neue Erfahrung –,

(Heiterkeit bei der SPD – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Sie fänden es arrogant, dass die Bundesregierung in diesem Zusammenhang von einer unumkehrbaren Entscheidung spreche. Ich sage Ihnen: Es gab keine arrogantere Entscheidung – sie ist nun wahrhaft für Zehntausende von Jahren unumkehrbar –, als in diese Technologie einzusteigen.

(Zuruf von der CDU)

Es gibt gegenüber zukünftigen Generationen nichts Arroganteres, als strahlenden Müll zu produzieren, Müll, der Zehntausende von Jahren auf diesem Planeten verbleiben wird. Das ist unumkehrbar, und das ist arrogant.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das war eine wahrhaft arrogante Entscheidung, mit der viele in Deutschland in diese Technologie eingestiegen sind – damals übrigens mit einer geradezu romantischen Begeisterung.

(Abg. Mappus CDU: Wart ihr nicht dabei? – Gegenruf des Abg. Drexler SPD: Wir waren auch dabei!)

– Natürlich. Wenn Sie, lieber Kollege Mappus, es tröstet: Es gibt in der Heiligen Schrift den Satz, dass mehr Freude im Himmel herrscht über einen Sünder, der sich bekehrt, denn über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen.

(Zuruf des Abg. Brechtken SPD – Gegenruf des Abg. Mappus CDU)

(Maurer)

Uns unterscheidet heute – das haben Sie doch gerade in der Vorlesestunde des Herrn Ministerpräsidenten zu Ihrem eigenen Erschrecken zur Kenntnis nehmen müssen –, dass wir uns nach den Erfahrungen mit dieser Technologie und nach Tschernobyl dafür entschieden haben, verantwortbar, seriös aus dieser Technologie auszusteigen. Wir machen exakt das – da kann der Herr Ministerpräsident hier tanzen und zitieren, wie er will –, was damals unter dem Eindruck dieser Nuklearkatastrophe seine Meinung war.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie waren bei dieser Vorlesestunde ja nicht ohne Grund so ruhig. Ich wäre da an Ihrer Stelle auch sehr erschrocken. Er hat damals eine Rede gehalten, in der er gegen das kurzfristige Abschalten argumentiert hat, gegen den kurzfristigen Ausstieg. Übrigens haben auch wir das damals nicht für richtig gehalten. Er hat damals eine Rede gegen Forderungen aus den Reihen der Grünen nach dem sofortigen Abschalten gehalten; das waren damals übrigens auch nicht Forderungen aller Grünen. Damals hat er gesagt und dies auch noch wiederholt, er selbst glaube, man müsse diese Technologie verlassen.

Das, was wir jetzt machen, entspricht dieser Auffassung: Wir schalten nicht kurzfristig ab; wir verlassen diese Technologie in einem langsamen, kontinuierlichen Prozess, der sich über mehr als 20 Jahre hinziehen wird. Das heißt, wir halten uns daran, was damals erkannt wurde. Aber der Herr Ministerpräsident folgt seinem strategischen und taktischen Opportunismus; das ist die Realität.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist eine Eigenschaft, die Sie, lieber Herr Teufel, auch sonst haben. Gelegentlich werden wir auch Ihre alten, wertorientierten Reden zum Thema Asyl wieder einmal hier verlesen – und Ihre neueren Erkenntnisse auf diesem Gebiet. Das kann man Ihnen jetzt nicht mehr abnehmen.

Ich glaube in der Tat, dass Sie langfristige wertorientierte Entscheidungen nicht durchhalten, auch in dieser Frage nicht. Ich frage mich, ehrlich gesagt, was Sie sich eigentlich parteitaktisch gesehen von dieser Position versprechen, die Sie einnehmen. Das frage ich mich wirklich.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Völlig rätselhaft! – Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Wahlkampfthema!)

Ich will Ihnen zum Thema „Arroganz der Macht“ noch eines sagen. Es ist ja wohl unumstritten: Die Entscheidung für einen langsamen, ökologisch verantwortbaren, aber vor allem auch ökonomisch nicht riskanten Ausstieg aus dieser Technologie entspricht in der Tat dem Willen der überwiegenden Mehrheit unserer Bevölkerung.

Sie leben schon in einer ganz eigenen Welt; das will ich schon sagen. Das habe ich heute Morgen gelernt. Sie leben in einer sehr eigenen Welt. Sie beschimpfen mit Ihren Angriffen auf uns in Wahrheit den erklärten Mehrheitswillen unseres Volkes in dieser Frage.

(Lachen des Abg. List CDU)

Da wünsche ich Ihnen nur eine gute Reise.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das ist eine Umfrage, die Sie hier zitieren!)

Ja, so ist das. So ist es seit vielen Jahren, und das anhaltend.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ziemlich genau seit 14 Jahren!)

Ich sage Ihnen eines: Ich kann mir vorstellen, wie die Rede des Herrn Ministerpräsidenten aussehen würde, wenn es, was der Himmel nun wirklich verhüten möge, wieder einmal zu einem großen Kernkraftwerksunfall kommt. Das kann ich mir vorstellen.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Wie nach Solingen!)

Ich kenne meine Pappenheimer.

Dazu gehört auch: Man kann sich nicht in Abhängigkeit von einer Technologie begeben, die offensichtlich untragbare Risiken nach sich zieht und die dann auch sofort die Akzeptanz für die gesamte Energiepolitik infrage stellt, woraus gravierendste ökonomische Folgen resultieren. Das kann man nicht machen, gerade in unserer sich rasch verändernden Welt, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir befinden uns wirklich in einer Phase großer Unsicherheiten und großer basistechnologischer Revolutionen, in der man die Frage, welche Entscheidungen man trifft, sehr stark davon abhängig machen muss, ob man als falsch erkannte Entscheidungen auch wieder korrigieren kann.

(Beifall des Abg. Brechtken SPD)

Der Einstieg in die Atomenergie ist eine Entscheidung, die man hinsichtlich der Entsorgungsfrage auf Zehntausende von Jahren gesehen nicht mehr korrigieren kann. Solche Entscheidungen sind falsch; sie sind unmodern. Es ist Steinzeitdenken, die Menschheit, nachfolgende Generationen auf so etwas zu verpflichten.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Atomtechnologie, lieber Kollege Pfister – das möchte ich Ihnen als Liberalem einmal sagen –, ist in der Welt – in Deutschland, in Europa, in Amerika – mitnichten als eine Entscheidung des Marktes eingeführt worden.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Staatswirtschaft! – Abg. Bebbler SPD: Höchst subventioniert!)

Wenn es allein auf die Entscheidung des Marktes angekommen wäre, hätte es diese Technologie nie gegeben.

(Zuruf von der SPD: So ist es!)

Die Atomenergie ist infolge einer militärischen Entscheidung eingeführt worden, zunächst einer militärischen Entscheidung der Großmächte. Die zivile Nutzung war ein Anhängsel an diese militärische Entscheidung.

(Abg. Tölg CDU: Wie so vieles!)

(Maurer)

Es ist kein Zufall, dass diejenigen Länder, die auf eine eigene atomare Bewaffnung gesetzt haben, am stärksten in diese Technologie eingestiegen sind. Das ist kein Zufall. Ich sage Ihnen eines: Die zivile Nutzung der Atomenergie – deshalb sprach ich von romantischen Vorstellungen, die übrigens in den Fünfziger- und Sechzigerjahren auch manche Sozialdemokraten hatten – wäre in Deutschland vom Markt niemals eingeführt worden. Sie war begleitet von romantischsten Hoffnungen und von massivsten staatlichen Subventionen und Transfers. Da hält die Atomtechnologie jeden Vergleich mit dem Bergbau aus. Der Markt hätte diese Entscheidung nie getroffen.

Im Übrigen sage ich Ihnen eines: Das brutalste Ausstiegsszenario, das Sie heute verfolgen könnten – wir machen das ja gar nicht –, wäre in der Tat, auch jetzt wieder die Entscheidung allein dem Markt zu überlassen. Wenn wir ab morgen auf jegliche Subventionierung für die Atomenergie verzichten würden, wenn wir die gesamte Staatstätigkeit auf diesem Gebiet einstellen würden, wenn wir die wirklich lächerlichen Versicherungsnotwendigkeiten, die da gegolten haben – lächerlich bezogen auf die Risiken, die es da gibt –, eingestellt hätten, wenn wir all diese extrem teuren Transport- und Endlagerkonzepte einstellen würden, wenn wir das alles dem Markt überließen, was glauben Sie, wie schnell der Markt diese Technologie verlassen würde? Wesentlich schneller als das Ausstiegsszenario der Bundesregierung.

(Abg. Dr. Steim CDU: Aber erst die Kohle!)

Deswegen reden wir hier nicht über eine Entscheidung und über die Logik des Marktes und der Ökonomie, sondern wir reden darüber, dass wir eine falsche staatliche Politik durch eine richtige staatliche Politik ersetzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Wers glaubt, wird selig!)

Sie werden die Kurve kriegen. Mich erinnert diese Debatte sehr stark an die seinerzeitige Debatte über die Ostverträge. Ich sage Ihnen voraus: Sie werden noch zwei Jahre lang testen, ob das deutsche Volk das tatsächlich mehrheitlich so weiter will, und dann werden Sie die Kurve kriegen. Ich bin da ganz entspannt. Ich werde Sie in zwei Jahren daran erinnern, wenn wir uns hier wieder begegnen. Ich wünsche Ihnen das, denn sonst würde das politisch sehr gefährlich werden.

(Zuruf: Da ist das Licht aus! – Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

– „Da ist das Licht aus“ ist ein gutes Stichwort. Über nichts ist vonseiten der Union, Herr Ministerpräsident, in den letzten 30 Jahren so viel Unsinn verzapft worden wie über das „Licht aus“-Thema, angefangen bei den Reden des Herrn Filbinger. Ich kann mich noch daran erinnern. Danach müssten wir in Deutschland schon längst noch einmal hundert Atomkraftwerke gebaut haben, weil sonst das Licht ausgehen würde. Absurdeste Szenarien sind da aufgebaut worden. Diese können Sie alle nachlesen. Aller Unfug, den man sich zum „Licht aus“-Thema nur vorstellen kann, ist hier schon erzählt worden.

Ich will Ihnen einmal eines zu den Themen „Licht aus“ und Klima sagen: Sie müssen sich in Ihrer Argumentation schon einmal entscheiden, was Sie denn nun eigentlich dem staunenden Publikum darbieten wollen. Sie müssen sich für ein Vorwurfsszenario entscheiden. Entweder werfen Sie uns vor, wir würden damit auf Importstrom aus Frankreich setzen. Wenn das stimmt, dann dürfen Sie aber keine Bedenken mehr haben, was das Klima angeht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: So ist es!)

Denn wenn wir auf Importstrom aus Frankreich setzen, wenn Sie uns das vorwerfen wollen, wird jedenfalls der Importstrom aus Frankreich nach Ihrer eigenen Argumentation nicht zur Erderwärmung beitragen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das wollt ihr ja gar nicht!)

Oder Sie müssen sich dafür entscheiden, dass Sie uns die Klimafrage vorwerfen. Dann müssen Sie aber das andere Argument weglassen. Also selbst wenn man opponiert, darf man nicht beliebig in der Gegend herumargumentieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Mappus CDU: Das machen Sie doch gerade! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist aber keine Antwort, Herr Maurer!)

Der Vorwurf, dass wir auf Importstrom aus Frankreich setzen, ist nun wirklich gerade vonseiten der baden-württembergischen CDU außerordentlich kurios; das muss ich schon sagen.

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ja zum Heulen!)

Derselbe Ministerpräsident, der seine Unternehmensbeteiligung – wie war das gerade so gefühlvoll? –, „die Wertschöpfung in unserem Land“ an einen französischen Atommonopolisten verkauft hat, vergießt jetzt Krokodilstränen über den Importstrom, den wir einkaufen. Das ist ja nicht mehr zu fassen!

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben jetzt die berühmte Frage gestellt, wer denn über das Schicksal von Obrigheim entscheidet. Es ist ja toll, dass Sie diese Verschwörergeschichten von den mitternächtlichen Sitzungen und den geheimen Zusagen aufsuchen. Ich bin auch Jurist, Herr Kollege Müller. Ich weiß nicht, ob Sie das befriedigt oder nicht befriedigt.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Hoffentlich! – Abg. Rech CDU: Das ängstigt ihn!)

Nach dem, was ich da weiß, ist es so – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Es ist ja keine Schande!)

– Danke, lieber Kollege. Auch Lehrer zu sein ist keine Schande.

(Heiterkeit)

(Maurer)

Also sage ich Ihnen: Jetzt ist da etwas paraphiert worden, und am Ende wird dieser Vertrag, denke ich, unterschrieben. Ich verstehe, dass die Atomwirtschaft und die Energiewirtschaftsunternehmen abwarten wollen, wie die Atomgesetznovelle der Bundesregierung aussieht, ob sie sich an die Abmachungen hält. Dann wird dieser Vertrag unterschrieben. Dann gilt das, was in dem unterschriebenen Vertrag steht. So schlicht ist das.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ach nein! – Abg. Mappus CDU: Ach nee!)

Juristisch kann ich die Frage nicht anders beantworten. Ich bin ja als Jurist daran gewöhnt, dass das, was in unterschriebenen Verträgen steht, gilt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Dann muss der Herr Bundeskanzler eine Macke haben! Es kann nicht anders sein!)

Herr Kollege, ich beantworte Ihnen Ihre Frage zum Zweiten: Das Wesen dessen, was die, wie ich finde, sehr intelligente Bundesregierung da mit der Energiewirtschaft vereinbart hat, besteht gerade darin, dass sich die Politik nicht anmaßt, einzelne unternehmenspolitische Entscheidungen zu treffen. Das ist das Wesen dieser Strategie. Die Politik beschränkt sich vielmehr darauf, zu sagen: Wir wollen langfristig diese Technologie verlassen, wir bestimmen einen Zeitrahmen, aber wie ihr das managt, ist eure Sache.

Die Wahrheit ist: Nach dem, was Sie bei der Entscheidung über die Veräußerung von Beteiligungen hier gemacht haben, wird die Frage, was in Obrigheim passiert, in Paris entschieden. In Paris wird sie entschieden. Das ist die Realität. Herr Goll wird uns die Nachricht überbringen, was in Paris entschieden worden ist.

Aber so haben Sie es selber gewollt. Beklagen Sie sich also nicht darüber. So haben Sie es selber gewollt. Das Schicksal Ihres geliebten Kraftwerks wird – nach dem Willen der Landesregierung – in Paris entschieden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Dann hat der Herr Ministerpräsident ein großes Wortgeklingel gemacht, um nachzuweisen, dass er vielleicht doch etwas für die regenerativen Energiequellen übrig haben könnte.

Herr Ministerpräsident, zufällig – ich hätte fast gesagt: wie es der Teufel so will –

(Heiterkeit)

hatte ich vor zwei Tagen die Gelegenheit, an einem Symposium des Landesverbands der Baden-Württembergischen Industrie und dort an einer Podiumsdiskussion teilzunehmen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das war Klasse!)

Dort hat der Chef des Wirtschaftsministeriums – ich meine jetzt nicht Herrn Döring, sondern Herrn Mehrländer –

(Heiterkeit)

– keine Sorge; Sie verwechsle ich nicht –

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das wäre eine Gemeinheit!)

ehrllich, wie er manchmal ist – –

(Vereinzelt Heiterkeit)

– Das ist doch gut; das habe ich gar nicht abwertend gemeint.

(Unruhe – Zurufe)

– Ob er es immer ist: Das wäre für unsere Zunft ja sehr ungewöhnlich.

(Unruhe – Abg. Dr. Birk CDU: Herr Kollege, ein bisschen mehr Angemessenheit! Wir haben hier Schulklassen! Was sollen die denn für einen Eindruck bekommen?)

– Ja, ist doch gut! Sie sind der Allerehrlichste. Da muss ich nur in Ihre treuen braunen Augen gucken!

(Heiterkeit – Zurufe)

Also, Herr Dr. Mehrländer hat dort ehrlich gesagt

(Minister Dr. Döring: Wie immer!)

– meinetwegen wie immer; Herr Döring, schenke ich Ihnen –, er müsse schon zugeben, dass die Leistungen der Landesregierung bei der Markteinführung von regenerativen Energiequellen und bei Marktanreizen im Vergleich mit anderen Bundesländern außerordentlich bescheiden seien.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sprich: jämmerlich! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Hat er nicht gesagt: „verbesserungsfähig“? – Gegenruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Nein, nein!)

Er hat das gesagt, was Kollege Pfister gelegentlich auch vorsichtiger anklagen lässt, das entspreche nicht dem Willen der FDP/DVP, sondern sei auf die nachhaltig negative Haltung des größeren Koalitionspartners zurückzuführen,

(Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

was auch der Wahrheit entspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

Der Wahrheit entspricht es eben, Herr Ministerpräsident, dass Sie im Gegensatz zu anderen Ländern, auf die Sie ja gelegentlich wegen ihrer Schulden und Haushaltsnöte herabzuschauen pflegen,

(Abg. Mappus CDU: Zum Beispiel!)

bei der Markteinführung von regenerativen Energiequellen die Haushalte Ihres Stellvertreters gegenüber der Zeit der großen Koalition gnadenlos heruntergefahren haben und dass Sie bei der Markteinführung von regenerativen Energiequellen Schlusslicht sind. Das ist gegen die Interessen des Landes Baden-Württemberg; denn es ist Irrsinn, dass wir hier im Land die Forschung machen und anderswo die Jobs gemacht werden. Das ist doch Irrsinn!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Maurer)

Ich glaube, dass es im Interesse unseres Landes ist, unserer Wirtschaft kein Crashprogramm zuzumuten, sondern ihr langfristig eine Orientierung zu geben, wohin die Reise gehen soll. Wir geben der Wirtschaft langfristig die Orientierung: Die Reise geht nicht in Richtung Atomwirtschaft, sondern heraus aus der Atomwirtschaft.

Das ist eine Orientierung, die wir natürlich auch unseren Nachbarländern geben, die sich bisher sehr unterschiedlich entschieden haben, ohne dass das übrigens die von Ihnen, Herr Kollege Oettinger, befürchteten katastrophalen ökonomischen Auswirkungen gehabt hätte. Die Situation in Europa ist sehr unterschiedlich. Ich weiß zwar im Moment nicht auswendig, ob an der Maas ein Atomkraftwerk steht; aber an der Etsch steht keines.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: In Slowenien auch nicht! – Abg. Haas CDU: Das ist niveaulos! – Weitere Zurufe)

– Haben Sie etwas dagegen? Darüber beschwerten sich die Reps. Deshalb noch einmal, auch an die Adresse der Reps: An der Etsch steht kein Atomkraftwerk.

(Abg. Deuschle REP: Aber an der Memel steht eines!)

– Es stimmt mich sehr nachdenklich, dass an der Memel eines steht; das kann ich Ihnen sagen.

Was ich damit sagen will, ist Folgendes: Italien beispielsweise ist ein Land, das auf diese Technologie überhaupt nicht gesetzt hat – übrigens deswegen, weil Italien keine Atommacht war und weil in Italien der Zentralstaat relativ schwach ist. Da ist das mit am meisten den Marktkräften überlassen worden.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

So ist es gekommen. Die Zahlen des Bruttosozialprodukts für die italienische Republik und das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung, das im Moment übrigens höher ist als in Deutschland,

(Abg. Oettinger CDU: Wie bitte? – Abg. Mappus CDU: Ja, in Lire!)

sagen überhaupt nichts

(Weitere Zurufe)

– ja, so ist es; seit der Einheit ist es so – über die von Ihnen hier dargestellten Schreckensszenarien, dass man die Ökonomie ohne Atomenergie gegen die Wand fahren würde. Ganz im Gegenteil! Ich sage Ihnen:

(Abg. Haas CDU: Am besten nichts!)

Wir geben das Signal, dass die Zukunft nicht der Atomenergie gehört. Die Zukunft gehört vielmehr

(Abg. Haas CDU: Dem Herrn Maurer!)

Hochtechnologien im Energiesparen und Hochtechnologien in der rationellen Energieverwendung.

Übrigens, Herr Ministerpräsident: Was Sie für sich beanspruchen, sollten Sie auch gegenüber anderen gelten lassen. Der Bundeskanzler hat in der Rede, aus der Sie auch nur zwei Sätze zitiert haben,

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

beispielsweise gesagt:

Wir brauchen Versorgungssicherheit; aber wir brauchen auch eine Energieversorgung, die den Umstieg auf einen erneuerbaren, mit Spitzentechnologie gesteuerten Energieeinsatz ermöglicht,

(Zuruf des Abg. Krisch REP)

ohne dass wir mehr als nötig die weltweit zur Neige gehenden Rohstoffe aufkaufen müssen. Mehr als diese eine Erde können wir unseren Kindern und Enkeln nicht hinterlassen. Dieses Ziel können wir aus eigener Kraft erreichen mit verbesserten Wirkungsgraden, mit einer Effizienz-Revolution im Energiesektor. Die Kraft-Wärme-Kopplung wird auch mittel- und langfristig entscheidende Beiträge zum Klimaschutz leisten.

Das ist das, was Sie weggelassen haben. Ich bin Ihnen übrigens dankbar, dass Sie Ihre ganze Rede noch einmal vorgelesen haben.

Wir geben das Signal, dass die Zukunft nicht der Atomenergie gehört. Die Zukunft gehört den erneuerbaren Energiequellen, die Zukunft gehört der Kraft-Wärme-Kopplung, die Zukunft gehört dem Energiesparen und dem rationellen Energieeinsatz, die Zukunft gehört einer Politik, die Wachstum und Energieeinsatz entkoppelt – und das wird uns mit Hochtechnologie gelingen –, und die Zukunft wird eine Zukunft der Brennstoffzelle und der solaren Wasserstoffwirtschaft sein. Das ist eine Zukunftsentscheidung, und auch Sie werden irgendwann hoffentlich noch auf den Zug aufspringen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Herr Abg. Dr. Salomon, das Wort.

Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann leider nicht damit dienen, hier noch einmal eine 14 Jahre alte Rede fast in Gänze vorzulesen und mich hinterher auch noch hinzustellen und zu behaupten: Das war unsere Politik, das ist unsere Politik, das wird unsere Politik bleiben, und daran wird sich nichts ändern, in Ewigkeit, amen.

Herr Ministerpräsident Teufel, das war eher ein Armutszeugnis, was Sie hier vorgelesen haben. Es war damals eine nachdenkliche Rede, in der Sie gegen den kurzfristigen Ausstieg aus der Kernenergie plädiert haben. Was wir jetzt machen, ist schlichtweg, dass wir bislang unbefristeten Kernkraftwerken eine Befristung geben. Und wir machen das im Konsens mit der Industrie.

Jetzt sagen Sie: Das Ganze ist kein Konsens, sondern das Ganze ist ein Diktat.

(Abg. Krisch REP: Richtig!)

(Dr. Salomon)

Da kann ich Sie nur fragen: Was glauben Sie eigentlich? Natürlich ist es wirtschaftlicher, ein abgeschriebenes Kernkraftwerk laufen zu lassen, bis es auseinander fällt. Damit verdient man am meisten Geld. Das ist logisch und unbestritten.

Trotzdem: Herr Pfister sagt: „Wenn es logisch wäre und diese Dinge unsicher sind, dann müsste man sie sofort abschalten.“ Ich behaupte: Die ethische Frage, ob die sicher sind oder nicht, ist 1986 diskutiert worden. Es ist einfach eine große ethische Diskussion in dieser Gesellschaft, eine Diskussion, die nicht ideologisch ist, sondern die eine Wertediskussion ist und die man entscheiden muss.

Ob es ethisch gerechtfertigt ist, eine Technologie zu installieren, die auf Zehntausende von Jahren Müll produziert, der zukünftige Generationen schädigt, genetisch schädigt,

(Abg. Hauk CDU: Könnte! – Abg. Haas CDU: Die Grünen sind ein Kernkrafttrisiko an sich!)

Tod bringend ist, ob man das sicher machen kann, das ist eine Entscheidung, die die heutige Generation meines Erachtens so nicht treffen kann. Das ist die ethische Dimension.

Wenn Sie das für Hightech halten, ein Sicherheitsrisiko einzugehen, bei dem, wenn ein Kernkraftwerk hochgeht, Hunderttausende, ja Millionen von Toten einkalkuliert werden müssen, dann ist die ethische Entscheidung – – Und die Gesellschaft hat in der Mehrheit in den letzten 25 Jahren entschieden, dass sie das nicht will. Das können Sie nicht einfach als Ideologie abtun. Das ist eine ganz klare Wertedebatte in der Gesellschaft, die in den letzten 25 Jahren stattgefunden hat, die die Gesellschaft beantwortet hat und die die Vorgängerbundesregierung nicht umgesetzt hat. Was wir tun, ist, dass wir genau das jetzt tun.

Wir befinden uns aber in einem Rechtsstaat mit einem Verfassungsgericht, einem Staat, in dem die ethische Entscheidung, sofort auszusteigen, natürlich nicht umsetzbar ist. Deshalb haben wir diese Laufzeiten befristet.

Jetzt ist es natürlich nach wie vor so, dass morgen trotzdem etwas passieren kann. Das kann niemand ausschließen. Aber das, was die Regierung gemacht hat, ist, zwischen der ethischen Entscheidung, auszusteigen zu wollen, und den rechtlichen Gegebenheiten eben diesen Konsens herzustellen. Und das haben die Kernkraftwerksbetreiber getan.

Was Sie jetzt haben, Herr Ministerpräsident, ist ein Dissens mit den Stromkonzernen, von denen Sie sich verraten fühlen: „Wir haben doch so viel für euch getan, ihr seid so undankbar und macht mit Rot-Grün einen Pakt. Ja spinnt ihr denn?“ Und jetzt überlegen wir uns, ob wir das beklagen können.

Ich habe vorhin in einem Zwischenruf gesagt: Ihr seid ja überhaupt nicht betroffen als Land. Wenn jemand klagen könnte, dann wären es die Stromkonzerne. Und genau deshalb, damit sie das nicht tun, haben wir diesen Konsens gemacht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Doch nicht mit den Bundesländern!)

Also: Wo ist denn eigentlich der Kläger?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber doch nicht mit den Bundesländern!)

– Die Bundesländer sind überhaupt nicht betroffen. Im ganzen Atomrecht –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Wie wollen Sie Ihre Zwischenlager bauen? Wasserrechtliche Verfahren! Wie wollen Sie denn das machen?)

das wissen aus leidvoller Erfahrung viele rote und grüne Umweltminister der Bundesländer – sind sie Weisungsempfänger gegenüber dem Bund und haben eigentlich gar keine eigene rechtliche Handhabe.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber doch nicht bei den wasserrechtlichen Verfahren bei den Zwischenlagern, die Sie wollen!)

– Bei den wasserrechtlichen Verfahren und bei den baurechtlichen Verfahren bei den Zwischenlagern gilt:

Erstens: Genehmigungsbehörde für diese Zwischenlager ist eine Behörde des Bundes, das Bundesamt für Strahlenschutz, keine andere Behörde. Die baurechtlichen und die wasserrechtlichen Verfahren – –

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, ja!)

Jetzt bin ich einmal gespannt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich auch!)

Jetzt müssen Sie in einen Konflikt eintreten mit der Bundesregierung und müssen einen Konflikt eingehen mit den Stromkonzernen, die Sie händeringend bitten, Sie mögen diese Dinge genehmigen, weil sonst die Vereinbarung mit der Bundesregierung nicht klappt und weil Sie genau das dann vollenden, was die Stromkonzerne noch vor einem Jahr Minister Trittin vorgeworfen haben, nämlich eine Verstopfungsstrategie zu vollenden, die dazu führt, dass man wieder Atomtransporte machen muss. Ich bin gespannt, wie lange Sie das politisch durchhalten. Sie werden es nicht durchhalten. Das kann ich Ihnen gleich prophezeien.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie wollten Antworten zu Obrigheim.

Ich kann Ihnen nur sagen: In diesem Konsenspapier steht dreierlei. Es steht drin: Die Laufzeiten werden begrenzt. Damit die Konzerne die Möglichkeit haben, sich wirtschaftlich zu verhalten, können Stromkontingente übertragen werden, und zwar von alten auf neue und von kleinen auf große Kraftwerke.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das haben wir gehört!)

Obrigheim ist ein altes und kleines Kraftwerk.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und was sagt der Bundeskanzler?)

Es steht weiter drin: In Ausnahmefällen kann im Einvernehmen zwischen der Bundesregierung und den Stromkonzernen auf Antrag auch anders genehmigt werden. Das heißt, das können sie nicht selbstständig machen, sondern das muss genehmigt werden.

(Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

(Dr. Salomon)

Und jetzt stellen Sie die Frage, was Herr Goll mit Herrn Schröder in der Nacht unter vier Augen ganz geheim

(Abg. Drexler SPD: Gemacht hat!)

ausgehandelt hat. Ich kann nur sagen: Ich weiß es nicht.

(Abg. Drexler SPD: Und warum wissen Sie das nicht?)

Das ist aber ziemlich unerheblich, weil man sich dann, wenn Stromkontingente auf Obrigheim – von einem großen und neuen auf ein altes und kleines Kernkraftwerk – übertragen werden sollten, fragen muss, was das wirtschaftlich für einen Sinn macht.

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

Das sind ja kommunizierende Röhren. Das heißt, wenn Sie bei Obrigheim noch zwei Jahre zugeben, müssen Sie ein anderes Kraftwerk zwei Jahre früher abschalten.

(Zuruf des Abg. Krisch REP)

Dann haben Sie den Konflikt doch nur verlagert. Ich weiß gar nicht, warum Sie sich an Obrigheim so aufhängen. Obrigheim ist für Sie ein ideologisches Symbol,

(Zuruf von den Republikanern: Eher für Sie!)

aber ich weiß nicht, wofür. Sie kämpfen um die 350 Arbeitsplätze in Obrigheim und vergessen völlig, dass im letzten, im vorletzten Jahr in Philippsburg, das ja nicht weit weg ist, aufgrund der Liberalisierung des Strommarkts und der Tatsache, dass die zum ersten Mal ein Kostendenken haben, 500 Arbeitsplätze abgebaut wurden. Und jetzt kämpfen Sie um die 350 Arbeitsplätze in Obrigheim nach dem Motto: Das böse Rot-Grün nimmt uns die 350 Arbeitsplätze weg, obwohl wir für die 350 Arbeitsplätze kämpfen. Und damit wollen Sie dann die Landtagswahl gewinnen.

Meine Damen und Herren, wie soll das funktionieren? Denken Sie sich einmal die rot-grüne Bundesregierung einfach weg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Dr. Schlierer REP: Ein vernünftiger Vorschlag!)

Dann ist noch nicht alles gut für Sie; dann haben Sie das gleiche Problem.

(Unruhe)

Obrigheim ist 32 Jahre alt. Obrigheim ist auf eine Betriebszeit von 40 Jahren ausgelegt. Demzufolge hätte Obrigheim noch eine Laufzeit von acht Jahren. Folglich müssten Sie sich heute – und das werfe ich Ihnen, Herr Pfister, vor –

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

– Ich werfe Ihnen etwas vor, Herr Pfister; hören Sie einmal zu.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Entschuldigung!)

Wenn Sie schon die große Verantwortung für die 350 Arbeitsplätze in Obrigheim spüren, müssten Sie sich als Lan-

desregierung schon lange Gedanken gemacht haben, was Sie, wenn Sie den Kraftwerksstandort Obrigheim erhalten wollen, anschließend machen. Sie haben aber nichts gemacht. Gar nichts haben Sie gemacht. Sie sagen immer nur, Obrigheim laufe ewig. Sie haben eine Ewigkeitsgarantie im Kopf,

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

das heißt, Sie vertuschen damit Ihr Nichtstun in den letzten Jahrzehnten. Das ist das Thema Obrigheim.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das nächste Argument, das der Herr Ministerpräsident bringt, ist, es sei völlig irrsinnig. Die Atomtechnologie sei die Zukunftstechnologie, die Hightech-Technologie.

Dazu muss ich sagen: Eine Technologie, die Müll produziert, der auf Zehntausende von Jahren nicht beseitigt werden kann, ist nicht sicher. Eine Technologie, die vom Primärenergieeinsatz nur 30 % übrig lässt und vom Wirkungsgrad her völlig ineffizient ist, ist keine Hightech-Technologie, sondern eine Technologie aus dem letzten Jahrhundert.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Sie sagen, eine Technologie, die weltweit führend sei, werde in einem liberalisierten Markt durch einen nationalen Alleingang in völlig irrsinniger Weise konterkariert, wir würden überhaupt nicht kapieren, was ein liberalisierter Markt sei usw.

Ich kann Ihnen sagen, was Deutschland ist. Deutschland ist zwar das größte Land in der EU, aber Deutschland ist nicht das erste Land, das aus der Atomenergie aussteigt, sondern das sechste oder siebte Land, das aussteigt. Die Belgier haben den Ausstieg in 40 Jahren vereinbart, haben also längere Fristen als wir. Die Italiener – Herr Kollege Maurer hat es erwähnt – sind gar nicht erst richtig eingestiegen. Die Schweden haben vor 20 Jahren einen Ausstiegsbeschluss gefasst

(Abg. Hauk CDU: Wiederausstieg aus dem Ausstieg!)

und mussten hohe Entschädigungszahlungen leisten. Nach 20 Jahren, jetzt im Jahr 2000, wird das erste Kernkraftwerk abgeschaltet. Die anderen laufen noch. Die Österreicher sind ausgestiegen. Immer mehr Länder werden aussteigen. Wenn das mit Abstand größte Land der Europäischen Union, die Bundesrepublik Deutschland mit 80 oder 85 Millionen Einwohnern, sagt: „Wir steigen aus“, ist das kein nationaler Alleingang, sondern hat das einfache Folgewirkungen auf die ganze Energiepolitik in Europa. So wird es auch betrachtet, und zwar aus mehreren Gründen. Die Wiederaufbereitungsanlagen in La Hague und Sellafield sind ohne den Müll, ohne die abgebrannten Kernbrennstäbe aus deutschen Kernkraftwerken überhaupt nicht wirtschaftlich zu führen. Das wissen sie auch. Das heißt, die Franzosen, bei denen weder ein Kernkraftwerk im Bau ist noch eines genehmigt wird – übrigens auch in ganz Europa nicht –, werden sich natürlich langfristig auch überlegen, auszusteigen.

(Dr. Salomon)

Ein Punkt ist bisher ja überhaupt noch nicht benannt worden. Die Franzosen haben mit der EdF einen Riesenstaatskonzern. Herr Rexrodt hat die Energieliberalisierung durchgesetzt. Das mag ich gar nicht kritisieren. Ich frage mich eigentlich nur: Warum sind die Deutschen die Musterknaben und führen die Liberalisierung durch,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da müssen Sie die Franzosen fragen!)

und die Franzosen scheren sich einen Dreck darum und führen ihre Staatsbetriebe weiter, und zwar hoch subventioniert?

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das wird sich ändern, keine Sorge!)

Das werden die Franzosen nicht durchhalten. Die werden die EdF auch privatisieren müssen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das wird sich sehr schnell ändern, keine Sorge!)

Es ist einfach klar, dass sich die Atomkraft ohne staatliche Subvention überhaupt nicht rechnen wird. Dann wird man sehen, was in 20 Jahren ist.

Jetzt kommt eine große Frage. Da muss ich eigentlich nur noch kichern. Herr Teufel stellt sich hier als der oberste Umweltschützer hin und sagt: Die Maßgabe von Kioto kann nicht erreicht werden. Da kann ich nur sagen: Es ist erst gut eineinhalb Jahre her, als CDU/CSU und FDP noch in Bonn regiert haben. Sie waren meilenweit davon entfernt, auch nur im Entferntesten das umzusetzen, was sie in Rio 1992 für das Jahr 2005 versprochen haben.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

Wieso haben Sie eigentlich die Chuzpe, sich hier hinzustellen und uns vorzuwerfen, wir würden die Ziele von Kioto nicht erreichen? Das ist doch geradezu absurd.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Zu den regenerativen Energien. Sie, Herr Ministerpräsident, machen sich hier stark und zählen auf, was Sie im Land alles für die Forschung getan haben, und zitieren auch noch Herrn Kuhn. Was Herr Kuhn über die Jahre gesagt hat, ist völlig richtig. Ihre Zahlen stammen übrigens aus dem Jahr 1997. Herr Kuhn hat gesagt: Wir sind hier führend in der Forschung; warum läuft nichts in der Umsetzung, in der Markteinführung, in der Anwendung? Warum läuft da eigentlich nichts? Es war tatsächlich im Jahr 1986 noch so, dass die Dinge erst erforscht werden mussten. Dafür gab es in Baden-Württemberg Geld. Jetzt, wo es darum geht, Jobs zu schaffen, versagt dieses Land ganz unerträglich. Sie sind eigentlich ein Standortrisiko für Arbeitsplätze in Baden-Württemberg.

(Lachen bei der CDU)

Eigentlich kann man sagen: Wenn im Bereich der Windenergie heutzutage mehr Arbeitsplätze existieren

(Unruhe und Zurufe, u. a. Abg. Pfister FDP/DVP: Langsam! – Abg. Keitel CDU: Mit hohen Subventionen! – Zuruf des Abg. Mappus CDU)

– Herr Mappus, ich kann es auch fünfmal wiederholen, bis Sie ruhig sind –, wenn sich bundesweit in den letzten fünf Jahren die Zahl der Kilowattstunden, die durch Windenergie produziert wurden, verzehnfacht hat, wie können Sie dann eine so statische Betrachtungsweise anstellen und sagen?:

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist doch nicht die Antwort auf die zentrale Frage! Ich habe Ihnen heute hundert Fragen gestellt, und Sie beantworten gar keine!)

Wir sind zu 60 % vom Atomstrom abhängig; wenn Sie jetzt alle Kernkraftwerke abschalten . . . Sie wissen ja, dass wir nicht alle gleich abschalten, sondern sie erst im Lauf von 20 Jahren abschalten. Wenn Sie in 20 Jahren hier das letzte Kernkraftwerk abschalten, haben Sie 20 Jahre Zeit, übrigens bei riesigen Überkapazitäten, eine alternative Energiewirtschaft auszubauen. Das wird ein Mix sein – das habe ich vorhin schon angedeutet –

(Abg. Hauk CDU: Kommen die dann überhaupt bei Überkapazitäten? Wer baut, wenn Überkapazitäten da sind?)

aus neuen, hochmodernen, hocheffizienten GuD-Kraftwerken, die übrigens noch mit fossilen und nicht mit regenerativen Energieträgern arbeiten, aber sehr viel flexibler einsetzbar sind. Da würde ich mich einmal in Obrigheim hinstellen und mit der dortigen Belegschaft diskutieren – die Erdgaspipeline aus dem Osten läuft nicht weit weg von Obrigheim vorbei –, ob man sich dort nicht mit den Kraftwerksbetreibern etwas Neues überlegen kann. Das wäre eigentlich die Aufgabe, wenn Sie zukünftige Energiepolitik machen: etwas Neues, zusammen mit regenerativen Energien, die die Bundesregierung – da sagen Sie immer, da geschehe nichts – in vielfältiger Weise durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und durch die Kraft-Wärme-Kopplungsquote, die jetzt kommen wird, fördert.

Im Jahr 2050 – wir müssen hier von langen Fristen reden; dazu hat die Shell ein Gutachten in Auftrag gegeben; Shell ist ja auch kein Kernkraftgegner, sondern Shell will Geld verdienen – werden 50 % der Primärenergie – ich wiederhole: der Primärenergie und nicht nur der Stromproduktion – regenerativ erzeugt werden, wenn man das denn will. Das ist überhaupt keine Frage. Herr Nitsch vom DLR, der auch beim LVI war, sagt übrigens das Gleiche. Er kommt zu ähnlichen Ergebnissen. Dazu muss man aber die Markteinführung fördern.

(Abg. Mappus CDU: Es gibt auch einen Marktpreis! – Zurufe der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Keitel CDU)

Jetzt will ich noch etwas zum Thema Arbeitsplätze sagen. Wenn man sich überlegt, wie viel Kapital über die Jahrzehnte in der Atomenergie gebunden wurde, und wenn man sich ansieht, wie lächerlich wenige Arbeitsplätze das sind,

(Abg. Keitel CDU: Lächerlich!)

dann ist das vom Thema Arbeitsplätze her sowieso das Irrsinnigste, was man eigentlich tun kann. Die Atomkraft ist eigentlich eine Kapitalvernichtungsmaschine, wenn man

(Dr. Salomon)

sich die ganzen Subventionen mit anschaut. Das ist ja fast noch irrsinniger als die Kohlesubventionen, die schon irrsinnig genug sind. Wenn Sie regenerative, dezentrale Energiestrukturen fördern, dann ist das ein Arbeitsbeschaffungsprogramm für Handwerk, Mittelstand, Technologie, Ingenieure sowie Maschinen- und Anlagenbauer, wie Sie überhaupt kein größeres haben können. Da frage ich: Warum tun Sie da nichts? Warum passiert in Nordrhein-Westfalen, in Hessen und in Bayern etwas, nur bei uns nicht? Bei uns wird geforscht, und die anderen schaffen die Arbeitsplätze.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Das ist völlig hirnrissig.

Herr Mehrländer – das muss man einfach noch einmal wiederholen – hat das sogar zugegeben und hat gesagt: Die FDP will, und die CDU will nicht. Ich will jetzt keinen Keil in die Landesregierung treiben, aber feststellen: Wenn man nicht im Parlament ist und auf einem anderen Podium sitzt, dann schiebt die FDP den schwarzen Peter eindeutig zur CDU und sagt: „Wir würden ja gerne, und die tun nicht.“ Dann überlegt euch doch einmal: Entweder lügt die FDP, oder ihr habt ein Problem. Das müsst ihr hier einmal beantworten.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, jetzt liegen noch zwei Wortmeldungen vor: eine von Herrn Abg. Dr. Schlierer nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung und eine von Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring. Nach § 82 Abs. 3 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Wirtschaftsminister Dr. Döring das Wort.

(Oh-Rufe von der SPD – Abg. Deuschle REP: Muss das sein? Wollen Sie auch ins Fernsehen?)

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann vor allem die Ausführungen, die Kollege Salomon gerade zum Schluss gemacht hat, nicht unwidersprochen stehen lassen.

(Abg. Deuschle REP: Das könnten Sie auch machen!)

Ich halte es schon für sehr kühn, wenn Sie hier sagen, die baden-württembergische Landesregierung tue in dem Bereich, den Sie angesprochen haben, nichts zur Energieeinsparung oder für den Klimaschutz. Dann sagen Sie, die Hessen und die Bayern hätten Programme, die ganz großartig seien.

Kein anderes Bundesland hat ein solches Altbaumodernisierungsprogramm, wie es die Landesregierung von Baden-Württemberg auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Mit keinem anderen Programm, Herr Salomon – Herr Drexler, zu Ihnen komme ich gleich noch –, können Sie

mehr für den Klimaschutz und zur Energieeinsparung tun. Drexler stellt sich hier hin und sagt, er habe die Patentlösung

(Abg. Drexler SPD: Nein!)

– doch, Sie haben das gesagt –: Jedes Jahr sparen wir 3 % Energie ein, und dann haben wir das in 20 Jahren gelöst. Na, großartig!

(Zuruf des Abg. Keitel CDU – Abg. Drexler SPD: Das habe ich nicht gesagt!)

Sie haben aber nicht gesagt, wie Sie das machen wollen. Sie können das Programm, das wir jetzt durchführen und das wir übrigens in diesem Frühsommer noch einmal attraktiver gestalten, damit es noch stärker nachgefragt wird, nicht lächerlich machen. Dieses Programm ist das Sinnvollste, was Sie machen können, wenn Sie Energie einsparen wollen und etwas für den Klimaschutz erreichen wollen. Deswegen gestalten wir dieses Programm noch eine ganze Ecke attraktiver.

Herr Salomon kommt immer so freundlich daher und verteilt dann eine Unverschämtheit nach der anderen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das kann er!)

Es ist wirklich unglaublich, dass Sie hier hinstehen und sagen, die Landesregierung tue nichts, um in diesem Bereich neue Arbeitsplätze zu schaffen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist durch Zahlen belegt!)

In der vergangenen Woche haben wir zusammen mit einem Vertreter der Bundesregierung Würth Solar in Marbach auf den Weg gebracht. Würth Solar ist das beste und das aktuellste Beispiel dafür – Kollege Maurer, ich sage das, weil Sie behauptet haben, geforscht werde hier und die Arbeitsplätze entstünden woanders –, dass Forschung bei uns stattfindet und Arbeitsplätze bei uns geschaffen werden,

(Zuruf von der SPD)

und das in einer Hochtechnologie, die weltweit Spitzenklasse ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Die Zahlen in diesem Zusammenhang kennen Sie. Herr Schmiedel, Sie sind ja auch da gewesen und haben sich gefreut, dass Sie dabei sein konnten.

(Zurufe der Abg. Drexler SPD und List CDU)

Bei Würth Solar ist es so, dass die Forschung im Vorfeld über das ZSW über 15 Jahre lang mit 16 Millionen DM zielgerichtet vom Land Baden-Württemberg unterstützt worden ist. 16 Millionen DM gingen in die Forschung.

Natürlich haben wir, Herr Maurer, gesagt: Es darf nicht wahr sein, dass wir die gesamte Forschung bezahlen und dass das dann in andere Länder abwandert – das war von allen Bundesländern heiß umworben –, dass Würth Solar woanders hin geht. Dieser Landesregierung ist es gelungen,

(Minister Dr. Döring)

das in Baden-Württemberg zu halten. Das ist eine großartige Leistung. Der Bund hat sich mit angehängt. Dann haben wir es gemeinsam geschafft, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Weil Herr Kollege Jürgen Walter vorhin immer gebrüllt hat: „Totengräber!“, sage ich: Wir haben eine andere Marschrichtung. Ich habe es für richtig gehalten, zu sagen: Wir unterstützen jetzt nicht mehr jeden Studienrat oder wen auch immer, der Solarzellen auf sein Dach montiert, mit zusätzlichen Subventionen. Es gibt das 100 000-Dächer-Programm der Bundesregierung, das in Bayern und in Baden-Württemberg von allen Bundesländern am meisten abgerufen wird. Es wäre doch ein Irrsinn hoch drei, wenn man diesen 30 % Subventionen noch einmal Landesmittel hinterherschmeißen würde. Sollen wir dies künftig ganz zahlen? Was soll denn dieser Unfug?

(Zurufe – Unruhe)

Deswegen gehen wir mehr in Richtung Forschung und Entwicklung. Das ist der richtige Weg, den wir in diesem Zusammenhang gehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

– Herr Kollege Jürgen Walter, kommen Sie doch hierher, wenn Sie etwas zu sagen haben, und plärren Sie nicht immer dazwischen.

(Abg. Brechtken SPD: Das Problem ist: Das dürfen wir nicht, weil wir Redezeitbeschränkungen haben! – Unruhe)

– Stimmt. Das war unfair, Herr Brechtken.

Es gibt gegenwärtig kein anderes Bundesland, das im Frühjahr des Jahres 2000 feststellen kann, so wie wir dies können: 35 Millionen DM im Haushalt des Wirtschaftsministeriums, über die laufende Grundförderung hinaus 35 Millionen DM für den Neubau des Instituts für Solare Energiesysteme in Freiburg. Da stehen Sie hin und sagen, wir machten nichts. 35 Millionen DM! Nennen Sie mir ein anderes Land, das in diesem Bereich mit ähnlichen Summen ähnlich erfolgreich einsteigt, wie wir das hier machen. Grundsteinlegung in diesem Frühjahr erfolgt: Institut für Solare Energiesysteme.

Marbach ist genannt worden.

Zentrum für Solarenergie und Wasserstoff: 90 Millionen DM Landesforschungsmittel sind darin. 90 Millionen DM! Jetzt gehen Sie her und sagen: Die tun da gar nichts, gehen nur in eine Richtung und kennen sich sonst nicht aus.

Herr Kollege Salomon, ich erinnere mich an etwas vom Dezember 1998. Im Dezember 1998 habe ich das Zwischenlager für Obrigheim mit genehmigt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ich erinnere mich auch noch daran!)

Damals hieß es von Kuhn: Unglaubliche Sauerei! Skandal! Rückwärts gewandt! Steinzeitmensch! Das Letzte! Das Allerschlimmste, was man überhaupt machen kann!

Das war im Dezember 1998. Im Juni 2000 heißt es: Zwischenlager flächendeckend in Baden-Württemberg, in der Bundesrepublik Deutschland notwendig.

(Abg. Dr. Birk CDU: Grüne Wendehälse!)

Das ist die Lösung, die Sie jetzt anbieten. Ich fordere Sie auf, zu allen Standorten in Baden-Württemberg zu gehen und dort die Errichtung von Zwischenlagern zu vertreten, meine Damen und Herren, statt

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

aus den klimatisierten Amtsstuben heraus zu beschließen, was hier zu passieren hat mit der Folge,

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

dass der Kollege Müller und ich dann die Deppen sind, die dort im Regen stehen und die Hucke voll kriegen, weil wir den Unsinn durchsetzen müssen, den Sie in Berlin beschließen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Diese Arbeitsteilung funktioniert so nicht, meine Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Wirtschaftsminister Dr. Döring: Nein, gestatte ich nicht. Ich gehe jetzt einmal der Reihe nach die Maßnahmen durch.

Ich halte das für völlig normal und für richtig. Deswegen werden wir das auch machen.

Jetzt müssen Sie sich einmal vorstellen, wie viele von Ihnen heute zu dem Thema, zu dieser hochaktuellen Debatte, gesprochen haben. Aber nicht einer von Ihnen hat auch nur mit einer Silbe einmal zu erkennen gegeben, in was Sie eigentlich einsteigen wollen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

– Das ist die Wahrheit! Nebulös haben Sie da herumerzählt, herumschwadroniert, was Sie alles machen wollen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ja schaffen Sie mit Ohropax?)

– Schon wieder so eine Unverschämtheit! – Ich sage Ihnen, was ich für das Normalste und auch für wichtig halte. Wir vonseiten des Wirtschaftsministeriums werden ein Gutachten in Auftrag geben. Wir werden zusammen mit den Energieerzeugern und mit den vonseiten des Landes Baden-Württemberg unterstützten und geförderten Instituten, die ich gerade genannt habe, einmal ganz gründlich und ganz konkret erforschen lassen und darstellen lassen, wie das ei-

(Minister Dr. Döring)

gentlich aussehen kann, was Sie da gerade eben munter auf den Weg gebracht haben.

(Abg. Drexler SPD: Konstruktiv! – Unruhe)

Das machen wir jetzt. Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Sie haben da im Kern eine falsche Entscheidung getroffen.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

Ich halte es trotzdem für völlig richtig, dass man sich darauf einstellt und guckt, wie die Alternativen aussehen. Das ist völlig normal, aber wir lassen nicht zu, dass Sie die Landesregierung mit völlig unhaltbaren Vorwürfen überziehen. Nennen Sie andere Bundesländer, die sich vergleichbar engagieren, wie wir das hier in Baden-Württemberg machen. Dann können Sie die Backen halbwegs so aufblasen, wie Sie sie jetzt schon aufgeblasen haben.

(Abg. Bebbler SPD: Wird Mehrländer jetzt entlassen?)

Wir halten in dieser Frage an der Marschrichtung fest, die die Landesregierung seit Jahren erfolgreich eingeschlagen hat. Wir werden uns darauf einstellen, auch auf das – – Aber man kann nicht sagen: „In 20 Jahren ist es erledigt, wenn wir Jahr für Jahr 3 % einsparen.“ Das ist zu billig.

(Beifall des Abg. Dr. Birk CDU)

Wir handeln, und Sie, meine Damen und Herren, schwadronieren in die Landschaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Kann Herr Mehrländer auch noch etwas sagen?)

Stellv. Präsident Birzele: Nach § 82 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Vorsitzende der Fraktion Die Republikaner, Herr Abg. Dr. Schlierer, das Wort.

Abg. Dr. Schlierer REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch einige wenige Punkte aufgreifen, die vorhin in der Diskussion zur Sprache gekommen sind. Wir hatten vorhin ja die Möglichkeit, an Maurers Märchenstunde teilzunehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Was da für ein Unsinn erzählt wurde! Herr Maurer fabuliert hier zum Beispiel darüber, der Einstieg in die Atomtechnologie sei damals nicht wegen des Markts, sondern wegen der Militärtechnologie vollzogen worden, und er bringt dann Italien als Beispiel. Da kann ich nur die Gegenfrage stellen: Warum sind dann eigentlich Spanien, Finnland, die Niederlande und Schweden eingestiegen? Das waren ja auch keine Atommächte. Da kann ich nur sagen: Das zeigt, auf welchem minderen geistigen Niveau die Ausführungen des Herrn Maurer standen.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Er hat nichts darüber gesagt, welche wirklichen Beweggründe bei der damaligen Debatte über die erste Verabschiedung des Atomgesetzes maßgeblich waren. Man hat

damals schon befürchtet, dass die bisherigen fossilen Energieträger nicht unbegrenzt zur Verfügung stünden. Das Einzige, was damals tatsächlich ein nicht unmaßgeblicher Gedanke war – das sollte man in Erinnerung rufen –, war die Vorstellung, bei der Kernkraft handle es sich nur um eine Übergangstechnologie.

Es wird davon gesprochen, die Bevölkerung wolle den Ausstieg und man dürfe sich nicht gegen den Mehrheitswillen stellen. Selbst aus den zitierten Umfragen lässt sich das so aber nicht entnehmen.

(Abg. Deuschle REP: Wie war es beim Euro?)

– Ja, abgesehen davon muss ich dann auch fragen: Wie war es eigentlich beim Euro? Da spielte das ja auch keine Rolle.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Nein, tatsächlich gibt es bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der Bevölkerung Sympathie für den Atomausstieg. Aber noch viel wichtiger ist den Leuten die Frage, woher in Zukunft die Energie kommt. Darauf gibt es von Rot-Grün in der Tat überhaupt keine Antwort.

Herr Salomon, Sie haben sich vorhin über die ethische Frage einer Risikotechnologie verbreitet. Das war schon interessant, und zwar deswegen, weil Sie anhand des Beispiels Tschernobyl mit einer Technologie argumentiert haben, die tatsächlich Steinzeitechnologie ist. Sie argumentieren hier auf der Grundlage des technischen Stands dieser uralten, graphitmoderierten Reaktoren der Russen. Sie lassen völlig außer Acht, dass Sie bei den ethischen Abwägungen, die Sie heute treffen müssen, den heutigen technischen Stand zugrunde legen müssen. Ihre Argumentation ist unredlich.

(Beifall bei den Republikanern)

Dann noch ein Wort zu Europa. Das ist ja hochinteressant. Sie sagen, Deutschland werde durch den Ausstieg aus der Atomenergie die Franzosen dazu zwingen, La Hague und andere Einrichtungen irgendwann einzustellen. Ich darf Sie nur daran erinnern, dass das, was Sie hier vorhin argumentativ vertreten haben, einen vorsätzlichen Vertragsbruch bedeutet und nichts anderes. Wer so etwas macht, wer die Verträge mit der Cogéma auf diese Art und Weise aushebeln will, muss hier die Frage beantworten, wie er dann die Schadenersatzforderungen erfüllen will. Dazu kommt von Ihnen nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Von Ihnen kann aber auch nichts kommen, weil Sie hier die Quadratur des Kreises versuchen.

Vorhin war die Rede davon, man müsse den Ausstieg ökologisch verantwortbar und ökonomisch nicht riskant gestalten. Schauen wir uns dies doch einmal an: Wenn Sie die Ökologie zum Maßstab machen – also Klimaschutzbedürfnisse –, wenn Sie die ganze Frage der Umweltbelastung zum Maßstab machen, bleibt Ihnen eigentlich nichts anderes übrig, als die Kernkraft im Energiemix zu behalten. Denn – einmal umgerechnet – allein unser Kernkraftanteil würde, wenn er aus fossilen Energieträgern gewonnen würde, jedes Jahr über 100 000 Tonnen zusätzlicher Schwefel-

(Dr. Schlierer)

dioxide und über 120 000 Tonnen zusätzlicher Stickoxide bedeuten.

Nun sagen Sie: Das ist alles nicht so schlimm. Über den Strommarkt wird das ja wahrscheinlich durch importierten AKW-Strom aus anderen Ländern kompensiert. Dann sind die fossilen Energieträger als Ersatzenergie nicht so wichtig. Herr Salomon, da müssen Sie sich entgegenhalten lassen, dass der Bundeskanzler vor kurzem klar und deutlich gesagt hat, er wolle die fossilen Energieträger – Steinkohle, Braunkohle – in Zukunft in Deutschland vermehrt zur Verstromung nutzen. Interessant ist übrigens auch, dass sich dann in der Tat die Frage stellt, wie diese Entscheidung wiederum ökonomisch vertretbar sein soll; denn es handelt sich hierbei um hoch subventionierte Energieträger.

In diesem Zusammenhang kann man natürlich gleich eine Frage stellen. Wenn es ökonomisch nicht riskant werden soll und wir uns jetzt auf die Entwicklung der Strompreise und auf diesen Markt einstellen müssen, dann bleibt bei der Vision, die Sie jetzt hegen, eigentlich nur die Alternative, dass der Strompreis steigt. Dann frage ich: Wer soll das bezahlen?

Welche Auswirkungen hat das auf die Möglichkeit, im Inland bestimmte Technologien weiter zu fördern? Ich frage: Wie wollen Sie ohne die Möglichkeit der Wertschöpfung von den Energieversorgungsunternehmen künftig jene Technologien realisiert bekommen, die wir brauchen, um Ihr Konzept alternativer Energieträger zu verwirklichen? Wenn ich noch hinzurechne, dass Sie zwangsläufig an Technologiekompetenz verlieren, dann bleibt nichts übrig. Sie haben kein Konzept, und Sie bieten keines an. Sie verhalten sich geradeso wie weiland bei Karl Marx – die 13. These zu Feuerbach:

(Abg. Brechtken SPD: Oh!)

Wir machen hier die Energierevolution, und was morgen kommt, wird sich dann schon irgendwie weisen. Dazu kann ich bloß eines sagen: Das ist keine verantwortliche Politik.

(Beifall bei den Republikanern)

Noch eine letzte Bemerkung, Herr Salomon: Sie sagen, Sie könnten die Atomkraft durch andere Energieträger, durch Ihre Vision von Biomasse oder Wind ersetzen. Wind haben Sie vorhin viel gemacht; das haben wir ja gehört. Einem anderen hat, wie gesagt, die Sonne schon das Hirn verbrannt. Da frage ich mich nur eines: Der Atomstrom deckt bei uns die Grundlast ab. Wie wollen Sie mit Wind- oder Sonnenenergie Grundlast fahren? Das können Sie nicht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ich sprach von Gas, Sie Schwachkopf!)

– Mit Gas wollen Sie das? Wunderbar, dann habe ich jetzt endlich die Antwort. Sie wollen das mit Gas machen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Noch nie was von GuD gehört?)

– Ja, die GuD-Kraftwerke, das wissen wir alles. Das heißt dann aber klipp und klar, dass Sie nicht bereit sind, zukünftig

Klimaschutz zu betreiben. Das ist die klare Aussage. Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Eines noch, falls Sie es noch nicht mitbekommen haben sollten: Kraft-Wärme-Kopplung funktioniert bis heute nur, wenn sie subventioniert wird.

(Zuruf der Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bin gespannt, wie Sie das in Zukunft auf dem europäischen Markt vertreten wollen.

Ich sage es noch einmal: Sie haben kein Konzept; Sie haben keine klare Vorstellung. Was Sie hier vertreten, ist verantwortungslos. Insofern kann man Ihrem Vorschlag nur folgen: Denken wir uns Rot-Grün möglichst rasch aus der Politik weg.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 beendet.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14:00 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:58 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:02 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, will ich darauf aufmerksam machen, dass nach der bisherigen Zeitkalkulation der Landtagsverwaltung das Sitzungsende um 21 Uhr wäre. Es liegt an den Rednerinnen und Rednern und den Vertretern der Landesregierung, dazu beizutragen, dass wir diesen späten Zeitpunkt nicht erreichen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Aktuelle Debatte – Versagt die Landesregierung beim Schutz vor Kampfhunden? – beantragt von der Fraktion der SPD

Das Präsidium hat für die Aktuelle Debatte die übliche Gesamtdauer von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Reden in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Im Übrigen gilt, wie Sie wissen, dass die Aussprache in freier Rede zu führen ist.

Für die SPD-Fraktion darf ich Herrn Abg. Dr. Caroli das Wort erteilen.

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Spätestens nach den tragischen Ereignissen in Hamburg und in Köln

(Abg. Haas CDU: Das haben Sie aber nicht gewusst, als Sie die Debatte beantragt haben!)

(Dr. Caroli)

ist es höchste Zeit, dass der Untätigkeit und der Verharmlosung dieses Problems ein Ende bereitet wird.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir dürfen nicht länger zulassen, dass in unserem Land Hundehalter – gegebenenfalls zur Lösung eigener psychischer Probleme bzw. zur Überhöhung des eigenen Egos – mit Tieren herumlaufen, die zu gefährlichen Kampfmaschinen abgerichtet sind.

Meine Fraktion hat in der vergangenen Woche diese Aktuelle Debatte beantragt, weil wir es leid waren, noch länger auf eine längst überfällige Verordnung zu warten. Ich stelle heute mit Genugtuung fest, dass nach der gestrigen Presseerklärung der Landesregierung unser Drängen Erfolg hatte.

Es spricht allerdings Bände, dass einen Tag vor der heutigen Debatte die baden-württembergische Landesregierung neuerlich ihre Kampfhundeverordnung ankündigt, sie aber erst im Juli im Kabinett behandeln will und sie erst im Herbst in Kraft treten soll. Weil es eine wirksame Kampfhundeverordnung in Bayern seit dem Jahr 1992 gibt, an die sich der Entwurf der Landesregierung anlehnt, erlaube ich mir die Feststellung: Das Thema wurde seit 1992 von der Landesregierung schlicht verschlampt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Haas CDU – Abg. Pfisterer CDU: Habt ihr damals mitgeschlafen?)

Dabei besteht aller Grund, dieses Thema ernst zu nehmen, wenn man bedenkt, dass im Jahr 1999 35 000 Menschen angefallen wurden, dass in Stuttgart im Jahr 1999 368 Vorfälle zu verzeichnen waren. Es ist meines Erachtens höchste Zeit gewesen, jetzt eine Verordnung zu entwerfen. Dabei haben wir das Gefühl, dass sie mit heißer Nadel gestrickt wurde; denn bei der gestrigen Pressekonferenz des Ministerpräsidenten, in der er auf dieses Thema angesprochen wurde, konnte er über den Inhalt der eigenen Verordnung der Landesregierung überhaupt nichts sagen.

Ganz offensichtlich wusste vor wenigen Tagen auch Frau Ministerin Staiblin von den Tätigkeiten des Innenministeriums noch nichts. Ich darf aus einer Zeitung zitieren:

Noch diese Woche

– so wird dort berichtet; das war damals vor anderthalb Wochen –

wird ein Brief das Ministerium Richtung Berlin verlesen, in dem die Bundesregierung dazu aufgefordert wird, endlich etwas gegen die Zucht von Kampfhunden zu tun.

(Heiterkeit des Abg. Maurer SPD)

Die gleiche Zeitung schreibt:

Besser wäre es allerdings gewesen, diesen Brief an die Kollegen vom Stuttgarter Innenministerium weiterzuleiten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, der Verantwortliche in diesem Innenministerium in Baden-Württemberg, Herr Schäuble nämlich, hat sich heute Morgen auch dazu geäußert, und das möchte ich auch einmal zitieren.

Er sagte nämlich, man könne das Problem mit den Maßnahmen, die bisher diskutiert werden, nicht lösen. Er lobte – jetzt Zitat – die Situation in Bayern und erinnerte daran, dass Baden-Württemberg Anfang der Neunzigerjahre ähnliche Gesetze erlassen habe, aber von den Gerichten gestoppt worden sei. Er hoffe auf mehr Erfolg im zweiten Anlauf.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, 1992 wurde das Vorhaben Baden-Württembergs gestoppt. 1994 hat Bayern mit seiner Verordnung beim Staatsgerichtshof in etwa Recht bekommen. Ich stelle jetzt die Frage: Was ist von 1992 bis zum Jahr 2000 geschehen?

(Heiterkeit des Abg. Krisch REP)

War die Notwendigkeit, eine solche Verordnung herauszugeben, in diesen acht Jahren überhaupt nicht mehr gegeben? Nach unserer Auffassung hat die Landesregierung in dieser für die Bevölkerung wichtigen Frage versagt. Ich kann nur hoffen, dass der Entwurf schnellstmöglich rechtswirksam wird, auch wenn er vielleicht später nachgebessert und ergänzt werden muss.

Wichtig ist aber auch, dass wir wegkommen von der reinen Hunderassenlehre und uns stärker den gefährlichen oder schlicht unzuverlässigen Haltern widmen; denn sonst haben wir in ein paar Jahren das gleiche Problem mit denselben Haltern, die andere Hunde zu erhöhter Aggressivität erziehen und damit ein fast genauso großes Risiko darstellen.

Ebenso wie beim ausufernden Waffenbesitz haben wir es hier mit dem Problem eines übertriebenen Verständnisses von freier Entfaltung der Persönlichkeit zu tun, und zur freien Entfaltung der Persönlichkeit braucht man in Deutschland weder Waffen noch aggressive Hunde.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Rech.

(Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Da müsste doch jetzt der Birk sprechen!)

Abg. Rech CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren Kollegen! Den Gefallen werde ich Ihnen nicht tun. Herr Kollege Caroli, mit allem Respekt, aber so einfach kann man sich dem schwierigen Kern des Problems natürlich nicht nähern.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Fülle von Prozessverfahren, die wir gerade in diesem Bereich haben, bei der Fülle der konkreten Rechtsfragen, die sich daran knüpfen, und vor allem vor dem Hintergrund der Rechtsprechung kann man nicht sagen, da sei

(Rech)

nichts geschehen. Ich will jetzt keine Richterschele betreiben. Man kann die Urteile unterschiedlich werten.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Werten Sie ruhig mal! Nur Mut!)

Man kann das von ganz verschiedenen Seiten angehen. Angesichts des Urteils des Verwaltungsgerichtshofs Mannheim und der Urteile von Verwaltungsgerichten müssen wir zwar die Divergenz zwischen der Rechtsprechung und der Realität, die manchmal gerade in Verwaltungsrechtsverfahren besteht, bedauern; aber wir müssen sie zunächst einmal zur Kenntnis nehmen.

Da aber nützen Schnellschüsse nichts. Da brauchen wir saubere, klare Lösungen, weil wir, ganz gleich, wie der Inhalt der Verordnung aussieht, damit rechnen müssen, dass auch sie wieder zu Gericht geht. Deswegen nützen uns Schnellschüsse, die ja aus tagespolitischen Emotionen heraus geboren werden, nichts.

Meine Damen und Herren, ich sage ganz klar: Selbstverständlich brauchen wir dringend und schnell einen besseren Schutz vor Kampfhunden. Aber wir wollen nicht nur einen besseren Schutz, sondern wir wollen, sage ich, dass Kampfhunde aus dem Straßenbild unserer Städte und Gemeinden schlichtweg verschwinden.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Ja, so ist es!)

So, wie es in Frankreich, in Großbritannien, in Irland, in Ungarn und in Schweden ist, muss es im Ergebnis auch bei uns werden. Wir wollen deswegen alle möglichen rechtlichen, politischen und tiermedizinischen Maßnahmen ergreifen, um dies zu erreichen. Ein Liberalismus ist hier ebenso fehl am Platz wie ein pervertierter Tierschutz. Angesagt ist, dass wir die äußersten Mittel ergreifen, um das in der Tat zunehmende Problem in den Griff zu bekommen.

Im Ziel sind wir uns, glaube ich, alle einig. Wir brauchen eine schnelle, wirksame Abhilfe, aber auch eine rechtlich saubere Lösung.

Meine Damen und Herren, wenn wir dieses Ziel im Hinblick auf das Erreichen, was wir Kampfhunde nennen – eine wissenschaftlich exakte Definition kann es nicht geben und eine zoologische schon gar nicht; das wissen wir alle –, wird sich das Problem möglicherweise auf andere Rassen verlagern, die genauso problembehaftet sind, wenn sie in die Hand von falschen Haltern kommen. Deswegen müssen wir uns auch weiter gehende Überlegungen zumuten.

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Die Zahl der Kampfhunde muss drastisch reduziert werden; wir haben viel zu viele. Wir müssen die Reduzierung auf null anstreben.

(Abg. Capezzuto SPD: Bravo!)

Jeder Einzelne ist zu viel.

Jetzt zu der Frage, wie wir dieses Ziel erreichen – ich will das in Stichworten konkret sagen –: durch ein Zuchtverbot, ein Handelsverbot und ein Einfuhrverbot. Dann stellt sich

noch die Frage: Wie verfahren wir mit den Kampfhunden, die schon da sind? Da gibt es drei Punkte: Haltung nur unter strengsten Auflagen – Maulkorb- und Leinenzwang –, Haftpflichtversicherung ohne jede Ausnahme und Zuverlässigkeit des Halters.

Meine Damen und Herren, wenn Sie spazieren gehen und Ihnen ein Hundehalter, dessen Hund – Schäferhund, Boxer oder was auch immer – frei herumläuft, sagt: „Mein Hund beißt nicht“,

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Hoffentlich weiß das der Hund!)

dann habe ich schon wegen dieser Antwort Zweifel an der Zuverlässigkeit des Halters. Er verkennt die Natur des Hundes.

(Beifall der Abg. Birgitt Bender Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn sich ein Schäferhundehalter irrt, hat das möglicherweise fatale Folgen.

(Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen: Wenn er beißt, heißt es: Das macht er sonst nie!)

Wenn sich Tante Emma bei ihrem Dackel irrt, mag es möglicherweise glimpflich ausgehen.

Das Problem besteht – das wurde oft gesagt; aber es stimmt einfach – auch am oberen Ende der Leine, und das Problem ist oft die Leine selbst. Lassen Sie mich dies einmal verdeutlichen. Die Leine verbindet nämlich häufig aggressive Hunde mit aggressiven Haltern.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Ja!)

Noch drastischer ausgedrückt: Die Leine verbindet starke Hunde mit schwachen Menschen, die nur dann stark sind, wenn sie entweder mit einem Messer in der Tasche herumlaufen oder eine Waffe auf vier Beinen an der Leine haben.

(Abg. Bebber SPD: Was machen Sie mit denen, die jetzt schon einen Kampfhund haben?)

Die Notwendigkeit, in Ausnahmefällen ein berechtigtes Interesse anzuerkennen, führt mich zu der Frage: Welchen vernünftigen Grund gibt es eigentlich für irgendjemanden in diesem Land, einen Kampfhund zu halten?

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Keinen!)

Wenn Sie einen Hütehund zum Schutz Ihres Eigentums oder aus irgendwelchen anderen Gründen – es gibt viele Beispiele; ich kann darauf aus Zeitgründen nicht eingehen – brauchen, gibt es Hunde in genügender Anzahl; es müssen nicht die von Natur aus aggressiven Hunde sein, von denen wir heute sprechen.

Meine Damen und Herren, deswegen zusammenfassend: eine Reduzierung auf möglichst null mit den Mitteln, die ich genannt habe. Die Frage, wie wir mit den bis dahin noch vorhandenen Kampfhunden verfahren, habe ich mit drei Punkten klar definiert. Ich denke, dass darüber Einigkeit besteht.

(Rech)

Wir kommen mit der Verordnung zeitnah hin, aber wir brauchen natürlich ein Anhörungsverfahren, in dem die Verbände zu Wort kommen. Das ist in einem geregelten Verfahren nun einmal so. Daran halten wir fest, damit das nachher auch gerichtsfest ist.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist eigentlich unfassbar, wie vieler Angriffe von Kampfhunden auf Menschen es bedarf – und nun des schrecklichen Todes eines Kindes –, bis endlich Innenminister Gefahrenabwehrverordnungen vorlegen, die greifen, die gerichtsfest, kontrollierbar und durchsetzbar sind. Ich finde, es ist ein skandalöser Vorgang, das so lange hinzunehmen, wie das der Fall war. Der Kollege Caroli hat darauf noch einmal deutlich hingewiesen.

Wir leben bekanntlich nicht im Kaukasus, wo man Schafherden einsam gegen Wölfe und Bären verteidigen muss und dafür vielleicht solche Hunde braucht, sondern in einem dicht besiedelten Industrieland. Es gibt überhaupt keine rationalen Gründe dafür, in einem solchen Land Kampfhunde oder andere Hunde zu halten, die auf Kampftrieb, Schärfe und Härte hin gezüchtet und dressiert werden. Das sind in einem dicht besiedelten Land völlig unerwünschte Eigenschaften.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Es gibt keinen ersichtlichen Grund dafür, dass sich in Mitteleuropa Menschen Hunderassen mit einem solch hohen Aggressivitätspotenzial zulegen.

Ich möchte betonen: Wir alle haben nicht nur ein Recht darauf, nicht angefallen, zerstückelt oder verletzt zu werden, sondern wir haben alle – insbesondere unsere Kinder, die mit diesen Tieren auf Augenhöhe leben – auch ein Recht darauf, uns ohne Angst in Stadt und Land bewegen zu können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen sowie bei Abgeordneten der CDU und der SPD)

Wenn wir diese Auffassung teilen, dass insbesondere unsere Kinder ein Recht darauf haben, sind konsequente präventive, kontrollierbare, durchsetzbare und bezahlbare Regelungen notwendig, die der Verunsicherung von Nichthundehaltern und von Kindern Rechnung tragen.

Erstens: Verbot der Zucht, des Handels und des Haltens bestimmter Hunderassen, die wir Kampfhunde nennen, von denen von vornherein ein nicht beherrschbares Aggressionspotenzial angenommen wird. Die Argumente von Teilen der Hundezüchterlobby, die sagen, das ginge nicht, andere Hunde könnten auch aggressiv dressiert werden, ziehen natürlich überhaupt nicht und erinnern fatal an die Waffendebatte in den USA, wo die Waffenlobby sagt: Die Waffe schießt nicht, sondern der Halter. Dort wird

weiterhin argumentiert: Mit Küchenmessern könne man schließlich auch jemanden umbringen. Dies alles kann nicht überzeugen. Freilich kann man jemanden mit einem Küchenmesser umbringen. Trotzdem sind Küchenmesser erlaubt, Waffen aber nicht und Maschinengewehre schon gar nicht.

Dass höchste Gerichte einer solchen Argumentation folgen und darauf hereinfallen, halte ich für fatal. Selbstverständlich müssen diese aggressiven Kampfhunderassen verboten werden. Das ist eine freilich notwendige, jedoch noch keineswegs hinreichende Maßnahme.

(Abg. Deuschle REP: Was machen wir mit aggressiven Abgeordneten wie bei Ihrer Rede?)

– Also, es tut mir Leid, Herr Kollege. Ich bin im Alter von sechs Jahren von einem Schäferhund gebissen worden. Sie müssen einmal verstehen, dass da der Spaß aufhört. Das ist nicht nur bei mir so. Dass Sie nach den Vorfällen, die jetzt vorkamen, nach der Kinderzerfleischung, dumme Witze machen, das spricht für Sie.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Es sind in der Tat Teile Ihres Nachwuchses, die sich mit Kampfhunden bewaffnen und mit ihnen in der Gegend herumlaufen.

(Abg. Wilhelm REP: Beweisen Sie das einmal!)

Das ist wohl auch bekannt. Deswegen würde ich an Ihrer Stelle die Klappe halten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Wilhelm REP)

Zur Durchsetzung eines generellen Verbots der Zucht von Hunden mit Angriffslust, Kampfbereitschaft und Schärfe ist – endlich – ein Heimtierschutzgesetz notwendig.

Grundsätzlich sind natürlich auch andere Hunde auf diese Eigenschaften hin dressierbar. Das ist bekannt. Deswegen reicht auch die bayerische Verordnung in keiner Weise aus. Das zeigt die Stadt Frankfurt, die diese Verordnung übernommen hat und Statistiken führt. Von den ganzen Bissunfällen geht nur ein geringer Teil auf die Kampfhunde zurück. In Stuttgart – das steht ja in der Stellungnahme der Landesregierung zu einem Antrag der Kollegen Göbel u. a. CDU – sind es gerade einmal 15 %. Natürlich sind die besonders gefährlich. Aber auch von anderen großen Hunden können bei einer entsprechenden Haltung und Dressur solche Gefahren ausgehen. Deswegen ist es notwendig, dass die Halter von Hunden einer bestimmten Größe einen Nachweis führen, dass ihr Hund nicht gefährlich ist, dass dies überprüft wird und dass der Hund entsprechend gekennzeichnet wird. Das ist nicht zu umgehen. Anders kann man der Gefahr wohl überhaupt nicht Herr werden. Solche geprüften Hunde müssen eine sichtbar zu tragende Plakette erhalten,

(Abg. Haas CDU: Lässt sich das mit dem Tierschutzgesetz vereinbaren?)

(Kretschmann)

damit sie sofort identifiziert werden können. Anders ist die Forderung, dass wir – und ich betone noch einmal: besonders unsere Kinder – uns angstfrei in Stadt und Land bewegen können, nicht zu erfüllen. Deswegen führt kein Weg an solchen rigorosen Regelungen vorbei. Die Menschen, die das nicht wollen oder nicht bezahlen können, können leicht auf kleine und nicht aggressive Hunderassen ausweichen. Das ist zwar ein hoher Aufwand, aber er ist in einem so dicht besiedelten Land unabdingbar, um der Gefahren Herr zu werden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas
CDU: Was machen Sie mit den abgelegten Hunden?)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die heutige Aktuelle Debatte ist leider von diesem furchtbaren Ereignis in Hamburg überschattet, bei dem ein sechsjähriges Kind von zwei Hunden zu Tode gebissen wurde. Offensichtlich sind diese Hunde aber früher schon aufgefallen. Aber die Auflagen Leinenzwang und Maulkorbzwang wurden vom Halter nicht befolgt.

(Abg. Deuschle REP: So ist es!)

Die heutige Aktuelle Debatte soll mit dazu beitragen, dass solche Ereignisse in Zukunft möglichst nicht mehr vorkommen. Aber wir müssen aufpassen, dass wir in einer solchen Debatte nach einem solchen Ereignis nicht in einen blanken Aktionismus verfallen, der zwar das eigene Gewissen beruhigt, in der Sache aber nichts bringt.

(Zuruf des Abg. Jacobi Bündnis 90/Die Grünen)

Zunächst haben wir gewisse Schwierigkeiten, den Begriff „Kampfhund“ abzugrenzen und ihn zu definieren. Es gibt zweifelsohne Hunderassen, die im Schnitt bedeutend aggressiver als andere sind. Aber ganz entscheidend ist die individuelle Gefährlichkeit von Hunden und die der Hundehalter.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Deuschle REP:
Sehr richtig!)

Ich bin eigentlich froh darüber, dass die Forderung nach dem generellen Töten der Tiere, die einen Besitzer haben und ordentlich gehalten werden, nicht erhoben wird, aber ich bin durchaus der Meinung, dass Auflagen erlassen werden müssen, wie immer sie formuliert sein sollen – mit einer Leinen- und Maulkorbpflicht usw.

Etwas problematisch in der Abgrenzung sind das Zuchtverbot und das Handelsverbot. Für welche Rassen sollen diese tatsächlich gelten? Ich befürchte, dass wir hier eine Entwicklung mit einem offenen Ende haben. Man wird nicht daran vorbeikommen – ich halte das für richtig, und Fachleute bestätigen das –, für einige Rassen die Zucht und den Handel zu verbieten. Aber wenn man diese Rassen ausgenommen hat und jemand von einem Hund einer anderen Rasse, von einem anderen bösen Hund gebissen wird, ist natürlich sofort der Streit da und kommt sofort die Forderung: Jetzt dürfen keine Schäferhunde mehr existieren

usw. Man muss also aufpassen, dass man diese Entwicklung noch vernünftig im Griff hat.

Meine Damen und Herren, aus meiner beruflichen Erfahrung kann ich sagen – ich habe sehr viele Hundebissverletzungen versorgt –: Die meisten Verletzungen stammen von Schäferhunden. Das ist auch klar, weil die zahlenmäßig eine ganz andere Rolle spielen. Trotzdem meine ich, bei Berücksichtigung positiver Zuchtmerkmale, wie es die Verbände machen, und eine ordentliche Haltung vorausgesetzt, müssen wir bei Schäferhunden keine generellen Maßnahmen verfügen. Fraglos muss es ein Verbot von Defektrassen geben, wenn ich einmal diesen unwissenschaftlichen Ausdruck benutzen darf, also von Qualzuchtungen und von Hunden, die nach speziellem Aggressionsverhalten selektiert worden sind.

Meine Damen und Herren, ganz besonders wichtig scheint mir auch der Ansatz beim Hundeführer zu sein. Wir appellieren an die Eigenverantwortung der Besitzer und der Führer dieser Hunde. Die Eigenverantwortung muss die polizeilichen Verordnungen ergänzen.

Zum Hundeführerschein: Es mag richtig sein, dass der Führer eines gefährlichen Hundes einen Kurs macht, in dem er Prinzipielles erlernt. Aber ich möchte vor dem großen Optimismus warnen, dass das wirklich eine Maßnahme ist, die zieht. Nehmen Sie einmal die Autofahrer. Unfälle passieren nicht, weil einer die Bremse nicht findet oder vergisst, in der Nacht das Licht einzuschalten, sondern Unfälle passieren, weil die Leute zu schnell fahren, weil sie unachtsam oder besoffen sind.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Eine Verharmlosung des Problems!)

Deshalb noch einmal mein Appell an die Verantwortung und an die Disziplin. Wer Verantwortung und Disziplin nicht einhält, muss hart bestraft werden. Die gesetzlichen Voraussetzungen sind da,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Dann ist aber vielleicht schon jemand tot!)

sowohl um Maßnahmen auszusprechen als auch um wirklich Strafen zu verhängen.

Meine Damen und Herren, noch eine letzte Bemerkung. Bei der Versorgung von Hundebissverletzungen haben mich die Verletzten frisch nach dem Unfall immer wieder gefragt: Was würden Sie mit dem Hund machen? Ich habe stets eine Antwort gegeben, zu der ich auch heute stehe: Wenn ein Hund versehentlich oder aus Schreck einfach einmal zugebissen hat, ist das anders zu bewerten,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Alles am Thema vorbei!)

als wenn ein Hund vorsätzlich einen Menschen angefallen oder angesprungen hat. In diesem zweiten Fall, meine Damen und Herren, darf kein Zweifel bestehen:

(Abg. Bebbler SPD: Ein Kampfhund beißt nicht versehentlich!)

Es müssen Möglichkeiten gefunden werden, dass dieser Hund nie mehr einen Menschen anfällt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wilhelm.

(Zuruf von der CDU: Terrier!)

Abg. Wilhelm REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich die unverschämte Äußerung des Herrn Kretschmann von den Grünen, dass sich Teile der republikanischen Jugend mit solchen Kampfhunden umgeben würden, aufs Energischste zurückweisen.

(Beifall bei den Republikanern)

Zum Zweiten möchte ich die Gelegenheit nützen, um von hier aus den Eltern und Verwandten des getöteten Buben von Hamburg unser tiefstes Mitgefühl auszudrücken.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Birgit Kipfer SPD: Peinlich!)

– Das „peinlich“ fällt auf Sie zurück.

Meine Damen und Herren, die bisherige Debatte hat ganz deutlich gezeigt, dass Sie hier zwar einige Symptome gesehen haben, aber nicht in der Lage sind, die Krankheit zu erkennen. Solange Sie die Krankheit nicht erkennen, können Sie an den Symptomen herumdoktern, solange Sie wollen. Die Krankheit ist leider Gottes ein Spiegelbild dieser Gesellschaft. Sie heißt uferloser und verkommener Hedonismus.

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

– Lachen Sie nur. – In einer Zeit, in der Kinder und Jugendliche – das war jetzt wahrscheinlich politisch schon wieder unkorrekt, also lassen Sie es mich auf „Deutsch“ sagen –, in der Kids und Teens stundenlang und tagelang vor dem PC sitzen und vor lauter Moorhuhn-Jagen und Außerirdische-Abschlachten gar nicht mehr merken, wann es Sommer wird, in einer Zeit, in der für viele die einzige Lebensfreude oder der letzte Kick, wie es heute heißt, nur noch darin besteht, an einem Gummiseil von einer Brücke herunterzuhüpfen, braucht man sich nicht zu wundern, wenn es auch perverse Menschen gibt, die ihren letzten Kick darin sehen, zuzuschauen, wie sich zwei Hunde zerfleischen.

Ich möchte hier einmal ganz deutlich sagen: Die Hunderasse „Kampfhund“ gibt es nicht. Seit Jahrtausenden leben die Menschen mit Hunden zusammen. Der Mensch hat die Hunde nach seinen Bedürfnissen gezüchtet. Man hat Hunde zur Jagd gezüchtet, man hat Hunde gezüchtet, um Schafherden zu bewachen, und man hat Hunde zum Schutz des Menschen gezüchtet. Bis dann vor 150 Jahren ein paar Perverse – es gibt in dieser Hinsicht nur perverse Menschen und keine perversen Tiere – hergegangen sind und spezielle Rassen nur für den Kampf gezüchtet haben, weil sie sich möglicherweise sogar daran aufteilen, zu sehen, wie zwei Hunde in einem blutigen Gemetzel zugrunde gehen.

Ein so genannter Kampfhund – dazu gehören die Pitbulls – wird nicht als solcher geboren. Das Einzige, was ihn von anderen Hunden unterscheidet, ist seine Muskulatur und seine enorme Beißkraft von beinahe über einer Tonne, die

ein anderer Hund so eben nicht hat. Wenn dieser Hund zum Kampfhund wird, dann hat ihn nicht der liebe Gott zum Kampfhund gemacht, sondern diese Kreatur Mensch, die sich diesen Hund angeschafft hat.

Der letzte Vorfall ist heute Morgen geschehen, als eine Joggerin ebenfalls wieder von so einem Hund angefallen worden ist und der Hundeführer den zarten Rausch von 2,0 Promille hatte – heute Morgen schon.

Dieser Hundehalter in Hamburg sitzt jetzt in U-Haft, weil der Haftrichter Fluchtgefahr annimmt. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf diesen Menschen; denn in allzu geordneten Verhältnissen scheint er ja nicht zu leben,

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

sonst wäre die Annahme einer Fluchtgefahr wohl nicht begründet. Er sitzt also in U-Haft.

Wenn Sie heute Abend durch die Fußgängerzone gehen und sehen, wer alles so einen Hund hat, dann stellen Sie fest, dass das keine Tierfreunde und keine Hundefreunde sind, sondern diese Menschen missbrauchen den Hund als Kultstatus. Sie missbrauchen den Hund, um in irgendeiner Szene eine Rolle zu spielen.

(Beifall bei den Republikanern)

Wie kann man von so einem Menschen verlangen, dass er Verantwortung für ein anderes Leben übernimmt, wenn er nicht einmal in der Lage ist, sein eigenes Leben in den Griff zu bekommen?

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Wir Republikaner sind der Meinung, dass es in der Tat höchste Zeit ist, etwas gegen dieses Unwesen zu tun. Dabei ist nicht das Tier, der Hund, die Ursache der Kampfbereitschaft, sondern immer nur derjenige Mensch, der sich den Hund hält. Wenn Sie heute in Deutschland nur einen Fisch aus dem Wasser ziehen wollen, dann müssen Sie vorher eine Prüfung ablegen und müssen vorher theoretische Stunden nehmen. Aber jeder, ob Hinz oder Kunz, kann sich in Deutschland einen Hund zulegen. Wenn man dann dem alten Erbtantchen, damit sie nicht so allein ist, so einen kleinen, süßen, tapsigen Kerl schenkt, dann ist es durchaus möglich, dass das nach anderthalb Jahren ein einhalb Zentner schwerer Rottweiler ist, der mit dem Tantchen eben macht, was er will.

(Heiterkeit des Abg. Rech CDU – Abg. Rech CDU: Aber das ist dann kein Zufall!)

Es ist höchste Zeit, dass man zwar keinen Hundeführerschein einführt,

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

aber Hundelehrgänge absolvieren muss. Denn es kann nicht angehen, dass jemand ohne weiteres vom Goldfisch auf den Hund umsteigen kann. Das geht schlicht und einfach nicht. Auch muss das Problem endlich bei diesen verantwortungslosen Menschen angegangen werden.

(Abg. Nagel SPD: Ja, was jetzt?)

(Wilhelm)

Diejenigen, die Hunde so abrichten und so schlagen, dass sie sich blutig zerfleischen, und die Leute, die dann auch noch Geld darauf setzen, gehören als das behandelt, als das verfolgt und als das bestraft, was sie sind, nämlich Verbrecher. Dieser Tatbestand muss endlich ins Strafgesetzbuch aufgenommen werden.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle
REP: Bravo!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Caroli.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Abg. Dr. Caroli SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte noch der Frage nachgehen, wie man denn bei den als gefährlich eingestuftem Hunden, die nicht verboten werden, vorgehen soll. Nach der Verordnung der Landesregierung sowie analog auch nach der bayerischen Landesverordnung sollen ja einige Rassen verboten werden. Das heißt, Import, Handel und Zucht dieser Rassen sollen verboten werden.

Nun gibt es aber eine ganze Reihe anderer Hunde, die als gefährlich eingestuft sind. Da ist natürlich die Frage, Hundeführerschein hin oder her: Was geschieht dann? Diese Hunde können gefährlich sein – übrigens auch noch weitere –, wenn sie entsprechend ausgebildet sind.

Ich meine, dass die Verordnung in Bayern einen Weg geht, der für Baden-Württemberg auch sinnvoll sein könnte. Entsprechend dieser Verordnung bedarf es nämlich dort der Erlaubnis der Gemeinde zum Halten eines solchen Hundes. Diese Erlaubnis wird nur unter äußerst engen Voraussetzungen erteilt. Da hat jemand in Bayern ganz lakonisch gesagt: Derjenige, der einen solchen Hund halten will, muss erstens auf einem einsamen Gehöft wohnen und zweitens schon fünfmal überfallen worden sein.

(Zuruf von der CDU: Der bewacht dann das Grab!)

Erst dann wird es möglich, eine solche Genehmigung zu erhalten. Entsprechend hat es seit dem Jahr 1992 dort keine solche Genehmigung mehr gegeben. Was war die Folge? – München ist weitgehend kampfhundefrei.

Die Frage ist jetzt, warum man nicht mit ähnlich rigorosen Maßnahmen vorgeht, wenn es um die Genehmigungen geht; denn wir haben doch übereinstimmend festgestellt, dass es eigentlich gar keinen Grund gibt, einen solchen Hund zu halten.

Auch der Entwurf der Landesregierung sieht vor, dass um eine Erlaubnis nachgefragt werden soll.

Ich will einmal analysieren: Was könnte der Grund sein, eine solche Erlaubnis zu erteilen? – Es könnte ein wissenschaftliches Interesse vorhanden sein, zum Beispiel bei der Verhaltensforschung, oder ein wirtschaftliches Interesse, etwa Dressur, Zirkus, Tiershow, oder ein sonstiges persönliches Interesse. Liebhaberei kommt ja wohl nicht infrage.

Ich meine, dass auch bei den ersten Beispielen, die ich genannt habe, keinerlei Grund besteht, überhaupt eine solche Erlaubnis zu erteilen.

Wenn es darum geht, dass vorhandene Hunde nun tatsächlich noch geführt werden, dann müssen, so meinen wir, bei Verstößen gegen Maulkorb- und Anleinzwang oder den

(Abg. Haas CDU: Online-Zwang!)

Hundeführerschein rigorose Geldstrafen die Regel sein. In Bayern ist es ja so, dass Zuwiderhandlungen bei Züchtung oder Kreuzung von Kampfhunden Geldbußen bis zu 100 000 DM zur Folge haben oder dass bei Verstößen gegen Erlaubnisse Geldbußen bis zu 20 000 DM verhängt werden.

Dies alles weist doch den Weg. Es geht jetzt darum – aber ganz schnell! –, eine Verordnung herauszubringen, die gerichtsfest ist und die auch praktikabel ist. Da wir eine haben, die schon funktioniert hat, müsste es eigentlich ein Leichtes sein, dieses Problem jetzt zu lösen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Rech.

Abg. Rech CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die Debatte aufmerksam verfolgt. Danach kann ich, glaube ich, ohne Übertreibung sagen: Wir sind uns im Ziel einig und weitgehend auch über den Weg, der dorthin führt.

Ich will etwas klarstellen; denn das ist in der Debatte ein bisschen durcheinander gegangen, Herr Wilhelm: Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass ein Pitbull, ein American Staffordshire nicht nur von Verbrechern gehalten wird. Es gibt auch andere Beispiele. Das geht hin bis zu solchen Hunden, die wegen ihrer Stärke sogar im Rettungsdienst eingesetzt werden. Da gibt es noch vieles andere mehr; ich will es mir ersparen, das aufzuzählen. Nehmen Sie aber zur Kenntnis: Nicht nur Verbrecher halten solche Hunde.

Auf der anderen Seite – das hat der Kollege Dr. Glück zu Recht angesprochen – gibt es natürlich auch die Problematik, dass nicht jeder Pitbull ein Kampfhund ist, und darin stecken auch eine Reihe von rechtlich schwierigen Fragen, die wir in einer solchen Verordnung berücksichtigen müssen.

Lassen Sie mich deshalb einfach zusammenfassen: Außerhalb der Kampfhundproblematik – ich grenze das jetzt einmal ein auf die drei Rassen, die wir alle meinen – haben wir auch das Problem, dass jeder Hund von einer bestimmten Größe an, einem bestimmten Gewicht an und von seinem natürlichen Jagdinstinkt her natürlich eine potenzielle Gefährdung darstellt. Herr Kollege Kretschmann, auch ich hatte einmal sehr heftig mit einem Hund zu kämpfen. Das war ein Dalmatiner, allerdings ein sehr großer. Allein wäre ich mit dem auch nicht fertig geworden.

Lassen Sie uns den Blick deshalb noch ein Stück weiter auf das richten, was wir zur Gefahrenabwehr machen. Herr Dr. Glück hat es schon angesprochen: Zahlreiche Beißangriffe gehen auch von Schäferhunden aus. Das hat ausschließlich etwas mit der Zuverlässigkeit, mit der Fähigkeit

(Rech)

des Halters zu tun, jedenfalls in den allermeisten Fällen. Es gibt natürlich auch Angstbeißer, und es gibt Beißer, die aus Erschrecken zufassen.

Da kommen wir mit dem, was wir Führerschein nennen, glaube ich, hin. Aber bei allem anderen wohl nicht. Es ist gerechtfertigt, zu sagen: Die drei Rassen, die in der Verordnung auch erfasst werden, sind Kampfhunde, weil ihnen, generell in den Zuchtlinien verankert, über viele Jahrzehnte oder Jahrhunderte hinweg die Aggressivität mit angezüchtet wurde. Deswegen ist es gerechtfertigt, sie generell aus unserem Straßenbild zu verbannen. Das können wir nur dann, wenn wir das Verbot des Züchtens, das Verbot des Handels und des Erwerbs durchsetzen.

Was wir mit denen machen, die schon da sind, habe ich vorhin, glaube ich, schon hinreichend erläutert.

Wir müssen uns jetzt dazu durchringen, Mut zu zeigen. Wir müssen Entschlossenheit und Stärke zeigen. Die Bürger erwarten von uns in diesem Punkt einen starken Staat. Deswegen kann ich nur noch einmal sagen: Verbannen wir dieses Gefahrenpotenzial aus unserem Straßenbild. Es ist schon viel zu viel Leid und viel zu viel Unheil angerichtet worden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD, des Bündnisses 90/Die Grünen und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt nicht!)

– Sie wünschen das Wort nicht mehr.

Herr Abg. Dr. Glück.

Abg. Dr. Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich noch einmal die zwei entscheidenden Punkte klar formulieren. Wir brauchen zwei Stoßrichtungen: eine in Richtung Hund und die andere in Richtung Halter. Wir haben über ein Zuchtverbot und ein Handelsverbot für bestimmte Rassen gesprochen. Ich denke, dass hier Einigkeit besteht.

Ganz besonders möchte ich noch einmal die individuelle Gefahr durch Hunde anderer Rassen ansprechen. Hier müssen entsprechende Auflagen erfolgen.

Ich möchte appellieren, die andere Seite, sprich den Hundehalter, nicht aus dem Auge zu lassen. Ein Führungszeugnis ist sicherlich eine unabdingbare Voraussetzung. Die Einhaltung von Auflagen ist zu überprüfen. Ganz besonders ist an die Verantwortung zu appellieren.

Ich empfehle Ihnen, soweit Sie sie nicht kennen – die allermeisten werden sie kennen –, die herrliche Geschichte „Herr und Hund“ von Thomas Mann zu lesen, die 1919 herausgegeben wurde. Hier sieht man in wunderbarer Weise die Interaktion zwischen dem Herrn einerseits und dem Hund andererseits.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wilhelm.

Abg. Wilhelm REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Rech, Sie haben mich völlig falsch verstanden. Ich habe mit keinem Wort gesagt, jeder Besitzer, jeder Halter eines Pitbulls oder eines Staffordshire oder wie sie alle heißen sei ein Verbrecher. Das habe ich mit keinem Wort gesagt. Vielmehr habe ich gesagt, dass in meinen Augen jeder, der aus einem solchen Hund einen Kampfhund macht, ein Verbrecher ist. Dazu stehe ich.

Wenn Sie jetzt ein Zuchtverbot für solche Hunde fordern, so sind wir da mit Ihnen einer Meinung. Nur sind wir der Auffassung, dass dies allein nicht reicht. Denn diese perversen Gehirne, die nach wie vor Hundekämpfe, die blutigste Kämpfe veranstalten, werden dies auch weiterhin tun, wenn nicht energisch eingeschritten wird, nicht eine entsprechende Regelung in das Strafgesetzbuch aufgenommen wird und solche Kämpfe nicht konsequent verfolgt werden. Es kann doch nicht angehen, dass überall bei staatlichen Stellen angeblich nichts über solche Kämpfe bekannt ist, während Fernsehteams von Pro Sieben, SAT.1 und RTL schon Filme über solche blutigen Kämpfe gedreht haben. Das kann doch nicht sein.

Wenn Sie diese Kreaturen, die so etwas veranstalten, einsperren, haben Sie das Problem zwar noch nicht komplett im Griff, aber es wird immer kleiner. Wenn Sie dies nicht tun, erreichen Sie mit einem Zuchtverbot gar nichts. Denn dann holen sie sich diese Hunde aus Belgien, Frankreich oder aus Österreich. Österreich traut man in letzter Zeit ja ohnehin das Schlimmste zu. Dann werden diese Hunde eben aus dem Ausland geholt. Wenn es dort dann auch keine solchen Hunde mehr gibt, werden andere Rassen für die angesprochenen Kämpfe missbraucht.

Ich glaube, wir sind uns doch alle darin einig: Jemand, der einen Hund von klein auf aufs Brutalste misshandelt und schlägt und so das Aggressionspotenzial des Hundes erst aufbaut, hat in unserer Gesellschaft nichts mehr verloren und gehört eingesperrt und behandelt wie ein Verbrecher. Nur das habe ich gesagt.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Innenminister Dr. Schäuble.

Innenminister Dr. Schäuble: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst vielen Dank an die Adresse der SPD-Fraktion, die heute diese Aktuelle Debatte im Landtag herbeigeführt hat. Danke schön deshalb, weil mir dies Gelegenheit gibt, einiges klarzustellen.

Ich darf an Ihre Adresse, Herr Dr. Caroli, ganz freundlich einige Bemerkungen richten. Es ist schon eine Leistung, wenn man in so wenigen Minuten so viel Falsches sagen kann.

(Heiterkeit bei der CDU – Beifall der Abg. Hauk und Dr. Inge Gräßle CDU sowie Krisch REP)

Möglicherweise veranlasst durch die derzeit laufenden Fußballeuropameisterschaften, haben Sie ein Eigentor nach dem anderen geschossen.

(Minister Dr. Schäuble)

(Beifall und Heiterkeit bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Zurufe von der SPD – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Aber besser als der Ministerpräsident!)

Ich beginne beim ersten: Sie vergleichen uns – Herr Kollege Oelmayer, ich rate, genau zuzuhören. Sie werden mir dann sicherlich zustimmen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Bisher haben Sie noch nichts gesagt! – Weitere Zurufe)

Herr Dr. Caroli, Sie haben immer wieder den Vergleich mit Bayern angeführt. Nun muss eines klargestellt werden: Die baden-württembergische Landesregierung hat Anfang der Neunzigerjahre – vor 1992 – unter der Federführung des Landwirtschaftsministeriums mit Gerhard Weiser als damals politisch Verantwortlichem eine Verordnung erlassen, die der bayerischen außerordentlich ähnlich war.

(Abg. Teßmer SPD: Nur ist unsere gestoppt worden!)

Ich kann nur an die Adresse des Landwirtschaftsministeriums und Gerhard Weisers gerichtet sagen: Dies verdient hohen Respekt und Anerkennung, denn damals wurde von Gerhard Weiser und seinem Ressort dieses Problem erstmals aufgegriffen.

(Beifall bei der CDU – Abg. List CDU: So ist es! – Abg. Teßmer SPD: Die Verordnung ist nie in Kraft getreten! – Gegenruf des Abg. Scheuermann CDU: Natürlich ist sie in Kraft getreten!)

Nun müssten Sie eigentlich wissen – Ihr Erinnerungsvermögen ist so katastrophal schlecht, dass Sie nicht einmal die von uns vor kurzem beantwortete Landtagsanfrage im Kopf haben –, dass der Unterschied zu Bayern nur der ist: Während der bayerische Verwaltungsgerichtshof in freundlicher Rechtsprechung die bayerische Verordnung für rechtens erklärt hat, hat unser Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg in Mannheim die Verordnung bedauerlicherweise aufgehoben. Wenn Sie sich jetzt noch zusätzlich vor Augen führen – was Sie auch wissen müssten oder jedenfalls wissen könnten –, dass der baden-württembergische Verwaltungsgerichtshof noch im vergangenen Jahr 1999 bezüglich einer Verordnung der Stadt Mannheim, die ähnlich lautete, an seiner alten Rechtsprechung festhielt, obwohl er inzwischen das bayerische Urteil kannte, dann können Sie ohne Schwierigkeiten nachvollziehen, von welch schwieriger Ausgangsvoraussetzung wir ausgehen müssen.

(Abg. List CDU: Das ist entscheidend! Jawohl!)

Anders ausgedrückt: Hätten wir eine freundliche Rechtsprechung wie in Bayern, dann hätten wir diesen günstigen Rechtszustand noch vor Bayern gehabt. Das ist das erste Eigentor: dass Sie das völlig falsch darstellen.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wo ist denn da ein Eigentor? Ich sehe keines!)

Das zweite Eigentor, Herr Dr. Caroli, wundert mich ein bisschen. Sie haben mehrfach Ereignisse aus dem Jahr 1992 vorgelesen. Entschuldigung, ich muss meinen Vor-

gänger, den Herrn Vizepräsidenten, schon in Schutz nehmen. Er war ja damals Innenminister. Dann würde sich der Vorwurf ja an seine Adresse richten.

(Abg. Pfisterer CDU: Unglaublich so was! Den eigenen Genossen anzugreifen! – Zurufe der Abg. Dr. Caroli und Teßmer SPD – Unruhe)

– Ja, natürlich. Aus den genannten Gründen war auch mein Vorgänger damals gar nicht in der Lage, erneut eine vergleichbare Verordnung auf den Tisch zu legen. Er wäre ebenfalls wieder am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg gescheitert.

Das dritte Eigentor haben Sie mit dem geschossen, was Sie in Bezug auf Frau Kollegin Staiblin gesagt haben. Da würde ich vielleicht doch anregen, Herr Dr. Caroli, dass Sie an die Adresse der Frau Kollegin Staiblin ein entschuldigendes Wort richten. Das Landwirtschaftsministerium von Baden-Württemberg hat mit der Kollegin Gerdi Staiblin eine Bundesratsinitiative ergriffen – genau darauf hat sie in ihrer Äußerung hingewiesen –, die das Ziel hatte, das Tiereschutzgesetz des Bundes so zu novellieren, dass bestimmte, gefährliche Hunderassen nicht mehr gezüchtet werden dürfen. Wenn man sich jetzt vor Augen hält, dass die Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin, wenn ich es richtig mitbekommen habe, gestern gesagt hat, der Bund müsse jetzt eigentlich auch handeln,

(Zurufe von der SPD)

und man dann weiß, dass die Bundesregierung dieser Bundesratsinitiative von Baden-Württemberg außerordentlich reserviert gegenübersteht, dann wird ja deutlich, dass die Hand, die wir über dieser Bundesratsinitiative ausgestreckt haben, von der Bundesregierung bedauerlicherweise nicht ergriffen worden ist.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Jetzt sagen Sie doch mal, was Sie konkret in Baden-Württemberg tun wollen!)

Wenn Sie das ansprechen, dann schießen Sie ja der Bundesregierung den Ball ins Tor. Das ist ein Eigentor, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Glück FDP/DVP – Abg. Scheuermann CDU: 3 : 0!)

– Auf diese Weise wird immerhin doch noch ein Deutscher Torschützenkönig.

(Heiterkeit – Abg. Rech CDU: Sehr gut! – Abg. Pfisterer CDU: Heute Fußball im Plenum!)

Ich finde, Herr Kollege Caroli, Sie sollten das, was Sie vorhin gesagt haben, doch noch einmal nachlesen und überlegen, ob da nicht ein klärendes Wort angemessen wäre.

Jetzt komme ich zu der Frage: Warum haben wir überhaupt die Chance, jetzt noch einmal einen Anlauf zu machen? Das ist im Wesentlichen auf drei Gründe zurückzuführen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Wintruff SPD: Wo sind jetzt die Eigentore?)

(Minister Dr. Schäuble)

Zum einen glaube ich – Herr Kollege Kretschmann, das haben Sie ja angesprochen und auch der Kollege Rech –, dass nicht ohne Eindruck auf die Richter bleibt, was bedauerlicherweise in der jüngsten Zeit geschehen ist.

Das Zweite ist: Sowohl der Bundesinnenminister als auch die Innenminister und -senatoren der Länder sind in dieser Frage einer Auffassung.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Das reicht aber nicht! Sie müssen etwas tun!)

Übrigens, Herr Kollege Caroli, noch einmal ein Hinweis: In der heutigen Ausgabe der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

(Abg. Scheuermann CDU: Der liest nur die „Frankfurter Rundschau“!)

ist für jedes einzelne Bundesland eine klare Darstellung der rechtlichen Situation bezüglich der Kampfhunde und der bisher ergriffenen Maßnahmen enthalten. Daraus können Sie ohne weiteres entnehmen, dass mit Ausnahme des Landes Bayern – dazu habe ich mich ja geäußert – Baden-Württemberg bei den ersten Bundesländern ist, die jetzt nach der Innenministerkonferenz die Initiative ergriffen haben,

(Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

und dass Baden-Württemberg eine Verordnung vorgelegt hat – im Augenblick als Entwurf –, die weiter geht, als verschiedene andere Länder in Deutschland es vorhaben. Aber dies nur am Rande.

Ich glaube, zu den Gründen, warum wir jetzt einen zweiten Anlauf machen können, gehört, dass eben inzwischen die Innenminister und -senatoren in Deutschland – Gott sei Dank, wie ich ausdrücklich sagen will – eine einheitliche, übereinstimmende Auffassung vertreten.

Und der dritte Punkt – das ist der wichtigste, und der ist in der Debatte erstaunlicherweise nicht angesprochen worden –: Wir haben seit kurzem, nämlich seit dem Frühjahr 2000, eine Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu dem Thema „Hundesteuer für Kampfhunde“. Nun bin ich der Auffassung, dass das Problem wohl kaum über die Hundesteuer zu lösen sein wird. Aber die Entscheidung ist deshalb so wichtig, weil sie die Differenzierung zwischen den gefährlichen Kampfhunden einerseits und den anderen Hunden andererseits für rechtmäßig hält. Mit dieser Entscheidung im Rücken machen wir jetzt den erneuten Anlauf.

(Beifall bei der CDU)

Ganz kurz, wie wir vorgehen wollen: Das Wichtigste ist nach unserer Überzeugung – und das ist inzwischen auch Gemeingut bei den Kollegen Innenministern und -senatoren –: Das oberste Ziel muss sein, die Zahl der Kampfhunde erheblich zu verringern.

(Abg. List CDU: So ist es!)

Insofern ist der Vergleich mit dem Waffenrecht, der gemacht worden ist, durchaus zutreffend. Genauso, wie es unser Anliegen ist, dass möglichst wenig Waffen unter der

Bevölkerung sind, muss es unser Anliegen sein, dass es möglichst wenig Kampfhunde in Deutschland gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Deshalb Zuchtverbot, Handelsverbot und auch Importverbot.

Das Zweite ist – und da lehnen wir uns auch an Bayern an –: In den Fällen, in denen jemand ausnahmsweise einen Kampfhund halten will, muss er dafür ein berechtigtes Interesse nachweisen, und es muss auch seine persönliche Zuverlässigkeit außer Frage stehen. Das ist der so genannte Hundeführerschein. Sie können davon ausgehen, dass wir bei der Frage, ob es für einen Kampfhund ein berechtigtes Interesse geben wird, einen sehr restriktiven Kurs einschlagen werden.

Das Dritte ist: Zu den vorhandenen Kampfhunden will ich einmal darauf hinweisen, dass der VGH die erwähnte Verordnung, die damals von Gerhard Weiser auf den Weg gebracht worden ist, nicht in allen Teilen aufgehoben hat. Es gilt heute schon überall in Baden-Württemberg der Leinenzwang. Deshalb ist klar: Die Kampfhunde, die jetzt leben, müssen, wenn sie gefährlich sind, notfalls eingeschläfert werden – daran führt kein Weg vorbei –, und im Übrigen gilt für sie sowieso Leinenzwang und strikte Maulkorbpflicht. Wir werden, wenn es bei dem einzelnen Hund geboten erscheint, auch zur Kastration oder zur Sterilisation schreiten müssen, damit er sich nicht weiter fortpflanzt. Das ist das Dritte.

Ich glaube, mit diesen Maßnahmen innerhalb der Verordnung werden wir das Problem wirklich entscheidend entschärfen.

Meine dringende Bitte ist heute folgende: Noch immer haben wir die erwähnte Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg. Ich glaube, dass der Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg an dieser Rechtsprechung nicht festhalten wird, aber ich kann heute in diesem hohen Hause auch nicht verschweigen, dass wir mit dieser Verordnung ein gewisses Rechtsrisiko eingehen. Aber ich bin der Auffassung – und da bitte ich im ganzen Haus um Unterstützung –: Um des Schutzes für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger willen müssen wir dieses Rechtsrisiko in Kauf nehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Die letzte Bitte, die ich äußern darf – und da habe ich dieses hohe Haus so verstanden, dass wir da übereinstimmen –, lautet: Die ganze schlimme Entwicklung gerade der jüngsten Tage macht, glaube ich, auch eines notwendig: Über Kampfhundebesitzer hinaus sollten wir alle Hundehalter, Hundebesitzer und Hundeführer noch einmal dringend ermahnen, beim Umgang mit ihren Hunden Rücksicht auf ihre Mitmenschen zu nehmen. Es darf nicht sein, dass ein Hund beißt.

(Beifall des Abg. Dr. Glück FDP/DVP)

Wenn ein Hund beißt, muss er eingeschläfert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

(Minister Dr. Schäuble)

Es darf nicht einmal sein, dass die Menschen auch nur ein Unbehagen oder gar Angst empfinden, wenn sie einem Hundeführer und seinem Hund irgendwo im Wald, auf Feld und Flur oder wo auch immer begegnen. Deshalb meine ich: Es ist notwendig, an alle Hundehalter, Hundebesitzer und Hundeführer zu appellieren, Rücksicht auf ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger zu nehmen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Kretschmann.

Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, es hat mich doch einigermaßen erstaunt, dass Sie Ihren Ressortkollegen für eine Verordnung loben, die anschließend von einem Gericht einkassiert wird. Ich weiß nicht, ob es nun gerade Lob verdient, Verordnungen zu machen, die nicht gerichts-fest sind.

(Zurufe bei der CDU)

Ich frage Sie jetzt mal: Die Gefahrenabwehr ist ganz klar Ländersache. Wer hätte Sie, wenn der Verwaltungsgerichtshof auf seiner Rechtsauffassung, die ich ja schon kritisiert habe, bestanden hätte, daran gehindert, damals eine Verordnung zu erlassen, in der jeder Halter eines Hundes ab einer bestimmten Hundegröße verpflichtet ist, einen Nachweis zu führen, dass dieser Hund nicht gefährlich ist? Selbstverständlich niemand. Das hätte der Rechtsauslegung des Verwaltungsgerichtshofs überhaupt nicht widersprochen. Sie hätten also sehr wohl die Möglichkeit gehabt, einfach einen ganz anderen Weg zu gehen, einen Weg nämlich, den Sie ohnehin gehen müssen, wenn Sie jetzt Ihre Verordnung durchbekommen.

(Abg. Haas CDU: Nein!)

– Selbstverständlich.

Vorhin ist von allen, auch vom Kollegen Rech, gesagt worden, dass es notwendig ist, die Zucht, den Handel und die Dressur von besonders zu Aggressivität neigenden Hunderrassen zu verbieten. Aber wenn ich Sie, Kollege Rech, richtig verstanden habe, waren wir uns darüber einig, dass selbstverständlich auch andere Hunderrassen, die nicht darunter fallen, so dressiert werden können, dass sie ähnlich gefährlich sind. Das heißt, es ist ohnehin notwendig, die Verordnung, die die besonders gefährlichen so genannten Kampfhunderassen betrifft, dahin gehend auszuweiten, dass die Halter von Hunden bestimmter Rassen, aber auch einer bestimmten Größe des Hundes den Nachweis, dass die Hunde nicht aggressiv sind und sich unterordnen, führen müssen, also einen Ungefährlichkeitsnachweis erbringen müssen. Selbstverständlich hätten Sie das damals machen können.

Herr Minister, es genügt nicht, nur Appelle und Ermahnungen auszusprechen, wie Sie es eben getan haben. Sie ermahnen doch auch nicht Ihre Polizisten, nicht mit ungesicherten Waffen herumzulaufen, sondern Sie verbieten es

ihnen. Genauso wenig können wir doch erlauben, dass es in das Belieben von Hundehaltern gestellt ist, Hunde mit einer Beißkraft von bis zu 2 Tonnen zu halten, und zu hoffen, dass sie irgendwann einsichtig genug sind. Ein einziger Hund, der losgelassen wird, reicht doch schon, um jemanden schwer an Leib und Leben zu verletzen.

Deswegen ist es, glaube ich, unabdingbar – alles andere können Sie meiner Ansicht nach überhaupt nicht kontrollieren und nicht durchsetzen –, generell eine so scharfe Verordnung zu erlassen, dass auch solche Hundehalter mit den entsprechenden Konsequenzen erfasst werden, zum Beispiel einer Kennzeichnung ihres Hundes.

Ich gehe sogar noch weiter: Bei den heutigen, modernen Mitteln muss eigentlich jedem Hund ein fälschungssicherer Chip eingepflanzt werden,

(Abg. Haas CDU: Tierschutzgesetz!)

sodass man feststellen kann, wem er gehört. Allein in Stuttgart gibt es über 10 000 Hunde. Ich bitte Sie, wollen Sie da jedem Hund und jedem Hundehalter nachlaufen? Man muss da leider so vorgehen wie bei anderen gefährlichen Werkzeugen auch, zum Beispiel bei Autos und Waffen. Man muss das ähnlich regeln, und die Leute müssen ebenfalls den Nachweis erbringen, dass sie ihre Hunde, die potenziell auch Waffen sein können, beherrschen. Alles andere führt nur dazu, dass wir in kurzer Zeit wieder vor dem gleichen Problem stehen. Das kann nicht unser Interesse sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Debatte beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Einstieg ins Solarzeitalter; hier: Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch bis zum Jahr 2010 – Drucksache 12/4971

Die Redezeit beträgt für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion.

Das Wort zur Begründung hat Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! „Einstieg ins Solarzeitalter“ heißt das Thema. Heute Vormittag wurde von verschiedenen Seiten gefragt, wie denn der Einstieg aussieht. Ich darf das auch auf die Gefahr hin, mich zu wiederholen, kurz und knapp darstellen.

Eine Konzeption für den Ausstieg aus der Kernenergie ist das eine; der Einstieg in eine neue Energieversorgung ist das andere. Dieser besteht im Wesentlichen aus drei Punkten:

(Dr. Witzel)

Erstens: Wir müssen die großen Einsparpotenziale nutzen. Ein Beispiel dafür ist das riesige Potenzial des Stand-by. Studien zeigen auf, dass hier bundesweit 20 Milliarden Kilowattstunden eingespart werden können. Damit könnte man vier kleinere Atomkraftwerke ersatzlos stilllegen.

Zweiter Punkt: Wir müssen die Effizienz unserer vorhandenen Kraftwerke steigern. Diese Effizienz liegt derzeit bei einem Wirkungsgrad von etwa 35 %. Wenn wir, was technisch möglich ist, diesen Wirkungsgrad auf einen Wert von 50 bis 55 % erhöhen, kann man die gleiche Strommenge mit einem Drittel weniger Primärenergie und auch einem Drittel weniger CO₂ erzeugen. Das heißt, auch eine weitere Nutzung von Öl und Gas schließt den Klimaschutz und eine CO₂-Reduktion nicht aus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Jetzt kommen wir zum dritten Punkt, zu einer Strategie der Energiewende, einer Strategie des Einstiegs in das Solarzeitalter. Das sind die erneuerbaren Energien.

Vor den erneuerbaren Energien liegt eine große Zukunft. Das zeigen nicht nur Szenarien von Wissenschaftlern, Szenarien aus Umweltinstituten, sondern das zeigt auch die Studie des Ölkonzerns Shell. Danach können bis zur Mitte dieses Jahrhunderts, also bis 2050, die erneuerbaren Energien weltweit zum wichtigsten Energieträger werden. Sie können 50 % des Weltenergieverbrauchs abdecken.

Meine Damen und Herren, das ist die Perspektive, aber diese Perspektive kommt nicht von selbst. Es ist politisch etwas zu tun. Wir dürfen uns nicht vorbeimogeln und sagen, 2050 sei ja noch lange hin, sondern wir brauchen Ziele, die uns in die Pflicht nehmen, jetzt etwas zu tun.

Deshalb gibt es ein Etappenziel, das sich mittlerweile auf verschiedenen politischen Ebenen etabliert hat. Dieses Etappenziel für den Ausbau der erneuerbaren Energien heißt: Verdoppelung des Anteils bis zum Jahr 2010. Die EU, die Bundesregierung und auch die Landesregierung verfolgen dieses Ziel und haben entsprechende Beschlüsse gefasst. Auch wir Grünen stehen zu diesem Ziel „Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch in den nächsten zehn Jahren“.

Ich darf nicht verschweigen, dass dies ein anspruchsvolles Ziel ist. Das sagt sich möglicherweise sehr einfach, aber es steckt wirklich viel dahinter. Wir Grünen haben daher im letzten Jahr eine Studie in Auftrag gegeben. Diese Studie untersucht, wie man dieses Ziel hier in Baden-Württemberg erreichen kann. Diese Studie, erstellt von Dr. Nitsch vom DLR, zeigt zum Ersten auf, dass das möglich ist. Zum Zweiten zeigt sie auf, dass die Wasserkraft, die wir ja schon relativ stark nutzen, wenig zusätzlichen Spielraum hat, dass der Hauptzuwachs der erneuerbaren Energien im Bereich der Biomasse – das heißt Holzhackschnitzelheizung und Biogas – liegen muss, dass daneben zum Beispiel Sonnenkollektoren und Windenergie weitere Beiträge liefern. Das Ziel der Verdoppelung ist anspruchsvoll; das zeigt diese Studie auch auf. Denn die Biomassenutzung muss sich in diesem Zeitraum vervierfachen, und bei Sonnenkollektoren und Windenergie beispielsweise müssen

wir den Umfang der Energienutzung verzwanzigfachen. Das zeigt, welche Aufgabe vor uns liegt und dass man nicht einfach die bisherige Politik fortschreiben kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und von der FDP/DVP, wir haben hier im Gegensatz zur Atomenergie Einigkeit im Ziel und auch im Wesentlichen über die Mittel, wie wir das umsetzen können. Denn das, was in unserem Gutachten aufgezeigt wird, wird in der Stellungnahme der Landesregierung zu unserem Antrag als „schlüssig“ bezeichnet.

Aber – und jetzt kommen wir zur Umsetzung – bei der Umsetzung hapert es. Hier blockiert die Landesregierung. Ich will das an drei Punkten festmachen.

Erstens: Die Mittel im Haushalt 2000 wurden trotz des Beschlusses der Landesregierung, diesen Anteil zu verdoppeln, nicht erhöht. Wir haben noch gut in Erinnerung, dass im Vergleich zur Zeit der großen Koalition, in der die Mittel für die erneuerbaren Energien bei bis zu 30 Millionen DM lagen, von der jetzigen Landesregierung diese Mittel drastisch heruntergefahren wurden.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Weniger als 10 Millionen DM stehen zur Verfügung. Das ist ein Drittel dessen, was es früher einmal gab. Das reicht in keinem Fall aus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Punkt zwei: Die Gelder aus dem Verkauf der Aktien der EnBW, die das Land hatte und jetzt verkauft hat, wären eine gute Chance gewesen, einen deutlichen Schritt in Richtung des Verdoppelungsziels zu tun. Aber die Landesregierung hat diese Chance vergeben, weil sie die Gelder in eine Stiftung eingebracht hat. Damit ist sie an den Stiftungszweck – sprich die Gemeinnützigkeit – gebunden. Diese Gelder können damit nicht für die Förderung der erneuerbaren Energien verwendet werden. Das hatten wir vorher schon gesagt, und das wird auch durch die Stellungnahme der Landesregierung bestätigt. Auch hier wurden Chancen vergeben und nicht genutzt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, jetzt noch einen dritten Punkt: Wenn in der Politik keine Gelder vorhanden sind, lässt sich immer noch Politik machen, indem man für bessere Rahmenbedingungen sorgt, damit der Anteil der erneuerbaren Energien auf andere Art und Weise wachsen kann.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Die Bundesregierung hat dafür eine gute Vorlage geliefert, Herr Scheuermann.

(Abg. Scheuermann CDU: 99 Pfennig pro Kilowattstunde!)

Die Bundesregierung hat das Erneuerbare-Energien-Gesetz auf den Weg gebracht, das selbst von den Fachleuten im Wirtschaftsministerium als eine gute Förderungspolitik

(Dr. Witzel)

dargestellt wird. Aber die Landesregierung hat die Möglichkeit, diese Politik zu unterstützen, nicht genutzt, sondern den Gesetzentwurf im Bundesrat abgelehnt.

(Abg. Schmiedel SPD: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, diese Verweigerungspolitik der Landesregierung ist ein klares Votum gegen den Einstieg in die erneuerbaren Energien. Hier gilt das Motto „Nichts tun, aber alle Vorschläge von anderer Seite ablehnen“. Wir Grünen kennen ein treffendes Wort dafür, das lautet: Die CDU-FDP/DVP-Regierung betreibt hier Fundamentalopposition gegen die erneuerbaren Energien.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen uns damit nicht abspeisen lassen. Wir stellen unseren Antrag hier zur Diskussion, damit wir hier im Landtag Beschlüsse fassen und so dem Ziel der Verdoppelung auch konkrete Taten folgen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Brenner.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lieber Herr Witzel, mit einem Fundi hat mich noch niemand verglichen, aber so ändern sich die Zeiten.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Man lernt nie aus! – Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Ich meinte in erster Linie die Landesregierung!)

– Ach ja.

Diese Diskussion ist ein klassisches Beispiel für folgende Frage: Wie bekommt man als Politiker die Leute dazu, etwas Bestimmtes zu tun? Da gibt es mehrere Möglichkeiten.

Erstens: Man macht ein scharfes Gesetz, und wer sich nicht daran hält, wird bestraft.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das macht die CDU in der Regel!)

Die zweite Möglichkeit: Man gibt Subventionen nach der Devise: Liebe Bürger, wenn ihr Folgendes macht, bekommt ihr Geld vom Staat. Das ist zwar marktwirtschaftlich im Moment noch Blödsinn, aber wir wollen, dass ihr das früher macht als andere; deshalb zahlen wir euch etwas.

Und die dritte Möglichkeit: Wir verstärken die Forschung und die Entwicklung im gewünschten Bereich. Wir geben Unternehmen Anschubfinanzierungen, damit sie marktreife und preislich wettbewerbsfähige Produkte entwickeln, sodass es dann ganz logisch wird, dass die Leute das Gewünschte auch tun.

(Abg. Haas CDU: Das machen wir!)

Wenden wir diese Grundsätze auf die gewünschte Verbreitung der Solarenergie an.

Erstens: Man macht ein scharfes Gesetz. Das hat man sich in Berlin nur über eine Hintertür getraut. Man hat nämlich die Wärmeschutzverordnung novelliert. Für Neubauten ist sie recht logisch, bei den Altbauten verursacht sie eher Ärger, vor allem wenn im Jahr 2005 die Übergangsfristen auslaufen.

Wenn man jedoch logisch denkt und Solaranlagen zum Beispiel auf jedem Hausdach haben möchte, hätte der Kanzler, anstatt undefinierte verbale Unterstützungsaktionen anzukündigen, einfach den Mut haben sollen, in der Wärmeschutzverordnung vorzuschreiben, dass alle Neubauten ab sofort ihr Warmwasser unter anderem mit Solar Kollektoren zu bereiten haben – Vorschrift des Bundes, Punktum. Das wäre logisch und mutig gewesen. Aber man hat sich nicht getraut.

(Abg. Schmiedel SPD: Hätten Sie es denn unterstützt?)

Die zweite Möglichkeit: Man gibt den Leuten Geld. Das Geld hat man durch das Sparen im Rahmen der Gesundheitsreform und durch die Ökosteuer. Die Regierung erlässt ein Erneuerbare-Energien-Gesetz, und für die Einspeisung von Solarstrom gibt es 99 Pfennig pro Kilowattstunde. Das zahlen andere. Bei den Energieversorgern, zum Beispiel bei Yello, bezahlt der Verbraucher nur 19 Pfennig. Das macht ein Plus von 80 Pfennig. Das begreift der Dummste. Das ist also ein tolles Geschäft.

Zwei Dinge hat man dabei allerdings übersehen, nämlich erstens, dass viele Leute rechnen können, sodass jetzt nach einem knappen halben Jahr schon das Geld ausgeht und man das 100 000-Dächer-Programm von den zinslosen auf zinsverbilligte Darlehen umstellen musste.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Ich frage mich, welcher Künstler bei diesem Programm das benötigte Fördervolumen ausgerechnet hat.

Man hat auch etwas Zweites übersehen, nämlich dass diese offensichtliche Art der Subvention auch den langsamsten Beamten in Brüssel nicht verborgen bleiben wird und dass diese uns jetzt schon unter der Hand andeuten, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz höchstens bis 2005 halten wird und dass es dann gefälligst durch ein Quotenmodell zu ersetzen ist. Dieses Quotenmodell, meine Damen und Herren, hat unser arbeitswütiger und gescheiter Umweltminister schon fix und fertig ausgerechnet in der Schublade liegen. Wenn Kanzler Schröder also freundlich anfragen sollte, bekommt er aus Baden-Württemberg ein Modell für erneuerbare Energien, mit dem sogar die EU zufrieden wäre.

Die dritte Möglichkeit der Überzeugung ist die, die wir in Baden-Württemberg fahren. Wir verstärken die Forschung, zum Beispiel an den Universitäten. Ich erwähne nur das Institut für Thermodynamik und Wärmetechnik der Universität Stuttgart, das exzellente Forschung im Bereich der Solarenergie betreibt. Ich erwähne das ZSW in Stuttgart und die heute mehrfach zitierte Solarfabrik in Marbach, die in der Dünnschichttechnologie in die Massenfertigung geht.

(Beifall bei der CDU)

(Dr. Carmina Brenner)

Selbst die Handwerksorganisationen springen nun auf. So hat zum Beispiel die Elektroinnung das Solarenergiezentrum Stuttgart gegründet, das die Handwerksbetriebe im Bereich der erneuerbaren Energien weiterbildet und einen aktiven Innovationstransfer ins Handwerk zum Ziel hat. Die Leute sind übrigens Spitze, und keiner bei Rot-Grün will es wissen.

(Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen: Was?)

Unser Ziel ist es, dafür zu sorgen, dass die erneuerbaren Energien marktreif entwickelt und zu wettbewerbsfähigen Preisen angeboten werden. Dann läuft der Absatz, einfach weil es wirtschaftlich ist. Je höher übrigens die Produktion und die Stückzahlen, desto geringer die Preise. Das ist Volkswirtschaft. Also wäre es auch wichtig, zusätzliche Märkte auszubauen.

Erneuerbare Energien – auch da sind wir uns einig – eignen sich als Exporttechnologie, weil es nämlich noch klimatisch günstigere Gegenden gibt als unsere.

Ich hätte gern, dass mich alle, die für Klimaschutz und Solarenergie sind, bei einem Vorschlag unterstützen: Ergänzen wir doch unsere Entwicklungshilfekriterien. Wir geben ja schon jetzt kein Geld, sondern unterstützen Projekte. Wir sollten künftig Energietechnologien mit Ingenieurunterstützung als Entwicklungshilfe liefern. Dies zeigt den sonnenreichen Ländern, dass diese Technik funktioniert. Es eröffnet mittelfristig Absatzmärkte, die das Volumen erhöhen und die Preise senken, mittelfristig auch für unsere Leute.

Jedenfalls ist eines klar, meine Damen und Herren, auch wenn es die Regierung in Berlin noch nicht glauben will: Erneuerbare Energien kann man auch nach den Gesetzen der Marktwirtschaft einführen und verstärken. Darin sind wir hier in Baden-Württemberg verflixt gut.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Kiel FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Brenner, das Thema hieß ja eigentlich: Was tun wir in Baden-Württemberg, um dem Ziel der Verdoppelung der erneuerbaren Energien gerecht zu werden? Sie haben sich ein bisschen über das ausgelassen, was in Berlin passiert ist. Aber ich will dennoch darauf eingehen.

Jeder Vernünftige weiß: Die Zukunft gehört der Nutzung von Solarenergie, und zwar aus zwei Gründen. Der erste Grund: Nutzung von Solarenergie – mittelbar oder unmittelbar – entlastet die Umwelt. Der zweite Grund: Solarenergie ist prinzipiell unendlich. Deshalb ist es völlig klar, dass der wachsende Energiehunger auf der Welt nur über solare Energie gestillt werden kann.

Gemessen an den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der regenerativen Energien ist das, was die alte Bundesregie-

rung 16 Jahre lang bei diesem Thema veranstaltet hat, mehr als kläglich. Wir haben das 1 000-Dächer-Programm erlebt. Japan hat ein 70 000-Dächer-Programm installiert. Wir haben eine Einspeisevergütung erlebt, die unzureichend war. Wir erleben jetzt ein 100 000-Dächer-Programm, und wir erleben weltweit die besten Rahmenbedingungen durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Wie Sie da auf die Bewertung kommen, das alles sei so daneben,

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Das habe ich nicht gesagt!)

bleibt Ihr Geheimnis. Denn eines ist unter Fachleuten klar: Die Entwicklung wird so kommen, wie ich gesagt habe. Deshalb brauchen wir gar nicht darüber zu streiten.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Kollege Schmiedel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Kluck?

Abg. Schmiedel SPD: Nicht jetzt. Ich möchte den Gedanken zu Ende bringen. Nachher gerne.

(Abg. Roland Schmid CDU: Welchen Gedanken? – Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Er sucht noch!)

Stellv. Präsident Weiser: Gut. Ja.

Abg. Schmiedel SPD: Die Entwicklung hin zu den erneuerbaren Energien kommt. Da können wir hier darüber debattieren und uns darüber auslassen. Das ist völlig unstrittig. Die Frage ist nur, welche der Industrienationen an der Wertschöpfung dieser erneuerbaren Energien einen großen Anteil hat. Da hätten die Fachleute bei der Frage, wer bei der Photovoltaik die Nase vorn haben wird – sind das die USA, oder ist das Japan, oder ist das die Bundesrepublik Deutschland? –,

(Abg. Haas CDU: Oder Baden-Württemberg!)

noch vor wenigen Jahren nie und nimmer auf Deutschland getippt, sondern sie hätten gesagt, das sei Japan. Wir haben jetzt eine Situation, bei der zumindest offen ist, ob es Japan oder ob es die Bundesrepublik sein wird. Das heißt, wir haben in großem Umfang aufgeholt.

(Abg. Haas CDU: Baden-Württemberg ist auf jeden Fall dabei! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Deshalb bin ich froh, dass Sie hier eigentlich keine Kritik geübt haben. Aber Sie sollten der Ehrlichkeit halber auch sagen, dass Sie aufseiten der CDU eine geschätzte Einzelkämpferin sind,

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist nicht wahr!)

aber ganz sicher nicht die Mehrheit vertreten.

(Abg. Haas CDU: Ja, ja! Sie hat für die Fraktion gesprochen, nicht für sich! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Jetzt sage ich Ihnen einmal, was Ihr früherer Finanzminister, der jetzt nur noch selten da ist, gesagt hat.

(Abg. Haas CDU: Das ist ja längst rum!)

(Schmiedel)

Immerhin war das erst im November 1997. Das ist noch nicht so lange her.

(Abg. Haas CDU: Gott im Himmel!)

Damals hat Herr Mayer-Vorfelder in einem Interview der „Stuttgarter Zeitung“ gesagt:

Glauben Sie vielleicht, dass in irgendeinem Institut – damit meinte er das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung –

der große Durchbruch gelingt, weil wir dafür 5 Millionen DM zur Verfügung stellen? Das ist doch nichts anderes als eine Verbeugung vor dem Zeitgeist. Andere Institutionen geben Milliarden aus. Da können wir ohnehin nicht mithalten.

(Abg. Haas CDU: Da hat er die Wasserstofftechnologie gemeint!)

Das ist die offizielle Meinung der Landesregierung. Und jetzt stehen Sie hin und klopfen sich auf die Schultern, als sei die Solarfabrik in Marbach Ihre Erfindung.

(Abg. Haas CDU: Lesen Sie noch einmal nach! Er hat die Wasserstofftechnologie gemeint! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Sie schmücken sich mit fremden Federn. Sie haben die Verantwortlichen nicht motiviert, sondern Sie haben sie demotiviert und den Unternehmen dieses Landes keine Impulse gegeben, sich den regenerativen Energien zuzuwenden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Scheuermann CDU: Stimmt auch nicht! – Abg. Haas CDU: Er hat die Wasserstofftechnologie gemeint! – Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Ein einziger Punkt in dem Energieeinspeisungsgesetz der früheren Bundesregierung war in Ordnung. Das war die Vergütung für die Windenergie. Das hat dann tatsächlich auch dazu geführt, dass wir in diesem Land einen großen Windenergieboom mit dem Aufblühen einer Windenergieindustrie hatten.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Wenn ich jetzt einmal zum Land Baden-Württemberg komme und frage, wie hoch der Anteil der Windenergienutzung in diesem Land ist und wie hoch er in der Bundesrepublik ist, dann stelle ich ganz einfach fest: Im Durchschnitt werden in der Bundesrepublik 3 % der Energie aus Windenergie gewonnen; in Baden-Württemberg ist es unter 1 %.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wir sind ja auch ein klassisches Binnenland!)

Damit wird deutlich, dass Sie die regenerativen Energien nicht fördern. Sie vertreiben Unternehmer aus diesem Land, wie das unter anderem im Bereich der Windenergie der Fall ist.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Wir haben im Bereich der Wasserkraftnutzung folgende Politik des Umweltministers:

(Abg. Haas CDU: Vorsicht, Eigentor, Herr Kollege! – Gegenruf des Abg. Dr. Schlierer REP: Der macht das blind!)

Ist die projektierte Anlage klein, dann sagt er: „Die ist so klein; da lohnt sich der Eingriff in die Natur nicht. Das können wir nicht verantworten.“ Ist die Anlage groß, dann sagt der Umweltminister: „Der Eingriff in die Natur ist viel zu groß. Das können wir nicht verantworten.“

(Abg. Haas CDU: Vorsicht, Eigentor!)

Im Bereich der Windenergie streiten wir über ästhetische Gesichtspunkte und darüber, ob die Landschaft das zulässt. Wir lassen es zu, dass der Regierungspräsident von Stuttgart Windenergieunternehmen als „Raubritter im Subventionsbereich“ beschimpft und die Unternehmen vergrault.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU – Abg. Deuschle REP: Was sollen wir machen?)

Im Bereich der Photovoltaik unterlassen Sie alles, was notwendig wäre, um aus den Möglichkeiten der Solarfabrik in Marbach jetzt wirklich etwas zu machen. Das echte Neue an diesem Thema ist doch, dass diese Technik nicht nur in Platten und damit auf Dächern oder Fassaden anwendbar ist,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sondern auch auf Folien!)

sondern im Prinzip in jeder Form. Es wäre notwendig, jetzt einen Wettbewerb in diesem Land zu inszenieren, um die innovativsten Anwendungsmöglichkeiten in allen möglichen Formen voranzubringen. Nichts von alledem geschieht.

Weil sich der Herr Wirtschaftsminister in der Debatte heute Vormittag so auf die Schultern geklopft hat, sage ich Ihnen zum Schluss einmal, was hier eigentlich getan wird: Im Dezember 1998 verkündet der Herr Wirtschaftsminister ein Fünfjahresprogramm zur Förderung erneuerbarer Energien mit einem Volumen von gut 200 Millionen DM im Jahr 2000.

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter – –

Abg. Schmiedel SPD: Entschuldigung. Ich bin gleich zu Ende, Herr Präsident; noch zwei Sätze.

In der Plenarsitzung im Januar 1999 bekräftigt Herr Döring diese Ankündigung, nennt aber keinen Betrag mehr. Am 15. Juni 1999 stützt der Ministerpräsident beim Kongress der Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke die 200 Millionen DM auf 100 Millionen DM zurück. Am 25. Juni 1999 folgt die Grundsteinlegung des Fraunhofer-Instituts für Solare Energiesysteme in Freiburg. Da kündigt der Herr Ministerpräsident ein Programm für Klimaschutz und regenerative Energien an. Dann kommt Herr Mehrländer in der Debatte, die heute Morgen angesprochen wurde, und sagt zu Recht: Angesichts all dieser Ankündigungen müssen wir selbstkritisch eingestehen, dass wir eigentlich nichts zuwege gebracht haben.

(Schmiedel)

Weil die Rahmenbedingungen durch die Bundesregierung so verbessert wurden, dass es einen Push in der Republik gibt, haben Sie jetzt noch einmal eine Chance, etwas dafür zu tun, dass sich dieser Push für regenerative Energien auch in Baden-Württemberg niederschlägt und auch die Wirtschaft dieses Landes davon profitiert.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Moment, Herr Abg. Schmiedel! Gestatten Sie jetzt eine Frage des Herrn Abg. Kluck?

Abg. Schmiedel SPD: Ja.

Stellv. Präsident Weiser: Aber ich bitte beide, sich kurz zu fassen. Die Redezeit ist längst überschritten.

Abg. Kluck FDP/DVP: Herr Kollege Schmiedel, ist Ihnen bekannt, dass das 100 000-Dächer-Programm von der Bundesregierung zwar mit großem Brimborium angekündigt wurde, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau aber immer noch keine Bewilligungen und keine Auszahlungen vorgenommen werden, weil aus dem Bundeswirtschaftsministerium immer noch kein grünes Licht gegeben wurde?

(Abg. Haas CDU: Ist bekannt! – Zuruf: Ankündigungsregierung!)

Abg. Schmiedel SPD: Herr Kollege, mir ist bekannt, dass von den 100 000 Dächern bereits 20 000 bewilligt sind und dass der Ansturm so groß ist, dass die mit dem Ausfüllen der Formulare nicht mehr nachkommen.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

– Weil Sie so in Ihren Schnauzbart grinsen, frage ich Sie: Was ist Ihnen denn lieber, ein 1 000-Dächer-Programm, das sich mühsam über etliche Jahre hinquält, oder ein 100 000-Dächer-Programm, das schon in den ersten Monaten zu 20 % abgerufen wird? Mir ist das Zweite lieber, der Wirtschaft und allen an den regenerativen Energien Interessierten auch.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Was ist jetzt mit dem Geld? Die Frage ist nicht beantwortet!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Fauser.

Abg. Beate Fauser FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist parteiübergreifend Konsens, denke ich, dass zukunftsfähige Lösungen im Bereich der regenerativen Energien zumindest drei Kriterien erfüllen müssen, nämlich Effektivität, Qualität und Marktorientierung.

Meine Damen und Herren, vorhin wurde bereits erwähnt, man wisse heute nicht so genau, wer das Rennen um die Solarenergie im Bereich der Forschung bzw. auch der Umsetzung gewinne. Siehe da: Baden-Württemberg ist Marktführer.

Man ist sich in der wissenschaftlichen Literatur inzwischen einig darüber, dass es durchaus möglich ist, die Erzeugung

regenerativer Energien bis zum Jahr 2010 zu verdoppeln. Das, meine Damen und Herren, deckt natürlich noch keinerlei Grundlast.

Die Berliner Regierung hat durch das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien ein massives Subventionsprogramm aufgelegt. Erhebliche Gelder werden dafür ausgegeben. Wie wir bereits gehört haben, sind es für Photovoltaik 99 Pfennig, für Geothermie 49 Pfennig, für die Windenergie – –

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Was, 49 Pfennig?)

– Ja.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt nicht! Das ist Ihnen falsch aufgeschrieben worden!)

– Dann müssen Sie mir das genau sagen, Herr Dr. Witzel.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Wird nachgeliefert!)

Ich habe 49 Pfennig selbst aufgeschrieben. – Ich hoffe, dass die Zahl für die Windenergie stimmt: zwischen 14 und 17,5 Pfennig. Ich hoffe, da sind wir uns einig.

Ein erheblicher Beitrag zur regenerativen Energie würde geleistet – es ist außerordentlich schade, dass das nicht so ist –, wenn die Wasserkraft nicht nur bei Anlagen mit bis zu 5 Megawatt gefördert würde, sondern auch darüber hinaus. Das gesamte Programm nach dem Gesetz zur Förderung der erneuerbaren Energien kostet uns mittelfristig 2 Milliarden DM. Darüber hinaus würde es, so rechnet man, wesentlich teurer.

Deshalb sollte sich die Bundesregierung überlegen, wie sie diese Kosten verteilen will, ob dies wirklich ausschließlich über unsere Energieversorger auf den Verbraucher abgewälzt werden kann oder ob man das Gesamtsystem nicht auf das Verteilernetz legt, damit auch der preiswerte Atomstrom, den wir demnächst aus Frankreich oder aus osteuropäischen Ländern erhalten, zumindest mit unseren Kosten für die regenerative Energie belastet wird.

Wir entwickeln im Land ein hervorragendes spezifisches Netzwerk für regenerative Energien. Forschung, Demonstration, Anwendung und Marketing: Dies muss im Einklang miteinander stehen, um die gewünschten Erfolge auch tatsächlich erzielen zu können.

Wir haben darüber hinaus – das muss man ganz deutlich sagen – im Land Baden-Württemberg von 1991 bis 1998 das meiste Forschungsgeld ausgegeben. Wir sind hier im Ländervergleich mit 126 Millionen DM Spitze. Meine Damen und Herren, dies hat sich gelohnt. Das Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung wurde bereits erwähnt. Es hat die Dünnschichtsolarzellen entwickelt. Sie sind auch formbar und ermöglichen deshalb ganz neue Anwendungen. Zu nennen sind weiter das Fraunhofer-Institut, die Universitäten Stuttgart und Ulm sowie das Institut für Technische Thermodynamik und Kältetechnik. Es wird hervorragende Arbeit geleistet.

(Beate Fauser)

Wir werden in den nächsten Jahren – dessen bin ich mir sicher – nicht nur beim Computer, sondern auch bei den regenerativen Energien Quantensprünge in Forschung und Entwicklung erleben. Ich weiß nicht, ob hier im Raum das Buch „Experiment Zukunft. Die nanotechnologische Revolution“ bekannt ist. Darin wird davon ausgegangen, dass so genannte Assembler, die auf molekularer Ebene arbeiten, Solarenergie zu außerordentlich günstigen Preisen produzieren könnten.

Unser Anliegen ist es, dass die wissenschaftlichen Erkenntnisse rasch in die Produktion eingehen und wir hier an der Spitze stehen. Nur so sind regenerative Energien in einem liberalisierten Strommarkt tatsächlich konkurrenzfähig.

Ich freue mich ebenso wie alle anderen hier, dass die Würth-Solarfabrik in Marbach eingeweiht wurde, und hoffe, dass die Großproduktion dort bald beginnt. Ich finde auch die Erfolge der Solarfabrik in Freiburg gut, und ich freue mich darüber hinaus, dass wir Unternehmer wie Herrn Salvamoser haben, der in diesem Bereich seit Jahren aktiv arbeitet.

Wir müssen aber für die Zukunft das Marketing noch stark ausbauen. Wir brauchen Demonstrationsanlagen. Weiter geweckt werden müssen das Bewusstsein für die regenerativen Energien, die Freude daran und die Bereitschaft, dafür marktfähige Preise zu zahlen.

Wir freuen uns, dass das Wirtschaftsministerium die Demonstrationsanlagenprogramme wieder aufleben lässt, und hoffen, dass wir in Zukunft mit Privatisierungserlösen, über die wir aus dem Verkauf der Anteile an der EnBW verfügen, weitere wichtige Anlagen bauen können, um die Effektivität zu erhöhen und fortschrittliche Projekte darzustellen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch sagen: Ich hoffe, dass wir ähnlich wie bei der Geothermie eine Fibel erhalten. Diese Fibel macht die Verbindlichkeit und die Anwendung der Erdwärme in den Landkreisen deutlich, sodass dieser Bereich inzwischen boomt. Da bräuchte man eigentlich gar keine Einspeisevergütung mehr, da dies auch ohne Subvention hervorragend läuft.

(Zuruf der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

– Ich freue mich für alle, die noch ein paar Pfennig vom Staat bekommen. Das ist klar.

Wir müssen darauf achten, dass sich im Bereich der Windenergie die Naturschützer nicht gegenseitig blockieren. Die Benennung von Vorrangflächen zur Nutzung von Windenergie wäre ein wichtiger Beitrag.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Krisch.

Abg. Krisch REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich Herrn Abg. Witzel meine Anerkennung aussprechen. Denn seine Fraktion hat – bei si-

cherlich hohen Kosten – eine Untersuchung ausarbeiten lassen und diese zur Grundlage einer parlamentarischen Initiative, zur Grundlage dieser Debatte gemacht.

Jetzt komme ich zur Kritik: Herr Kollege Witzel, Sie sprechen vom Einstieg in das Solarzeitalter. Wir sind doch schon mittendrin. Seit 100 Jahren haben wir das Kohlezeitalter. Kohle ist eine fossile Energie, und fossile Energie kommt von der Sonne. Herr Kollege Witzel, schlampige Sprache ergibt schlampige Politik. Das gilt auch für das, was Kollege Schmiedel vorhin sagte.

(Abg. Schmiedel SPD: Na, na, na! Nicht frech werden!)

– Ihre Sprache war genauso schlampig.

(Abg. Schmiedel SPD: Herr Präsident!)

Stellv. Präsident Weiser: Es sind heute schon andere Ausdrücke gefallen, ohne dass sie gerügt worden wären.

Abg. Krisch REP: Das heutige Thema ist wichtig. Aber es hätte anders lauten müssen. Richtiger wäre der Hinweis auf verfügbare Energiequellen und verfügbare Energievorräte gewesen. Ich erinnere an die 59. Plenarsitzung, in der ich vom Ende der Erdölüberflusszeit sprach. Das ist das eigentliche Thema. Die nächste Generation, Herr Kollege Witzel, wird mit einer Steigerung der Energiekosten um den Faktor 2 bis 5 rechnen müssen – mit ganz erheblichen politischen und wirtschaftlichen Folgen.

Wenn wir über zukünftige Energieformen sprechen, müssen wir auch bedenken, mit welcher Energieform das wichtigste Transportmittel, das Auto, betrieben werden kann. Das alles sind Gesichtspunkte, die in dieser Diskussion über eine Verdoppelung erneuerbarer Energien zu berücksichtigen sind.

Wasserkraft haben Sie erwähnt, Herr Kollege Witzel. Das ist keine Zukunftsenergie; da haben Sie Recht. Den Anteil der Windkraft wollen Sie verzwanzigfachen.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen unterhält sich mit Abg. Dr. Carmina Brenner CDU.)

– Herr Kollege Witzel, wenn Sie kurz zuhören würden; ich habe auch bei Ihnen zugehört. – Das ist eine sehr fragwürdige –

Stellv. Präsident Weiser: Die Verhandlungsführung erfolgt von hier. Das gilt für alle.

Abg. Krisch REP: Jawohl, Herr Präsident.

Aber Windkraft ist nur durch Subventionen zu finanzieren. Es ist sehr fragwürdig, ob die Europäische Union das Stromeinspeisegesetz auf Dauer zulässt. Wie können wir eine langfristige Energiepolitik planen, wenn wir uns auf Brüsseler Beamte verlassen müssen? Das ist gefährlich.

Zusätzlich hat die Windkraft noch einen anderen gefährlichen Aspekt, Herr Kollege Witzel. Das ist der so genannte Christoph-Effekt, der jetzt nachgewiesen wurde. Dabei handelt es sich um landwirtschaftliche Schäden, die auf einer Fläche von bis zu zehn Kilometern hinter dem Windrad

(Krisch)

auftreten, weil sich dort eine Trockenzone bildet, die das landwirtschaftliche Wachstum behindert. Das ist Fakt, Herr Kollege Salomon; das müssen Sie einmal nachlesen.

Was passiert, wenn nun in einer Trockenperiode zusätzliche landwirtschaftliche Schäden durch diese Windräder entstehen, wenn die Landwirtschaft diese nachweisen kann und die Windradbetreiber verklagt? Das ist ein Szenario, an das Sie noch nie gedacht haben.

Da bleibt lediglich die nachwachsende Biomasse in der Diskussion. Aber eine Verzwanzigfachung ihres Anteils ist eine Illusion, denn weder aufgrund des Klimas noch hinsichtlich der verfügbaren heimischen Pflanzen, noch angesichts der landwirtschaftlichen Flächen ist Deutschland das ideale Land für nachwachsende Biomasse. Dazu kommt, dass wir weltweit eine Dürreperiode erleben, eine Ausdehnung der Trockenzonen. Das zu vernachlässigen und darauf Zukunftsenergien aufzubauen, ist schon sträfliches Handeln.

Ich erinnere daran, dass wir hier in diesem Raum eine Anhörung des Ausschusses für Umwelt und Verkehr hatten, wobei der Ökobilanz nachwachsender Rohstoffe ausdrücklich ein Minuspunkt verliehen wurde.

Es bleiben Sonnenkollektoren und Photovoltaik. Da können wir schon mit Kostensenkungen rechnen; aber bis die Kosten um die Differenz von 1,50 DM oder 2 DM zum Preis des Atomstroms aus Tschernobyl oder Frankreich heruntergesetzt werden können, wird es noch Jahrzehnte dauern. Also müssen wir uns, wenn wir Verantwortung haben, unbegrenzte Zukunftsenergien suchen.

Gezeitenkraftwerke kommen bei uns nicht in Betracht.

Geothermische Energie: Vor kurzem war eine Delegation aus Island hier, die geothermisch erzeugte elektrische Energie nach Europa, nach Deutschland exportieren wollte. Ihnen müssten wir helfen, Baden-Württemberg müsste das unterstützen.

Ich erinnere an die Möglichkeit der Trockenheißfelstechnologie in der Wärmeanomalie im oberen Rheingraben. Dort muss Forschung betrieben werden. Das wird noch vernachlässigt. Gerade wenn grüne Politik deutsche Kernkraftwerke abschaltet, wären diese geothermischen Energien eine ideale Lösung und würden sichere Arbeitsplätze schaffen, weil neue Techniken erforderlich würden.

Ganz zum Schluss: Wir dürfen physikalische Energieformen nicht vernachlässigen. Es muss endlich Forschung zur Kernfusion betrieben werden: eine Technik ohne strahlende Abfälle mit unbegrenzter Produktionsmöglichkeit. Das kann die Sicherung der Menschheit bedeuten.

Noch eines, Herr Kollege Salomon: eine Kritik. Sie vernachlässigen –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abgeordneter, ich habe jetzt sehr lange zugewartet. Ich muss Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Krisch REP: Einen Schlusssatz noch.

Stellv. Präsident Weiser: Einen Schlusssatz. Bitte.

Abg. Krisch REP: Noch einen Satz, um den Kollegen Salomon zu kritisieren. Sie haben die Entwicklung in der Thoriumtechnologie völlig vernachlässigt.

(Abg. Dr. Schlierer REP: Das weiß er halt nicht!)

Es ist eine Technologie, die absolut sicher ist, weil die Kernschmelze physikalisch unmöglich ist. Sie wäre eine Zwischenlösung, bis die Kernfusion entwickelt ist und sinnvoll in Energieproduktion umgesetzt werden kann. Das dürfen Sie nicht vergessen. Hier sind Entwicklungen im Gange, die man beachten muss.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat im September 1999 beschlossen, den Anteil regenerativer Energien bis zum Jahr 2010 sowohl beim Primärenergieverbrauch als auch an der Bruttostromerzeugung zu verdoppeln.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Sehr gut!)

Herr Ministerpräsident Teufel hat ja heute Morgen schon darauf hingewiesen.

Zur Erreichung dieses Ziels sind mehrere Faktoren ausschlaggebend: die allgemeinen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Kostenentwicklung, die erzielbaren Erlöse, die Marktentwicklung und natürlich auch die Förderung durch die öffentlichen Hände. Hier sehe ich zunächst einen Ansatzpunkt für eine Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern. Denn der Bund hat durch das neue EEG, das 100 000-Dächer-Programm und andere Förderprogramme zugunsten der erneuerbaren Energien die Rahmenbedingungen für die Anwendung neu gesetzt. Das ist Realität.

Eine zusätzliche Landesförderung bei der Anwendung hier in diesem Bereich mit Ausnahme der Solarthermie erscheint daher nicht sinnvoll, zumal auch der Bund erklärt hat, sich bei der Förderung im Einzelfall in dem Umfang zurückzuziehen, in dem das Land fördern würde.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Wir haben daher unsere Mittel – zugegebenermaßen, jetzt komme ich darauf, sehr knappe Mittel – in der Markterschließung, in der Marktanwendung, in der Marktanreizförderung auf Solaranlagen konzentriert.

Jetzt noch einmal zu dem, was heute Morgen erzählt wurde. Es ging in den Podiumsdiskussionen – Herr Fraktionsvorsitzender Salomon, Sie waren ja dabei – um die Marktanreizförderung. Da habe ich gesagt – das können Sie auch in vielen Antworten in Landtagsdrucksachen nachlesen –, dass wir da nicht so gut aussehen. Ich habe auch den Grund genannt: Wir mussten Haushaltseinsparungen durchführen. Das war Beschluss der Regierungsfractionen und der Landesregierung. Ich hatte mir etwas anderes gewünscht. Aber dass man sich nicht immer durchsetzt, kommt vielleicht auch bei Ihnen das eine oder andere Mal vor.

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen:
Nichts anderes habe ich behauptet! – Abg. Dr.
Schlierer REP: Häufig!)

Da ging es nur um die Marktanziehe.

Wenn wir aber jetzt zur Überschrift Energieeinsparung kommen, dann ist in der Tat das neu aufgelegte Altbaumodernisierungsprogramm ein hervorragendes Programm,

(Abg. Schmiedel SPD: Das wird ja nicht einmal
abgerufen, so mickrig ist das!)

um sowohl ökonomische wie ökologische Gesichtspunkte – –

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Können
Sie mal zum Thema reden? „Erneuerbare Ener-
gien“ heißt das!)

– Moment! Ich will jetzt noch einmal auffieseln, was heute zu dem gesagt wurde, woran ich Kritik geübt habe.

Der dritte Punkt ist die Förderung der Forschung in diesem Bereich. Diese ist besonders förderungswürdig, weil sie vorwettbewerblich ist. Das ist gerade unter liberalen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten sehr wichtig, weil hier in den Wettbewerb nicht so eingegriffen wird wie bei direkten Marktanziehförderungen einzelner Unternehmen. Hier ist in der Tat Baden-Württemberg Spitzenreiter gegenüber den anderen Bundesländern,

(Abg. Schmiedel SPD: Aber nicht erst, seit Sie re-
gieren!)

nämlich bei der Förderung solarer Kleinkraftwerke, bei der Brennstoffzelle, bei CIS-Dünnschichtsolarmodulen, für die jetzt eine Pilotfabrik eingerichtet worden ist, die die modernste auf der ganzen Welt ist, und in der Grundfinanzierung des ZSW. Außerdem möchte ich noch einmal erwähnen, dass der Neubau des Instituts für Solare Energiesysteme in Freiburg sehr massiv von uns gefördert wird. Das ist ein erheblicher Beitrag zur Förderung regenerativer Energien.

(Abg. Haas CDU: So ist es! Das muss man einmal
begreifen!)

Meine Damen und Herren, es besteht aber auch kein Zweifel daran, dass die erneuerbaren Energien – das haben wir ja auch in der Stellungnahme geschrieben – künftig noch stärker gefördert werden sollten. Das wollen wir auch gutachterlich vorbereiten. Herr Minister Döring hat das erwähnt. Wir müssen nämlich schauen, was die Forschungsinstitute noch mehr tun können, was die Universitäten noch tun können, was die Energiewirtschaft mehr tun kann und was natürlich auch die Landesregierung in diesem Zusammenhang mehr tun kann.

Da geht es eben nicht, Herr Abg. Witzel, um die Privatisierung, weil hier Vermögen gegen Vermögen gesetzt wird, und dann ist das eine Gemeinnützigkeit, und dann können wir rechtlich eben nicht Einzelvorhaben fördern. Das heißt, es muss über den allgemeinen Haushalt gehen. Hier bin ich durchaus optimistisch, auch aufgrund der Debatte, die dieses Haus heute geführt hat.

Ich sage Ihnen auch, worauf wir unseren Blick insbesondere richten: auf Demonstrationsvorhaben, zum Beispiel Förderung ganzer Solarsiedlungen mit einer Anschubfinanzierung, Anwendung der Brennstoffzellentechnik, auch Förderung von Holzschnitzelanlagen, Heizungen in Verbindung mit Nahwärmenetzen gehören für mich dazu und auch die Förderung der Biomasse.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, werden wir landeseigene Schwerpunkte bei der Förderung der regenerativen Energien setzen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Dr. Witzel.

(Abg. Wacker CDU: Jetzt kommt Wind auf!)

Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Herr Vorsitzender, meine Damen, meine Herren! Ich muss ehrlich sagen: Ich bin enttäuscht von dieser Debatte. Die Verdoppelung der erneuerbaren Energien ist ein anspruchsvolles Ziel, welches eine intensive Diskussion und klare Argumentationen erfordert hätte. Was ich aber hier erlebt habe, war eher eine energiepolitische Plauderstunde. Jeder wusste von irgendwoher etwas zu berichten; es ging von der nanotechnischen Revolution über den Thoriumreaktor, es wurde hervorgehoben, was die Landesregierung in anderen Bereichen, zum Beispiel im Bereich der Forschung, getan hat und sonst etwas, aber zum Thema selbst, wie wir es hinbekommen, den Anteil der erneuerbaren Energien hier bei uns im Land zu verdoppeln, habe ich praktisch nichts gehört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir vergeben eine Chance, wenn wir hier so weitermachen. Es ist doch so, dass in der Umweltpolitik immer dort Dynamik aufkam, wo man sich Ziele gesetzt hat und dann auch wirklich fragte, ob das, was wir tun, zu diesen Zielen führt, und nicht fragte, ob das, was man bisher gemacht hat, in irgendeiner Weise gut war. Diese Debatte können wir jetzt hier nicht mehr führen, weil meine Zeit auch gleich abläuft.

(Heiterkeit)

– Meine Redezeit wohl gemerkt.

(Heiterkeit – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die
Grünen: Restlaufzeit! – Zurufe von der CDU)

– Ich werde Ihnen hier noch erhalten bleiben. Das ist kein Problem.

Aber meine Redezeit geht jetzt zu Ende, und ich kann ankündigen: In der Diskussion im Ausschuss werde ich mich durch solche Larifarbeiträge, wie ich sie hier von Ihnen erlebt habe, nicht abspesen lassen. Da werden wir wirklich konkret fragen: Was heißt es, hier Solarsiedlungen voranzutreiben, aber im Wirtschaftsausschuss dann kein Geld dafür zu haben? Was heißt es, Hackschnitzelheizungen zu fördern, weil die die große Masse der erneuerbaren Energie

(Dr. Witzel)

bringen können, wenn aber im Landwirtschaftshaushalt, Herr Reddemann, kein Geld dafür da ist? Dabei sind das gerade wichtige Beiträge, um auch Arbeitsplätze im ländlichen Raum zu schaffen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien, meine Damen und Herren, ist ja nicht etwas, was wir Grünen nur aus Jux und Tollerei machen wollen, was die Landesregierung auch machen will, sondern der Ausbau der erneuerbaren Energien schafft Arbeitsplätze, sichert Wertschöpfung im ländlichen Raum und erhält unsere Umwelt. Das sind viele Vorteile, die da zusammenkommen. Deshalb lohnt es sich, sich dafür einzusetzen, und deshalb lohnt es sich, hier verstärkte Anstrengungen zu unternehmen; denn das Ziel der Verdoppelung des Anteils der erneuerbaren Energien bis zum Jahr 2010 ist ein gutes Ziel. Wir sollten gemeinsam daran arbeiten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, bei Abschnitt I Ziffern 1 bis 6 des Antrags Drucksache 12/4971 handelt es sich um einen Berichtsantrag, der wohl mit der heutigen Debatte als erledigt betrachtet werden kann. – Kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Bei Abschnitt II handelt es sich um einen Sachantrag. Ich schlage vor, diesen Antrag – Abschnitt II – an den Ausschuss für Umwelt und Verkehr zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

(Abg. Drexler SPD: Jawohl! Zugestimmt! – Zurufe: Wirtschaftsausschuss!)

– Oh, Entschuldigung. An den Wirtschaftsausschuss.

(Abg. Drexler SPD: Es war schon beschlossen!)

– An den Wirtschaftsausschuss. Denn das Wirtschaftsministerium hat die Stellungnahme abgegeben. – Vielen Dank.

Damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Landesreisekostengesetzes – Drucksache 12/5186

Mir ist mitgeteilt worden, dass die Fraktionen übereingekommen sind, den Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Finanzausschuss zu überweisen. –

(Beifall – Zurufe: Sehr gut!)

Sie stimmen dem zu. Damit ist es so beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

a) Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes Baden-Württemberg – Drucksache 12/5236

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Eckpunkte zur Reform des Gymnasiums und der gymnasialen Oberstufe – Drucksache 12/5221

c) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Praxisgerechte Reform der gymnasialen Oberstufe – Drucksache 12/4962

(Abg. Drexler SPD: Machen wir hier das Gleiche!
– Abg. Brechtken SPD: Damit machen wir das Gleiche; einverstanden?)

Meine Damen und Herren, die Regierung wird den Gesetzentwurf begründen. Für die Aussprache über die Punkte 5 a bis c hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt,

(Abg. Drexler SPD: Ist das nicht ein bisschen viel?)

wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort erteile ich der Frau Ministerin für Kultus, Jugend und Sport.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Weiterentwicklung der Schule bedeutet in Zukunft Konzentration in Bezug auf Inhalte, Modernisierung in Bezug auf Didaktik und Methodik, Straffung und Überschaubarkeit der Strukturen. In diesem Sinne hat die Kultusministerkonferenz im Oktober des vergangenen Jahres einheitlich Öffnungsklauseln für die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe genehmigt.

Allen ist klar: Die gymnasiale Oberstufe, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland seit 25 Jahren besteht, hat sich überlebt und ist veraltet. Sie gehört ins 20. Jahrhundert, taugt aber nicht für das Gymnasium des 21. Jahrhunderts.

Baden-Württemberg ist das erste Land, das die Möglichkeiten wahrnimmt, die die Kultusministerkonferenz geschaffen hat, und zukunftsfähige Perspektiven sowie eine moderne und zeitgemäße Ausbildung an unseren Gymnasien möglich machen will. Ich betone: Wir sprechen heute nur über einen Teilbereich, über die Oberstufe; aber was ich sage, gilt in gleicher Weise für die Weiterentwicklung des Gymnasiums ab Klasse 5.

Weiterentwicklung von Bildungsinhalten, die der Wissensgesellschaft gerecht werden, Weiterentwicklung von Methoden und Didaktik des Unterrichtes, die das Lernen nachhaltiger machen, neue Formen der Leistungsmessung, die wir an einigen Gymnasien in Baden-Württemberg schon praktizieren, Stärkung der Naturwissenschaften und Weiterentwicklung unserer Profile, das alles gilt für das Gymnasium ab Klasse 5. Das, worüber wir heute diskutieren, betrifft die Oberstufe, also die Klassen 12 und 13.

Was wollen wir? Wir wollen eine Stärkung der Allgemeinbildung, vor allem in den so genannten Kernkompetenzbereichen. Wir wollen die Rücknahme verfrühter Spezialisierungen. Wir wollen neue, schülerzentrierte Lern- und

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Arbeitsformen, eine Verstärkung der Methoden- und der Sozialkompetenzen, sprich: ein Lernen in den letzten beiden Klassen des Gymnasiums, das zu mehr Selbstständigkeit führt, das die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen befördert, die in Zukunft bedeutsam sind. Wir wollen individuelle Schwerpunkte erhalten, Profilbildung möglich machen. Es ist richtig, dass Schülerinnen und Schüler in diesem Alter auch Schwerpunkte setzen können. Wir wollen schließlich eine Stärkung der Naturwissenschaften. Meine Damen und Herren, solange man in Deutschland mit nur einem naturwissenschaftlichen Fach Abitur machen kann, brauchen wir uns nicht zu wundern, dass viele Jugendliche nach dem Abitur keinen Mut haben, in eine Naturwissenschaft, in Technik, in ein Ingenieurstudium zu gehen. Deshalb wollen wir, dass künftig zum Abitur in Baden-Württemberg zwei Naturwissenschaften gehören.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben eine Neuordnung also in pädagogisch-didaktischer, in inhaltlicher und in struktureller Hinsicht vorbereitet.

Meine Damen und Herren, die Diskussion läuft seit zwei Jahren. Beteiligt daran sind unsere Hochschulen, Unternehmen, die Wirtschaft, die Pädagogen in unseren Gymnasien, die Schulleiter. Das Ergebnis ist eine Neuordnung, bei der wir davon ausgehen: Die Stärkung der Grundbildung, der Allgemeinbildung für alle ist wichtiger als Spezialisierung für wenige. Deshalb in den Kernkompetenzbereichen keine curriculare Unterscheidung mehr, Lehrpläne – und das war ein besonderes Anliegen der FDP/DVP –, die über zusätzliche Module denen, die besondere Stärken in einem Fach haben, die Möglichkeit geben, diese Stärken auch zu zeigen.

Zweitens: Die neue Oberstufe gibt Möglichkeiten für individuelle Profilierung. Hier sage ich ganz deutlich: Was die GEW und einige andere sagen, ist schlicht nicht wahr. Wir schaffen nicht das Kurssystem ab, wir schaffen nicht Wahlmöglichkeiten ab, wir schaffen nicht Profilierung ab, wir schaffen nicht die Möglichkeit ab, individuelle Schwerpunkte zu setzen. Das alles bleibt. Es wird künftig sogar mehr Möglichkeiten der Verbindungen geben. Zum Beispiel sind alle bisherigen Beschränkungen der Kombinationen des Faches Deutsch mit künstlerischen und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern aufgehoben. Neue Kombinationen werden möglich, die bislang nicht möglich waren.

Gymnasien in Baden-Württemberg haben neun verschiedene Profile – das ist einmalig in der Bundesrepublik Deutschland –: berufliche Profile, musische Profile, ein neugeordnetes naturwissenschaftliches Profil, neusprachliche und nach wie vor auch altsprachliche Profile.

Wir wollen drittens in dieser Oberstufe ein deutliches Zeichen setzen. Zwei zweistündige Naturwissenschaften sind das Minimum, zwei vierstündige Naturwissenschaften sind das Maximum. Das ist eine deutliche Stärkung. Wir kommen damit dem nach, was seit Jahren gefordert wird: eine breitere naturwissenschaftliche Bildung. Die Naturwissenschaften müssen in unseren Gymnasien so wichtig werden, wie die Fremdsprachen schon heute sind.

Viertens: Verstärkung der informationstechnischen Kompetenzen. Unsere künftigen Lehrpläne werden das Lernen mit dem Computer schon beinhalten. Der Computer ist in die Lehrpläne integriert. Das Fach Informatik soll als fünftes mündliches Abiturfach auch am allgemein bildenden Gymnasium zugelassen werden.

Schließlich werden diese neuen Lehrpläne der Tatsache Rechnung tragen, dass Fächer stärker miteinander verbunden werden müssen. Ein großes Problem unserer Schulen – übrigens aller Schularten – liegt heute darin, dass in den Lehrplänen viel Detailwissen ist, viel zusammenhanglose Kenntnisse, aber zu wenig Zusammenhänge hergestellt werden. Deshalb werden sich die neuen Lehrpläne damit beschäftigen, Wege ermöglichen und aufzeigen zum vertieften Erwerb methodischer und sozialer Kompetenzen. Das, was für den Seminarkurs typisch ist – erwachsenengerechte Arbeitsformen –, das soll auch in anderen Lehrplänen deutlich werden. Wir reden, wenn wir über Schüler und Schülerinnen der Klassen 12 und 13 sprechen, nicht über Kinder, sondern über junge Erwachsene. Deshalb müssen die letzten Jahre des Gymnasiums in den Arbeitsformen, den Inhalten und den Strukturen von erwachsenengerechten Formen des Lernens geprägt sein.

Schließlich: Neue Unterrichtsformen, neue Lernformen erfordern dauerhaft neue Formen der Leistungsbeurteilung. Die traditionelle Klassenarbeit wird in der Oberstufe durch neue, kreative Prüfungs- und Präsentationsmöglichkeiten ergänzt. Baden-Württemberg führt sowohl hier als auch bei neuen Unterrichtsformen bereits heute zahlreiche Versuche in der Sekundarstufe I durch, und wir werden dann die Erfahrungen in die Sekundarstufe II einführen.

Letzter Punkt: Wir bleiben beim Zentralabitur. Ich rate uns allen sehr, zu einem Zeitpunkt, zu dem bundesweit die Forderung besteht, dass es überall vergleichbare Abschlussprüfungen geben soll, das Zentralabitur bei uns, die wir eine lange und bewährte Tradition damit haben, nicht infrage zu stellen. Dabei ist klar, dass die schon jetzt bestehende Möglichkeit, zwischen verschiedenen Themen oder Texten zu wählen, künftig nicht nur beibehalten, sondern erweitert werden kann. Aber es bleibt dabei: Das Gymnasium wird, wie jede andere Schulart in Baden-Württemberg, mit einer vergleichbaren zentralen Prüfung abgeschlossen. Das wirkt standardbildend. Das hat zum guten Ruf des Gymnasiums in Baden-Württemberg viel beigetragen. Deshalb sollten wir in Zeiten, in denen andere auf die Idee kommen, dass das gut ist, daran nicht zweifeln.

Meine Damen und Herren, zwei Jahre ist diskutiert worden. Über die allermeisten Elemente ist ein breiter Konsens hergestellt, über manches sind wir im Dissens. Es gibt einen breiten Konsens mit dem Hochschulverband, der Landesrektorenkonferenz, dem Forum Gymnasium – Hochschule – Wirtschaft, dem Philologenverband, der Direktorenkonferenz und den Fachverbänden.

Diejenigen, die im Gymnasium wirken, die die Geschichte des Gymnasiums kennen, wissen, dass in dieser Neuordnung eine große Chance steckt; sie haben die Neuordnung wesentlich mit auf den Weg gebracht und mitgestaltet.

Mit dem Landesschülerbeirat und dem Landeselternbeirat ist nicht in allen Punkten Konsens erreicht. Das bezieht

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

sich auf die Leistungskurse. Aber sowohl die Vertreter der Eltern als auch die des Landesschülerbeirats sind jetzt an der Weiterentwicklung der Lehrpläne beteiligt. Die Lehrplanarbeit ist in vollem Gang, unter Beteiligung von Eltern und auch von Schülervertretern, unter Beteiligung der Hochschulen und der Wirtschaft. Lehrpläne der Zukunft können nur vernünftig erstellt werden, wenn diejenigen, die in der nächsten Phase, der des Studiums und der beruflichen Bildung, damit zu tun haben, auch frühzeitig beteiligt werden, damit die Anschlussfähigkeit zwischen den verschiedenen Stationen einer Bildungs- und Ausbildungsbiographie gegeben ist.

Wir beraten heute in erster Lesung das, was aus der neu geordneten Oberstufe für das Schulgesetz an Konsequenzen erwächst. Wir beraten ein bildungspolitisches Projekt, das ein wichtiges Segment im Kontext eines zukunftsfähigen und in sich stimmigen künftigen Gymnasiums sein wird. Die neue Oberstufe ist ein Segment, aber sie ist ein bedeutsames Segment. Sie ist mit einer Neuordnung verbunden, die die Qualität des Abiturs stabilisiert, die das Vertrauen in gymnasiale Bildung stärken soll und die vor allem den Schülern und Schülerinnen eine moderne, eine zukunftsfähige Form ihrer letzten Schuljahre möglich macht.

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Stelly. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, zusammen mit dem Gesetzentwurf sind zwei Anträge aufgerufen: ein Antrag der Fraktion der SPD und ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Das Präsidium hat ausdrücklich eine Gesamtrededzeit von zehn Minuten je Fraktion bei gestaffelten Rededzeiten festgelegt. Ich darf bitten, zu berücksichtigen, dass es nach dem einstimmigen Beschluss des Präsidiums für die Begründung der Anträge keine gesonderte Rededzeit gibt.

Das Wort hat Herr Abg. Zeller.

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der vorliegende Gesetzentwurf bedeutet die Abschaffung des bewährten Kurssystems. Er bedeutet trotz gegenteiliger Behauptungen eine deutliche Einschränkung der Wahlmöglichkeiten. Er bedeutet in der Konsequenz größere Lerngruppen, da in den Jahrgangsstufen 12 und 13 wieder zum Klassenprinzip zurückgegangen wird.

(Zurufe von der CDU, u. a.: Gott sei Dank!)

Er bedeutet für die Abiturientinnen und Abiturienten aus Baden-Württemberg unter Umständen größere Schwierigkeiten bei der Findung von Studienplätzen, also quasi eine Benachteiligung. Und der Gesetzentwurf bedeutet, dass Baden-Württemberg einen Alleingang macht, einen Sonderweg beschreitet, und dies, obwohl es immer wieder auch anderweitige Behauptungen gibt. Weder Bayern noch Hessen gehen diesen Weg mit. Gegen diesen Sonderweg – Herr Rau, daran möchte ich Sie erinnern – hatten Sie sogar am 7. Mai 1998 von dieser Stelle aus ausdrücklich gesprochen. Heute findet dieser Sonderweg statt.

(Abg. Rau CDU: Zitieren Sie einmal, was ich gesagt habe, Herr Kollege!)

Meine Damen und Herren, ich muss auch das demokratische Verständnis der Frau Ministerin und der die Regierung tragenden Koalition anzweifeln.

(Abg. Rückert CDU: Ha no!)

Zum einen wird hier eine bisher offene Diskussion, eine breite Diskussion auch hinsichtlich der Lehrpläne nicht gewährleistet.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Wacker CDU: Das ist doch unwahr!)

Sie veröffentlichen Broschüren und tun den Beteiligten gegenüber so, als ob das schon alles beschlossene Sache sei. Das ist ja Ihre angebliche Dialogbereitschaft. Die entpuppt sich hier als wahres Feigenblatt. Aber wahrscheinlich gehen Sie, Frau Schavan, davon aus, dass Sie, egal, was Sie bringen, in diesem Haus immer die Mehrheit bekommen.

(Abg. Wacker CDU: Das ist auch gut so!)

Die Mehrheit wird dies abnicken. Dieses Verhalten ist nichts anderes – so haben Sie es in Ihren Broschüren dargestellt, und zwar bisher am Landtag vorbei – als ein Ausdruck der Arroganz der Macht, die Sie hier im Haus haben.

(Abg. Rau CDU: Sie dürfen die Broschüren lesen!)

Der vorliegende Gesetzentwurf, meine Damen und Herren, ist ein eindeutiger Rückschritt und keine echte Reform. Er ist eine Flickschusterei. Anstatt eine echte Reform des Gymnasiums von unten zu betreiben, wollen Sie vom Dach her beginnen, und Sie verwenden dabei auch noch die falschen Materialien. Sie wollen, dass das Gesetz gegen den Willen von Schülerinnen und Schülern durchgedrückt wird. Der Landesschülerbeirat hat sich Ihrem Entwurf nicht angeschlossen. Es gibt auch eine Stellungnahme des Landeselternbeirats – ebenfalls keine Zustimmung.

(Abg. Rau CDU: Ist da eine Ablehnung drin, Herr Kollege Zeller? Erwecken Sie hier nicht falsche Eindrücke! Der Landeselternbeirat hat nicht widersprochen!)

Und in vielen Gesprächen mit Betroffenen, mit Lehrerinnen und Lehrern, mit Schulleitungen habe ich erfahren, dass Ihre Oberstufenreform kritisiert wird und dass auch eindeutig gegen das Durchpeitschen Stellung genommen wurde. Sie wollen mit der Brechstange Ihre bildungspolitische Stärke demonstrieren, so nach dem Motto, hauptsächlich noch vor der Wahl hier etwas zustande gebracht zu haben, nachdem Sie bisher kläglich versagt haben, sowohl im Bereich der verlässlichen Halbtagsschule wie auch bei der Unterrichtsversorgung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: Mäßiger Applaus der SPD!)

Stimmen aus der Wirtschaft und aus der Wissenschaft, die den Vorteil des jetzigen Systems loben, wischen Sie weg. Es gibt dort Stimmen, die sagen, dass es ein Idealfall ist, wenn Schüler in verstärktem Maß ihren Interessen, ihrem

(Zeller)

Engagement nachgehen können, ihren Leistungswillen und ihre Leistungsbereitschaft zeigen und sich auch einmal vertieft mit einem Fach und einem Thema beschäftigen können. Solche Stimmen und Meinungen ignorieren Sie. Sie passen nicht in Ihr Bild. Sie passen nicht in Ihren Alleingang.

Zu Recht kritisiert zum Beispiel Professor Ernst von der Universität Tübingen, dass bestehende Mängel bei Grundkenntnissen und Grundfertigkeiten durch die jetzige Oberstufenreform von Ihnen eben nicht behoben werden. Wie denn auch? Eine Stunde mehr in Mathematik, Deutsch und in einer Fremdsprache, also vier Stunden statt drei Stunden im Grundkurs, soll die Lösung sein.

Übrigens kritisieren Sie nur die Grundkurse, nicht die Leistungskurse. Gleichzeitig erhöhen Sie mit Ihrem Modell die Zahl der zweistündigen Fächer auf insgesamt sechs. Für mich ist völlig unlogisch, wie man einerseits genau dieses kritisiert und sagt, dass zu wenig gemacht wird, und wie andererseits dieser Schritt bewusst gegangen wird. Wenn Sie schon die Grundfertigkeiten verbessern wollen, dann müssen Sie von unten anfangen. Dann müssen Sie zum Beispiel auch erklären, warum die Realschülerinnen und Realschüler beispielsweise in den Klassen 9 und 10 je vier Stunden in Deutsch und in der Fremdsprache haben, die Schülerinnen und Schüler am Gymnasium aber nur drei Stunden haben. Dort wäre anzusetzen. Dort wäre sozusagen die Grundlage für das zu schaffen, was Sie hier kritisieren.

Das Haus, meine Damen und Herren – das wissen wir alle –, wird von unten aufgebaut. Eine echte Reform muss deshalb mit der Klasse 5 beginnen. Also sage ich Ihnen klipp und klar: Fummeln Sie hier nicht an der Oberstufe herum, die Sie übrigens bis vor kurzem noch in Ihren Informationsschriften für Elftklässler in wunderschönen Tönen lobten. Fangen Sie nicht bei der Oberstufe an, sondern entwickeln Sie ein Gesamtkonzept für eine echte Reform des Gymnasiums, das die Unter-, die Mittel- und die Oberstufe einbezieht.

Eine solche Reform, meine Damen und Herren, ist natürlich schon längst überfällig. Ich sage Ihnen: Wir wollen die jungen Menschen im Interesse der Zukunftschancen der jungen Generation auf die Anforderungen vorbereiten, die auf sie zukommen: auf die Anforderungen einer Kommunikationsgesellschaft, auf die Vermittlung von Schlüsselqualifikationen sowie von außerfachlichen Fähigkeiten und Fertigkeiten. Fächerübergreifendes Wissen hat eine immer größere Bedeutung. Beginnen Sie mit der Reform der Lehr- und Lerninhalte, der Lehrpläne, von unten. Überflüssiges Faktenwissen muss raus aus den Lehrplänen. Dringend notwendig sind neue Schwerpunkte wie Informationstechnik und Kommunikation, wie Technik und Wirtschaft. Es ist auch notwendig, die Berufs- und Lebenswelt stärker in den Schulalltag einzubeziehen und die Lernortvielfalt zu verbessern. Geben Sie den Schulen mehr Gestaltungs- und inhaltlichen Freiraum, die Schwerpunkte selbst setzen zu können.

Meine Damen und Herren, zu einer echten Reform gehört auch eine Reform der Unterrichtsarbeit, vermehrte Projektarbeit, Teamarbeit sowie fächerübergreifender Unterricht, der diesen Namen auch tatsächlich verdient. Entgegen Ih-

rer Behauptung, Frau Schavan, stelle ich fest, dass noch lange nicht alle Schulen ein eigenes Schulprofil und ein eigenes Schulprogramm erarbeitet haben. Unsere Schulen brauchen dabei die volle Unterstützung der Schulverwaltung bis hin zu externer Beratung. Lassen Sie Schulversuche zu, insbesondere natürlich auch zu der Oberstufe. Lassen Sie diese Schulversuche wissenschaftlich begleiten, damit wir eine fundierte Grundlage haben.

Noch ein Wort zur FDP/DVP. Der Kollege Pfister ist jetzt leider nicht da.

(Abg. Drexler SPD: Wo ist er denn? – Abg. Rückert CDU: Aber die Frau Berroth!)

Mir tut der Kollege Pfister eigentlich Leid; denn ich schätze ihn auch als Mensch sehr.

(Abg. Rückert CDU: Ach was! – Abg. List CDU: Krokodilstränen!)

Er hat sich in den letzten Legislaturperioden mehrfach für das jetzige Kurssystem stark gemacht. Ich erinnere mich zum Beispiel noch sehr gut daran: 1995 waren wir zu einem Expertengespräch Gast bei der GEW. Dort hat er sich eindeutig für das Gymnasium mit dem jetzigen Kurssystem ausgesprochen. Der Landesparteitag der FDP/DVP im Januar dieses Jahres hat beschlossen, die fünfständigen Leistungskurse beizubehalten. Gleichzeitig aber haben die FDP/DVP-Minister im Kabinett dem Schavan-Modell zugestimmt und es abgenickt. Aber wahrscheinlich ist es ja bei der FDP/DVP in Baden-Württemberg so wie anderswo auch:

(Abg. Christa Vosserschulte CDU: So wie bei der SPD!)

Die Fähnchen werden in den Wind gehängt; Hauptsache, man kann an der Macht bleiben.

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Wie bei der SPD!)

Meine Damen und Herren, unser Fazit ist: Das Gymnasium muss sich ebenso wie die anderen Schularten verändern, um den neuen und künftigen Anforderungen der Kommunikationsgesellschaft in einer globalisierten Welt gerecht zu werden und die Zukunftschancen zu verbessern. Durch die Oberstufenpläne der Landesregierung wurden wesentliche Zukunftsfragen der Gymnasialbildung nicht beantwortet oder mit der faktischen Abschaffung des Kurswahlsystems sogar die falschen Weichen gestellt. Notwendig ist nicht die Einschränkung des Kurswahlsystems, sondern die Ausweitung im Sinne einer stärkeren Profilbildung der Schulen. Notwendig sind eine Ausweitung der Unterrichtsangebote, beispielsweise in Informatik, und die Einführung dezentraler Abiturprüfungen. Da sind wir völlig anderer Meinung als Sie.

Solange also kein Gesamtkonzept vorliegt, Ergebnisse aus entsprechenden Schulversuchen fehlen, Abstimmungen mit den anderen Bundesländern verweigert werden, sollten Sie Ihren Gesetzentwurf zurückziehen und tatsächlich zunächst einmal Ihre Hausaufgaben machen.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf soll nun die neue Oberstufe nach dem Modell unserer Kultusministerin mit „aller Macht“ kommen. So dringend ist es Ihnen, Frau Schavan, dass eine Broschüre für die Schüler und Schülerinnen schon gedruckt und verteilt wurde, bevor überhaupt die notwendige Gesetzesänderung in den Landtag eingebracht wurde. Meine Damen und Herren, ich halte das für eine Missachtung demokratischer Spielregeln.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Abg. Christa Vosserschulte CDU: Das soll in der Öffentlichkeit diskutiert werden!)

Nun mache ich mir über das Abstimmungsverhalten bei den Mehrheitsfraktionen keine Illusionen, Frau Vosserschulte, aber wir sehen hier erneut, wie ernst die Kultusministerin den tatsächlichen Dialog nimmt, der auch noch eine Änderung von Positionen bei den Schulgesetzberatungen zuließe. Was wir im Verlauf der Diskussion erlebt haben, war lediglich ein Prozess diverser Umdeutungen. Das Modell selbst ist in den letzten zwei Jahren nicht wesentlich verändert worden.

Wenn man die geplante Strukturreform kritisiert, wird neuerdings auf die geplanten inhaltlichen Veränderungen verwiesen, auf die neuen Unterrichtsmethoden, die Unterrichtsformen und die Lehrpläne. Diese und nicht strukturelle Innovationen stünden im Mittelpunkt der Neuregelung, so schreibt die Kultusministerin in der Stellungnahme zu unserem Antrag. Wir Grünen, Frau Kultusministerin, würden eine tatsächliche Diskussion und eine Reform der Inhalte begrüßen, da uns diese Diskussionen ohnehin lieber sind als die Schulstrukturdebatten. Die inhaltliche Reform setzt aber einen Dialog voraus, setzt eine Diskussion über das voraus, was wir wollen, und einen breiten Erfahrungsaustausch. Vor allem setzt eine inhaltliche Reform der Oberstufe ein systematisches Nachdenken über eine Reform des Gymnasiums ab Klasse 5 voraus. Ein Gesamtkonzept für das Gymnasium ist überfällig, statt immer mehr Baustellen an allen Ecken und Enden des Gymnasiums zu schaffen. Wer zum Beispiel die Kernkompetenzen Deutsch und Mathematik stärken will, der muss damit doch in der Klasse 5 beginnen und darf den Blick nicht nur auf die Oberstufe richten.

Gerade weil wir jetzt am Beginn einer Entwicklung stehen, lehnen wir Grünen die derzeit geplante flächendeckende Umsetzung des neuen Modells der Oberstufe als Beispiel praxisferner Bildungspolitik ab. Es widerspricht den Grundsätzen einer verantwortungsvollen Bildungspolitik, ein Modell ohne Erprobung in der Praxis flächendeckend umzusetzen. Wir werden den Eindruck nicht los, dass das auch damit zu tun hat, dass Sie sich mit diesem Modell bundesweit profiliert haben und Sie es jetzt möglicherweise als Prestigeverlust empfinden würden, davon wieder Abstriche zu machen oder es auf die lange Bank zu schieben.

(Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Ein Praxistest ist erforderlich, so meinen wir, weil das Modell sehr viele Schwachstellen, sehr viele Ungereimtheiten hat und Fragen offen lässt.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich will einige davon benennen:

Erstens: Künftig müssen alle fünf verpflichtend zu belegenden vierstündigen Fächer auf Leistungskursniveau unterrichtet werden. Da sitzen dann sowohl Schüler, die dieses Fach als Grundkurs abrechnen, als auch solche, die es als Leistungskurs anrechnen lassen. Was das für die Praxis der unterschiedlichen Fächer bedeutet, ist bis heute noch nicht bekannt. Die FDP/DVP, die Frau Kollegin Berroth hat inzwischen sogar durchgesetzt, dass künftig unterschiedliche Leistungskurse in jedem der fünf vierstündigen Fächer, speziell in Deutsch, Mathematik und einer Fremdsprache, gebildet werden können, so genannte A- und B-Kurse. Werden diese Kurse dann nach der Wahl der Schüler festgelegt? Wie soll das funktionieren, wenn am Schluss alle Schüler dasselbe Abitur machen müssen? Stehen für solche äußeren Differenzierungen überhaupt Ressourcen zur Verfügung?

Der Philologenverband hat solche Überlegungen zu Recht als Unsinn abgetan. Entweder man will verbindliche Kernfächer mit einem verbindlichen Abitur für alle Schüler, oder man will die Beibehaltung von Leistungskursen. Dann muss man aber am bisherigen Kurssystem festhalten.

Zweitens: Heute ist in den Leistungskursen ein großer Teil der Schüler und Schülerinnen besonders motiviert und besonders leistungsorientiert. Wir wissen auch aus dem, was uns die Schüler und Schülerinnen immer wieder sagen, wie sehr sie die Leistungskurse als Bereicherung, als Chance und als Herausforderung empfinden.

(Abg. Christa Vosserschulte CDU: Gehen Sie einmal in einen!)

Diese positive Lernsituation soll jetzt aufgehoben und der Unterricht sogar noch gekürzt werden. Sind also Leistungsabfall und Nivellierung die zwei neuen Attribute der Oberstufe nach dem neuen Modell?

Drittens: Bei einem dadurch möglicherweise erschwerten Abitur mit fünf Fächern stellt sich die Frage, ob baden-württembergische Schüler bei der Vergabe von Studienplätzen künftig benachteiligt werden.

(Zuruf der Abg. Christa Vosserschulte CDU)

Ich rede jetzt nicht von den Studienplätzen über die ZVS, da diese nach der Länderquote vergeben werden. Ich rede vielmehr von den lokalen NCs. Betroffen hiervon sind immerhin über 70 % der Studienplätze.

Das neue Modell lässt auch Innovationen nicht zu, verhindert sie sogar, indem zum Beispiel dem Fach Informatik künftig nur noch eine Randexistenz zukommen soll – ein Armutszeugnis für ein Hightechland wie Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

(Renate Rastätter)

Zum neuerdings so hochbeschworenen fächerübergreifenden Unterricht: Sie müssen mir sagen, wie dieser durch das neue Strukturmodell erleichtert werden soll.

(Abg. Christa Vossschulde CDU: Er wird überhaupt erst möglich!)

In der Praxis, Frau Vossschulde, wird es feste Lerngruppen aber nur in Deutsch und in Mathematik geben.

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Sehr richtig! – Abg. Christa Vossschulde CDU: Und in der Fremdsprache!)

Sind ausgerechnet dies die Anknüpfungspunkte für einen fächerübergreifenden Unterricht? Das müssen Sie mir erst noch beantworten.

(Zuruf der Abg. Christa Vossschulde CDU)

Wir Grünen – das ist im Ergebnis unsere Position – fordern deshalb, dieses Modell derzeit nicht flächendeckend einzuführen, sondern den Schulen Freiräume zu geben, auch andere Modelle zu erproben, zum Beispiel das Modell des Landesschülerbeirats oder das Modell – es wird auch von Lehrerverbänden und von vielen Lehrkräften eingefordert – der Profiloberstufen. Gerade die Profiloberschulen in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt,

(Abg. Rückert CDU: Oje, oje! – Gegenruf der Abg. Christine Rudolf SPD: Sie wissen doch gar nicht, was das ist, Herr Rückert!)

dass dort durch die Kurskopplungen, die übrigens auch feste, stabile Lerngruppen ermöglichen, fächerübergreifender Unterricht, interdisziplinäres Lernen und neue Unterrichtsmethoden besonders gut funktionieren und besonders gut entwickelt werden. Frau Kultusministerin, Sie brauchen sich deshalb nicht die Haare zu raufen. Es ist so, es ist Fakt.

Kurzum: Wir Grünen wollen die fällige Gesamtreform des Gymnasiums in die Gänge bringen. Das Gymnasium muss ein Ort werden, an dem junge Menschen mit Herz, Kopf und Hand lernen.

(Abg. Rückert CDU: Und Verstand!)

– Der Verstand sitzt normalerweise im Kopf.

(Abg. Kiefl CDU: Normalerweise!)

Ich weiß nicht, ob das bei – – Na ja, gut.

(Heiterkeit – Zurufe von der CDU)

Zur Entwicklung einer Persönlichkeit, wie sie das Gymnasium bilden und erzielen muss, gehören auch die Fähigkeit zu selbstständigem Denken, soziale Fähigkeiten, persönliche Haltungen, Werte, Tugenden, Schlüsselqualifikationen und – das ist ganz wichtig – die Bereitschaft, für sich selbst und die Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. Dazu gehört ferner die Bereitschaft, lebenslang neugierig, offen, lernbereit und lernwillig zu sein.

Das Gymnasium muss von jungen Menschen Leistung einfordern, aber es muss so ausgestaltet werden, dass sie ihre

Leistungspotenziale auch voll entfalten können. Das Gymnasium zu einem solchen Ort zu machen, wird die Herausforderung für die Lehrer und Lehrerinnen in Zusammenarbeit mit den Schülerinnen und Schülern und den Eltern vor Ort sein. Es gibt viele Lehrkräfte, die sich diesen Zielen schon heute verpflichtet fühlen. Das Gymnasium im Dialog zu entwickeln, wird eine spannende Aufgabe. Dafür lohnt sich die Auseinandersetzung. Ich betone ausdrücklich die Bereitschaft und das Interesse meiner Fraktion, zum konstruktiven Dialog über die Zukunft des Gymnasiums beizutragen. Wir müssen den Lehrkräften die dazu notwendige Unterstützung geben. Sie brauchen Freiräume, sie brauchen Unterstützung und systematische Weiterbildung.

Ich glaube, dass das den Schulen jetzt aufgedrückte Strukturmodell keinen positiven Beitrag dazu leistet. Geben Sie den Schulen die Möglichkeit, verschiedene Möglichkeiten zu erproben! Wir werden nicht viele Jahre brauchen, um Praxiserfahrung zu sammeln. Zum Schluss können wir entscheiden, was in Zukunft die beste Strukturlösung für das Gymnasium ist.

Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Vossschulde.

(Zuruf von der CDU: Jetzt kommt eine Fachfrau!)

Abg. Christa Vossschulde CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Lehrer Zeller, die Regierung hat ihre Hausaufgaben gemacht, und zwar gründlich. Das Ganze ist auch nicht wie ein warmer Regen plötzlich über uns gefallen,

(Abg. Zeller SPD: Das sagen Sie! Das bezweifeln sehr viele! – Abg. Braun SPD: Ein kalter Schauer war das! – Abg. Zeller SPD: Mich fröstelt es!)

sondern die Diskussion läuft seit 1989. Die Oberstufenreform ist tatsächlich eine unendliche und unsägliche Geschichte. Dennoch stelle ich erstaunliche Parallelen fest. Die damaligen Erfinder hatten das Bild des strebsamen, eifrigen Schülers vor Augen, der seine Bildung selbst organisiert und sie zielbewusst auf seine Neigungen und Fähigkeiten ausrichtet.

(Abg. Döpfer CDU: Ah ja!)

Ich weiß nicht, ob die Damen und Herren, die das damals beschlossen haben, sich selbst im Blick hatten; das kann ich nicht sagen.

(Lachen des Abg. Döpfer CDU)

Jedenfalls haben die SPD und die Grünen heute dasselbe Bild wieder im Blick.

Damals ging man des Weiteren noch von einer bildungspolitischen Ideologie aus, nämlich dass alle Schulfächer in gleicher Weise geeignet seien, die Schüler zur allgemeinen Hochschulreife zu führen. Das ist nun leider ein blanker Unsinn, wie sich sehr schnell herausgestellt hat.

(Christa Vosschulte)

(Abg. Rückert CDU: So ist es! – Abg. Bebber SPD: Also, Frau Blank, das würde ich mir nicht gefallen lassen!)

Das wissen auch alle Schüler. Sie wissen mehr oder weniger instinktiv, zumindest nach den ersten gymnasialen Jahren, bei welchen Fächern es sich um leichte und bei welchen um schwere handelt. Das sagen sie auch ganz unge-
nert.

Das damalige System hatte und hat bis heute erhebliche Fehler. Ein Fehler war auch das Zulassungsverfahren der ZVS, bei dem lediglich der Notendurchschnitt berücksichtigt wurde, egal ob er im Sport, in Biologie, Philosophie oder Deutsch erreicht wurde; das spielte keine Rolle.

Damit war es eigentlich nur logisch, dass die Schüler sehr schnell zu einer cleveren Auswahl fanden, zu einer Auswahl von Fächern, die Ihnen Erfolg bei der Note garantieren und die sich überhaupt nicht mehr nach Leistung, Neigung oder Fähigkeiten richtete. Das ist klar, denen war das Hemd näher als der Frack. So wäre es bei mir auch gewesen. Das ist den Schülern auch überhaupt nicht vorzuwerfen, sondern lediglich denen, die dieses komische System erfunden haben.

Ein beträchtlicher Teil der Schüler fand nun im Zuge der generellen Umorientierung unserer Gesellschaft heraus, dass die Schule überhaupt nur eine der möglichen Betätigungen im Leben eines Schülers ist und dass deren Anforderungen auf möglichst rationelle und zeitsparende Weise erledigt werden sollten. Auch das halte ich für legitim, solange wir es zulassen.

(Abg. Bebber SPD: Was sagt denn die Frau Ministerin zu diesen Sprüchen? – Abg. Zeller SPD: Das ist ein sehr merkwürdiges Bild von Schülern!)

– Ein sehr realistisches, Herr Kollege Zeller. Ich habe sie selbst im Unterricht und komme gerade von einer Abiturprüfung.

Die heutige Situation ist die, dass der Wert der Grundkurse – im Bewusstsein der Schüler – gegen null sinkt und dass die Leistungen, die im Leistungskurs erbracht werden, durchaus nicht immer dem entsprechen, was man sich wünschen würde.

(Abg. Bebber SPD: Fehlt nur noch, dass Sie die Peitsche herausholen!)

Der schleichende Niveauverlust führt dazu, dass wir in den Schulen heute Leistungen haben, die durchaus nicht immer angemessen sind. Ich denke, dass daran dieses System Schuld ist. Die hohe Zahl der Studienabbrüche ist kein Ruhmesblatt für unsere Oberstufe. Von Hochschulreife oder Studienreife kann in nicht so sehr vielen Fällen die Rede sein. Die Hochschulen stöhnen unter dem mangelnden Grundlagenwissen der anrückenden Abiturienten.

(Abg. Zeller SPD: Ach!)

– Dann fragen Sie sie mal.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Die Opposition greift nun diese neue Oberstufe heftig an. Da muss ich den Grünen sagen: Der Antrag, den Sie hier eingebracht haben, „Praxisgerechte Reform der gymnasialen Oberstufe“, ist so voller Fehler, dass ich mich damit nicht abgebe.

(Abg. Rückert CDU: Sechs! – Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Bei der SPD stehen wir wieder vor demselben Ausgangspunkt: Der Schüler ist noch fleißiger, noch eifriger. Von normalen Schülern gehen Sie, glaube ich, überhaupt nicht mehr aus.

(Abg. Zeller SPD: Dass Schüler sich bei Ihnen nicht motiviert fühlen, ist mir klar!)

Sie fordern die Beibehaltung des Kurssystems und die Ausweitung der Wahlmöglichkeiten. Damit verstärken Sie die Fehler der Vergangenheit und tragen dazu bei, dass die im Übrigen von allen ernst zu nehmenden Institutionen geforderten gründlichen Kenntnisse in Deutsch, Mathematik und Fremdsprache noch weiter zurückgedrängt werden.

Sie sollten sich Nordrhein-Westfalen als Beispiel nehmen. Die dortige Kultusministerin hat die Mathematikarbeiten aus dem Abitur eingezogen und fiel von allen Stängeln, und das helle Entsetzen hat sie ergriffen, weil sie gemerkt hat, dass die Unterschiede katastrophal sind.

(Abg. Zeller SPD: Das liegt an den Schülern, oder wie?)

Bei uns soll das Gegenteil erreicht werden. Die Schüler sollen in den grundlegenden Fächern auf gleichem Niveau – ich hoffe, dass das deutlich höher liegt als das Grundkursniveau – unterrichtet werden.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt keine A- und B-Kurse, Frau Rastätter, sondern es gibt einen Kurs für eine Sprache und für Deutsch und Mathematik.

(Abg. Nils Schmid SPD: Die Gesamtschule in der Oberstufe!)

– Das hat mit Gesamtschule in der Oberstufe nichts zu tun, sondern das hat damit zu tun, dass Schüler in grundlegenden Fächern eine allen gemeine Bildung erhalten.

(Zuruf des Abg. Nils Schmid SPD)

Das ist auch ein Sinn von allgemeiner Bildung, dass sie allen gemeinsam ist.

(Abg. Zeller SPD: Nach Ihrem Modell sind drei unterschiedliche Leistungskurse in einer Lerngruppe!)

In der Oberstufe, Herr Zeller, sind die Schüler 18, 19, 20 und teilweise 21 Jahre alt. Sie werden doch sehr wohl wissen, wie sie sich im Unterricht profilieren können und noch mehr dazu beitragen können, als im Durchschnitt verlangt wird.

(Christa Vosschulte)

(Abg. Zeller SPD: Das haben Sie doch gerade eben bezweifelt!)

– Nein, ich habe gesagt, das System lässt dies nicht mehr zu.

(Abg. Zeller SPD: Das System ist schuld!)

Im Übrigen kopieren Sie in Ihren Eckwerten im Wesentlichen das nordrhein-westfälische Modell. Ich kann Ihnen erzählen, dass Schüler aus der 11. Klasse von hier nach Nordrhein-Westfalen gegangen sind und dort nach den Sommerferien in die 12. Klasse gekommen sind. In den Weihnachtsferien haben sie uns besucht und haben gesagt: „Wir langweilen uns in dieser Klasse 12 zu Tode, denn das haben wir alles schon in Klasse 11 gemacht.“ Das verlangen Sie.

(Abg. Zeller SPD: Wo steht denn, dass wir das verlangen?)

Verräterisch ist Ihre Forderung nach „Festigung des basalen Grundwissens“. Das ist erstens inhaltlich ein Nonsens und zweitens ein sprachlicher Popanz. Ich kann mir das nur so erklären, dass es eine Minimierung des Grundwissens bedeutet. Hätten Sie doch wenigstens von „solidem Grundwissen“ gesprochen; dann hätte man damit etwas anfangen können.

(Abg. Zeller SPD: Ich erkläre es Ihnen im Ausschuss dann genauer!)

– Danke. Darauf freue ich mich.

Weiterhin fordern Sie Informatik – in Ordnung! –, Sie fordern Technik und Wirtschaft, Sie fordern Einbezug der Berufs- und Lebenswelt, berufsqualifizierende Fähigkeiten. Komisch: Fächer, die geistige Bildung besonders fördern, kommen bei Ihnen überhaupt nicht vor. Dass man im Fach Deutsch zunächst einmal sprechen und formulieren lernen muss, dass man lesen und verstehen lernen muss, dass das die Grundlage für alles Denken ist und für die Auseinandersetzung mit den geistigen Dingen dieser Welt, das gibt es bei Ihnen nicht.

(Abg. Zeller SPD: Das gilt aber nicht nur für Deutsch! – Abg. Nils Schmid SPD: Aber nicht erst in Klasse 12! – Abg. Brechtken SPD: Es ist einfach gut, dass eine gescheit ist und alle anderen doof sind! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie müssen aber auch die Grundlagen dazu legen. Selbst in Klasse 12 sind die Schüler heute leider noch nicht in der Lage, einen Text richtig zu verstehen.

(Abg. Nils Schmid SPD: Das liegt aber nicht an der Oberstufe! – Abg. Brechtken SPD: Frau Kollegin, eine ist gescheit und alle anderen sind doof!)

– Entschuldigen Sie, es gibt eine ganze Reihe von Leuten, die diese Oberstufe herbeisehnen. Nur die SPD in Baden-Württemberg lehnt sie ab. Andere Länder sind da schon sehr viel weiter.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Welche?)

Ihre Forderung nach immer mehr im Lehrplan und nach immer anderem entspricht natürlich Ihrer Forderung nach

basalem Grundwissen. Denn nur auf Kosten der Allgemeinbildung kann das geschehen, oder alles bleibt wirklich elendiglich basal, und damit kann niemand mehr etwas anfangen. Nordrhein-Westfalen lässt grüßen. Meine Damen und Herren, damit können Sie keine Eliten und keine Führungskräfte heranbilden, und die brauchen wir dringend. Was Sie damit produzieren, sind Halbbildung und Dilettantismus.

(Beifall bei der CDU)

Sie fordern vermehrte Projektarbeit, Teamarbeit, selbstständiges Arbeiten, fächerübergreifendes Arbeiten. Herr Kollege Zeller, wann waren Sie zum letzten Mal in einer Schule?

(Unruhe bei der SPD – Abg. Zeller SPD: Zu Ihrer Information: wöchentlich mehrmals!)

All das wird heute gemacht. Sie nehmen die Situation nicht wahr. Sie sprechen ja heute noch vom Frontalunterricht. Offensichtlich wissen Sie nicht, was das ist; denn den gibt es schon lange nicht mehr.

(Lachen bei der SPD und der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

– Ja, den gibt es nicht mehr! Heute steht kein Lehrer mehr vor einem Schüler und hält einen Vortrag von einer Dreiviertelstunde. Das ist Frontalunterricht.

(Unruhe)

Heute wird Unterricht fragend entwickelt, und das ist ein ganz anderer Unterricht.

(Beifall bei der CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie übersehen die gegenwärtige Situation,

(Abg. Zeller SPD: Haben Sie mich jetzt zum Schulbesuch bei Ihnen eingeladen?)

und Sie übersehen vor allem, dass, bevor Sie all diese Formen einführen und einüben können, zunächst einmal das entsprechende Grundwissen, gründliche Fachkenntnisse und das Wissen um Methoden da sein müssen.

(Abg. Nils Schmid SPD: Aber nicht in Klasse 12! Davor!)

– Ich spreche jetzt vom gesamten Gymnasium, nicht nur von der Klasse 12.

(Abg. Nils Schmid SPD: Warum fangen Sie dann bei der Oberstufe an?)

Diese Voraussetzung muss gegeben sein, wenn das Ergebnis einen angemessenen Wert haben soll. Leider ist das heute oft kein Maßstab mehr, sondern es gilt die Devise: Hauptsache, der Schüler hat etwas gemacht. Das Ergebnis wird dann bejubelt.

(Abg. Brechtken SPD: Oh Gott! – Abg. Nils Schmid SPD: Sie haben keine Ahnung!)

– Dann müssen Sie sich das einmal anschauen.

(Christa Vosschulte)

Ich stehe auch dem Seminarkurs skeptisch gegenüber. Wenn ein Seminarkurs im Land einen Durchschnitt von mehr als 11 Punkten erzielt, dann kann etwas nicht stimmen.

(Widerspruch des Abg. Nils Schmid SPD)

Ich möchte mal wissen, wer hier überhaupt Maßstäbe für Präsentationsverfahren und solche Dinge setzt. Wer setzt sie?

(Abg. Nils Schmid SPD: Sie sicher nicht! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD: Hoffentlich nicht!)

Hier bleibt die Bewertung der sehr subjektiven Beurteilung des Lehrers überlassen, und das sorgt für sehr viel Ungerechtigkeit. Das müssen Sie auch sehen.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Diese modernen Formen, meine Damen und Herren, sind notwendig, aber sie sind eine Ergänzung und nicht Grundlage des Lernens und Unterrichts. Das müssen Sie noch lernen. Im Übrigen erfordern sie einen ungeheuren Zeitaufwand; denn es erfordert eine erhebliche Nacharbeit und natürlich genauso eine erhebliche Vorarbeit durch die Lehrer in den Klassen und in den Gruppen.

Sie sollten sich vielleicht einmal überlegen, dass man, um überhaupt mit den neuen Lehrplänen – – Die stehen übrigens im Internet, man kann also schon lange darüber diskutieren.

(Abg. Zeller SPD: Die, die erarbeitet werden, auch?)

Man würde etwas mehr Zeit pro Schuljahr gewinnen, wenn man meinetwegen fünf oder sechs Wochen Ferien streichen und die dadurch gewonnene Zeit dafür nützen würde, um solche Dinge im Unterricht etwas zu verstärken.

Worauf es ankommt, meine Damen und Herren – und darauf zielt unsere Oberstufenreform –, ist, ein nachhaltiges Lernen zu ermöglichen. Das bezieht sich auf die Grundlagen, und ohne diese Grundlagen, ohne solide Grundkenntnisse können die Schüler keine Orientierung erlangen. Durchhaltevermögen, Ausdauer, Konzentration müssen vermittelt werden, und das geht nur mit sauberem Arbeiten am Stoff.

Ihnen beiden möchte ich doch noch einmal sagen: Die Schüler haben dadurch keine Nachteile bei der Suche nach einem Studienplatz.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Denn in Baden-Württemberg werden 40 % der Studienplätze durch die Hochschulen vergeben. Sie zweifeln doch wohl nicht daran, dass unsere Hochschulen – mit denen brauchen sie bloß einmal zu reden – dreimal lieber einen Schüler aus Baden-Württemberg nehmen, selbst wenn er im Durchschnitt 0,3 Punkte schlechter ist, als einen aus Nordrhein-Westfalen. Davor machen sie nämlich das Kreuz.

Mich wundert nur, dass bei Ihren Anträgen die Sache so gestaltet wird, wie wir sie heute als unfruchtbar und über-

holt erkennen müssen. Dass Sie davon nicht abgehen, finde ich sehr schade.

Die Lehrpläne von Klasse 5 bis 11 sind in Erarbeitung, und sie werden auch zeitgerecht kommen. Es stimmt nicht, dass hier nur am Kopf gearbeitet würde und am Rumpf nicht. Aber ich muss auch einmal das Ziel bestimmen, um dann den Weg dorthin festlegen zu können.

Weiterhin verlangen Sie mehr Schulversuche. Meine Damen und Herren, wir haben es jetzt über 25 Jahre lang mit diesem System versucht; ich finde, jetzt wird es Zeit, dass wir einmal etwas tun, und zwar etwas Richtiges tun. Ich glaube, auf diesem Weg sind wir.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wer behauptet, die nun vorgelegte Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe sei ein Rückfall in die Zeit vor 30 Jahren, zeigt deutlich, dass er oder sie nicht weiß, wovon er oder sie spricht. Wir haben damals ein Zeitpunkt-Abitur gemacht. Heute und künftig wird diese Prüfung zum Beispiel über einen Zeitraum hinweg absolviert, und das ist richtig. Auch werden die Wahlmöglichkeiten in großem Umfang erhalten bleiben; es gibt sie ja heute schon in der Mittelstufe.

Die künstlich herbeigeredete Abschaffung des Kurssystems findet nicht statt. Wenn die Fantasie mancher Fachleute für die Auswirkungen der Neuordnung nicht ausreicht, werden sie halt abwarten müssen, wie die konkrete Umsetzung nachher aussieht, bis sie das begreifen.

Zur Frage der richtigen Reihenfolge in der Vorgehensweise, Herr Zeller: Wer anfängt, die Fundamente für ein Haus zu bauen, muss die künftig gewollte Form des Ganzen schon kennen, also auch wissen, wie der Dachstuhl und die oberen Geschosse aussehen. Es macht durchaus Sinn, wenn man zunächst das Ziel festlegt und dann den Weg sucht.

(Abg. Nils Schmid SPD: Aber einen Plan sollte man haben! – Abg. Pfister FDP/DVP: Der Bauplan liegt vor!)

– Der Plan ist ja auch durchaus enthalten.

In der Tat geht es bei der Reform des Gymnasiums – auch wir haben von Anfang an stets eine Gesamtreform gefordert – zum kleinsten Teil um die zurzeit heiß umstrittenen Änderungen in der Stundenstruktur, wobei das Zwei- und vier-Stunden-Raster übrigens durchaus Vorteile in der Organisation der Stundenpläne bringen wird. Ich empfehle den Schulen, je Fach und Woche Zwei-Stunden-Blöcke einzuplanen. Das ermöglicht ein konzentrierteres Arbeiten an einem Stück und bereitet gleichzeitig auf den Vorlesungsbetrieb an der Universität genauso wie auf berufliche Anforderungen vor.

Weitaus wichtiger als die Zeitstruktur – dies zeigen ja auch die von der Opposition vorgelegten Anträge – sind jedoch

(Heiderose Berroth)

Veränderungen in Methodik und Didaktik. Diese sind im vorgelegten Modell ausdrücklich enthalten; wer das nicht merkt, muss blind sein.

Zu den neuen Lern- und Arbeitsformen braucht es die grundlegende Überarbeitung der Lehrpläne, die ein besonderer Eckpunkt der Reform sind. Dabei geht es um eine Koordination der Inhalte, um bessere Möglichkeiten für fächerübergreifendes Arbeiten, vor allem aber um eine Reduktion des zu bearbeitenden Wissensstoffes.

Wir werden aber sicher darauf achten müssen, dass der so geschaffene Freiraum nicht von „kreativen“ Lehrkräften einfach mit zusätzlichem variablem Stoff wieder zugefüllt wird. Die gewonnene Zeit muss vielmehr dazu genutzt werden, die Anwendung der grundlegenden Allgemeinbildung mit aktuellen Bezügen zu üben bzw. ein Thema selbstständig weiter zu vertiefen.

Ich bin froh, dass das Kultusministerium den Mut gezeigt hat, die Lehrplanentwürfe sehr frühzeitig in einem breiteren Kreis zu beraten. Herr Zeller, mich wundert schon, dass Sie noch gar nicht gemerkt haben, dass der Entwurf für die neuen Lehrpläne seit Mai im Gespräch ist und von Fachleuten bearbeitet wird.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Christa Vosschulte CDU: Im Internet! Da kann jeder reingehen!)

Nur so besteht die Möglichkeit der Mitgestaltung, und dies wird sicher zu einer besseren Qualität führen. Mich würde natürlich interessieren, Frau Ministerin, ob es bereits Rückmeldungen und Erkenntnisse aus der ersten Diskussionsphase gibt und in welche Richtung sie zielen.

Eine wichtige Forderung der FDP/DVP will ich hier nochmals benennen: Wir brauchen dringend die Einbeziehung der Themenbereiche Wirtschaft, Verwaltung und Recht in die jeweils dafür geeigneten Fächer. Auch das Wissen und das Können in Bezug auf neue Medien können und müssen in nahezu allen Fächern des Gymnasiums geübt werden.

Besondere Veränderungsnotwendigkeiten sehen wir im Bereich des naturwissenschaftlichen Unterrichts. Schon in der Unter- und der Mittelstufe sind bei allen gymnasialen Profilen Methoden und Inhalte so zu verändern, dass das Interesse der Schülerinnen und Schüler nachhaltig geweckt wird. Wenn wir anwendungsorientierte Naturwissenschaften darbieten, werden die jungen Menschen auch merken, wie reizvoll die Beschäftigung mit diesen Themen ist.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Ich hoffe sehr, dass sich die Schulverwaltung hier nicht weiter als Verhinderer gebärdet, wenn engagierte Schulen Konzepte zur Aufwertung des naturwissenschaftlichen Profils umsetzen wollen. Auch die in letzter Zeit immer wieder zu beobachtende restriktive Zuteilung oder der Abzug von Lehrkräften aus dem mathematisch-naturwissenschaftlichen Bereich ist da keinesfalls hilfreich.

Zur Unterrichtsversorgung generell erwarte ich, dass das Kultusministerium dem Landtag endlich einmal eine klare Sollvorstellung vorlegt, wie eine ausreichende Ausstattung

mit Lehrern aussehen muss, wie viele Lehrer wir in welchen Fächern hierzu benötigen. Das Herumstochern und die globale Forderung nach mehr Lehrern von allen Seiten ist hier nicht hilfreich. Das wird niemanden davon überzeugen, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Solange nur mühsam geflickt wird und keine solide nachvollziehbaren Bedarfszahlen vorliegen, kann man dem Landtag eigentlich nicht den Vorwurf machen, er stelle nicht genügend Mittel zur Verfügung. Wir brauchen ganz konkrete Zahlen, damit wir darüber sachgerecht beraten können.

(Unruhe)

Die zeitliche Verschiebung dieser Neuorganisation bei den beruflichen Gymnasien ist richtig und außerordentlich sinnvoll, weil dort eine spezielle Problematik besteht.

Ich will noch kurz auf einige Ergebnisse der Anhörung eingehen.

Es verwundert mich schon, wenn ausgerechnet die GEW, die zurzeit landauf, landab Riesenaktionen gegen diese Reform organisiert, nicht einmal eine Stellungnahme zu diesem Gesetzentwurf zustande bringt.

Andererseits muss man deutlich sagen: Der Philologenverband hat nicht einfach nur seine Zustimmung signalisiert, sondern sehr konstruktive Anmerkungen gemacht. Eine davon, denke ich, sollten wir besonders im Auge behalten: dass wir – vielleicht nicht gleich in der ersten Stufe, aber doch sehr bald – den Seminarkurs aufwerten, indem wir ihn verpflichtend machen. Ich bitte das Ministerium, sich entsprechende Gedanken darüber zu machen, wie das einzubauen wäre.

Ergänzen will ich, dass auch vom Arbeitgeberverband – das ist in der Drucksache nicht genannt – ausdrücklich eine positive Stellungnahme gekommen ist.

Besonders wichtig sind mir aber die Aussagen des Landeselternbeirats. Herr Zeller, von dem kam ausdrücklich eine inhaltliche Zustimmung. Zu Recht wartet der Landeselternbeirat bezüglich der Lehrpläne ab, weil diese noch nicht konkret vorliegen. Aber wenn sie so kommen, wie sie angekündigt sind, wird ihnen der Landeselternbeirat auch zustimmen.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

Dass wir bei der Lehrerversorgung und -fortbildung sicherlich noch Bedarf haben, habe ich schon angedeutet. Insbesondere wird auch das Methodentraining einiges Geld erfordern. Die nächste Haushaltsberatung wird dazu etwas bringen müssen. Ich fordere dringend, hierzu einen Nachtrag zu beraten, in den wir dies einbringen können.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Aha! – Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Das finden wir sehr gut! Interessant!)

In keiner Weise hat der Landeselternbeirat jedoch eine Ablehnung dieses Konzepts ausgedrückt. Er hat sich auch über das Thema ZVS Gedanken gemacht. Wir von der

(Heiderose Berroth)

FDP/DVP machen uns dazu weniger Gedanken, weil wir ganz einfach dafür sind, diese Institution abzuschaffen.

Aber auch bezüglich anderer Zulassungsbegrenzungen muss bedacht werden: Müssen denn zwangsläufig bei dieser neuen Struktur die Noten schlechter werden? Wenn der Unterricht besser wird – und davon gehe ich aus –, dann müssten doch eigentlich auch die Noten besser werden.

Wird das Abitur schwieriger?

(Zuruf des Abg. König REP)

Zuvor eine Aussage: Auch Herr Pfister hat mir versichert, dass er ausdrücklich zum Zentralabitur steht, dass man aber in bestimmten Punkten überlegen müsse, wie man eine Variation zulässt. Das hat auch das Ministerium in seinen Stellungnahmen zu den Anträgen zum Ausdruck gebracht.

Ich denke, wir müssen grundlegend davon ausgehen: Wenn wir über den ganzen Verlauf der Gymnasialzeit hinweg Freiraum geben, dann müssen wir eine stabile Prüfung haben, die am Ende sicherstellt, dass das Notwendige auch unterrichtet wurde.

Aber wird das Abitur nun schwieriger?

Andere Frage: Sollten wir das Abitur leichter machen?

(Abg. Zeller SPD: Darum geht es doch gar nicht! Das hat mit Zentralprüfung nichts zu tun! Sie haben keine Ahnung!)

– Doch, das wird immer wieder gefordert.

Ich möchte dazu sagen: Wachsen und reifen kann der Mensch lebenslang nur an Herausforderungen.

(Abg. Zeller SPD: Dezentrale oder zentrale Prüfung hat mit der Schwierigkeit des Abiturs nichts zu tun!)

Die neue Oberstufe richtet sich an selbstständige, erwachsene junge Menschen; und das ist richtig.

(Die Rednerin hustet. – Abg. Haas CDU: Die braucht einen Schnaps! – Heiterkeit)

– Ein Wasser würde auch schon reichen. – Deshalb wird auch vertieft Wert gelegt auf selbstgesteuertes Lernen. Dabei sehen wir durchaus die Möglichkeit – Frau Rastätter, das haben wir nicht durchgesetzt, aber gebeten, das ausdrücklich klarzustellen –, dass die Differenzierung nach Leistung und Begabung erfolgt.

(Abg. Zeller SPD: Was gilt jetzt?)

Wie soll ein Jahrgang denn nun aufgeteilt werden? Frau Kollegin Vossschulde, ich stimme Ihnen nicht zu, wenn Sie dies von oben aus regeln wollen. Wir können es vielmehr durchaus den Schulen überlassen, wie sie ihre Gruppen in Deutsch und Mathematik zusammensetzen.

In der einen Situation wird es besser sein, bunt zu mischen und Binnendifferenzierung zu machen, die zum Beispiel auch darin bestehen kann, dass die, die etwas schon kapiert haben, das denen beibringen, die noch daran lernen. Davon haben dann beide etwas.

Aber es kann auch sinnvoll sein, einmal nach den Leistungsfähigeren und denen, denen man etwas deutlicher und intensiver erklären muss, zu trennen. Das wird nicht der Qualitätsmaßstab sein. Qualitätsmaßstab wird die Gruppengröße sein. Wir müssen aber – und darum möchte ich Sie dringend bitten – jetzt endlich mit dem Anhäufen von Befürchtungen und falschen Vermutungen Schluss machen.

(Der Rednerin wird ein Glas Wasser gereicht. – Beifall)

– Danke schön.

Ich möchte deshalb das Kultusministerium an die Zusage, die es uns gegeben hat, erinnern, rechtzeitig veröffentliche Informationen zum Gesamtkonzept für das Gymnasium und zur Entwicklung bei den Lehrplänen zu geben. Wir brauchen endlich wieder Ruhe und Stabilität an den Gymnasien. Deshalb brauchen wir diese Informationen jetzt dringend. Sie sollten auch genaue Hinweise darauf enthalten, wie wir an den weiterführenden Schulen damit umgehen . . .

Stellv. Präsident Weiser: Frau Abgeordnete, ich darf Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: . . . – ich komme zum Schluss –, dass wir künftig an den Grundschulen Fremdsprachen haben, und wie das ganze Konzept bei einem generell achtjährigen Gymnasium aussieht.

Meine Damen und Herren, es ist lange diskutiert worden. Wenn nun behauptet wird, wir bräuchten noch länger Zeit und wir bräuchten Schulversuche, so ist dazu zu sagen, dass man alles endlos und zu Tode diskutieren kann. In letzter Zeit gab es keine neuen Erkenntnisse mehr. Wir müssen jetzt darangehen, das mit vielen interessierten Gruppen erarbeitete Konzept Schritt für Schritt in die Schulwirklichkeit umzusetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Vossschulde hat viel Richtiges gesagt, doch bei einem Punkt hat sie geirrt. Sie hat von der Kritik gesprochen, die zu diesem Gesetzentwurf von der Opposition komme. Dabei hat sie aber nicht bloß die Opposition von links angeschaut. Von der Opposition von rechts kommt aber keine Kritik. Warum? Wir Republikaner sind grundsätzlich für all die Maßnahmen seitens der Landesregierung und des Kultusministeriums, die geeignet sind, das Niveau der Hochschulreife – sprich: des Abiturs – so anzuheben, dass die im Raume stehenden Klagen zum einen seitens der Hochschulen, zum anderen aber auch seitens der Abnehmer im dualen System in den Griff zu bekommen sind. Dort wird nämlich gesagt, dass die Allgemeinbildung der Abiturienten derart schlecht sei, dass an den Universitäten, aber auch während der Berufsausbildung Nachholbedarf bestehe,

(Unruhe – Abg. Deuschle REP: Ruhe ein bisschen!)

(König)

das heißt Versäumnisse nachgeholt werden müssten. Deshalb ist es ganz natürlich, dass wir versuchen müssen, an diesem System, das im Ergebnis versagt hat, Änderungen vorzunehmen. Der schon 25 Jahre dauernde Schulversuch muss beendet werden. Wir brauchen keine neuen Versuche, sondern Wege, auf denen ein besseres Ergebnis erzielt werden kann.

(Beifall bei den Republikanern)

Der erste Schritt muss sein, dass alle drei Kernfächer verpflichtend zu unterrichten sind bzw. dass alle Schüler der Klassenstufen 12 und 13 vier Stunden Deutsch, vier Stunden Mathematik und vier Stunden Fremdsprache haben müssen.

(Abg. Deuschle REP: Mindestens!)

Zweitens: Auch die TIMSS-Studie hat gezeigt, dass die Mathematikkenntnisse unserer Schüler und damit auch der Schulabgänger im internationalen Vergleich miserabel sind. Bei Mathematik und den Naturwissenschaften insgesamt haben wir ganz schlecht abgeschnitten. Insofern ist der Weg, der jetzt einzuschlagen versucht wird – mindestens zwei Naturwissenschaften und auf jeden Fall für jeden Mathematik –, richtig, um diesem Übel abzuwehren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch das, was die Ministerin zum Thema Zentralabitur gesagt hat, nämlich dass das Kultusministerium unbedingt daran festhalten will, begrüßen wir;

(Beifall bei den Republikanern)

denn Abschlussprüfungen müssen vergleichbar sein. Sie können nicht in das Belieben einzelner Schulen gestellt werden. Ich hätte natürlich von Ihnen, Frau Kollegin Berroth, schon gerne auch einen deutlichen Satz gehört, wie Sie dazu stehen

(Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Haben Sie nicht zugehört? Das habe ich doch gesagt!)

– ich habe zugehört, aber nichts dazu gehört –, nachdem Ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Pfister, vor vier Wochen gesagt hat,

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sie sagt es Ihnen noch einmal!)

bei einem verbindlichen Lehrplan von nur noch 60 % sei es logisch, dass die Abiturprüfung neben zentralen auch dezentrale Aufgabenstellungen durch die einzelnen Schulen enthalte.

Frau Ministerin, auch wenn Ihr Koalitionspartner hier wackelt, können Sie sich dennoch darauf verlassen, dass dieses Zentralabitur beibehalten wird. Dafür werde ich mit meiner Fraktion Sorge tragen.

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, bei dem Gesetzentwurf, der uns heute vorliegt und den wir zu beraten haben, geht es eigentlich einmal um einen erweiterten rechtlichen Rahmen, den das Kultusministerium für die Festlegungen zur gymnasialen Oberstufe und zur Abiturprüfung erhalten soll. Es

geht also nur um den Rahmen. Ausgefüllt muss das Ganze noch durch eine neue Rechtsverordnung werden, die teilweise schon in der Begründung des Gesetzentwurfs aufgeführt ist. Wir reden auch in vielen Punkten bereits über Inhalte dieser neuen Rechtsverordnung. Ich habe ja auch schon angedeutet, dass wir die mittragen werden.

Meine Damen und Herren, die Hochschulen haben immer wieder gesagt, die Spezialisierung, die das bisherige Kursystem, der bisherige Oberstufenabschluss gebracht hat, sei für die Hochschulreife völlig überflüssig. Warum? Weil diese Spezialisierung gerade an der Universität oder an der Fachhochschule erfolgt. Es bringt dem Einzelnen nichts, wenn all die Dinge, die in der bisherigen Form der Oberstufe als Spezialisierung über den Schüler hereingebrochen sind, an der Universität wiederholt werden müssen. Insofern ist es schon richtig, etwas mehr von der Spezialisierung weg und hin zur allgemeinen breiten Grundlagenbildung zu kommen. Insofern ist dieser Ansatz mit der Erweiterung des rechtlichen Rahmens für das Kultusministerium schon richtig.

Allerdings möchte ich auf eines natürlich auch hinweisen: Wenn das Kultusministerium mehr Spielraum erhält, um durch Rechtsverordnungen die Sache auszuweiten, birgt das auch die Gefahr in sich, dass vielleicht irgendwann eine rot-grüne Landesregierung dies ausnützt.

(Abg. Deuschle REP: Na, na! Nur theoretisch!)

– Gut, das ist nur ein Gedanke, den ich einmal aufzeigen will. Ich weiß auch, dass der liebe Gott und die Wähler das im nächsten Jahr verhindern werden.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Zeller SPD: Dass die Repts wieder hereinkommen!)

Wenn man einen Rechtsrahmen erweitert und Spielräume eröffnet, muss mit diesen auch verantwortlich umgegangen werden.

(Beifall bei den Republikanern)

Das ist ganz sicher. Wir werden darauf achten, dass dies auch geschieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe schon die drei Kernfächer angedeutet: Mathematik, Deutsch und Englisch. Dazu kommen ein Profulfach und ein Neigungsfach sowie – jetzt kommt auch noch ein heikles Thema – ein so genannter Seminarkurs oder „besondere Lernleistungen“. Diese Fächer fließen in das Abiturzeugnis ein.

Bei der besonderen Lernleistung ist es natürlich sehr problematisch. Die Beurteilung durch einen Lehrer wurde schon angesprochen. Es geht aber auch um die Möglichkeit, sich hier über das Internet und andere Quellen mit fremden Federn zu schmücken, um dann letztendlich mit fremden Federn geschmückt ein gutes Abitur abzulegen. Diese Möglichkeit ist natürlich sehr groß. Hier gilt es, sehr darauf zu achten, dass damit kein Missbrauch betrieben wird. Ansonsten ist diese zusätzliche Möglichkeit, eine Lernleistung einzubringen, begrüßenswert. Aber es heißt: Aufgepasst!

Von der linken Seite dieses Hauses wird immer wieder der Vorwurf erhoben: Wenn man die Leistungsschraube etwas

(König)

anziehe und die Schüler mehr fordere, dann sei das eine besondere Form der Auslese, die hier ausgeübt werde. Meine sehr verehrten Damen und Herren, selbstverständlich ist jede Leistungsforderung eine gewisse Form der Auslese. Das ist so auch notwendig; denn wir brauchen im akademischen Bereich die Besten, die unser Land in der Technologie, aber auch in anderen wissenschaftlichen Bereichen und auch in der Führung eines Landes auf der bürokratischen Ebene weiterbringen.

(Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

Da kann ich nicht mit einem Volksabitur jedem die Berechtigung geben, dies alles dann auch entsprechend in die Hand zu nehmen. Das geht nicht. Insofern betreiben wir schon eine Auslese, und sie ist notwendig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, noch ein letzter Satz: Die Grundkurs-Leistungskurs-Differenzierung, die wir bisher haben, fördert in der Tat nicht die Allgemeinbildung. Wir begrüßen ausdrücklich, dass diese Abgrenzung aufgehoben wird und die Fächer künftig sozusagen im Klassenverband für jeden verbindlich vier Stunden zu unterrichten sind. Wir glauben, dass damit ein weiter Schritt – ich sage sogar: ein meilenweiter Schritt – in Richtung einer Stärkung der Allgemeinbildung getan wird.

Wir werden diesem Gesetzentwurf in vollem Umfang zustimmen.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Debatte hat Fragen aufgeworfen, zu denen ich gern etwas sage. Sie hat aber auch gezeigt, wie manche in diesem Land über Bildungspolitik reden. Das finde ich erschreckend. Herr Zeller, ich habe zunehmend das Gefühl, Sie hören überhaupt nicht dem zu, was vorher gesagt wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. König REP: Der liest aus seinen Unterlagen ab!)

Sie reden irgendwas, was Sie schon seit Jahren unentwegt behaupten. Aber es bleibt falsch.

(Abg. Döpfer CDU: Der kann nicht anders!)

Es ist einfach nicht wahr, auch wenn Sie jeden Tag im Land wiederholen, dass wir das Kurssystem abschaffen. Es ist nicht wahr, wenn Sie sagen, der Klassenverband werde eingeführt, Studierende würden benachteiligt und Schüler könnten keine Schwerpunkte setzen. Sie sagen das nahezu täglich. Ihnen hören immer weniger zu.

(Abg. Rau CDU: So ist es! – Abg. Döpfer CDU: Aber er glaubt es noch!)

Das Ganze wirkt wahnsinnig altmodisch.

(Abg. König REP: Und verbohrt!)

Übrigens: Sie reden über einen Film, der ein ganz anderer Film ist als der, über den wir hier reden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Er ist im falschen Film, meinen Sie!)

– Ja, einer von uns beiden ist im falschen Film; das ist ganz eindeutig. Das ist ein anderer Film als der, in dem ich bin. Das ist das Erste.

(Abg. Bebbler SPD: In welchem ist denn die Frau Vosschulte? – Abg. Brechtken SPD: Das ist kein Film, das ist ein ganzes Kino!)

Das Zweite: Ich finde das auch einfach schlicht ärgerlich im Blick auf junge Menschen. Wir haben in Baden-Württemberg seit 25 Jahren eine gymnasiale Oberstufe, die wir in diesen 25 Jahren an mehreren Stellen weiterentwickelt haben. Immer war es so: Baden-Württemberg hat diesen Schritt getan, und die anderen haben ihn nach uns getan.

(Abg. Rückert CDU: Wir sind Vorreiter! – Abg. Brechtken SPD: Und andere haben es nachgemacht!)

Nie – nie! – hat diese Weiterentwicklung dazu geführt, dass etwas zerschlagen wurde, was für junge Erwachsene wichtig ist, nämlich Schwerpunkte setzen zu können, gewichten zu können, zu erkennen, dass es Fächer und Fächergruppen gibt, die ihnen mehr liegen als andere. Das steht also überhaupt nicht zur Debatte. In Baden-Württemberg gibt es nicht nur neun Profile, sondern in Baden-Württemberg gibt es in dieser neu geordneten Oberstufe auch ein Neigungsfach.

(Abg. Bebbler SPD: Was sagt die Frau Vosschulte dazu? Die hat doch etwas ganz anderes gesagt!)

Neigungsfach und Profil lassen sich sogar miteinander verbinden. Deshalb finde ich den Unernst im Umgang mit einem solchen Thema ärgerlich, ärgerlich vor allem für unsere Schulen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Nächster Punkt: Wer über Inhalte spricht, wer über Didaktik spricht, der weiß: Eine bestimmte inhaltliche und didaktische Entwicklung hat strukturelle Konsequenzen.

(Abg. Zeller SPD: Zuerst muss man mit den Inhalten anfangen und nicht mit der Struktur! Nicht von hinten anfangen!)

Strukturfragen und Inhaltsfragen lassen sich nicht voneinander trennen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Falscher Film! – Abg. Brechtken SPD: Wieder falscher Film!)

Herr Zeller, Sie wissen ganz genau, dass die Struktur nicht vor dem Zeitpunkt geändert wird, zu dem der neue Lehrplan da ist. Sie wissen ganz genau,

(Abg. Haas CDU: Er weiß nichts!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

dass die inhaltliche Geschichte, dass didaktische Weiterentwicklung und dass strukturelle Entwicklung zeitgleich beginnen. So ist es.

(Abg. Brechtken SPD: Kollege Zeller will einfach eine andere Reihenfolge der Filme!)

Wenn Sie die Lehrpläne noch nicht im Internet gesehen haben, so sage ich Ihnen: Sie sind in der Vorbereitung mindestens so weit wie die ganze Frage der Strukturen.

(Abg. Bebber SPD: www.schavan.de/)

Das Ganze hat seinen inneren Zusammenhang. Immer wieder ist an Schulen gesagt worden: Es ist richtig, dass Schwerpunkte gesetzt werden können, aber es ist für uns ein Problem, in einem System, das nur die Gruppe für drei oder fünf Stunden kennt, das zu verwirklichen, was schon jetzt in den Lehrplänen steckt.

Ich möchte da gern an etwas erinnern, auch wenn ich damals noch nicht dabei war: 1994 sind in Baden-Württemberg für das Gymnasium Lehrpläne eingeführt worden, von denen man überall gesagt hat, übrigens auch quer durch die Parteien hier: Das sind die modernsten Lehrpläne in Deutschland, weil hier erste Ansätze für fächerübergreifendes Arbeiten da sind, erste Ansätze da sind, nicht alle Fächer von unten nach oben, sondern jahrgangsbezogen zu gliedern. Genau die Erfahrung im Umgang mit diesen Lehrplänen hat gezeigt: Wenn ich so etwas will, wenn ich mehr Lernen in der Zusammenschau will, wenn ich mehr fächerübergreifendes Lernen will, dann muss ich auch Strukturen schaffen, die es mir möglich machen, diese Ansätze zu verfolgen.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: In Klassen mit 33 Kindern!)

– Wir reden über die gymnasiale Oberstufe.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wir reden über das Gymnasium!)

– Wir reden über die gymnasiale Oberstufe. Über das andere reden wir gleich auch noch.

(Abg. Brechtken SPD: Wir müssen uns jetzt erst über die Reihenfolge der Filme einigen!)

Jetzt sind wir in der Phase, in der wir aus den Erfahrungen mit einer Menge neuer Lernansätze strukturelle Konsequenzen für eine Oberstufe ziehen, die aufgrund der jetzigen Struktur sehr fachbezogen ist und nur ganz wenig berücksichtigt, dass in dieser Phase das Fächerübergreifende und das Interdisziplinäre wichtig sind.

Es ist ein Schritt von mehreren in einer Abfolge, einer Abfolge übrigens, bei der vor der Stärkung der Naturwissenschaften in der Oberstufe die Einführung des naturwissenschaftlichen Profils in Baden-Württemberg stand. Es stimmt doch nicht, dass wir oben anfangen. Wir haben unten angefangen. Wir haben das praxisorientierte Fach Naturphänomene, das naturwissenschaftliche Praktikum eingeführt. Wir haben mit diesem Praktikum Erfahrungen gesammelt. Jetzt steht die Frage an, ob dieses Praktikum verbunden wird mit einer Kernfachbindung. Es ist auch die

Frage, inwieweit wir das naturwissenschaftliche Profil in der Sekundarstufe I so stark machen wie das sprachliche Profil.

Also, ich finde es schon ein starkes Stück, wenn man als Bildungspolitiker das alles überhaupt nicht wahrnimmt, überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt, auch nicht die Entwicklungsleistungen, die in den Schulen damit verbunden sind, sondern die immer gleiche alte Leier vorbringt, die Sie seit zwei Jahren an jeder Stelle unentwegt wiederholen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Rau CDU)

Vierter Punkt: Dieser Punkt wird in den nächsten Jahren spannend. Darauf freue ich mich schon. Wir sind uns alle einig, was die Lehrpläne angeht: weniger Themen, weniger Details, mehr Grundlagen, mehr Zusammenhänge. Was steht hier? Überflüssiges Faktenwissen muss weg – eine sehr verräterische Formulierung.

Ich habe die Devise ausgegeben: Versucht einmal, Lehrpläne so weiterzuentwickeln, dass zwischen 30 und 50 % detaillierter Inhalte wegfallen zugunsten von Vertiefung, von Zusammenschau, von Brückenschlag zwischen Fächern. Denken Sie nur an den ganzen Bereich der Kulturwissenschaften. Wir werden uns im Gymnasium über kurz oder lang zu sehr viel mehr Verbindungen zwischen Geschichte, Gemeinschaftskunde, Sozialkunde, Ökonomie, Erdkunde und dem, was in diesen Bereich sonst noch gehört, hinbewegen.

Es sind Fachgruppen gebildet worden, denen Vertreter des Landeselternbeirats, der Schüler, von Fachverbänden und Hochschulen angehören. Die Entwürfe werden nicht eher verabschiedet, bis das gelungen ist. Das ist ein Kernstück dieser Oberstufe, und es wird ein Kernstück in der Weiterentwicklung des Gymnasiums. Aber es glaubt doch wohl niemand hier im Raum, dass dies ganz leicht wird. Wir werden erbittert kämpfen um dieses und jenes Thema, um diese Epoche und jenen Namen, um die Frage, ob die Zeit von Bismarck in genügendem Umfang behandelt wird. Es wird riesige Auseinandersetzungen geben. Dann wünsche ich mir, dass nicht alle in die Büsche gehen, sondern alle aus den Büschen herauskommen. Dann stehen wir einmal gemeinsam dazu,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jawohl! Sehr gut!)

dass wir etwas Konzentriertes wollen, womit ein Fundament gebildet wird, die Grundlage gestärkt wird und das andere wegfällt. Das wird die ernsthafteste und die schwierigste bildungspolitische Debatte, vor der wir eigentlich stehen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es gibt in dieser Gesellschaft in Wirklichkeit doch überhaupt keinen Konsens darüber, was gelernt werden soll, wie gelernt werden soll und was der Kanon ist, auf den wir setzen müssen und der zum Abitur gehört. Dieser Konsens muss hart erarbeitet werden. Demgegenüber wird jede Debatte über Grund- und Leistungskurse nachrangig sein. Nur: Wenn ich die strukturellen Voraussetzungen nicht schaffe, kann ich die anderen Debatten nicht führen.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie wollten das doch zeitgleich machen!)

– Ja, das tun wir auch.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Im Herbst 2001 ist das fertig. Wir werden noch genügend Arbeit zu bewältigen haben, um das gemeinsam so auf den Weg zu bringen, dass am Ende gesagt wird: Das ist ein Wurf, das sind Lehrpläne, die zeitgemäßem, modernem Lernen gerecht werden.

Fünfter Punkt: „Arroganz der Macht“, „Durchpeitschen“ und das ganze Vokabular, das Sie unentwegt und mit fortschreitender Zeit auf den 25. März 2001 hin benutzen, werde ich nun täglich zu hören bekommen. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich weiß nicht, welche Vorstellung Sie vom Tempo in der Politik haben.

(Heiterkeit des Abg. Rau CDU)

Das verstehe ich überhaupt nicht mehr.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Seit Jahren wird über bestehende Schwachstellen in dem System diskutiert. Seit Jahren wird von allen möglichen Seiten geklagt. Wir haben nicht global gesagt: Das ganze System ist Mist. Vielmehr haben wir mit Hochschulen, auf der Grundlage einer Umfrage unter Studierenden, mit Personalleitern aus Unternehmen im Detail analysiert. Die Bundesdirektorenkonferenz der 16 Bundesländer hat sich bei ihrer Jahressitzung vor einem Jahr mit 16 : 0 Stimmen dafür ausgesprochen, die Oberstufe so neu zu ordnen, wie sie bei uns neu geordnet ist – 16 : 0 Stimmen!

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen)

– Denen geht es so ähnlich wie Ihnen. Die kommen nicht aus den Büschen heraus; sie haben auch ein anderes Verständnis von Tempo.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die wollen wahrscheinlich auch ganz unten anfangen. Ehe sie dann oben sind, sind wir 20 Jahre weiter, und man kann das Abitur in Deutschland endgültig wegwerfen, wenn man sich an einer ausländischen Universität bewirbt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Damit komme ich zu einem weiteren Punkt. Sie erwecken unentwegt den Eindruck, es werde alles schwerer, die Noten würden schlechter und die Baden-Württemberger bekämen keine Studienplätze mehr. Sie raten mir, mich an Hamburg zu orientieren. Das ist ein Treppenwitz. Das Allerletzte, woran man sich in Deutschland in der Bildungspolitik orientieren kann, ist Hamburg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Als Rheinländerin tut es mir ja in der Seele weh, aber auch mit Nordrhein-Westfalen ist das so eine Geschichte. Auch dies ist nicht gerade unser Vorbild,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Deshalb sind Sie jetzt Kultusministerin!)

wenngleich Frau Behler sehr wohl erkannt hat, wo die Schwachstellen liegen. Und weil sie erkannt hat, wo die Schwachstellen liegen, deshalb führt sie immer mehr zentrale Elemente ein,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Lasst mal Möllemann ran!)

die immer näher an das heranführen, was bei uns als Zentralabitur gilt.

Aber jetzt zur Sache: Sie wissen, weil ich es im Schulausschuss schon mehrfach gesagt habe, dass wir in Baden-Württemberg seit vielen, vielen Jahren mit die besten Abiturnotendurchschnitte in Deutschland haben, obwohl dieses Abitur schon jetzt ein Zentralabitur und ein anerkanntes Abitur ist.

Sie wissen genauso gut wie ich – jeder, der pädagogisch wirkt, weiß das –: Wenn andere Formen des Lernens eingeführt werden, wenn andere Anforderungen gestellt werden, dann führt das nicht zu Leistungsabfall, sondern es führt im Zweifelsfall dazu, dass mehr erbracht wird und dass mehr Motivation da ist.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Ein Teil unserer Oberstufenschüler ist nicht mehr motiviert.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie wissen auch, dass die Studienplätze, die nicht über die ZVS vergeben werden, zunehmend nicht einfach nach einem Notendurchschnitt vergeben werden, sondern dass die Entwicklung in eine ganz andere Richtung geht; das haben wir hier auch ausdrücklich gefördert. Die Voraussetzungen werden von unseren Universitäten, unseren Hochschulen transparent gemacht, eigene Aufnahmeverfahren werden entwickelt. Das heißt auf gut Deutsch: Die Chancen baden-württembergischer Abiturientinnen und Abiturienten

(Abg. Pfister FDP/DVP: Steigen!)

werden bei solchen Vergabeverfahren größer und nicht kleiner werden. Das sollten Sie den jungen Leuten sagen und nicht zusätzlich Verwirrung stiften.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Warum so wütend?)

Ich glaube, Frau Rastätter, wir beide würden uns sehr viel eher einig werden. Natürlich kann man darüber streiten, ob man die Neuerungen nicht zuerst nur an 20 Schulen einführt.

Natürlich wird man über den Stellenwert von Informatik reden müssen. Ich halte das Fach für überschätzt. Das ist gerade eine Welle. Das Fach muss in die Schule; 70 % unserer Oberstufenschüler wählen es im Grundkurs. Ich gehe davon aus, dass die öffentliche Diskussion nicht dazu führen wird, dass die Zahlen sinken werden, weil jeder weiß, dass dieses Fach bedeutsam ist.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Deuschle REP: Die Pädagogen sind nicht geeignet für Informatik!)

– Viele sind sehr geeignet, sonst würden nicht 70 % bis 75 % der Schüler dieses Fach als Grundkurs belegen. Sie müssten es nicht wählen; sie könnten auch etwas anderes wählen. Wenn das alles Schrott wäre, würden sie es nicht wählen.

Es gibt also manches Detail, worüber wir im Gespräch sind und das auch für die Feingestaltung wichtig ist. Dazu gehört auch die Frage der Leistungsmessung. Dazu gehört auch die Frage des Stellenwerts des Seminarkurses. Ich glaube, wenn wir ihn sofort verbindlich einführen, würden wir den Eindruck erwecken, dass die spezifische Form des Lernens im Seminarkurs nur auf diesen selbst beschränkt sein solle und alles andere weiterginge wie bisher und dass wir den Seminarkurs zum Beispiel zu einem Fach wie Informatik in Konkurrenz brächten. Deshalb muss man dahin gehend erst einmal die Erfahrungen abwarten: Wie laufen die Trends an unseren Schulen?

Bei dem Flyer für die Schüler bedauere ich den handwerklichen Fehler, der passiert ist. Es ist keine Frage: Es hätte der Satz dazugehört, dass dieses Thema im Sommer im Landtag beraten wird. Der Fehler ist uns passiert, dafür bitte ich um Entschuldigung. Wir sollten die Schüler ganz schnell informieren. Das ist passiert, dies war nicht in Ordnung, das ist klar.

Meine Damen und Herren, aus vielen Beiträgen, auch aus den Ausführungen von Frau Berroth, ist erkennbar, dass es hier im Haus einen großen Konsens darüber gibt, dass eine wichtige bildungspolitische Weichenstellung erfolgt ist, die nichts mit streng oder weniger streng zu tun hat, sondern mit Modernisierung, Konzentration und damit, dass wir in der Schule, im Bildungswesen Qualität künftig nicht über Quantität – immer mehr Details, immer mehr Fächer, immer mehr Ausdifferenzierung, immer mehr Wahlmöglichkeiten – gewinnen, sondern dass der Qualitätsbegriff ein anderer ist: ein Qualitätsbegriff, der mit innerer Entwicklung, mit Konzentration, mit einem breiteren Fundament, mit neuen Lernformen zu tun hat. Genau dies wird ab dem Schuljahr 2001 in Baden-Württemberg in den Gymnasien Ziel sein. Es hat selten, ob Ihnen das passt oder nicht, Herr Zeller, einen Schritt gegeben, der bei den Schulleitungen, bei den Oberstufenberatern, in unseren Hochschulen auf eine so breite Zustimmung gestoßen ist wie diese Entscheidung. Deshalb bin ich davon überzeugt, dass dieser Schritt den Gymnasiasten in Baden-Württemberg mehr Chancen bringt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf auf die noch verbliebenen Redezeiten hinweisen: Die SPD-Fraktion hat noch 2 Minuten und 40 Sekunden, die CDU-Fraktion hat noch 2 Minuten, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch 8 Sekunden,

(Heiterkeit)

und die Fraktion Die Republikaner hat ihre Redezeit voll verbraucht; das Gleiche gilt für die FDP/DVP-Fraktion.

Ich erteile Herrn Abg. Zeller das Wort, bitte aber, auf die Redezeit zu achten.

(Abg. Brechtken SPD: Du darfst die 8 Sekunden von den Grünen nicht verwenden! – Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Meine 8 Sekunden!)

Abg. Zeller SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist natürlich in der Tat schwierig, jetzt auf all das einzugehen, was Frau Schavan gesagt und von sich gegeben hat. Es wäre lohnenswert, in der Öffentlichkeit – leider haben wir keine öffentlichen Ausschusssitzungen – darauf einzugehen. Ich will es trotzdem in aller Kürze versuchen.

Frau Schavan, ich greife den Vergleich mit dem Film gerne auf. Nach meinem Dafürhalten ist es so, dass man einen Film von Anfang an laufen lässt und nicht mit dem Ende beginnt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ja!)

Sie beginnen mit dem Ende.

(Abg. König REP: Dann kennt man den Täter!)

Sie bauen zuerst die Oberstufe, anstatt mit der 5. Klasse zu beginnen und ein Gesamtkonzept vorzulegen. Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Brechtken SPD: Aber, Herr Kollege, man versteht den Film dann manchmal besser!)

Dies jetzt in allen Details darzulegen wird mir aus zeitlichen Gründen leider nicht mehr möglich sein. Modern ist aber, Frau Schavan, zuerst ein Gesamtkonzept zu haben und dann erst mit der Oberstufe abzuschließen. Bevor man über die Struktur spricht, sollte man über die Inhalte und die Ziele sprechen. Sie machen das genau umgekehrt.

Ich habe übrigens gar nichts dagegen, dass wir bei den Lehrplänen – wie sagten Sie? – eine erbitterte Auseinandersetzung führen. Das halte ich für wichtig. Ich halte es in einer Demokratie für sehr wichtig, über die Lehrpläne, über die Inhalte, über die Ziele sehr intensiv zu diskutieren und konstruktiv zu streiten. Ich habe überhaupt keine Angst davor. Das ist sogar notwendig. Aber Sie führen genau diese öffentliche Diskussion und Beteiligung nicht herbei. Das ist mein Vorhalt, den ich an Sie richte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen ist auch das Tempo anders zu bewerten, als Sie es dargestellt haben. Ich sage Ihnen: Ein Alleingang – und es ist ein Alleingang, den Baden-Württemberg hier macht – taugt nicht. Wir werden ja sehen – ich kann das jetzt auch nicht im Detail begründen –: Faktisch bedeutet Ihr Schritt eine Abschaffung des jetzigen Kurssystems. Es gibt weder Grund- noch Leistungskurse. Die Wahlmöglichkeiten werden deutlich eingeschränkt. Das Gegenteil wäre richtig. Ich kann das jetzt leider nicht begründen, wie gesagt; ich würde es gerne machen.

Ich kann auch nur ganz kurz auf Frau Vosschulte eingehen.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Lieber nicht!)

(Zeller)

Eines muss ich fragen. Frau Vosschulte, Sie loben ja unser Schulsystem in Baden-Württemberg – übrigens in der Vergangenheit mit diesem Kursystem –, und Ihre Lieblingsmethode ist es ja, NRW und alles, was nach Rot-Grün oder Rot klingt, niederzumachen.

(Abg. König REP: Das ist richtig!)

Jetzt muss ich mich schon fragen: Wo hat eigentlich die Kultusministerin das Abitur gemacht?

(Heiterkeit der Ministerin Dr. Annette Schavan)

War das eigentlich so verkehrt? War das damals alles eine völlig falsche Bildungspolitik?

(Heiterkeit der Ministerin Dr. Annette Schavan –
Abg. Pfister FDP/DVP: Der schwätzt aber einen
Käs!)

Also: Sie sollten sich Ihre Argumente ein bisschen überlegen.

Ich sage Ihnen eines, Frau Vosschulte: Wenn Sie nicht bereit sind, mitzugehen, dass die jungen Menschen bis zur Klasse 11 wenigstens die entsprechenden Grundkenntnisse erwerben – auch im Gymnasium –, dann stimmt etwas von unten herauf nicht. Dann können Sie nicht in der Jahrgangsstufe 12 und in der Jahrgangsstufe 13, die ja ohnehin nur verkürzt ist, so tun, als ob mit dieser einen Stunde sozusagen all das, was Sie kritisieren, aufgearbeitet wäre. Diese Argumentation stimmt im Grunde genommen nicht.

Im Übrigen – Sie haben mehrfach danach gefragt, wann ich das letzte Mal an der Schule war, und ich bin gern bereit, Ihnen zu antworten –: Ich bin wöchentlich mehrmals an der Schule. Ich stecke mittendrin, ich weiß, wovon ich rede. Außerdem berichten meine beiden Kinder sehr wohl, was sowohl in der Realschule als auch im Gymnasium läuft. Auch da habe ich einen Einblick, den manche anderen nicht haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Aussprache. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf der Landesregierung und die beiden Anträge der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport zu überweisen. –

(Abg. Brechtken SPD: Jawohl, Herr Präsident! Wir stimmen zu!)

Sie stimmen zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 5 beendet.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur Änderung des Privatschulgesetzes – Drucksache 12/5237

Das Präsidium hat für die Aussprache nach der Begründung durch die Regierung eine Redezeit von fünf Minuten

je Fraktion festgelegt. Hier sind keine gestaffelten Redezeiten vorgesehen.

Das Wort hat Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit der jetzt von der Landesregierung eingebrachten Novellierung des Privatschulgesetzes werden erstens notwendige Anpassungen wegen der Änderung der Besoldungsvorschriften des Bundes vorgenommen, zweitens einige Aufgaben vom Ministerium an die Oberschulämter delegiert und drittens – und das ist der wichtigste Punkt – die finanzielle Förderung der beruflichen Ersatzschulen verbessert.

Im Einzelnen geht es bei der Anpassung der Bezuschussungsvorschriften um die Zuschüsse, die im Privatschulgesetz an das Gehalt einer bestimmten beamteten Lehrkraft gekoppelt sind. Weil sich die Berechnung der Gehälter der Beamten durch das Bundesbesoldungsgesetz geändert hat, muss die Berechnungsgrundlage im Privatschulgesetz an das geänderte Bundesgesetz angepasst werden. Mit dieser Anpassung sind materielle Veränderungen – insbesondere finanzielle Auswirkungen –, abgesehen von Rundungen in der Berechnung zugunsten der Privatschulen, nicht verbunden.

Im zweiten Punkt geht es um die Delegation von Aufgaben vom Ministerium an Oberschulämter im Hinblick auf die Verfahren zur staatlichen Anerkennung von Ersatzschulen und die Genehmigung von Prüfungsordnungen.

Der entscheidende Punkt in dieser jetzigen Novellierung aber ist die strukturelle Verbesserung der Zuschüsse für die beruflichen Ersatzschulen. Sie wissen, dass darüber in den letzten Jahren mehrfach gesprochen wurde, dass wir zuletzt in einer gemeinsamen Kraftanstrengung bei der Beratung des Doppelhaushalts 2000/2001 auf die vorher noch vorgesehene – –

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf Sie bitten, unaufschiebbare Gespräche nach außerhalb des Plenarsaals zu verlegen.

Bitte, Frau Ministerin.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ich war gerade dabei, daran zu erinnern, dass wir bei der Beratung des Doppelhaushalts 2000/2001 eine zuvor noch im Haushaltsentwurf enthaltene Zuschussabsenkung zurückgenommen haben. Das, was im Zusammenhang mit Dynamisierung ab 1. August 1997 abgesenkt worden war, ist also gestoppt worden. Den allgemein bildenden Privatschulen fließen durch den Verzicht auf die Fortführung der Absenkung in den beiden Jahren des Doppelhaushalts 2000/2001 insgesamt 42 Millionen DM mehr zu als ursprünglich geplant.

Mit dieser Entscheidung werden jetzt die Zuschüsse für Privatschulen von den im öffentlichen Schulbereich eingetretenen Veränderungen und Entwicklungen abgekoppelt. Mit der jetzt eingebrachten Novellierung des Privatschulgesetzes wird eine Verbesserung der Bezuschussung der beruflichen Ersatzschulen erreicht, deren Höhe bekanntlich

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

hinter der Höhe der Zuschüsse für die allgemein bildenden Schulen zurückliegt. Im Umfang von jährlich 7 Millionen DM werden die Zuschüsse für die privaten beruflichen Schulen angehoben, was einer Erhöhung der Zuschüsse um rund 10,5 % entspricht. Die Erhöhung soll rückwirkend zum Beginn des jetzt ablaufenden Schuljahres, also zum 1. August 1999, wirksam werden.

Das ist, meine Damen und Herren, ein erster wichtiger Schritt, der den betroffenen Privatschulen eine deutlich spürbare Verbesserung der finanziellen Situation bringt und diesen Schulen zeigt, dass die Landesregierung die Belange der Privatschulen und deren wertvollen Beitrag in der Landschaft des baden-württembergischen Schulwesens sieht.

Mit diesem wichtigen Schritt ist die von der Landesregierung im Jahr 1995 zum Ausdruck gebrachte und wegen der angespannten Haushaltslage bisher nicht umgesetzte Absicht bestärkt, eine Erhöhung der Bezuschussung der privaten beruflichen Schulen auch in schwieriger Zeit aufzugreifen.

Es haben eine Menge Gespräche stattgefunden, und dabei wurde ersichtlich, dass der jetzt vorgesehene Schritt für die Privatschulen ein Stück Stabilisierung im Blick auf die nächsten Jahre und im Blick auf ihre Perspektiven bedeutet.

Nach einem Ländervergleich der alten Bundesländer ist die Schülerzahl an privaten Gymnasien und freien Waldorfschulen vom Schuljahr 1995 zum Schuljahr 1998 im Bundesdurchschnitt um 6,1 % und in Baden-Württemberg um 8,2 % und bei den privaten beruflichen Schulen im Bundesdurchschnitt um 5 % und in Baden-Württemberg um 6,9 % angestiegen.

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Das heißt, Baden-Württemberg liegt hier gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen und Bayern bundesweit an der Spitze. Die Kenner unter Ihnen wissen, dass dies vor allem mit einer starken Verankerung der Waldorfschulen und der Waldorfbewegung in unserem Land zusammenhängt.

Ich bin davon überzeugt, dass die Schulen in freier Trägerschaft, ganz besonders die beruflichen Schulen in freier Trägerschaft – das lässt sich an vielen und vor allen Dingen auch pädagogisch-inhaltlichen Entwicklungen der letzten Jahre festmachen –, einen wichtigen Beitrag zum Bildungswesen in Baden-Württemberg leisten. Deshalb bin ich froh darüber, dass wir jetzt die Novellierung mit einer Erhöhung der Zuschüsse für die privaten beruflichen Erstschaften um gut 10 % möglich machen konnten.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Lazarus.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Gesetzesnovelle, die wir vor uns liegen haben, ist zum Teil eine Art Pflichterfüllung und eine technische Anpassung an geänderte Grundlagen. Die Besoldungsstruktur der Beamten hat sich geändert, und die Zu-

ständigkeit von Kultusministerium und Oberschulamt soll sich ändern.

(Unruhe)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal darum bitten, unvermeidbare Gespräche nach außerhalb zu verlegen.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Damit ist auch noch die dringend erforderliche Anpassung der Zuschüsse für private berufliche Schulen verbunden.

Die Privatschulen halten die vorgesehene Anhebung in ihrer Stellungnahme nicht für ausreichend und fordern darüber hinaus eine besondere Art der Koppelung der Zuschüsse an die Entwicklung der Kosten eines Schülers in einer staatlichen Schule. Beides hängt inhaltlich eng zusammen.

Die CDU-Fraktion wird der vorgelegten Gesetzesnovelle zustimmen, obwohl diese beiden Forderungen in der Gesetzesnovelle nicht erfüllt sind. Aber auch wenn sie in dem Gesetz nicht erfüllt sind, so behaupten wir doch, dass im Vergleich zu vergangenen Jahren im Zusammenhang mit der Privatschulfinanzierung ein gewaltiger Schritt weitergegangen wurde. Die CDU-Fraktion sagt zu – sie hat dies bereits in einem Gespräch in der letzten Woche den Privatschulen verdeutlicht –, diesen Schritt rechtlich und tatsächlich umzusetzen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Sehr gut! Sehr gut!)

Was ist eigentlich an dem, was wir vorhaben, neu? Die beiden Fraktionen von CDU und FDP/DVP haben eine kleine Kommission gebildet. Ich spreche ausdrücklich von einer „kleinen Kommission“; denn sie bestand offiziell nur aus vier Mitgliedern, nämlich aus zwei Abgeordneten und zwei Vertretern der Privatschulverbände.

(Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen:
Uns hat man nicht gefragt!)

Die Kommission hatte den Auftrag – dazu hatte es schon mehrere Anläufe gegeben –, die Kosten eines Schülers an einer staatlichen Schule auf Schularten bezogen zu ermitteln.

Die erste Entscheidung in der Kommission war, nur Zahlenmaterial aus dem Landeshaushalt und vom Statistischen Landesamt beizuziehen, also Zahlen, die auf Nachfrage jedermann zugänglich sind.

Wenn ich etwas über- oder auch untertreibe, so kann ich sagen, dass wir – ich war ein Mitglied dieser Kommission – Sitzung für Sitzung nichts anderes getan haben, als Zahlentabellen zu erarbeiten, zu verfeinern und zu ergänzen. In der Beschaffung dieser Zahlen wurden wir von je einem Vertreter des Kultusministeriums und des Finanzministeriums unterstützt. Ich bedanke mich an dieser Stelle ausdrücklich für deren Mitarbeit.

Sie mögen nun sagen: „Ja, wie langweilig, eine solche Arbeit zu machen“.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Vor allem ohne Ergebnis!)

(Ursula Lazarus)

aber, meine Damen und Herren, es war keineswegs langweilig. Denn das Entscheidende an dieser Vorgehensweise war – und deswegen habe ich dies hier auch so ausführlich beschrieben –, dass wir Schritt für Schritt miteinander abgestimmt haben. Es wurde kein weiterer Schritt gemacht, bevor beim vorhergehenden Einigkeit erzielt war.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist eigentlich etwas Selbstverständliches!)

Einige werden nun fragen: „Warum hat man diese Zahlen nicht schon lange zusammengestellt?“ Ich habe mir ja erlaubt, darauf hinzuweisen, dass die Vorgehensweise das Besondere war. Das Ungewöhnliche war nämlich, dass wir Schritt für Schritt gemeinsam gegangen sind. Diese Vorgehensweise war effektiv und hat zu Transparenz geführt.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir haben jetzt zumindest für das allgemein bildende Schulwesen übereinstimmend die Höhe der Kosten für einen Schüler an einer staatlichen Schule erarbeitet. Daraus haben wir abgeleitet, welche Prozentsätze davon die Zuschüsse für die Privatschulen ausmachen.

(Unruhe)

Es ist der Wunsch der Privatschulen, dass diese Berechnungsmethode Grundlage für die zukünftige Zuschussregelung sein soll. Das wäre ein gewaltiger Schritt, der die Grundlagen, die wir jetzt haben, verändert. Mit Sicherheit braucht dieser Schritt auch entsprechende Vorbereitungen.

(Unruhe)

Die CDU-Fraktion sagt zu, diesen Weg zu gehen und im nächsten Doppelhaushalt auch in Stufen finanzielle Konsequenzen zu ziehen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Indirekt hat es auch im Doppelhaushalt 2000/2001 Konsequenzen aus den Kommissionsergebnissen gegeben.

(Abg. Christine Rudolf SPD: Was?)

Ich nenne das einmal die „Stufe null der zukünftigen Verbesserungen“. Die Kürzungen mittels Haushaltsstrukturgesetz, die mit etwa 40 Millionen DM in der Haushaltsvorlage noch durchaus enthalten waren, wurden im Doppelhaushalt nämlich total zurückgenommen. Ich denke, dass das Ergebnis dieser Kommissionsarbeit, das den Regierungsfractionen vorlag, in der Argumentation recht gute Dienste geleistet hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gute! – Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

Dieser Befreiungsschlag hat damit meiner Meinung nach auch den Willen dokumentiert, das nun gesetzte Ziel erreichbar zu machen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Guten Job gemacht!)

Stellv. Präsident Weiser: Frau Abgeordnete, ich muss Sie auf Ihre Redezeit hinweisen.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Nicht betroffen von der Kürzung durch das Haushaltsstrukturgesetz waren die beruflichen Privatschulen, die zugegebenermaßen besonders schlecht ausgestattet werden. Deshalb waren die Mittel für deren Besserstellung, die wir heute endgültig beschließen, auch im Haushaltsentwurf bereits enthalten. Damit sie nun tatsächlich ausbezahlt werden können, müssen wir die neuen Zahlen ins Gesetz schreiben. Es ist also heute der Tag der technischen Umsetzung und nicht der einer großen politischen Tat, die die Grundlagen verändert.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe heute dennoch etwas über die zukünftige Ausgestaltung der finanziellen Ausstattung der Privatschulen in Baden-Württemberg aus der Sicht der CDU-Fraktion ausgeführt.

Stellv. Präsident Weiser: Frau Abgeordnete, ich muss Sie auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

Abg. Ursula Lazarus CDU: Die Grundlagen dafür sind erarbeitet und transparent. Was immer gefordert wurde, CDU-Fraktion und Privatschulen sind in allen Punkten, die bisher strittig waren, zu einer gemeinsamen Sicht gekommen. Das ist eine gute Basis für die zukünftige Arbeit.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Rudolf.

Abg. Christine Rudolf SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die vorliegende Gesetzesänderung – das ist sicherlich auch aus den Ausführungen der Vorrednerinnen deutlich geworden – muss differenziert betrachtet werden.

Zum einen haben wir den Teil, in dem es um die formale Umsetzung der Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes geht. Hierzu kann ich für die SPD-Fraktion Zustimmung signalisieren, denn es ist wichtig, dass die Privatschulen ihr Geld ausbezahlt bekommen.

Ebenfalls zu begrüßen ist die Delegation von Entscheidungsbefugnissen auf untere staatliche Behörden, in diesem Fall auf die Schul- und die Oberschulämter.

Zu begrüßen ist ebenfalls die Verbesserung der finanziellen Förderung der beruflichen Ersatzschulen – das ist schon erwähnt worden – in Höhe von 10,5 %.

Aber dann geht es schon los. Frau Lazarus hat uns ja dankenswerterweise erklärt, wie es in der Arbeitsgruppe zugeht. Aber, Frau Lazarus, auf der Strecke gut miteinander auszukommen ist das eine, und zu einem Ergebnis zu kommen, das öffentlich transparent wird, nämlich bei allen Fraktionen hier im Landtag, ist das andere. Das hätten wir uns als Grundlage der Beratung dieser Gesetzesänderung doch sehr gewünscht.

(Beifall bei der SPD)

Es ist in der Tat so, dass den allgemein bildenden privaten Schulen schon in der letzten Legislaturperiode versprochen worden ist, dass es ein Stufenmodell geben wird, bei dem sie auf 80 % der Förderung eines Schülers an einer öffentlichen Schule kommen sollen. In der Tat war die Frage, was 80 % der Förderung eines Schülers an einer öffentli-

(Christine Rudolf)

chen Schule sind. Sie haben schon in der letzten Legislaturperiode versprochen, dass es auch an den allgemein bildenden privaten Schulen zu einer Erhöhung des Zuschusses kommen wird. Wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen gemeinsam verhindert, dass es zu einer weiteren Kürzung kam, aber von dem, was Sie in der letzten Legislaturperiode versprochen haben, sind wir noch eine ganze Ecke entfernt.

Noch etwas zur FDP/DVP: Ich habe mir das Protokoll über die Sitzung angeschaut, in der in der letzten Legislaturperiode die letzte Änderung formuliert und diskutiert worden ist. Ich muss schon sagen, Herr Pfister, dass Sie als Löwe gestartet und als Papiertiger gelandet sind.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was? Das kann nicht sein! Das war noch in Oppositionszeiten! In der Opposition können Sie erzählen, was Sie wollen! Das wissen Sie! – Unruhe)

– Wenn Sie Ihr Geschwätz von gestern nicht interessiert, dann wiederhole ich das, was Sie gesagt haben, für Sie, Herr Pfister, gerne.

Sie wollten Baden-Württemberg zu einem privatschulfreundlichen Land machen und dafür viel, viel Geld investieren. Bloß ist davon bei den Privatschulen leider nichts angekommen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Könnten Sie auch auf Ihre Rolle damals eingehen?)

– Ja, ich habe das ganze Protokoll gelesen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sie geben zu, dass Verbesserungen da sind! 30 Millionen!)

Man muss sich schon vor Augen halten, dass wir – und dazu möchte ich mich ausdrücklich bekennen – eine Verantwortung für die öffentlichen Schulen haben, die ja den Hauptteil der Bildungsarbeit in Baden-Württemberg leisten. Aber mit der staatlichen Anerkennung von privaten Schulen haben wir selbstverständlich auch eine Verantwortung für die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen dort. Wir wissen alle – das wird auch immer wieder in Plenarsitzungen betont; wenn man das nachliest, stellt man das fest –, dass gerade an diesen Schulen ein Innovationspotenzial vorhanden ist, das die Arbeit an unseren öffentlichen Schulen befruchten kann und das wir eigentlich gemeinsam nutzen wollen. Aber dann heißt es auch, dass wir die privaten allgemein bildenden Schulen für diese Arbeit ausstatten müssen. Meine Damen und Herren, wir sind hier im Landtag von Baden-Württemberg nicht dazu da, Bundesrecht umzusetzen, sondern wir haben eine eigenständige bildungspolitische Verantwortung, für die eine finanzielle Unterstützung gewährleistet sein muss. Da haben Sie in dieser Legislaturperiode einfach nichts geleistet.

(Beifall bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Ha no, übertreiben Sie es nicht! Wir sind unheimlich gut!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Rastätter.

Abg. Renate Rastätter Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Abg. Pfister FDP/DVP: Jetzt fängt die auch noch an!)

Was muss die Landesregierung für die freien Schulen in Baden-Württemberg leisten? Lassen Sie mich im Hinblick darauf mit der Frage beginnen: Was leisten die freien Schulen für die staatlichen Schulen in Baden-Württemberg? Dafür drei Beispiele: Es gibt bei uns keine gute Grundschule mehr, die nicht auch Montessori-Pädagogik, nämlich die Freiarbeit als kindgerechte Arbeitsform, integriert und von den Privatschulen übernommen hat.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, da hat sie Recht!)

Zweites Beispiel: Von den Waldorfschulen ist der Epochenunterricht mittlerweile an vielen Schulen übernommen worden.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da hat sie auch Recht!)

Drittes Beispiel: Die katholischen Schulen haben ein sehr schönes Projekt entwickelt, und zwar ein Praxis- und Unterrichtsprojekt des sozialen Lernens, „Mitmenschlichkeit als Voraussetzung für die Friedensfähigkeit“. Zu diesem Projekt gehört auch ein fünfwöchiges Sozialpraktikum an den Schulen. Mittlerweile hat unser Kultusministerium, habe ich gelesen, eine Arbeitsgruppe gebildet, die die Ergebnisse dieses Projekts aufarbeitet und den staatlichen Schulen in Baden-Württemberg zur Verfügung stellen will.

Meine Damen und Herren, das sind Beispiele dafür, dass die freien Schulen in Baden-Württemberg und natürlich auch anderswo ein Motor für die pädagogische Schulentwicklung sind und eine große Bereicherung für unsere staatlichen Schulen und für unsere Bildungslandschaft darstellen.

Im Grundgesetz ist die Freiheit des Bildungswesen ausdrücklich festgeschrieben, die Vielfalt der Erziehungsziele, die Vielfalt der Bildungsziele. Das Grundgesetz will ausdrücklich kein staatliches Bildungsmonopol. Das Grundgesetz schreibt aber auch das Sonderungsverbot fest. Das heißt, Privatschulen müssen für alle Kinder, egal, aus welchen sozialen Schichten sie kommen, egal, wie die Finanzkraft ihrer Eltern ist, zugänglich sein. Deshalb müssen unsere Privatschulen vom Staat entsprechend finanziell gefördert und ausgestattet werden. Hier in Baden-Württemberg ist dieses Verfassungsgebot in den vergangenen Jahren in sträflicher Weise vernachlässigt worden. Den freien Schulen ist über viele Jahre hinweg das Wasser abgegraben worden, zuletzt im Übrigen in dieser Legislaturperiode mit den Kürzungen im Haushaltsstrukturgesetz.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das haben wir rückgängig gemacht!)

Diese Kürzungen haben wir damals heftig bekämpft.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Aber deshalb haben wir das nicht rückgängig gemacht!)

Darauf komme ich noch. Erst als nämlich die Eltern vor die Gerichte gezogen sind, als die Schulen vor die Gerichte gezogen sind und als feststand, dass die Praxis der Zuschuss-

(Renate Rastätter)

gewährung in Baden-Württemberg hinter den verfassungsrechtlichen Vorgaben zurückbleibt – Sie haben damals sogar noch beim Urteil versucht, zu erklären: Dann müssen die Schulen eben das Schulgeld erhöhen. Dies alles ist nicht haltbar.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Wir?)

– Das hat die Landesregierung erklärt: Dann müssen eben die Schulen ihre Schulgebühren heraufsetzen. Erst als die Gerichte bestätigt haben, dass dies eine verfassungswidrige Praxis ist, hat ein Umorientierungsprozess, zumindest ein Nachdenkensprozess bei der Landesregierung eingesetzt.

Wir begrüßen, dass jetzt Kürzungen im Haushaltsstrukturgesetz zurückgenommen wurden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Wir auch!)

Wir begrüßen auch, dass die Zuschüsse nun erhöht werden. Ich weiß, dass sich zum Beispiel die Kollegin Lazarus in dieser Kommission sehr engagiert hat, und zwar gemeinsam mit der Kollegin Berroth. Allerdings muss ich deutlich machen: Das sind bis jetzt die ersten Ansätze; denn nicht nur die verfassungsrechtlichen Vorgaben, sondern auch das selbst gesteckte Ziel, 80 % zu erreichen, sind damit bei weitem noch nicht gewährleistet. Das heißt, es muss innerhalb eines kurzen Zeitraums erreicht werden, dass diese Vorgaben erfüllt werden.

Ich sage ganz deutlich: Wer freie Schulen als Bereicherung unserer Bildungslandschaft sieht, der muss auch im finanziellen Bereich das Notwendige dafür tun. Wir werden Sie in diesem Punkt weiterhin unter Druck setzen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Berroth.

Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir heute hier zu entscheiden haben, ist vor allem eine formelle Anpassung des Privatschulgesetzes an die Realität. Bei den rein formellen beamtenrechtlichen Anpassungen handelt es sich um Folgen veränderter Bundesgesetzgebung, also lediglich um Umsetzungen in Landesrecht.

Bei den Fachleuten ist etwas umstritten, ob die veränderten Zuständigkeiten für die Anerkennung von Ersatzschulen und die Genehmigung von Prüfungsvorschriften im Ganzen vorteilhaft sein werden. Das lässt sich jedoch nicht theoretisch klären. Da bleibt uns nur, die Entwicklung kritisch zu beobachten und gegebenenfalls zu reagieren.

Nun haben bei der Nennung dieses Tagesordnungspunkts viele eigentlich erwartet, dass die von den Kolleginnen auch schon angesprochene grundlegendere Reform komme. Das hätte aber noch eine ganze Zeit gedauert. Wir Liberalen haben uns deshalb auch dazu entschlossen, die beruflichen Schulen in freier Trägerschaft nicht länger auf die Folter zu spannen, sondern ihnen das schon im Haushalt bereitgestellte Geld jetzt zukommen zu lassen, weil die Liquidität dort das mit Sicherheit erfordert.

Warum brauchen wir denn überhaupt eine Gesetzesänderung, wenn den beruflichen Ersatzschulen mehr Geld zusteht? Das ist ja das wirklich Lustige an diesem Gesetz, dass da für jede Schulart ein anderer Prozentsatz drinsteht, der sich jeweils auf einen Ecklehrer dieser Schulart bezieht. Die unterschiedlichen Prozentsätze beruhen dann darauf, dass die verschiedenen Schularten natürlich unterschiedlich hohe sonstige Kosten haben, die sich eben nicht analog mit den Personalkosten verändern. Das heißt, diese unterschiedlichen Prozentsätze sind einerseits sachgerecht. Sie führen aber andererseits dazu, dass immer wieder Ungerechtigkeiten vermutet werden, sowie dazu, dass der Berechnungsmodus seit vielen Jahren angezweifelt wird.

Frau Kollegin Lazarus hat schon auf die Arbeitsgruppe hingewiesen, die wir gebildet haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gute Arbeit!)

Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, die seit fast 30 Jahren andauernden Streitigkeiten

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Pfister FDP/DVP: Gute Arbeit! Guten Job gemacht!)

darüber, wie viel Kosten denn nun eigentlich ein Schüler an einer öffentlichen Schule verursacht und wie man so etwas ermittelt, zu beheben. Ich muss eines einmal deutlich sagen: Wir haben eine sehr effiziente Arbeitsgruppe gehabt, und zwar zum einen, weil sie klein war und weil sie nicht mit ideologischen Themen befrachtet war, sondern streng betriebswirtschaftlich und sachorientiert vorgegangen ist. Zum anderen hat sicherlich wesentlich mit dazu beigetragen, dass mit der Kollegin Lazarus die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses darin war und dass ich meine Erfahrungen aus betriebswirtschaftlicher Kalkulation mit einbringen konnte.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ein Traumpaar! – Gegenruf des Abg. König REP: Aber bloß, wenn man es durch Ihre Brille sieht!)

Wir haben jetzt also einen Berechnungsmodus. Diese Methode wollen wir von der FDP/DVP künftig im Gesetz verankern

(Zuruf des Abg. Wintruff SPD)

und dann eben nur noch einen Prozentsatz von 80 % vorsehen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir hätten das sehr gern schon heute bzw. in dieser Legislaturperiode eingebracht. Leider waren die notwendigen Vorbereitungen nicht in der erforderlichen Geschwindigkeit durchzuführen. Wir müssen das deshalb verschieben.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das machen wir das nächste Mal! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Trotzdem muss da ein Stufenplan kommen – das ist klar –, weil die unterschiedlichen Schularten sehr unterschiedlich weit von diesen 80 % entfernt sind.

Andererseits freue ich mich, dass von allen Fraktionen deutlich gemacht wurde, dass die Schulen in freier Träger-

(Heiderose Berroth)

schaft eine wichtige Aufgabe in unserem Bildungssystem erfüllen. Dass dies auch die SPD so sieht, ist die besondere Erkenntnis dieses Nachmittags. Aber wenn ein Zug in die richtige Richtung fährt, dann hat er meistens besonders viele Lokführer. Ich freue mich, dass es gelungen ist, mit den Berechnungen dieser Arbeitsgruppe im aktuellen Haushalt wenigstens die Aufhebung dessen zu erreichen, was das Haushaltsstrukturgesetz diesbezüglich vorgesehen hat.

Ich sage Ihnen Folgendes zu – nachdem die Kollegin Lazarus auch schon die Bereitschaft der CDU signalisiert hat, bin ich sicher, dass es auch so kommen wird –: Die FDP/DVP wird dafür sorgen, dass eine entsprechende Vereinbarung über die feste Verankerung dieses Berechnungsmodus, dieses Prozentsatzes von 80 % und des notwendigen Stufenplans als vordringlicher Punkt in die nächste Koalitionsvereinbarung eingehen wird. Ich gehe davon aus, dass die Wähler uns hierzu den Auftrag erteilen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. König.

Abg. König REP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der fromme Wunsch der Frau Berroth, den sie gerade noch geäußert hat, wird wahrscheinlich nicht in Erfüllung gehen.

(Lachen bei der FDP/DVP)

Wir kommen auf jeden Fall wieder rein, Frau Berroth. Wir werden uns also auch in den nächsten fünf Jahren bzw. – von jetzt an gerechnet – sechs Jahren noch mit bildungspolitischen Themen herumzuschlagen haben.

(Zuruf des Abg. Reddemann CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der vorliegende Gesetzentwurf beinhaltet einen Teil, der – das ist schon von verschiedenen Vorrednern gesagt worden – die technische Umsetzung von Bundesrecht betrifft, nämlich die Änderung des Bundesbesoldungsgesetzes. Zu diesem Teil möchte ich eigentlich nichts mehr sagen, außer vielleicht Folgendes: Es ist dringend notwendig gewesen, bei den privaten beruflichen Schulen den derzeitigen durchschnittlichen Zuschuss von 60 % dessen, was nach den Berechnungen vergleichbarer staatlicher Berufsschulen ein Schüler kostet, zu erhöhen. Die Forderung der Privatschulträger, hier eine wirklich sachgerechte Anpassung auf mindestens 70 % vorzunehmen, kann durch diesen Gesetzentwurf verwirklicht werden. Den privaten beruflichen Schulen sollen künftig 70,5 % als Zuschuss zugehen.

Meine Damen und Herren, das begrüßen wir. Wir Republikaner haben immer gesagt, dass wir es für sehr wichtig erachten, dass es neben den öffentlichen staatlichen Schulen auch noch private Schulen gibt, Schulen in freier Trägerschaft, die in der Rückkopplung – das wurde auch von Frau Rastätter schon erwähnt – unsere staatlichen Schulen sehr befruchtet haben. Bis hierher sind wir mit diesem Gesetzentwurf d'accord.

Jetzt kommt in der Tat ein Punkt, der von uns nicht mitgetragen werden kann, und das ist die Übertragung der Zuständigkeit für die Anerkennung von Ersatzschulen vom Kultusministerium auf die Oberschulämter mit der Folge, dass die Zuständigkeit für die Genehmigung von Prüfungs-

vorschriften auch an die Oberschulämter gehen soll. Meine Damen und Herren, das kann von uns nicht mitgetragen werden. Warum?

Bisher musste die Anerkennung vom Kultusministerium ausgesprochen werden, und zwar – das ist klar – nach bestimmten Kriterien. Aber das Kultusministerium hatte immerhin die politische Verantwortung gegenüber dem Landtag. Wenn das künftig der Oberschulamtspräsident XY machen kann, dann besteht die Gefahr, dass es in Baden-Württemberg vier verschiedene Anerkennungsschwellen gibt, entsprechend den vier Oberschulämtern, und dies ist gefährlich – ich sage das heute schon – im Hinblick auf das, was uns demnächst bevorsteht, nämlich Entscheidungen über die Zulassung oder Anerkennung von Ersatzschulen in der Trägerschaft von islamischen Vereinen.

(Abg. Deuschle REP: Eben! Da müssen wir schwer aufpassen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dazu ist eine politische Verantwortung notwendig, die ein Oberschulamtspräsident eben nicht hat.

(Beifall bei den Republikanern)

Vor diesem Hintergrund warne ich bereits heute vor der vorgesehenen Zuständigkeitsübertragung.

Vor diesem Hintergrund ist es meiner Fraktion auch nicht möglich, diesem Gesetzentwurf die wegen der technischen Umsetzung und der Erhöhung der Zuschüsse für das Privatschulwesen eigentlich notwendige Zustimmung zu geben. Deshalb müssen wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

(Unruhe)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich höre gerade im Hintergrund, das mache nichts. Ich will noch einmal sagen: Die Zuschusspassagen tragen wir voll mit, nicht aber diese Übertragung von Kompetenzen.

Danke.

(Beifall bei den Republikanern)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf Drucksache 12/5237 an den Ausschuss für Schule, Jugend und Sport zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der Fraktion der FDP/DVP – Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes – Drucksache 12/5282

Für die Aussprache über den Gesetzentwurf hat das Präsidium eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Das Wort hat Herr Abg. Hauk.

Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über das Thema „Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung“ zu diskutieren fällt naturgemäß

(Hauk)

nicht leicht, nachdem es um die eigene Entschädigung geht. Wir als Parlamentarier haben aber verfassungsgemäß den Auftrag, über unsere Abgeordnetenentschädigung selbst zu befinden. Ich denke, das können wir in diesem Land auch mit Selbstbewusstsein tun.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist keine Frage, dass der vom Präsidenten vorgelegte Vorschlag, dem sich vier Fraktionen in diesem Haus angeschlossen haben, kein Abzocken bedeutet, sondern eine mittelmäßige Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung darstellt. Die Lebenshaltungskosten stiegen im vergangenen Jahr zwischen 1,7 und 2,0 %, die Löhne und Gehälter von Angestellten und Arbeitern erhöhten sich um 2,8 bis 5,2 %, die Gehälter der Angestellten im öffentlichen Dienst steigen – jetzt neu vereinbart – um 2 bzw. 2,4 %, und die Erhöhung der Renten liegt – allerdings netto – bei 0,6 %. Angesichts dessen sage ich nur: Wir liegen mit der vorgesehenen Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung um jeweils 2,3 % in diesem und im nächsten Jahr in der Mitte.

Wir sind kein Landtag der Arbeitnehmer, auch keiner der leitenden Angestellten, keiner der Beamten, der Wirtschafts- oder der Gewerkschaftsbosse, sondern wir sind Abgeordnete, Teilzeitparlamentarier. Deshalb ist diese Entschädigung diesem Haus und den Kollegen auch angemessen.

Manchmal hört man ja Kritik in Bezug auf die Entschädigung, leider meistens sogar von den in der Öffentlichkeit Tätigen. Ich will hierzu erwähnen, dass der Tarifabschluss der IG Medien eine Erhöhung der Gehälter um 5 % für dieses Jahr und um 6 % für nächstes Jahr vorsieht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch bei den Aufwandsentschädigungen soll es Erhöhungen geben. Die Aufwandsentschädigung, die uns Abgeordneten ja oft als Zubrot zum Einkommen zugerechnet wird, ist eine Entschädigung für den Aufwand, der durch die Ausübung des Mandats tatsächlich entstanden ist. Sie ist kein Einkommen, sondern damit werden Sachaufwendungen, die tatsächlich anfallen, abgedeckt.

Immer wieder wird gefordert, von den Pauschalen abzukommen und zu Einzelabrechnungen nach dem tatsächlich entstandenen und nachweisbaren Aufwand überzugehen. Wir sind auch dafür, dies zu tun, aber nur dort, wo der Abrechnungsaufwand vertretbar ist. Aber machen wir uns nichts vor: Meine Zeit ist mir zu schade, als dass ich in allen Einzelheiten und bis auf den letzten Kilometer Aufschriebe und dergleichen mehr führe. Das kann nicht unsere Aufgabe sein. Das macht auch im Management von Betrieben niemand. Wir sollten dort die Pauschalen belassen, wo sie gerechtfertigt sind. Wir sollten dort transparenter verfahren und zu Einzelnachweisen übergehen, wo dies gerechtfertigt erscheint. Wir haben das bereits bei den Telefonkosten getan. Ich denke, das war eine vertretbare Lösung. Ähnliche Lösungen könnte man sich in Zukunft mit Sicherheit auch beim Porto, bei der Internetnutzung etc. vorstellen.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Die Erhöhung bei der Unkostenpauschale und der Tagegeldpauschale beläuft sich insgesamt auf 1,7 %. Das entspricht der Erhöhung der Lebenshaltungskosten und der in

diesem spezifischen Bereich anfallenden Kosten. Darüber hinaus ist eine Erhöhung der Reisekostenpauschale um 5 % vorgesehen. Machen wir uns nichts vor – ich will da die Einheit der vier Fraktionen, die sich dem Vorschlag des Präsidenten angeschlossen haben, nicht ungebührlich strapazieren –: Das hängt natürlich damit zusammen – ich sage es wertneutral –, dass die Aufwendungen für den Betrieb von Kraftfahrzeugen im letzten Jahr nicht unmaßgeblich gestiegen sind.

(Abg. Schonath REP: Was machen die Pendler?)

Es geht um den tatsächlich entstandenen Mehraufwand. Diesen gleichen die 5 % nicht aus, sondern der tatsächliche Mehrbedarf liegt bei 7,7 %, wie es das Statistische Landesamt errechnet hat. Mit 5 % halten wir, wie ich denke, auch in diesem Bereich Maß.

Wenn von den Republikanern jetzt die Zwischenfrage kommt, was die Pendler machen, dann kann ich nur empfehlen, dies den Bundesfinanzminister in Berlin – die steuerlichen Regelungen gehören nämlich dem Bereich der Bundesgesetzgebung an – zu fragen.

(Abg. Deuschle REP: Das ist eine Milchmädchenrechnung, Herr Hauk!)

Wir haben heute Nachmittag – wenn auch ohne Aussprache – das Landesreisekostengesetz behandelt. Wir versuchen, die Dinge, die wir in Baden-Württemberg regeln können, zumindest für unsere Bediensteten zu regeln. Denselben Anspruch dürfen wir auch an uns selbst stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Letztes noch: die Kosten für Reisen nach Berlin. Ich bekenne mich ausdrücklich dazu, dass nicht nur die Regierung und die baden-württembergische Wirtschaft oder Lobbyisten in Berlin vertreten sein sollten, sondern auch der Landtag. Auch er muss auf die Abgeordnetenkollegen in Berlin entsprechend Einfluss nehmen können,

(Abg. Göbel CDU: So ist es!)

damit wir uns von der Bundespolitik nicht abkoppeln, sondern nah am Ball bleiben. Dies gilt für alle Fraktionen, ohne Unterschied, ob Opposition oder Regierungsfraktion. Deshalb ist es auch notwendig, dass Kosten für Reisen nach Berlin übernommen werden. Die Lösung, die jetzt vorliegt, ist transparent. Die notwendige Präsenz in Berlin erfordert dies jedenfalls.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insgesamt ist festzuhalten, dass der Landtag von Baden-Württemberg nach wie vor das für den Steuerzahler kostengünstigste Parlament unter den Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland ist. Ich glaube, wenn man das Thema Maßhalten als Leitmotiv nimmt, zeigt dies, dass wir Maß halten und in der Vergangenheit Maß gehalten haben.

Zum Schluss: Eine gute Politik braucht auch Politiker mit einer zumindest angemessenen Entschädigung. Um eine solche handelt es sich.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Birzele.

Abg. Birzele SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Unser Abgeordnetengesetz sieht die Regelung vor – Sie wissen es –, dass der Präsident jedes Jahr einen Bericht zur Angemessenheit der Entschädigung vorlegt und einen Vorschlag zur Anpassung unterbreitet. Der Landtag beschließt dann mit Wirkung zum 1. August desselben Jahres.

Ich habe schon verschiedentlich darauf hingewiesen, dass der Antrag zur Grundgesetzänderung leider gescheitert ist, mit dem versucht wurde bzw. beabsichtigt war, die Bestimmung der Höhe der Entschädigung und deren jeweilige Anpassung einer Kommission zu übertragen, damit nicht die Parlamente immer wieder dem Vorwurf ausgesetzt werden, sie würden Selbstbedienung betreiben. Dieser Versuch ist leider gescheitert. Vielleicht wird dies irgendwann einmal gelingen.

Ich bin der festen Überzeugung: Wenn eine unabhängige Kommission die Abgeordnetenentschädigungen festlegen würde, dann wären sie wesentlich höher, als wir sie gegenwärtig haben. Wir haben hier im Landtag ja eine Kommission gehabt, die Vorschläge unterbreitet hat. Die Vorschläge lagen wesentlich höher als die jetzigen Entschädigungen.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Deuschle REP: Dafür waren ja die Pauschalen niedriger!)

Da dies aber nicht gelungen ist, haben wir über den Vorschlag des Präsidenten im Präsidium beraten. Die vier Fraktionen CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP/DVP sind übereingekommen, Ihnen den vorliegenden Gesetzentwurf gemeinsam zu unterbreiten. Herr Kollege Hauk hat es zu Recht erwähnt: Die vorgeschlagene Erhöhung liegt im unteren Bereich des Rahmens der Erhöhungen, die bei der Einkommensentwicklung gegenwärtig festzustellen waren. Sie haben einige Zahlen erwähnt. Im Bericht gibt es noch weitere Zahlen des Statistischen Landesamts.

Wir halten es auch für sinnvoll, bereits jetzt die Erhöhung für das Jahr 2001 zu beschließen. Sie wissen, dass die Tariflaufzeiten verlängert worden sind, sodass insoweit auch eine Vorhersage getroffen werden kann. Es wäre für den neuen Landtag auch schwierig, gleich in einer der ersten Sitzungen über die nach dem Abgeordnetengesetz erforderliche Anpassung zu entscheiden. Es gäbe natürlich auch hier dann wiederum zahlreiche, teilweise auch wenig qualifizierte Anmerkungen.

(Abg. Bebbler SPD: Warum eigentlich?)

Ich will besonders eingehen auf die Kritik, die aus dem öffentlichen Bereich geäußert worden ist. Wenn ich diese Erhöhung um 2,3 % mit dem Tarifabschluss vergleiche, dann liegen wir jetzt um 0,3 Prozentpunkte über diesem Tarifabschluss und im nächsten Jahr um 0,1 Prozentpunkte darunter, also in der Nähe dieses Tarifabschlusses.

Scharfe Kritik wurde vom Beamtenbund geübt. Es ist darauf hinzuweisen – Kollege Hauk hat es bereits getan –, dass wir nicht ein Beamtenparlament sind. Ich will in die-

sem Zusammenhang auch sagen: In früheren Zeiten haben wir auch vom Beamtenbund wie von anderen Organisationen kein Lob erhalten, wenn Entschädigungserhöhungen ganz ausgefallen sind,

(Abg. Zeller SPD: Acht Jahre lang! – Abg. Herrmann CDU: Sehr richtig!)

obwohl die Einkommen sonst angehoben worden sind.

(Abg. Dr. Birk und Abg. Herrmann CDU: Sehr richtig!)

Ich will zusätzlich darauf hinweisen, dass es schon wesentliche Unterschiede zwischen Abgeordneten und Beamten gibt. Der Beamte hat eine Lebenszeitstellung; er hat kein Berufsrisiko. Die Abgeordneten haben ein Risiko. Das hat sich schon bei der Nominierung bei einigen gezeigt, und das wird sich bei der Wahl bei einigen zeigen. Wenn ich einbeziehe, was sonst in der Wirtschaft bei derartigen Risiken für Gehälter und Abfindungen gezahlt werden, dann, meine ich, ist es durchaus angemessen, dass wir uns auch bei unseren Einkommen ungefähr im Bereich der allgemeinen Einkommensentwicklung halten. Gerade weil wir dem öffentlichen Dienst und den Rentnern besondere Opfer zugemutet haben und zumuten werden, halten wir es auch für richtig, dass wir im unteren Bereich der Einkommensentwicklung verbleiben.

Lassen Sie mich noch einen Vergleich zu anderen Berufsgruppen machen. Im letzten Jahr habe ich uns mit Studienräten und Oberstudienräten verglichen.

(Abg. Dr. Birk CDU: Das hat viel Lob gebracht!)

Das hat mir heftige Kritik eingebracht.

(Abg. Herrmann CDU: Der Vergleich war aber sehr gut!)

Ich will deshalb vorsichtshalber diesmal den Vergleich wählen mit einem Bürgermeister einer Gemeinde zwischen 1 000 und 2 000 Einwohnern. Dieser hat jetzt A 13/A 14 und wird künftig A 14/A 15 haben. Wenn man alles zusammenrechnet, haben wir ein Jahreseinkommen von 101 700 DM. In A 14 beträgt das Jahreseinkommen gegenwärtig 103 926,24 DM, liegt also rund 2 200 DM höher. Wir sind also unterhalb von A 14. Wir verdienen also weniger als ein Bürgermeister einer Gemeinde der genannten Größenordnung, obwohl unsere Wahlkreise durchschnittlich 140 000 Einwohner umfassen. Ich meine deshalb, wir brauchen uns mit unserem Einkommen nicht schamverhüllt um die Ecke zu schleichen.

(Heiterkeit des Abg. Brechtken SPD – Abg. Herrmann CDU: Das Lehrerbeispiel war besser!)

Lassen Sie mich noch etwas zu der Erhöhung der Reisekostenpauschale um 5 % sagen. Auch hier gab es heftige Kritik, insbesondere die, die Abgeordneten wollten sich vor den Auswirkungen der Ökosteuer drücken. Das ist falsch. Zunächst ist das hier ein Aufwendersersatz, und bei diesem Aufwendersersatz für die Wahrnehmung des Mandats sind natürlich Kosten zu erstatten. Soweit wir privat Auto fahren, sind wir von allen Preissteigerungen genauso betroffen wie alle anderen auch.

(Birzele)

Zweitens – Herr Kollege Hauk hat es angesprochen –: Die Gesamtkosten im Kraftfahrzeugbereich stiegen im letzten Jahr um 7,7 %. Wir erhöhen nur um 5 %.

Drittens – und das erscheint mir schon ganz wesentlich –: Heute ist ja das Reisekostengesetz in erster Lesung ohne Aussprache behandelt worden. Dort ist bei der Kilometerentschädigung für Kraftfahrzeuge eine Erhöhung um 6 Pfennig vorgesehen. Nach der Begründung des Gesetzentwurfs ist dies eine Erhöhung um 11,5 %. Ich räume ein: Wir erhöhen zum 1. August 2000, die Reisekostenentschädigung für den öffentlichen Dienst wird zum 1. Januar 2001 erhöht, aber um mehr als das Doppelte. Ich meine deshalb, dass wir, auch was die Erhöhung der Reisekostenentschädigung betrifft, im vernünftigen Rahmen liegen.

Letzte Bemerkung: Wir halten den Gesetzentwurf für richtig, sonst hätten wir ihn nicht mit eingebracht. Aber ich halte es auch für notwendig, dass sich der Landtag noch in dieser Legislaturperiode mit zwei Dauerproblemen beschäftigt: dass er sich erstens mit der Frage der Inkompatibilität beschäftigt und dabei die Fiktion des Teilzeitbeamten aufgibt und zweitens mit einer Änderung des Landtagswahlgesetzes, um auch hier zu besseren Verhältnissen zu gelangen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Hauk CDU: Wir hätten Ihnen Beifall gezollt, wenn die letzten Worte nicht gewesen wären!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Frau Abg. Erdrich-Sommer.

Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Bei der Diskussion um die Angemessenheit von Entschädigungen von Abgeordneten wird die öffentliche Diskussion immer über die Frage geführt: Was sind uns Abgeordnete eigentlich wert?

(Abg. Brechtken SPD: „Nix!“, sagen die Leute!)

Von Journalisten wird dann auch abgefragt: „Halten Sie es für sinnvoll, was die Leute da verdienen, oder nicht?“ Da wird ja im Grunde nicht bewertet, welche Entschädigung angemessen ist, sondern es wird bewertet, wie sie unsere politische Meinung einstufen. Wenn ich den strammen CDU-Mann irgendwo in Oberschwaben frage, ob er findet, dass die grüne Abgeordnete aus Stuttgart ihr Geld wert ist, dann sagt er: „Nein. Keinen Pfennig! Die muss uns noch etwas bringen.“ Wenn ich irgendeinen Grünen-Anhänger in Stuttgart frage, ob er meint, dass der oberschwäbische CDU-Abgeordnete eigentlich sein Geld wert ist, kommt eine ganz ähnliche Antwort.

(Abg. Birzele SPD: Im Zweifel hat er Recht! – Heiterkeit bei der SPD)

Das heißt, da werden politische Meinungen bewertet und nicht die Arbeit, die wir hier für die Demokratie leisten.

Bei der SPD gibt es gar nichts, von allem nichts.

(Heiterkeit)

– In den Umfragen. – Ich finde, dass das erst einmal eine ganz wichtige Sache ist; denn wenn wir über die Angemes-

senheit von Entschädigungen reden, dann haben wir da ja eine ganz andere Aufgabe zu bewältigen. Wir müssen nämlich dafür sorgen, dass auf Dauer in diesem Landtag alle gesellschaftlichen und beruflichen Gruppen angemessen vertreten sind. Es wird von vielen in der Bevölkerung immer wieder beklagt, dass in den Parlamenten zu wenig Selbstständige und zu wenig Unternehmer sitzen, die die Unternehmerprobleme verstehen. Das hat natürlich auch etwas damit zu tun, wie die Entschädigung hier aussieht und ob sich der Unternehmer, der Selbstständige oder der gut verdienende Mensch im mittleren Management leisten kann, sich mehrere Tage in den Landtag zu setzen und dafür irgendjemand anderen zu bezahlen, der seine Arbeit macht. Die Entschädigung für die Arbeit, die er macht, spielt dabei eine wichtige Rolle. Ich glaube, wir müssen hier den Spagat zwischen Selbstbedienungsmentalität auf der einen Seite und Garantie, dass jede gesellschaftliche Gruppe hier so viel verdient, dass sie sich es auch leisten kann, hier im Parlament ihre Arbeit zu tun, auf der anderen Seite irgendwie schaffen.

Wir brauchen hier auch unabhängige Abgeordnete, die nicht am langen Gängelband irgendeiner Lobbygruppe hängen, weil sie mit ihrem Lohn von ihr abhängig sind, sondern die Entschädigung muss so sein, dass wir tatsächlich freie Abgeordnete sind.

Ich glaube, es wird unterschätzt, dass wir auf Dauer dafür sorgen müssen und dass deshalb die jährlichen Diskussionen um unsere Diäten eine wichtige Sache sind. Man muss sicher wissen, dass es, wenn wir, wie wir das, glaube ich, vor zwei Jahren getan haben, wirklich massive Kürzungen in allen Ecken durchbringen, auch uns selber eine Nulldiät verordnen, dann, wenn sich innerhalb der Gesellschaft in vielen Tarifbereichen entsprechende Erhöhungen wieder darstellen lassen, auch wirklich angemessen ist, auch im Hinblick auf diese Aufgaben, die wir haben, die Erhöhungen dann auch wieder moderat vorzunehmen.

Ich bin überzeugt davon, dass das, was vorgelegt wird, eine moderate Erhöhung ist. Wir sind – das ist schon gesagt worden – im Mittelfeld dessen, was jetzt gerade in den Tarifabschlüssen in der letzten Zeit vereinbart worden ist, und ich glaube, das ist eine ganz gute Richtschnur dafür, dass wir uns da irgendwo dazwischen befinden und Angemessenheit walten lassen.

Wir liegen außerdem mit den Diäten insgesamt in Baden-Württemberg eher im unteren Teil der westlichen Flächenländer und sind daher sicher nicht unbescheiden, was unsere Bezahlung angeht. Auch das halte ich für eine Sache, die noch einmal festgestellt werden muss.

Deshalb glaube ich, dass wir mit diesem Gesetzentwurf eben nicht in irgendeine Selbstbedienungsmentalitäten verfallen, und auch das Argument, das wir jetzt von dem Abgeordneten der Republikaner gleich wieder hören werden, der kleine Mann auf der Straße, der nichts in der Lohntüte habe, könne nicht verstehen, wie viel wir uns da zuordnen, zieht, glaube ich, nicht. Denn auch der kleine Mann auf der Straße hat es verdient, dass die Abgeordneten aus allen gesellschaftlichen Gruppen ihre Meinungen hier zusammentragen.

(Abg. Schonath REP: Es gehen immer weniger zur Wahl!)

(Marianne Erdrich-Sommer)

Die steuerfreien Pauschalen sind schon ein paar Mal angesprochen worden. Was im Rahmen des Preisindex erhöht worden ist, braucht man, glaube ich, nicht zu erwähnen.

Die Reisekostenpauschale ist für uns Grüne natürlich immer ein spannender Punkt. Die Kosten für ein Kfz haben sich im Durchschnitt um 7,5 % erhöht, und wir geben uns eine Erhöhung um 5 %. Wenn man davon ausgeht, dass jeder Abgeordnete und jede Abgeordnete ihr Auto so nutzen, dass sie Sprit sparend fahren, und dort, wo es geht, umsteigen, kann man ein Drittel der Kostenerhöhung einsparen, wie das auch viele Bürger tun müssen. Deswegen glaube ich, dass die Erhöhung um 5 %, also um nur zwei Drittel, angemessen ist. Den Rest müssen wir einfach über ein ökologisch vernünftiges Verhalten einsparen. Ich glaube, das geht ganz gut.

Insgesamt halte ich die Erhöhungen, wie ich schon sagte, für moderat und für angemessen. Ich hoffe, dass wir das bei den Beratungen in den Ausschüssen noch vertiefen können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Drautz.

Abg. Drautz FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Immer wenn es um die Erhöhung der Diäten von Abgeordneten geht, wird in der Öffentlichkeit die Frage nach der Angemessenheit und nach dem richtigen Zeitpunkt gestellt. Nullrunden bei den Diäten sind beim Bürger populär, nicht zuletzt deswegen, weil viele der irrigen Annahme sind, dass die Mitglieder der Parlamente zu den Großverdienern im Lande gehören. Die meisten Bürger wissen nicht einmal, dass Abgeordnete nur zwölf Diäten im Jahr erhalten.

Meine Damen und Herren, in einer parlamentarischen Demokratie muss das Parlament in eigener Sache entscheiden, wenn es um die Höhe der Diäten und die Ausgestaltung der mit dem Abgeordnetenstatus verbundenen finanziellen Regelungen geht. So sieht es unsere Verfassung vor. Die Abgeordneten als Teil des Parlaments entscheiden nicht nur über ihre Bezüge, sondern gleichzeitig darüber, ob diese angemessen sind.

Dazu ist politisches Fingerspitzengefühl erforderlich, um in den Augen der Bürger bestehen zu können. Aus meiner Sicht haben wir Parlamentarier es in den letzten Jahren bewiesen; denn wir haben uns beim Thema „Diätenerhöhung“ große Zurückhaltung auferlegt.

Ich möchte nur daran erinnern, dass wir in den ersten beiden Jahren dieser Legislaturperiode sogar auf eine Erhöhung der Abgeordnetenentschädigung verzichtet haben. In den Jahren 1998 und 1999 haben wir dann eine maßvolle Anhebung der steuerpflichtigen Abgeordnetenentschädigung um 2 % bzw. 2,8 % vorgenommen. Vor dem Hintergrund der deutlich darüber liegenden Tarifabschlüsse und der jeweils gestiegenen Lebenshaltungskosten war dies nicht nur angemessen, sondern sogar bescheiden. Ich erwähne dies, damit die jetzt vorgesehenen Erhöhungen fair eingeschätzt werden können.

Meine Vorredner haben die Zahlen bereits genannt. Ich verzichte deshalb darauf, sie zu wiederholen. Mit den vor-

gesehenen Erhöhungen bewegen wir uns an der unteren Grenze der diesjährigen Tarifabschlüsse. Wir Freien Demokraten halten dies für angemessen, und ich möchte betonen, dass wir uns nicht an dem Tarifabschluss einer Branche orientiert haben, sondern bei unserer Entscheidung alle Tarifabschlüsse ins Auge gefasst haben.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang zwei Bemerkungen zu den Abschlüssen im öffentlichen Dienst. Dies ist mir wichtig, weil in der öffentlichen Diskussion immer wieder der Versuch gemacht wird, eine Art Koppelung zwischen den Tarifabschlüssen im öffentlichen Dienst und der Anhebung der Abgeordnetenentlohnungen herzustellen.

Erste Bemerkung: Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Diätenurteil von 1975 ausdrücklich festgehalten, dass die Abgeordnetenentschädigung nichts mit den Regelungen für das Gehalt in den Besoldungsgesetzen zu tun hat und auch keine Annäherung an den Aufbau eines Beamtengehaltes verträgt. Dies zur Klarstellung, damit die Diskussion keinen falschen Drive bekommt.

Meine Damen und Herren, gestatten Sie mir noch eine zweite Bemerkung. Die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst sind diesmal bescheiden ausgefallen. Wir Freien Demokraten halten sie für angemessen. Es wäre aber eine Ungerechtigkeit ohnegleichen, wenn die Beamten von den Tarifierhöhungen ausgeschlossen würden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Deshalb sind Sie, Herr Birzele und Herr Brechtken und die Damen und Herren der SPD-Fraktion,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und Herr Schily!)

besonders gefordert, im Kern jeden möglichen Einfluss auf die Berliner Genossen zu nehmen, damit Herr Schily endlich vom Holzweg abkommt und den Beamten Gerechtigkeit widerfährt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Wir werden ja sehen, wie sich die Landesregierung im Bundesrat verhält!)

Meine Damen und Herren, abschließend noch ein wichtiger Gesichtspunkt.

(Abg. Birzele SPD: Herr Kollege Drautz, was schlägt die Landesregierung vor?)

Im Vergleich zu anderen Landesparlamenten ist der Landtag von Baden-Württemberg trotz der vorgesehenen Erhöhungen gemeinsam mit dem Landtag von Schleswig-Holstein nach wie vor das preiswerteste Parlament der Flächenländer.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, aus den von mir genannten Gründen wird die FDP/DVP-Fraktion der Diätenerhöhung zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Birzele SPD: Alte Beamtenpartei!)

Stellv. Präsident Weiser: Das Wort hat Herr Abg. Deuschle.

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP/DVP und der Grünen legen einen Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes vor, der auf einem Bericht des Herrn Landtagspräsidenten über die Angemessenheit der Abgeordnetenentschädigung aufbaut. Die Erhöhungen wurden von meinen Vorrednern schon genannt.

Bei ihrer Begründung weisen die antragstellenden Fraktionen darauf hin, dass sich die Entschädigung der Abgeordneten an der Einkommensentwicklung in der privaten Wirtschaft und im öffentlichen Dienst orientieren sollte. Ich frage: Ist dieser Maßstab eigentlich richtig? Passen diese Erhöhungen in die aktuelle sozialökonomische Lage? Sie liegen leicht über dem ÖTV-Abschluss und deutlich über der Erhöhung der gesetzlichen Renten zum 1. Juli 2000, die 0,6 % ausmacht.

(Abg. Rapp REP: Hört, hört!)

Es ergeben sich hieraus mehrere Fragen:

Erstens: Ist es eigentlich gut, dass der alte Landtag die, was absehbar ist, vielen neuen Kolleginnen und Kollegen des nächsten Landtags durch diese zweistufige Erhöhung bindet oder, wie die „Schwäbische Zeitung“ kommentiert, gar entmündigt?

Zweitens stellt sich die Frage, ob es verantwortlich ist, dass Sie von den anderen Fraktionen sich eine Erhöhung der Reisekostenpauschale um 5 % genehmigen wollen, und zwar mit dem Argument der gestiegenen Kraftfahrzeugkosten. Diese sind ja durch die eingetretenen Benzinpreiserhöhungen deutlich gestiegen.

Ich frage Sie an dieser Stelle: Wird nicht auch der Normalbürger durch die Benzinpreiserhöhungen getroffen, und wer entschädigt ihn? Wo bleibt der Ausgleich für Handwerker und Arbeitnehmer, die auf ihr Fahrzeug existenziell angewiesen sind, vielleicht noch existenzieller als Abgeordnete, die zum Beispiel ja eine kostenlose Bahnkarte für Fahrten innerhalb Baden-Württembergs haben?

(Beifall bei den Republikanern)

Meine Damen und Herren, der Landtag darf nicht den Abgeordneten eine höhere Reisekostenpauschale genehmigen und den normalen Bürgern einen Ausgleich für die Belastungen durch die Ökosteuer und den Euroverfall verweigern. Das wäre zutiefst unsozial.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Zeiher CDU: Und jetzt sind wir wieder bei den Ausländern!)

So kann man auch dem Beamtenbund durchaus Recht geben, wenn er beklagt, dass einerseits durch den Gesetzentwurf der vier anderen Fraktionen die Abgeordneten schon ab 1. August 2000 eine Erhöhung dieser Pauschale bekommen, andererseits die Erhöhung der Wegstreckenentschädigung für Beamte und Angestellte erst im Januar 2001 in Kraft tritt.

Im Übrigen darf es doch nicht sein, dass die Abgeordneten quasi zweimal entschädigt werden. Ich weise darauf hin,

dass dem Bericht des Präsidenten und dem darauf aufbauenden Gesetzentwurf ein diesbezüglicher Denkfehler inneohnt. Einerseits wird die Erhöhung der Reisekostenpauschale um 5 % ausschließlich mit gestiegenen Kfz-Kosten begründet.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Mit was denn sonst?)

Andererseits orientiert sich die Abgeordnetenentschädigung mit ihrer Erhöhung um 2,3 % maßgeblich am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg, der zwischen Januar 1999 und Januar 2000 um 1,7 % gestiegen ist. In diesem Preisindex aller privaten Haushalte sind bereits die stark gestiegenen Kfz-Kosten anteilmäßig enthalten.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

Neben Bereichen mit gestiegenen Kosten wie beim Kfz gibt es nämlich auch Bereiche wie Postdienstleistungen oder Nachrichtenübermittlung, die für die Arbeit der Abgeordneten auch sehr wichtig sind, bei denen aber das Preisniveau – –

Stellv. Präsident Weiser: Herr Abg. Deuschle, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Deuschle REP: Am Ende meiner Ausführungen gerne.

Stellv. Präsident Weiser: Ich darf Sie nur auf das Ende Ihrer Redezeit hinweisen.

(Heiterkeit)

Abg. Deuschle REP: Herr Präsident, ich möchte diesen Gedanken schon noch zu Ende führen, weil er wesentlich ist.

Es gibt nämlich Branchen mit gestiegenen Preisen wie den Kfz-Bereich, aber auch Bereiche wie die Postdienstleistungen oder die Nachrichtenübermittlung, die für die Arbeit aller Abgeordneten wichtig sind, bei denen aber das Preisniveau gesunken ist.

(Abg. Dr. Birk CDU: Geben Sie das Geld wieder zurück?)

In diesem Zusammenhang verweise ich auf den verschärften Wettbewerb bei den Telefonkosten, der ja zu dem Ergebnis geführt hat, dass die Telefonkosten hier im Landtag real um fast 20 % gesunken sind.

(Abg. Dr. Birk CDU: Geben Sie das Geld wieder zurück?)

Zusammenfassend möchte ich darauf hinweisen, dass bei sparsamer Lebensführung, Herr Kollege Birk, auch mit der jetzigen Höhe der Entschädigung ausgekommen werden kann.

(Abg. Zeiher CDU: Wenn man so viel leistet wie Sie, schon!)

Die Landtagsfraktion Die Republikaner lehnt auch aus diesem Grund diesen Gesetzentwurf der vier anderen Fraktionen ab.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dr. Birk CDU: Heuchlerisch!)

Stellv. Präsident Weiser: Gestatten Sie jetzt die Frage des Herrn Abg. Birzele?

Abg. Deuschle REP: Ja, bitte schön.

Stellv. Präsident Weiser: Bitte.

Abg. Birzele SPD: Herr Abg. Deuschle, vermögen Sie zu unterscheiden zwischen einer Einkommenserhöhung – das ist die Erhöhung der Entschädigung – und einer Erhöhung der Erstattung für erhöhte Aufwendungen?

(Abg. Zeiher CDU: Das haben wir nicht gemerkt!
Das ist nicht durchgekommen!)

Abg. Deuschle REP: Ich kann das sehr gut unterscheiden, Herr Birzele.

(Abg. Birzele SPD: Offensichtlich nicht! – Zuruf des Abg. Dr. Birk CDU)

Aber ich sage Ihnen eines: Bei der Begründung dieses Gesetzentwurfs wird bei beiden Faktoren auf die gestiegenen Kfz-Kosten hingewiesen. Das ist nicht in Ordnung, weil – –

(Abg. Birzele SPD: Aber doch für den privaten Bereich einerseits und den Staatsbereich andererseits! – Gegenruf des Abg. Roland Schmid CDU)

– Natürlich. Wir müssen dazu kommen, umzudenken, Herr Birzele. Das wird auch bei Ihnen eine andere Mentalität erzeugen müssen. Wir sind Abgeordnete des ganzen Volkes und können uns nicht etwas zubilligen, was anderen Bürgern und Bürgerinnen des Landes nicht zugebilligt wird.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Birzele SPD: So ein Unsinn! – Abg. Dr. Birk CDU: Scheinheilig!)

Stellv. Präsident Weiser: Meine Damen und Herren, wir sind in der Ersten Beratung des Gesetzentwurfs am Ende der Aussprache. Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf an den Ständigen Ausschuss zu überweisen. – Sie stimmen der Überweisung zu.

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 behandelt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung und zur Änderung anderer Gesetze – Drucksache 12/5033

Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 12/5266

Berichterstatter: Abg. Bebber

Mir wurde signalisiert, dass in der Zweiten Beratung auf eine Aussprache verzichtet wird.

(Minister Dr. Ulrich Goll begibt sich zum Rednerpult.)

Herr Minister, die Fraktionen haben einmütig beschlossen, keine Aussprache zu führen.

(Zurufe von der SPD: Zu Protokoll geben! – Abg. Hauk CDU: Wir sind damit einverstanden!)

Herr Minister, ich gebe Ihnen das Wort.

(Unruhe)

Der Landtag ist grundsätzlich souverän in seinen Beschlussfassungen.

Justizminister Dr. Ulrich Goll: Mit den souveränen Zuständigen des Landtags wurde das soeben abgesprochen. Ich werde auch mit wenigen Sätzen fertig sein. Gestatten Sie mir wenigstens, lieber Herr Präsident, nachdem wir mit diesem Gesetz einen nicht unwesentlichen Schritt nach vorn tun und auch eine nicht unwesentliche Änderung an der Gestaltung des Prozesses in zweiter Lesung vornehmen, dass ich den Fraktionen dieses hohen Hauses für die wohlwollende Behandlung danke, die sie diesem Entwurf im Vorfeld haben angedeihen lassen.

Das nicht alltägliche einstimmige Votum, mit dem der Ständige Ausschuss den Gesetzentwurf gebilligt hat, ist für die Landesregierung Bestätigung und Verpflichtung zugleich; Bestätigung auf der einen Seite, weil dadurch unser spezieller Weg, die außergerichtliche Schlichtung über die Rechtsanwaltschaft, bei den Fraktionen auf Zustimmung gestoßen ist, Verpflichtung dahin gehend, dass wir den eingeschlagenen Weg des Aufbaus und der Förderung einer veränderten Streitschlichtungskultur fortsetzen möchten.

Im Übrigen möchte ich nicht mehr auf Einzelheiten eingehen. Wir haben auch ausführlich darüber gesprochen. Die Anwaltschaft wird in diesem Verfahren eine entscheidende Rolle übernehmen. Gleichzeitig möchte ich betonen, dass die bestehenden Schlichtungsstellen der Verbände, Kammern und Innungen eine wesentliche Rolle behalten werden. Unser Bestreben ist es, diese Stellen keinesfalls zu schwächen; vielmehr werden auch diese Angebote eine wichtige Rolle spielen.

Ich möchte mich bei Ihnen, bei den Fraktionen, bei den Verbänden und bei den Gerichten für die konstruktive Zusammenarbeit beim Zustandekommen dieses Gesetzes bedanken und bitte Sie um Zustimmung zum vorliegenden Entwurf.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Weiser: Vielen Dank, Herr Minister.

Wir kommen damit in der Zweiten Beratung zur **A b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses, Drucksache 12/5266.

Ich rufe auf

Artikel 1

Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung (Schlichtungsgesetz – SchlG)

1. Abschnitt: Obligatorische Schlichtung

§ 1

Anwendungsbereich

(Stellv. Präsident Weiser)

Nach der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses soll in Artikel 1 § 1 Abs. 1 Nr. 1 die Zahl „500“ durch die Zahl „1 500“ ersetzt werden. Wer § 1 mit dieser Änderung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Damit ist § 1 mit dieser Änderung angenommen.

Innerhalb von Artikel 1 rufe ich auf

§§ 2 bis 22

Änderungsanträge liegen dazu nicht vor. Wer den §§ 2 bis 22 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Einige Abgeordnete haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt.

(Abg. Junginger SPD: Die haben geschlafen!)

Ich kann niemanden dazu zwingen. Ich stelle das nur fest. Die vorausgegangene Abstimmung war einstimmig. Ich stelle fest: Auch den §§ 2 bis 22 des Artikels 1 wurde zugestimmt und damit dem gesamten Artikel 1.

Ich rufe auf

Artikel 2

Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen der ordentlichen Gerichtsbarkeit

Wer Artikel 2 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Artikel 2 ist damit einstimmig angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 3

Änderung des Gesetzes zur Ausführung der Insolvenzordnung

Wer Artikel 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Artikel 3 ist damit einstimmig zugestimmt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Artikel 4

Änderung des Baden-Württembergischen Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch

Wer Artikel 4 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Das war einstimmig. Artikel 4 ist damit zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 5

Änderung des Landesjustizkostengesetzes

Wer Artikel 5 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Damit ist Artikel 5 angenommen.

Ich rufe auf

Artikel 6

Änderung des Landesgesetzes über die freiwillige Gerichtsbarkeit

Wer Artikel 6 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Stimmt jemand dagegen? – Enthält sich jemand? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch Artikel 6 einstimmig zugestimmt.

Ich rufe auf

Artikel 7

Inkrafttreten

Wer Artikel 7 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Artikel 7 ist einstimmig zugestimmt.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 28. Juni 2000 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz zur obligatorischen außergerichtlichen Streitschlichtung und zur Änderung anderer Gesetze“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Vielen Dank. Auch dies war einstimmig. Damit ist der Gesetzentwurf verabschiedet und Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Schule, Jugend und Sport zu der Mitteilung des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport vom 19. April 2000 – Entwurf einer Rechtsverordnung über die Schultypen des Gymnasiums – Drucksachen 12/5141, 12/5216

Wer der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. – Vielen Dank. Stimmt jemand dagegen? – Dies ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung. Ich darf mich bei Ihnen für die zügige Beratung herzlich bedanken.

Ich berufe die nächste Sitzung auf Donnerstag, 29. Juni 2000, 9:30 Uhr ein. Die Tagesordnung ist Ihnen bereits zugegangen.

Ich schließe die heutige Sitzung und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

(Abg. Brechtken SPD: Gleichfalls, Herr Präsident!
– Abg. Pfisterer CDU: Gut gemacht, Herr Präsident!)

Schluss: 18:42 Uhr

Anlage 1

Vorschlag

der Fraktion der SPD

Umbesetzungen in der Enquetekommission „Situation und Chancen der mittelständischen Unternehmen, insbesondere der Familienunternehmen, in Baden-Württemberg“

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Enquetekommission	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Rudolf Hausmann Seltenreich	Seltenreich Rudolf Hausmann

28. 06. 2000

Ulrich Maurer und Fraktion

Anlage 2

Vorschlag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Umbesetzungen in verschiedenen Ausschüssen

Ausschuss	Funktion	scheidet aus	tritt ein
Petitionsausschuss	ordentliches Mitglied stellvertretendes Mitglied	Oelmayer Hackl	Marianne Jäger Oelmayer
Innenausschuss	stellvertretendes Mitglied	Oelmayer	Marianne Jäger
Ausschuss für Schule, Jugend und Sport	stellvertretendes Mitglied	Dr. Witzel	Dr. Salomon

28. 06. 2000

Dr. Dieter Salomon und Fraktion